

Franz J. Hinkelammert

Die Radikalisierung der Christdemokraten

Vom parlamentarischen Konservatismus
zum Rechtsradikalismus

Rotbuch Verlag Berlin



Franz J. Hinkelammert

Die Radikalisierung

der Christdemokraten

**Vom parlamentarischen
Konservatismus
zum Rechtsradikalismus**

Rotbuch Verlag Berlin

Bitte verlangen Sie vom Verlag den kostenlosen Almanach
›Das kleine Rotbuch‹

© 1976 Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30
Druck Georg Wagner, Nördlingen
Printed in Germany. Alle Rechte vorbehalten
ISBN 3 88022 149 9

Inhalt

I. Die neuen Konservativen und der Rechtsradikalismus	5
Die Konservativen blicken nach rechts	7
Die Zielsetzungen des neuen Rechtsradikalismus und sein Verhältnis zum neuen Monetarismus	9
Die Kampagne rechtsradikaler Massenmedien in der Bundesrepublik	12
II. Die konservative Institutionenlehre	15
Die Institutionenlehre bei Arnold Gehlen	15
Institution und Chaos	16
Die Minima des Überlebens	22
Die Verwertbarkeit für den Rechtsradikalismus	24
Die katholische Soziallehre	27
Die Notwendigkeit der Institutionalisierung des Eigentums	27
Die Ableitung des Privateigentums aus der Notwendigkeit einer Institutionalisierung des Eigentums	29
Die Ableitung des Privateigentums aus dem Wesen der Institutionen als Administration des Todes	35
Die Ableitung des Privateigentums aus der Anti-Utopie	37
Die aggressive Utopiefeindschaft: der Mythos vom Gottesmörder	42
Der Kampf um die höheren Werte: die Überhöhung in das Prinzipielle	45
III. Die Dämmerung der roten Götter	48
Organismus und Opfer: die Gesellschaft als Natur	48
Gesellschaftliches Selbstverständnis als Organismus: Krankheit und Genesung	50
Das geopolitische Tier: Der Kampf ums Dasein und die Bedrohung durch den Ameisenstaat	53
Machthunger und Dekadenz	56
Liederlichkeit und Machthunger	57
Die Auferstehung des deutschen Michels	61
Faschismus, Nazismus und Bolschewismus – Jesuiten, Spießler, Bolschewiken	65
Der Dolchstoß in den Rücken der Freien Welt	66
Die Geschichtslüge von der deutschen Alleinschuld am 2. Weltkrieg	69
Anti-Utopismus und Antisemitismus	73
Die moralische Erneuerung: Polizeistaat statt Sozialstaat	77

- Der semantische Weltkrieg: Verwandlung des Konservatismus in Rechtsradikalismus 78
- Von der Angst zur Sicherheit: Polizeistaat macht frei, Sozialstaat verklavt 82
- Die verfassungswidrige Verfassung und ihre Überprüfung: Die Verurteilung der SPD 87
- Die Erneuerung: die Schwachen, die niemand schützt 93
- Medienpolitik und Wissenschaft: Ausgewogenheit und Objektivität 94
- Die Elite kämpft um die schweigende Mehrheit 97
- Die kämpferische Demokratie: Kampf gegen Verfassungsfeinde als Beweis für Verfassungstreue 101
- Die Erneuerung der ganzen Welt 108
- Westlich-freiheitliche Diktatur 108
- Mit Südafrika gegen den Rassismus 113
- Von der Vorsehung in die Pflicht der Geschichte genommen 117
- Die totale Dekadenz 118
- Die Götterdämmerung. Menschenrechtskritik und Ritualmordpropaganda 120
- Die moralische Doppelbödigkeit 122
- Die Ritualmordpropaganda: Moral als Eskalation von Menschenrechtsverletzungen 125
- IV. Der Rechtsradikalismus als Anti-Sozialismus 132**
- Die konservative Zeitachse 132
- Das konservative Marxismusbild 134
- Der Marxismus als Gegner des Rechtsradikalismus 135
- Die marxische Religionskritik in der ideologischen Auseinandersetzung 140

I. Die neuen Konservativen und der Rechtsradikalismus

Die deutsche Rechte hat im Laufe des letzten Jahrzehnts einen schnellen Lernprozeß durchgemacht. Er begann in der Mitte der 60er Jahre, als die Studentenrebellion und die antiautoritäre Bewegung die völlige Schwäche der Ideologie des herrschenden Systems der Bundesrepublik offenbarte. Die Studentenbewegung konnte überhaupt nur derartige Dimensionen erreichen, weil das herrschende System der Bundesrepublik völlig blind auf die sich selbst stabilisierenden Kräfte der Konsumgesellschaft der 50er und 60er Jahre vertraut hatte. Die CDU-Politiker hatten sich daran gewöhnt, vom Verschwinden der Ideologien zu sprechen und sie glaubten, daß ideologische Bewegungen endgültig der Vergangenheit angehörten.

Tatsächlich besaß die CDU keine entwickelte Weltanschauung, die sie innenpolitischen Gegnern hätte entgegenstellen können. In den Arbeits- und Konsumbeziehungen war eine bestimmte Ideologie präsent. Diese hatte aber keinen geformten Ausdruck. Auch der noch vorherrschende, sehr statische Antikommunismus war nur ein negativer Ausdruck einer Gesellschaft, die alle inneren Gründe und Motive zur Veränderung ihrer Strukturen ausgelöscht glaubte. Dieser Antikommunismus sah den Sozialismus als seinen Gegner. Dieser aber galt als Weiterführung der »Ideologie« gegen die in der Sozialstruktur der Bundesrepublik objektivierten Vernunft und damit als ein Gegner, der eine Gefahr von Außen darstellte.

An die Stelle der ehemaligen bürgerlichen Ideologien schien ein technokratisches Bewußtsein getreten zu sein, und die Entpolitisierung erschien als eine notwendige Auswirkung der Technostruktur. Der Antikommunismus war die Formel, die die herrschende strukturelle Rationalität gegen das Ideologische repräsentierte. Im Innern schien es keine Brüche zu geben.

Die Studentenrevolte machte ganz plötzlich klar, daß dies pharisäisch selbstgerechte System nur solange unbezweifelt bestehen konnte, als die Menschen seine Konsum- und Arbeitszwänge widerstandslos hinnahmen.

Die Wirtschaftskrise von 1966/67 mußte in einer solchen Situation alarmieren. Ganz plötzlich schien die Bundesrepublik gar kein Staat – keine politische Kraft – mehr zu sein:

»Das bedeutete die Auslieferung der staatlichen Entschließungen an die Bedingungen des Wirtschaftens schlechthin. Und damit hat die Bundesrepublik nach der äußeren auch die innere Souveränität verloren: In welchem Sinne man sie noch als Staat bezeichnen will, ist eine Frage der Benennung.«
(Gehlen)

Man stellte ein ideologisches Defizit fest und glaubte, die Substanz des Staates nur wiederherstellen zu können, indem man den Staat regenerierte:

»Es bedarf eines Staates, dessen Selbstverständnis sich nicht darin erschöpft, ein perfekter Rechtsstaat zu sein. Ein solcher Staat braucht nicht aufzuhören, ein Rechtsstaat zu sein, sondern die Rechtsstaatlichkeit würde er als ein Gewand verstehen, in das die Staatlichkeit als eine reale, souveräne Macht gekleidet ist. Daß die Bundesrepublik diese reale, präzise, souveräne Macht nicht darstellt, daran besteht kein Zweifel. Ob sie sich zum Staat regenerieren kann, wird für ihr Überleben auf lange Sicht entscheidend sein.« (Forsthoff)

Die erste, übereilte Reaktion auf die Feststellung eines ideologischen Defizits und eines Mangels an Entwicklung einer politischen Gewalt war die Verkündung der formierten Gesellschaft. Man sprach von der notwendigen Vergeistigung, und von der Überwindung jenes »Opium des Volkes«, dem gemäß man »das Heil nur in Raum und Zeit finden müsse und finden könne . . .« (Rüdiger Altmann) Man warnte davor, »irgendeinen faden Kompromiß« einzugehen und wies auf die Grenzen der Demokratie hin: »Die Gefahr liegt im Mißverständnis der Demokratie als »Diktatur der Mehrheit« und rücksichtsloser Anwendung des Majoritätsprinzips . . .« Man rief dazu auf, » . . . das Irrationale dem Rationalen, dem dialektisch oft Unterlegenem gegenüber durchzusetzen«. (Rüdiger Altmann) Das Projekt der formierten Gesellschaft aber scheiterte, weil es sich auf der Ebene moralisierender Reden und Artikel bewegte und keineswegs die Notwendigkeit einer radikalisierten Massenbewegung als Träger eines solchen Projekts in Betracht zog. Man glaubte, durch Theoriemitteilung die Gesellschaft bewegen zu können und scheiterte.

Den deutschen Christdemokraten glitt mit diesen Vorgängen die politische Macht im Parlament aus den Händen. Es kam die große Koalition. Schließlich entstand eine Koalition von Sozialdemokraten und Freien Demokraten.

Die Rechte war aufgeschreckt. Sie hatte in einem Moment der Krise ohne Fähigkeit zur Gegenreaktion dagestanden. Sie nützte daraufhin die folgenden Jahre aus, in denen sich die Wirtschaft erholte und den Traum von der Entpolitisierung der technokratischen Strukturen weiterzuträumen gestattete, um sich für eine neue mögliche Krise vorzubereiten. Sie zeigte sehr bald, daß sie aus den Erfahrungen des Scheiterns der formierten Gesellschaft gelernt hatte. Sie machte sich nicht aufs neue die Illusion, konservative Analysen für eine die Massen bewegende Ideologie zu halten. Sie wußte jetzt, daß sie eine Transformierung des Konservatismus in Ideologie durchzusetzen hatte. Aus dieser Aufgabe entstand dann in den 70er Jahren der neue Rechtsradikalismus.

1. Die Konservativen blicken nach rechts

Eine konservative Renaissance wird spürbar, nachdem Ende 1973 eine neue, ungleich schwerere Wirtschaftskrise sichtbar wird. Konservative Autoren sprechen von der Notwendigkeit, die Institutionen zu erhalten und gerade angesichts von Krisensituationen zu stabilisieren: den Reiter nicht wechseln, wenn der Ritt besonders schwierig wird.

Es entsteht ein Rechtsradikalismus, der keineswegs mit dem Konservatismus identifiziert werden kann, der aber ganz zweifellos auf diesem Konservatismus aufbaut. Er entsteht auf einer anderen Ebene. Während der Konservatismus seinen Ausgang nimmt auf dem Gebiet der Gesellschaftstheorie, nimmt der Rechtsradikalismus seinen Ausgang in den Massenmedien, besonders in bestimmten Tages- und Wochenzeitungen. Er ist aggressiv und läßt die scheinbare Ruhe konservativer Publizistik hinter sich. Er spricht von einer moralischen und geistigen Krise, von einer notwendigen – vor allem spirituellen – Erneuerung und versucht, Massen in Bewegung zu setzen. Er ist an der Schaffung von Angstsituationen interessiert, um die Aggression als den Weg zur Sicherheit darstellen zu können, und er will Bedrohungen bekämpfen, die die bundesrepublikanische Gesellschaft von innen gefährden. Er fühlt sich unter Zeitdruck. Er will durch seine Formierung der Krise zuvorkommen, um dann die Krise ausnutzen zu können.

Dieser neue Rechtsradikalismus ist keineswegs ein Neonazismus oder Neofaschismus. Zumindest vom Nazismus setzt er sich sogar offen ab. Unterschwellig allerdings versucht er, zwei bei formaler Betrachtung durchaus unvereinbare Positionen gegenüber dem Nazismus in Einklang zu bringen. Auf der einen Seite bietet er sich als jene Bewegung an, die die in den 30er Jahren an den Nazismus gestellten Erwartungen viel besser erfüllen kann als jener, und auf der andern Seite behauptet er, den wirklichen Kampf gegen ein Wiedererstehen des Nazismus zu führen. Je mehr er sich zur Tradition des Faschismus bekennt, um so mehr ist er auch bereit, den Faschismus für eine Bewegung zu halten, die eine Wiedererstehung des Nazismus zu verhindern imstande ist: Ein neuer Typ von Gesellschaft als eine Regeneration des Staates wird entdeckt, bei der alle gesellschaftlichen Äußerungen durch den Kampf gegen jede Form des Sozialismus oder Kommunismus im Innern und nach Außen geprägt werden. Man löst sich damit vom faschistischen Konzept der rechtsradikalen Massenbewegungen und geht zur Glorifizierung anonymer und versachlichter rechtsradikaler Diktaturen über. Das Idealbild, das sich am Horizont abzeichnet, orientiert sich einerseits an der Franco-Diktatur der 60er Jahre, andererseits an den Umstürzen in Brasilien, Indonesien, der griechischen Militärdiktatur und der Diktatur Pinochets in Chile. Die dort

entstandenen Diktaturen werden als Ausnahmezustand der Demokratie deklariert. Sie alle haben eine gemeinsame Form der Selbstinterpretation. Es ist die Ideologie der Zerstörung der Gesetzlichkeit im Namen der Gesetzlichkeit; der Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit; der Zerstörung der Sittlichkeit im Namen der sittlichen Werte. Ihr eigentlicher Kern aber ist die unbedingte Ineinssetzung von Privateigentum und Freiheit. Alles sind sie bereit zu zerstören, nur eines nicht: das Privateigentum.

Bevor dieser Rechtsradikalismus zur Macht kommt, behauptet er, zum Ausnahmezustand der Demokratie zu schreiten. Ist er an der Macht, erklärt er als erstes den Ausnahmezustand in Permanenz, und hat er diesen durchgesetzt, so geht er über zur Begründung einer »neuen Demokratie« angesichts der Tatsache, daß Subversion und äußere Bedrohung, Gefahr von innen und außen, fortwährend sind. Die neue Demokratie, die er gründet, ist die institutionalisierte Zerstörung von Gesetz, Recht und Sittlichkeit. Mit sonst nicht gekannter Impertinenz spricht er dann von der Sicherung der Freiheit.

Wenn dieser Rechtsradikalismus durch die Transformierung konservativer Ideen entsteht, so ist er doch nicht einfach Politik auf der Basis konservativer Ideen. Dieser neue Rechtsradikalismus benutzt konservative Ideen in einer Weise, daß ihre Verwirklichung das Überrollen des Rechtsstaats selbst und seiner Gesetzlichkeit miteinschließt. Der Rechtsradikalismus konstruiert sich einen Feind, gegen den man nur kämpfen kann, indem man den Rechtsstaat aufhebt. Das Feindbild übernimmt er vom Konservatismus. Aber die Ausprägung ist eine andere. So wird erklärlich, daß angesichts des Übergangs vom Konservatismus zum Rechtsradikalismus durchaus Konflikte zwischen Konservativen und Rechtsradikalen entstehen. Aber sie haben ihren Grund in einer unterschiedlichen Auffassung von Gesetzlichkeit auf der Basis einer durchaus gemeinsamen Auffassung von der Gesellschaft und ihren Feinden. Weder Konservative noch kalte Krieger sind notwendigerweise Rechtsradikale. Rechtsradikalismus entsteht dann, wenn der Rechtsstaat selbst abgeschafft werden soll.

Der neue Rechtsradikalismus entwickelte sich zu einem Zeitpunkt, in dem die wirtschaftliche Rezession von 1966/67 überwunden war, aber neue Wirtschaftskrisen vorhersehbar waren. Er entsteht genau in dem Moment, in dem der rechtsradikale Neonazismus seinen Höhepunkt in der Nachkriegszeit erlebt. Die NPD hatte Ende der 60er Jahre in mehrere Länderparlamente Vertreter entsenden können und verfehlte nur knapp in der Bundestagswahl die 5%-Klausel. Der Rechtsradikalismus der NPD verlor dann schnell jede Bedeutung, als sich innerhalb der deutschen Christdemokratie ein militanter Rechtsradikalismus bildete.

2. Die Zielsetzungen des neuen Rechtsradikalismus und sein Verhältnis zum neuen Monetarismus

Dieser neue Rechtsradikalismus sah für sich zwei große Aufgabenbereiche. Auf der einen Seite will er einer neuen spontanen Rebellion vorbeugen, wie sie sich in den 60er Jahren an den Universitäten des Landes entwickelt hatte. Seine Politik zielt daher auf eine Eroberung der Universitäten und die Kontrolle insbesondere sämtlicher Sozialwissenschaften. Die Gleichschaltung aller wissenschaftlichen und erzieherischen Tätigkeiten sucht er durch ein als Objektivität der Wissenschaften deklariertes neopositivistisches Wissenschaftskonzept und durch die Verfolgung aller Andersdenkenden als Verfassungsfeinde durchzusetzen. Er löst dabei eine wahre Intellektuellenphobie aus und macht die Intellektualität als solche verdächtig.

Auf der andern Seite aber will er ein ökonomisches Problem lösen, das insbesondere seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 1973 offensichtlich geworden ist. In der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs der 50er und 60er Jahre hatte man sowohl von seiten der Unternehmerschaft und des Kapitals als auch von seiten der Gewerkschaften an die Fähigkeit der keynesianisch orientierten Wirtschaftspolitik geglaubt, ökonomische Krisen praktisch ausschalten zu können. Weitgehend erklärte man sogar das Fehlen solcher Krisen als Ergebnis dieser Wirtschaftspolitik. Der Keynesianismus beherrschte folglich auch die Wirtschaftsfakultäten der Universitäten. Er verdankte sein großes Prestige der Tatsache, daß die daran orientierte Wirtschaftspolitik die Krise der 30er Jahre hatte überwinden können. Zumindest schien dies so zu sein und wurde auch allgemein so erklärt. Da diese Wirtschaftspolitik aber auf den Ausgaben der öffentlichen Haushalte beruhte, schien sich die Bekämpfung der Wirtschaftskrisen ganz problemlos mit der Existenz der Konsumgesellschaft und der Absicherung der wichtigsten Lebensrisiken der Bevölkerung zu vereinbaren.

Aber bereits Ende der 60er Jahre und sicher von den siebziger Jahren an änderte sich dieses Bild. Hatte man bis dahin die Inflation als den notwendigen Preis dieser Vollbeschäftigungsgesellschaft betrachtet, so ergab sich ab 1973 eine schwere Wirtschaftskrise, die mit einer Verstärkung der Inflation Hand in Hand ging. Die Instrumente der keynesschen Wirtschaftspolitik schienen ihre Effizienz verloren zu haben.

Da die Wirtschaftskrise die Anforderungen an den Staatshaushalt nicht senkte, sondern noch erhöhte, gleichzeitig aber das Sozialprodukt sank, konnten die Ausgaben des Staatshaushaltes überhaupt nur durchgehalten werden, indem die Staatsverschuldung in einem für die Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Ausmaß zunahm. Die Alternative dazu war eine bedeutende Erhöhung der

Steuerquote auch bei gleichbleibenden Staatsausgaben. Je mehr sich die Krise verstärkte, um so weniger wollte man die Konsequenzen weder der einen noch der andern Maßnahme tragen. Eine antizyklische Ausgabensteigerung des Staates schien völlig undenkbar. Hieran brach die Harmonie der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit zusammen. Während die Gewerkschaftsbewegung sich weiterhin an den keynesschen Vorstellungen von der Krisenbekämpfung ausrichtete, änderte sich sehr rasch die Ideologie der kapitalistischen Unternehmer. Sie übernahm dabei eine ökonomische Theorie, die bereits in den 50er und 60er Jahren entstanden war und insbesondere von der Universität Chicago ausging, aber jetzt erst politisch bedeutend wurde. Damit begann sie, zunehmende Bedeutung an den Universitäten zu bekommen und den Keynesianismus langsam zu verdrängen. Dies ist der sog. neue Monetarismus (s. P. Kalmbach: Der neue Monetarismus. 1973). Dieser setzt bei der Inflationserklärung an und behauptet, daß sich die Inflation ganz unmittelbar aus den Entwicklungen der Geldmenge ableiten lasse. Hauptursache der Geldmengenausweitung aber sei der Staatshaushalt. Angesichts der Wirtschaftskrise vertritt er daher die Notwendigkeit, die Staatsausgaben zu beschneiden, bis das Defizit beseitigt ist, und die Investitionen dadurch anzureizen, daß man den Reallohn nachhaltig senkt. Senkung der Staatsausgaben und der Reallöhne sind demnach der einzige Ausweg aus der Krise, der in der Folge die Geldwertstabilität sichert. Die Erklärung setzt bei der Inflation an, weil das Inflationsproblem gerade die mangelnde Effizienz keynesscher Instrumente sichtbar gemacht hatte.

Es ist verständlich, warum dieser neue Monetarismus sehr schnell zur Ideologie der Kapitalisten wurde. Er war geeignet, aufs neue ihre Stellung innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu stärken, und gab Argumente ab, um verlorene wirtschaftliche Privilegien zurückzugewinnen. Er brachte aber ein vom Keynesianismus sehr unterschiedenes Gesellschafts- und Menschenbild mit sich. Für den neuen Monetarismus ist das Subjekt wesentlich seine Brieftasche und das, was darin ist. Es ist Portfolio. Wie man das, was in der Brieftasche ist, anlegt, wieder liquidiert und aufs neue anlegt, ist das Wesentliche am Verhalten des Wirtschaftssubjekts. Die vom neuen Monetarismus entwickelte Portfoliotheorie gibt daher Auskunft über diese Art Probleme. Die Frage der Vollbeschäftigung, des Lohnniveaus und der Sozialausgaben stellt er gar nicht und sie ist auch in dieser Theorie irrelevant. Alles dreht sich um den Gewinn und selbst der Lohn wird als Gewinn aus der Anwendung der Arbeitskraft interpretiert. Man stellt sich eine Gesellschaft vor, in der alle kleine oder große Kapitalisten sind, die alle eine Brieftasche haben und die ständig kalkulieren, wie sie sie am besten füllen. Brieftaschen aber haben keine Bedürfnisse und

folglich auch der Mensch nicht.

Will man den Monetarismus zur Basis der Wirtschaftspolitik machen, bedeutet dies ganz notwendigerweise den offenen Konflikt mit der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften, denn diese müssen domestiziert oder zerschlagen werden. Folglich wird diese neue Unternehmerideologie sehr bald ihre Nähe zu rechtsradikalen Bewegungen entdecken, die immer die radikalsten bei der Schaffung solcher Vorbedingungen der Unternehmertätigkeit sind. Die extremsten Ausformungen hat der neue Monetarismus bisher immer im Zuge von rechtsradikalen Bewegungen gefunden, die ihn nach ihrer Machtübernahme als Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik übernehmen. Die Folge ist eine völlig einseitige und absolut unbegrenzte Herrschaft der Kapitalinteressen.

Der neue Monetarismus ist die bewußte Auflösung aller jener Vermittlungen, die durch die Arbeiterbewegung durchgesetzt worden sind. In seiner radikalen Reduktion des Subjekts auf seine Brieftasche ist er völlig antiliberal, da er als einziges Menschenrecht das Recht auf Privateigentum kennt. Rechtsordnung und Gesetzlichkeit sind daher auf die Sicherung der Privateigentumsordnung beschränkt, so daß alle Menschenrechte ihre Bedeutung verlieren.

Gerade dieser Verzicht auf die liberale Rechtstradition macht den neuen Monetarismus geeignet, die Wirtschaftsideoogie des neuen Rechtsradikalismus zu sein. In dieser seiner Form vermag er auch zu erklären, warum der neue Rechtsradikalismus eben keine einfache Wiederholung des Faschismus oder des Nazismus ist. Stand im Zentrum des faschistischen Terrors das Konzentrationslager, steht im Zentrum des Terrors des neuen Rechtsradikalismus die Folter. Er verzichtet nicht auf Konzentrationslager, aber vertraut auf den Terror der Folter. Der Faschismus integriert alle, im Heer, in der Arbeitsfront, im Konzentrationslager. Der neue Rechtsradikalismus integriert niemanden. Er soll ein atomisiertes, auf sich selbst zurückgeworfenes Individuum schaffen. Kaufendes Individuum, sofern es seine Reduktion auf seine Brieftasche akzeptiert. Gefoltertes Individuum, wenn es etwas anderes sein will als seine Brieftasche. Aber sei es nun kaufendes oder gefoltertes Individuum – es ist immer ein Individuum: der neue Rechtsradikalismus ist individualistisch.

Allerdings ist der neue Rechtsradikalismus nicht notwendigerweise die Ideologie des Kapitals. Er versteht sich zwar als solche, dennoch muß er darum kämpfen, die Ideologie von Unternehmern und Kapital zu werden. Dies ist keineswegs selbstverständlich. Der Rechtsradikalismus interpretiert eine mögliche Interessenideologie des Kapitals in ihrer extremsten Form, muß aber durchaus damit rechnen, daß er nur in ganz bestimmten kritischen Situationen zum tatsächlichen Interpreten dieser Interessen werden kann, um die

Macht zu übernehmen. Er bietet sich daher an und wartet auf Krisensituationen der Art, daß die Verbindung mit den das Kapital tragenden Interessen als einziger Ausweg erscheint. Dazu aber braucht er eine möglichst breite Massenbewegung, die in solch einem Augenblick als Basis für die Machtübernahme dienen kann. Diese Massenbewegung ist für die Machtübernahme absolut unentbehrlich, obwohl die einmal übernommene Macht zur Zerstörung jeglicher Massenbewegung dienen soll.

3. Die Kampagne rechtsradikaler Massenmedien in der Bundesrepublik

Dieser neue Rechtsradikalismus ist in der Bundesrepublik im Entstehen begriffen. Die weitere Analyse wird zeigen müssen, wieweit er tatsächlich all die angedeuteten Konsequenzen bereits entwickelt hat und wieweit es Äußerungen gibt, die darauf schließen lassen, wieweit er sie zu ziehen bereit ist. Eine solche Analyse muß sich vor allem auf diejenigen Äußerungen von Politikern beziehen, die dem Entstehen eines neuen Rechtsradikalismus entsprechen. Sie muß aber durchaus darüber hinausgehen, und fragen, wo ein solcher Rechtsradikalismus Massen anzusprechen versucht. Dies ist die Frage nach den Massenmedien, die er benutzt. Sie muß zum dritten danach fragen, wieweit eine solche rechtsradikale Ideologie bereits in bestimmten Organisationen Fuß gefaßt hat, sodaß eine effektive Machtpolitik innerhalb der Institutionen möglich wird.

Die hier gebotene Analyse wird sich insbesondere auf die Massenmedien richten, die dabei sind, eine rechtsradikale Ideologie zu entwickeln und zu verbreiten. Dabei wird nur wenig auf die Frage eingegangen, wieweit dieser Rechtsradikalismus sich bereits organisiert hat und welche konkreten Strategien er in den Institutionen der Bundesrepublik verfolgt. Fraglos sind Organisationen dieser Art längst weit verbreitet innerhalb der Universitäten, des gesamten Erziehungssystems, innerhalb der Richterschaft, der Polizei und des Heeres. Ein Netz von sogenannten Notgemeinschaften beginnt sich um fast alle Institutionen zu spannen, um ihre Politik durch rechtsradikale Zellen vorzubestimmen. Es wird erwogen, eine sogenannte vierte Partei zu gründen, die dann zur politischen Repräsentanz dieses Rechtsradikalismus werden könnte. Aber dennoch ist zur Zeit die Formierung einer Ideologie noch im Gange und folglich auch die politische Strategie noch nicht klar. Die Beschränkung auf eine Analyse der Ideologienbildung scheint daher gerechtfertigt.

Innerhalb des vielfältigen Panoramas der rechtsradikalen Presse in der Bundesrepublik werden wir drei Presseorgane auswählen, die offensichtlich mit einer bestimmten Koordination untereinander

operieren, aber jedes dennoch eine spezifisch verschiedene Bevölkerungsgruppe ansprechen soll, wobei jeweils auf ein bestimmtes christdemokratisches Wählerpotential hingearbeitet wird. Da ist zuerst der »Bayernkurier«, der sich ganz generell an die Anhängerschaft der CSU in Bayern richtet und dabei auf keine spezifische Bevölkerungsgruppe spezialisiert ist. Seine Aufgabe ist es, in dieser CSU-Anhängerschaft rechtsradikale Grundorientierungen zu stärken. Im Laufe des Jahres 1974 wurde versucht, ihn gleichfalls zu einer überregionalen Zeitschrift werden zu lassen, die dann das ideologische Rüstzeug für die Entwicklung einer vierten Partei vermitteln kann. Der »Bayernkurier« ist in seinen journalistischen Mitteln undifferenziert, holzig und häufig von primitiver Demagogie. Der »Rheinische Merkur« hingegen ist eine schichtenspezifisch ausgerichtete Zeitschrift, die insbesondere den Kreis des gebildeten Katholischen Konservatismus ansprechen soll. Seine Verbreitung findet er folglich innerhalb der katholischen Priesterschaft und der katholischen Akademiker. Er gibt sich eher seriös und knüpft an die Ideologie des christlichen Abendlandes an. Soweit es dabei um Organisationen geht, handelt es sich vor allem um katholische Standesorganisationen. Der »Rheinische Merkur« operiert ohne journalistische Finesse, verzichtet aber gleichzeitig auf grobschlächtige Demagogie. Das dritte Publikationsorgan ist die »Welt«. Sie richtet sich an jene Kreise der deutschen Christdemokratie, die in gar keiner Weise in der Tradition der christlich-sozialen Bewegung stehen und die zur Christdemokratie ganz einfach deshalb gehören, weil diese die bestimmende bürgerliche Partei ist. Es handelt sich dabei um jene Gruppen, die am ehesten durch den Dregger-Radikalismus bestimmt sind. Ganz spezifisch wendet sich die »Welt« an Schichten wie Wirtschaftsführer, Richter, Polizei- und Bundeswehrangehörige. Ihre journalistischen Mittel sind völlig verschieden von denen des »Bayernkuriers« und des »Rheinischen Merkurs«. Die »Welt« versucht, Manipulation zu perfektionieren, Meinungsmache zu einer Kunst zu entwickeln. Sie scheut keine Tricks oder dämagogischen Mittel irgendwelcher Art, vorausgesetzt, daß ein Minimum von Indirektheit und Hinterhältigkeit im Spiel ist. Die »Welt« vermag daher so zu sein, wie es der Vater der Lüge ist: sie kann die Wahrheit auf eine Weise sagen, daß selbst die Wahrheit lügt.

Alle drei Publikationsorgane haben eine Gemeinsamkeit, die schlechthin zu ihrer Funktion gehört. Ihre Existenz hängt nicht davon ab, ob sie Gewinne machen. Der »Bayernkurier« sagt auch, warum:

»Das Grundgesetz des Kommerz ist nun einmal maximaler Opportunismus im Markt. Gegen den Machthunger von Freiheitsfeinden bietet er keine Gewähr.« (Bayernkurier, 9. 11. 74)

Da sie dem Opportunismus des Kommerz nicht unterliegen, bieten

sie die Gewähr gegen die Freiheitsfeinde. Diese Unabhängigkeit vom Markt brauchen sie auch deshalb, weil ihre Aufgabe ist, rechtsradikale Ideologie bei Bevölkerungsgruppen zu verbreiten, die diese Ideologie gar nicht besonders schätzen. Sie müssen erst einmal dazu gebracht werden. Das braucht Zeit, langen Atem und Geld. Es braucht ebenfalls eine relative Autonomie gegenüber den Bevölkerungsgruppen, die man beeinflussen will. Da diese nicht den Inhalt der Publikationen beeinflussen sollen, vielmehr beeinflusst werden sollen, werden alle drei Publikationsorgane zumindest zeitweise subventioniert: der »Bayernkurier« aus dem Haushalt der CSU, der »Rheinische Merkur« durch eine Gruppe katholischer Bischöfe und Kardinäle, an ihrer Spitze Kardinal Höffner, und die »Welt« vom Springer-Verlag. Beim »Rheinischen Merkur« und bei der »Welt« ist so eine reine Außenbestimmung von vornherein gesichert, beim »Bayernkurier« erfolgt diese durch die persönliche Stellung von Franz Josef Strauß. Dieser setzt zwar eine Subventionierung durch die CSU durch, erzwingt aber gleichzeitig die Autonomie des »Bayernkuriers« von der Meinungsbildung der CSU dadurch, daß er ihn als sein persönliches Meinungsblatt durchsetzt.

Die bei der Analyse dieser Publikationen sichtbare rechtsradikale Strategie geht von konservativen Mustern aus. Um sie zu erfassen, ist eine vorhergehende Darstellung dieser konservativen Theorien notwendig. Die Darstellung kann sich allerdings auf ein spezifisches Thema des Konservatismus beschränken, nämlich auf seine Analyse der Institutionen und des Institutionalisierungsprozesses. Davon ausgehend, kann man zeigen, daß der neue Rechtsradikalismus ein Konservatismus ist, der seine aristokratischen Allüren hinter sich gelassen hat, seine Spielregeln vergißt und sich ohne Bandagen ins Handgemenge begibt.

II. Die konservative Institutionenlehre

Wenn der Rechtsradikalismus eine bestimmte Entwicklung des Konservatismus ist, ist es notwendig, die für einen solchen Übergang entscheidenden Elemente des Konservatismus herauszuarbeiten. Im Zentrum aller konservativen Theorie steht die Institutionenlehre. Wenn es auch nicht möglich ist, das gesamte konservative Denken hier vorzustellen, ist es doch unvermeidlich, die Hauptlinien dieser Institutionenlehre zu entwickeln, da hier die Erklärung des Übergangs zum Rechtsradikalismus zu suchen ist. Ihrer Bedeutung für die Bundesrepublik gemäß können wir dabei zwei Hauptansätze der konservativen Institutionenlehre unterscheiden. Auf der einen Seite ein immanentistischer Ansatz, den wir repräsentativ bei Arnold Gehlen vertreten sehen. Auf der andern Seite ein transzendenter Ansatz, der in der sogenannten katholischen Soziallehre vertreten ist und ganz pointiert bei ihrem konservativsten Vertreter, Kardinal Höffner, auftritt. Weder theoretisch noch in ihren praktischen Implikationen sind die beiden Ansätze identisch.

In bezug auf den immanentistischen Ansatz sprechen katholische Konservative häufig von einem säkularisierten Konservatismus. Dies erklärt sich dadurch, daß bis ins XIX. Jahrhundert hinein fast alle konservativen Lehren religiös begründet wurden. Erst im Laufe des XIX. Jahrhunderts bildete sich ein immanentistischer Konservatismus. Ihn als säkularisiert zu bezeichnen, ist einfach Folge jenes Standpunktes, den der katholische Konservatismus einnimmt. Vom Standpunkt des immanentistischen Konservatismus hingegen erscheint der katholische Konservatismus als religiöse Mystifizierung. Wir ziehen daher vor, in bezug auf den immanentistischen Ansatz einfach von Konservatismus zu sprechen, und in bezug auf den durch die katholische Soziallehre repräsentierten Ansatz des Konservatismus einfach von katholischer Soziallehre. Ob wir uns daher mit dem Wort Konservatismus auf die bestimmte konservative Strömung oder auf den Gattungsbegriff, der alle Strömungen umfaßt, beziehen, muß sich aus dem Zusammenhang ergeben.

1. Die Institutionenlehre bei Arnold Gehlen

Die Institutionenlehre bei Gehlen hat einen Ausgangspunkt, der sie bis in ihre letzten Verästelungen hinein determiniert. Dieser wird durch die Polarität Chaos/Institution definiert.

Das Chaos ist der Naturzustand, der Schrecken einer sozialen Welt ohne Institutionen. Es ist gleichzeitig der Tod und ist derjenige Zustand, auf den die Gesellschaft zustrebt, wenn die Institutionen verfallen. Die Institution hingegen verhindert das Chaos und ver-

wirklicht daher die Ordnung. Ordnung ist für Gehlen nicht etwa etwas Natürliches, sie ist der Natur zuwider und ist das Ergebnis einer menschlichen Anstrengung, die die Institutionen schafft. Diese Anstrengung ist so permanent wie die Institutionen selbst.

Das Chaos hingegen ist nie verwirklicht, da seine Verwirklichung der Tod ist. Der Mensch kann nämlich nicht »natürlich« werden, da er als biologisches Wesen in einer Weise entwickelt ist, daß ihm die instinkthafte natürliche Ordnung des Tieres nicht zugänglich ist. Überall, wo und wann der Mensch lebt, lebt er in Institutionen, aber überall, wo Institutionen existieren, gibt es auch die Gefahr ihres Verfalls. Die Drohung des Chaos durch Rückkehr zur Natur schafft daher Angst – und diese Angst entspringt letztlich der Todesfurcht. Die Überwindung der Angst aber ist das Schaffen der Institutionen.

In dieser Weise verwandelt sich die Polarität Chaos/Institution in eine andere, damit identische: Tod/Leben. Die Institution ist das Leben, das Chaos der Tod und die Angst vor dem Tode wird zum Grund für den Übergang ins Leben, das durch die Institution möglich wird. So gesehen, haben dann die Institutionen bei Gehlen ein sehr friedliches Aussehen. Sie sind »dauernde Gefüge menschlichen geordneten Zusammenwirkens« und wir finden, »daß die Menschen in solchen Institutionen typische Lebenssituationen gemeinsam bewältigen«. (Gehlen: Anthropologische Forschung. 1961, S. 138)

Der Institution ist immanent eine dauernde Anstrengung, ein Sollen. Indem der Mensch natürlich wird, drängt er zum Chaos und zum Tod. Die Institution muß ihn hindern, ihn wahrhaftig vermenschlichen. Gegen dieses Zurück zur Natur setzt die Vermenschlichung durch die Institution das »Zurück zur Kultur«. Und Kultur ist Institution, ist Ordnung:

»Das Chaos ist ganz im Sinne ältester Mythen vorauszusetzen und *natürlich*, der Kosmos ist göttlich und *gefährdet*.« (aaO: S. 59)

Daher ergeben sich in der Entwicklung des Institutionenbegriffs die Polaritäten: Chaos/Institution, Tod/Leben, Angst/Frieden, Chaos/Ordnung, Natürlichkeit/Göttlichkeit. Chaos, Tod, Angst und Natürlichkeit stehen gegen Institution, Leben, Frieden, Ordnung und Göttlichkeit. Letztere sind geschützt in der Selbstverständlichkeit der institutionellen Gefüge.

Institution und Chaos

Den Institutionen aber droht Gefahr. Gehlen fragt, »was eigentlich vor sich geht, wenn Institutionen gesprengt oder erschüttert werden.« (aaO. S. 72) Seine Antwort:

»Die Desorientierung ergreift die moralischen und geistigen Zentren, weil auch dort die Gewißheit des Selbstverständlichen gestrandet ist . . . Dazu

tritt die affektive Verarbeitung der Unsicherheit als Angst oder Trotz oder Reizbarkeit.« (aaO. S. 72)

Alle Möglichkeiten affektiver Umformung ergeben sich:

»Von der Verhärtung bis zur Überanpassung und Gleichgewichtslosigkeit, vom Haß bis zum Hohn, vom Unglauben bis zur Glaubensgläubigkeit.« (aaO. S. 73)

Ergebnis ist die Primitivisierung:

»Die Querschiebungen in den Menschen als Resultate der Erschütterung ihrer Institutionen wirken sich als Primitivisierungen aus, ihr Verhalten erinnert an die angestrengten Verständigungsbemühungen der Taubstummen.« (aaO. S. 72/73)

Indem also die Institutionen erschüttert oder gesprengt werden, kommt Angst und Chaos, die durch die Institution verhindert worden sind.

Diese Gefahr der Primitivisierung sieht er einmal überhaupt in sozialistischen Bewegungen:

»Unverkennbar war die Primitivität dieser Gestaltungen, bewußt wird sie mitgeführt und festgehalten, so wie die Soldaten Castros ihre Urwaldbärte nicht ablegen, und jeder weiß um die Verunsicherung und das tastende Zögern des Publikums angesichts dieser Künste.« (aaO. S. 73)

Das Grausen vor dem Schrecken des Chaos geht weit darüber hinaus:

»Dagegen und umgekehrt scheint es uns heute, daß der Naturzustand im Menschen das Chaos ist, das Medusenhaupt, bei dessen Anblick man erstarrt . . . Wenn die Gaukler, Dilettanten, die leichtfüßigen Intellektuellen sich vordrängen, wenn der Wind allgemeiner Hanswursterei sich erhebt, dann lockern sich auch die uralten Institutionen und die strengen professionellen Körperschaften . . . Dann erblickt unter dem Schaum das erfahrene Auge schon das Medusenhaupt, der Mensch wird natürlich und alles wird möglich.« (aaO. S. 60)

Das was vorher als Chaos und Tod beschrieben wurde, wird jetzt zum Gegenstand der Angst selbst. Es erscheint das Medusenhaupt, und es wird sichtbar gemacht nicht nur durch die Primitivisierungen Castros, sondern auch durch Gaukler, Dilettanten, leichtfüßige Intellektuelle und Hanswurst. All dies zieht die Institutionen herab, zerrüttet oder sprengt sie, so daß Angst entsteht. Alles, was die Geschichte der Menschheit ausmacht, ist gefährdet, so daß Angst vor dem, was kommt, um sich greift. So entsteht bei Gehlen eine Vorstellung vom Zeitablauf, in dem es eine Epoche gibt, in der die Institutionen das waren, was sie sein sollen: Ordnung, Frieden, Göttlichkeit, Leben. Gaukler und Soldaten Castros aber haben sie erschüttert, sie müssen erneuert werden:

»Die ewige Revolution gegen die Bestimmung des Menschen zur Kreatur, zur harten Notwendigkeit und zu mühseligen Pflichten, diese ewige Revolution, aus der der Mensch immer natürlicher und immer schreckenserregender hervorgeht, sie wird nicht eher beendet sein, als bis irgendwelche

Eliten und ›schöpferische Minderheiten‹ die ungemaine Herausforderung annehmen . . .« (aaO. S. 67)

Hier bekommt die Zerrüttung der Institutionen noch einen – den in Wirklichkeit wohl wesentlichen – Aspekt der Revolution gegen die Bestimmung zur Kreatur, zur harten Notwendigkeit und zu mühseligen Pflichten. Es ist also der Protest gegen die Kreatürlichkeit, durch den Gaukler und Soldaten Castros die Institutionen zerrütten. Kreatürlichkeit aber ist harte Notwendigkeit und mühselige Pflicht. Wer diese nicht akzeptiert, kann auch die Institutionen und ihre Selbstverständlichkeit nicht akzeptieren.

Das Chaos hat damit ein doppeltes Gesicht. Es ist Chaos, aber es erscheint nicht so. Es ist nämlich gleichzeitig Revolution gegen die Kreatürlichkeit. Das erfahrene Auge aber sieht unter dem Schaum der Revolution gegen die Kreatürlichkeit das Medusenhaupt des Chaos.

Während man gegen ein Chaos als solches nicht kämpfen kann, kann man sehr wohl gegen die Rebellion gegen die Kreatürlichkeit kämpfen. Während das Chaos geschieht, ist die Rebellion gemacht. Gegen die, die sie machen, kann man etwas tun und beseitigt so das Chaos. Gegen alle jene Verantwortlichen des Chaos – gegen die Soldaten Castros, die Gaukler, die Dilettanten, die leichtfüßigen Intellektuellen und die Hanswürste – stehen daher die Eliten und schöpferischen Minderheiten auf und machen sich verantwortlich für die Ordnung. Früher gab es sie, zur Zeit gibt es sie nicht, aber es wird sie wieder geben.

Früher waren es »Könige«, ausgezeichnet durch das »Ethos der Vornehmheit«, das aus dem »Ethos des Kampfes von Mann zu Mann« hervorging. (aaO. S. 73) Kriegerische Tugenden standen im Mittelpunkt ihrer Ethik:

»Ihnen waren hochgewertete Tugenden wie Tapferkeit, Offenheit, Gehorsam zugeordnet, überhaupt prägte gerade diese Seite der Kultur dem Leben insgesamt einen männlichen Stil auf, und die ungeheure Distanz zur heutigen Zeit wird an der Feststellung deutlich, daß die kriegerische Tugend allein adelte.« (aaO. S. 136)

Ausgezeichnet durch kriegerische Tugenden vermochten die schöpferischen Minderheiten jene Rebellion gegen die Kreatürlichkeit niederzuschlagen und die Anerkennung der »harten Notwendigkeit« und der »mühseligen Pflichten« zu erzwingen.

Gehlen sagt nichts darüber, wie sie das tun. Aber hierüber kann nicht viel Zweifel bleiben. Sie sichern die Selbstverständlichkeit der Institutionen, indem sie den Rebellen töten. Genau das ist, was sie adelt. Sie sind zwar auch Kämpfer unter sich, einer gegen den andern. Aber in diesem Kampf entwickelt sich nur ihre Tapferkeit. Zum Gottesdienst wird dieser Kampf dann, wenn in der Person des Rebellen gegen die Kreatürlichkeit das Medusenhaupt des Chaos abgeschlagen wird. An die Stelle der zustandsbezogenen Polarität

Chaos/Institution ist damit die Polarität von Subjekten getreten, die diese Zustände repräsentieren: Rebell/König. Diese Polarität enthält wiederum eine Umkehrung, die bei Gehlen mitgedacht, allerdings nicht ausgesprochen wird. Unter den zustandsbezogenen Polaritäten entsprach die Polarität Tod/Leben jener andern Chaos/Institution. Sie kehrt sich bei den subjektbezogenen Polaritäten um: Rebell/König ist Leben/Tod. Die schöpferische Minderheit ist zum Todbringer geworden, sie flößt Todesfurcht ein und tötet, damit die Selbstverständlichkeit der Institutionen gesichert wird. Sie ist durch den Tod die Garantie des Lebens, der Ordnung und des Friedens. Wer aber den Tod tötet, schafft Leben. Folglich töten sie gar nicht.

Diese Dialektik von König und Rebell – die die Hegelsche Herr-Knecht-Dialektik in ihr Gegenteil verkehrt – aber ist erschüttert:

»... so ist von 2 Weltkriegen und von den Friedensoffensiven des Kellogpaktes und der Sowjets etwas wie eine Erschütterung der moralischen Selbstsicherheit kriegerischer Tugenden ausgegangen, ihre offene Vertretung ist heute besonders in Deutschland schwierig geworden.« (aaO. S. 137)

Ohne die Selbstsicherheit kriegerischer Tugenden kann es keine Könige und auch nicht die Vornehmheit des Ethos des Kampfes von Mann zu Mann geben. Dem Rebell wird nicht mehr entgegengetreten, denn die kriegerischen Tugenden sind erschüttert.

Damit hat Gehlen den Ausgangspunkt für die konservative Erneuerung geschaffen. Institutionen, die ihre uralte Selbstsicherheit verloren haben, sind durch Erschütterung und Sprengung bedroht. Die Dekadenz der Gaukler, leichtfüßigen Intellektuellen und Hanswurst auf der einen, die Bedrohung durch Sprengung von seiten der Soldaten Castros und der Sowjetunion auf der andern. Eine moralische Krise ist ausgebrochen, schöpferische Minderheiten müssen kommen, um die Erneuerung zu bringen.

Der Weg dieser Erneuerung, den Gehlen entwickelt, entspricht nicht linear seiner Problemstellung. Man würde erwarten, jetzt von einer Erneuerung der kriegerischen Tugenden der Elite zu hören, die aufs neue die Institutionen durch Kampf regenerieren müßten. Das aber sagt Gehlen nicht. Was diese kriegerischen Tugenden angeht, zieht er einen völlig pessimistischen Schluß. Er hält sie für unwiederbringlich verloren. Kann man sie aber nicht zurückgewinnen, muß man doch die Funktion erfüllen, die sie gehabt haben. Gehlen sucht daher nach »einem moralischen Äquivalent für den Krieg«. (aaO. S. 67) Es muß eine Kraft sein, die zur Anerkennung der »harten Notwendigkeit« und der »mühseligen Pflichten« verhelfen kann, ohne durch kriegerische Tugenden vermittelt zu werden. Eine solche Kraft meint er in der Askese zu finden, die das einzig mögliche moralische Äquivalent für den Krieg sei. In bezug auf ihre Chancen ist er völlig pessimistisch:

»Schon in dieser Form nämlich, als disciplina und stimulans, als Konzentra-

tion geistiger und willentlicher Selbstkontrolle, wäre die Askese gefährlich zu leben und der gemeinsamen Gegnerschaft des Kapitalismus und des Kommunismus sicher, die ja in dem einen Punkt: Wettlauf nach dem Wohlleben, oder, um es vornehmer auszudrücken, Hebung des Lebensstandards, völlig übereinstimmen.« (aaO. S. 66)

Dieses Grundsche ma, nach dem Gehlen den Institutionalierungsprozeß erklärt, ist zweifellos in dieser Form für eine rechtsradikale Entwicklung des Konservatismus nicht geeignet. Es gibt viele störende Elemente, die für eine rechtsradikale Transformation verändert werden müssen. Aber eine ganz zentrale Aussage Gehlens kann vom Rechtsradikalismus unverändert übernommen werden. Es handelt sich um die Aussage, daß der Tod des Rebellen der Tod des Todes und folglich das Leben ist. Würde man von dieser Aussage ausgehen und aus dem Grundsche ma Gehlens alle Elemente ausscheiden, die einer reinen Verwirklichung des Todes der Rebellen im Weg stehen, verwandelt sein Denken sich in Rechtsradikalismus. Gehlen selbst tut dies nicht und ist auch wohl nicht bereit dazu. Andere aber tun es.

Gehlen spricht durchaus von einer »Selbstmacht« der Institutionen, beschränkt ihre Analyse aber auf Ritualbildungen. In Wirklichkeit geht eine ganz andere Selbstmacht und Sachlogik aus den Institutionen hervor, die in den Irrationalismus des Rechtsradikalismus mündet. Da sich die Institutionen durch die Angst und die Todesfurcht stabilisieren, tendieren sie dazu, sich gegen den Menschen zu stabilisieren. Rebelliert dieser nämlich gegen die von den Institutionen selbst reproduzierte Angst, Tod und Chaos, so führt die Sachlogik der Institutionen zu einer immer vergrößerten Reproduktion der Angst, und in dieser Eskalation bricht das System der Institutionen zusammen oder geht in die Ruhe des Friedhofs der rechtsradikalen Diktatur über.

Gerade diese aus den Institutionen erwachsende Gefahr aber untersuchen konservative Theoretiker niemals. Sie kennen Institutionen nur als in sich selbst ruhenden Frieden und als Zusammenwirken der Menschen. Die Institutionen sind die Ordnung und wer sie verteidigt, verteidigt die Ordnung. Sie haben nicht das geringste Element der Entfremdung. Gerade dadurch aber können sie die Analyse des Rebellen ausschalten.

Gehlen analysiert die Gründe der Rebellion nicht und unterstellt Neid und Bosheit. Das kann er nur deshalb tun, weil er den Institutionenbegriff selbst nicht differenziert. Für ihn sind Institutionen einfach Institutionen, von denen es eine große Menge gibt. Von der Rebellion aber behauptet er, sie richte sich gegen die Institutionen als solche und sei folglich Chaos:

»Das Gericht spricht Recht, die Schule erzieht – es gibt daher jeweils Sollforderungen, die einleuchtend aus der Zielsetzung solcher Einrichtungen heraus erwachsen . . .« (aaO. S. 138)

Hier ist ein Institutionenbegriff vorausgesetzt, der Einrichtungen betrifft: Behörden, Betriebe, Familie. Hierzu gehören Gerichte, Schulen, Universitäten, Fabriken, Krankenhäuser, Haushalte. Diese Institutionen, deren Funktion evident ist, vermischt er mit anderen, nämlich Eigentum und Staat, die offensichtlich ganz anderen Charakter haben. Fabriken operieren innerhalb einer Eigentumsform, Gerichte innerhalb einer Staatsform. Bei Eigentum und Staat hingegen handelt es sich um spezifizierende Institutionen, die den Charakter der gesamten Gesellschaft bestimmen. Die Rebellion richtet sich immer gegen diese spezifizierenden Institutionen mit dem Ziel, sie zu verändern. Sie richtet sich nie gegen Rechtsprechung, Erziehung, Produktionsstätten etc. Sie richtet sich immer gegen die solche Einrichtungen spezifizierenden, übergreifenden Institutionen. Würde sie sich gegen die Einrichtungen selbst richten, wäre sie das Chaos. Aber sie tut es so gut wie nie, weil dann menschliches Leben gar nicht mehr möglich wäre. Sie richtet sich sehr wohl gegen Eigentums- und Staatsformen, die diese Einrichtungen in einem ganz bestimmten Sinn einsetzen. Sie stellt diesen Sinn in Zweifel.

Macht man diese Unterscheidung, so sieht die Vornehmheit der Könige und der schöpferischen Minderheiten anders aus. Die Angst, die sie verbreiten, ist nicht vorwiegend ein Produkt ihrer kriegerischen Tugenden. Die schöpferischen Minderheiten schaffen nämlich Eigentumsordnungen, innerhalb derer sie zuerst einmal den ökonomischen Tod und die ökonomische Angst verbreiten. Sie schaffen Situationen, in denen die Mehrheiten materiell nicht leben können, in denen ihre materielle Existenz ständig selbst bedroht ist. Die Minderheiten müssen daher zu herrschenden Minderheiten werden, um durch ihre »kriegerischen Tugenden« zu verhindern, daß die Mehrheiten die materiellen Existenzbedingungen ihres Lebens durchsetzen. Die Mehrheiten rebellieren daher auch nicht gegen Schulen, Universitäten, Fabriken. Sie rebellieren gegen Eigentumsordnungen, unter denen sie einerseits trotz der Existenz von Schulen und Fabriken ihr materielles Leben nicht sichern können oder andererseits sogar die Entstehung von Schulen und Fabriken unmöglich gemacht wird. Sie rebellieren nicht gegen Notwendigkeiten und Pflichten, sondern gegen die Unmöglichkeit zu leben. Es ist eine Rebellion gegen das von den Institutionen reproduzierte Chaos. Der Tod des Rebellen ist daher das Chaos, und die Könige seine Verbreiter.

Konservative sind oft sehr merkwürdig, wenn sie sich diesem Problem zu stellen versuchen. Kaltenbrunner z. B. nähert sich ihm. Er sieht die bisherige Beschränkung der konservativen Haltung darin,

»daß sie trotz ihres anthropologischen Realismus kaum je ohne Willkür zu bestimmen vermag, auf *welche* konkreten Institutionen der Mensch unauf-

hebbar angewiesen ist. Gottesgnadentum, Sklaverei und Parteidiktatur sind ebenso Institutionen wie liberale Verfassungsstaaten oder spontan entstehende Freundschaftsbünde. So ist ›Institution‹ bloß ein formaler Begriff, der klarstellt, welche ›transzendentalsoziologischen‹ Bedingungen erfüllt sein müssen, damit menschliche Gemeinwesen überhaupt funktionieren . . . Wo Konservative mehr versucht haben, sind sie entweder politischer Romantik oder den Leerformeln naturrechtlicher Argumentation erlegen.« (Die Herausforderung der Konservativen, 1974, S. 12/13)

Kaltenbrunner sieht offensichtlich nicht, welche Funktion im konservativen Denken die völlige Verwaschenheit des Institutionsbegriffes und die Selbstbeschränkungen auf die »transzendental-soziologischen« Bedingungen der Institutionen eigentlich hat. Ausschließlich hierdurch ist es möglich, die Rebellion als Neid und Bosheit, als Vater der Bosheit, als Medusenhaupt, bei dessen Anblick man erstarrt, darzustellen. Damit man dies kann, muß eben die Rebellion als Angriff auf die Institutionalität selbst in allen ihren Formen dargestellt werden, und dafür muß man auf die spezifische Analyse von Institutionen verzichten. Gerade hier wird im konservativen Denken das Erkenntnisinteresse durch ein politisches Interesse blockiert. Dadurch erklärt sich auch die konservative Verachtung für das Erkenntnisinteresse, etwa bei Gehlen selbst:

»Es kommt nicht so sehr darauf an, Ideen zu diskutieren, als darauf, ihnen zu einer gerechten und dauerhaften Wirklichkeit zu verhelfen.« (Gehlen, aaO. S. 77)

Auf diese Weise wird immer unterstellt, daß Rebellion Chaos ist. Ist diese Gleichung einmal hergestellt, gewinnt das konservative Denken Überzeugungskraft. Denn alles ist besser als das Chaos, weil das Chaos der Tod ist.

Wäre also die Alternative der Sklaverei das Chaos, müßte man die Sklaverei wählen. Wäre die Alternative des Feudalismus das Chaos, müßte man den Feudalismus wählen. Wäre die Alternative für das Privateigentum das Chaos, müßte man das Privateigentum wählen. Als es daher um die Abschaffung der Sklaverei ging, verteidigten die Konservativen die Sklaverei, um das Chaos zu verhindern. Als das Feudalsystem fiel, verteidigten es die Konservativen, weil sie gegen das Chaos waren. Heute, da es um die Existenz des Privateigentums geht, verteidigen sie das Privateigentum, um das Chaos zu verhindern.

Die Minima des Überlebens

Kaltenbrunner ist deshalb interessant, weil er sich um Haaresbreite an der Wahrheit vorbeischiebt. Er tut dies, indem er die Rebellen ermahnt:

»Die Denkenden begännen danach zu fragen, ob das Maß der im Namen revolutionärer Ziele erheischten Opfer um eines zukünftigen Glücks willen

den Menschen der Gegenwart zuzumuten sei; . . . ob nicht vor der brutalen Notwendigkeit, die Minima des Überlebens zu sichern, die Sorge um diese oder jene soziale Reform in emanzipatorischer Absicht zweitrangig würde.« (aaO. S. 9)

Und in bezug auf die Ökologie: ». . . daß vieles immer wiederkehrt und daß es darauf ankommt, mit den Beständen zu rechnen.« (aaO. S. 9)

Er sagt eigentlich Selbstverständlichkeiten. Das erste und Grundlegende für die menschliche Gesellschaft ist die Sicherung der »Minima des Überlebens«, und zwar individuell für jeden einzelnen und ebenfalls für die Gesamtheit. Demgegenüber müssen soziale Reformen in emanzipatorischer Absicht beurteilt werden, da sie nie soweit geführt werden dürfen, daß ihre Verwirklichung die Minima des Überlebens gefährden.

Diese Anforderungen einmal angenommen, könnte Kaltenbrunner daraus ein Kriterium für konkrete Institutionen ableiten. Er müßte einfach nur fragen, welche Institutionen heute diese »Minima des Überlebens« sichern können, und hätte dann die Möglichkeit, das den Konservativen dringend fehlende Auswahlkriterium zu liefern. Zwischen kapitalistischem und sozialistischem Eigentum könnte er die Auswahl danach zu treffen versuchen, welches wohl am besten die Minima des Überlebens sichert. Er müßte dann erklären, warum wohl in China diese Minima gesichert sind und in Indien nicht, warum es eine sozialistische Welt gibt, in der diese Minima vorliegen. während die andere Welt (wie z. B. die Bundesrepublik) zwar ungeheuren Reichtum aufweist, darüberhinaus aber pauperisiert und verelendet. Und selbst in der Bundesrepublik bricht angesichts der Arbeitslosigkeit das Zittern um die Minima des Überlebens aus. Und angesichts der Krisenpanik ist ja auch hier bewußt geworden, daß eine ernst genommene Ökologie durchaus systemsprengend ist. Umweltschützer werden daher in bestimmten Massenmedien direkt neben den Terroristen genannt. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit überrennt schon jede vernünftige Umweltdiskussion.

Tatsächlich geht es zuerst einmal um die materielle Basis der Existenz des Menschen. Auf dieser Basis muß die Freiheit aufgebaut werden und sie ist überhaupt nur im Rahmen dieser Minima sinnvoll möglich.

Die Revolutionäre allerdings, an die Kaltenbrunner sich wendet, werden kaum verstehen, daß sie von der Revolution Abstand nehmen sollen, um die Minima des Überlebens zu sichern. Kaltenbrunner entgeht völlig, daß alle Revolutionen dieses Jahrhunderts ohne Ausnahme zur Sicherung dieser Minima stattfanden und sie auch gesichert haben. Daß er von Revolution abrät, erklärt sich höchstens daraus, daß er über den Schrebergarten Bundesrepublik nicht hinausblickt und außerdem der Illusion einer Verewigung der Vollbeschäftigung der 60er Jahre erlegen ist.

Tatsächlich handelt es sich bei den Kriterien der Sicherung der Minima des Überlebens und der Vollbeschäftigung der Arbeitskraft – die langfristig die einzig zählenden Rationalitätskriterien des Wirtschaftens sind – um solche Ansprüche an die Gesellschaft, die heute nur noch von sozialistischen Gesellschaften erfüllt werden. Hätte Kaltenbrunner wirklich, wie er behauptet, »anthropologischen Realismus«, würde er auch fähig sein zu bestimmen, auf *welche* konkreten Institutionen der Mensch unaufhebbar angewiesen ist.

Kaltenbrunner schließt stattdessen mit einem Aufruf zur Entschiedenheit. Mit Solschenizyn warnt er

»vor jenen Feiglingen, die sich hüten, einem utopischen und menschenverachtenden Revolutionismus zu widersprechen und zu widerstehen, »nur um nicht konservativ zu erscheinen« und dem Ansturm der Barbarei nichts anderes entgegenzusetzen haben als »Nachgiebigkeit und Lächeln.« (aaO. S. 16)

Die Aufforderung ist überflüssig. Wo Konservative an die Macht kamen, haben sie nie »Nachgiebigkeit und Lächeln« gezeigt. Ohne Nachgiebigkeit und ohne irgendein Lächeln verteidigen sie Institutionen, deren konkreten Inhalt sie nicht einmal zu formulieren in der Lage sind. Sie wissen zwar nicht, wofür sie kämpfen, aber ohne Nachgiebigkeit oder Lächeln kämpfen sie darum.

Die Verwertbarkeit für den Rechtsradikalismus

Soll die Gehlensche Institutionenlehre vom Rechtsradikalismus verwertet werden, so müssen bestimmte Korrekturen angebracht werden.

Zuerst einmal gibt es ein Problem in bezug auf den Naturbegriff Gehlens. Die Identifizierung von Chaos und Natürlichkeit ist für eine rechtsradikale Anwendung seines Institutionenschemas völlig untragbar. Der Rechtsradikalismus interpretiert die Gesellschaft, in der er aufsteigt, immer als Organismus – als geopolitisches Tier –, der erkrankt ist und gesunden muß. Dieser Organismusbegriff ist unverzichtbar, weil er den dem Rechtsradikalismus entsprechenden Verzicht auf vernünftige menschliche Praxis verständlich machen soll. Die Erneuerung und das Erwachen des Rechtsradikalismus wird er daher nicht als Gehlensches »Zurück zur Kultur« interpretieren können und muß folglich das Chaos als Perversion der Natur beschreiben. Die Erneuerung führt folglich zur Mutter Natur oder zum Naturrecht zurück.

Ebensowenig kann eine rechtsradikale Interpretation des Konservatismus auch nur die Diskussion eines »moralischen Äquivalents für den Krieg« dulden. Die Erneuerung der Rechtsradikalen bezieht sich immer auf Elitetugenden des Kampfes, da die Rebellion in ihre Schranken gewiesen werden soll. Die Gehlenschen Reflek-

tionen über die Askese müssen von diesem Standpunkt aus selbst als Perversionen der Natur erscheinen. Sie zerstören das Lebenselement der Institutionen – die kriegerischen Tugenden – und sind folglich selbst Dekadenz. Dies bedeutet allerdings nicht, daß der Rechtsradikalismus das Konzept der Askese nicht benutzen könnte. Er muß es umfunktionieren, damit es nicht mehr als »moralisches Äquivalent für den Krieg« dasteht. Dies wird möglich, wenn man Askese als innerweltliche Erfolgsaskese begreift. So wie es die Webersche innerweltliche Askese der Kapitalakkumulation gibt, gibt es eben auch die Askese des Krieges und der Antisubversion. In dieser Form liegt Askese dem Rechtsradikalismus sehr nahe, obwohl sie inhaltlich mit der Gehlenschen Vorstellung nichts mehr zu tun hat. Es ist die Goebbelsche »Butter-oder-Kanonen«-Askese, die diese Umfunktionalisierung leistet. CDU-MdB Werner Marx drückt dies so aus:

»Verzichten auch Sie langsam auf etwas Komfort, denn es wird am Ende keiner gewogen danach, was er aus seinen Möglichkeiten in diesem Leben gemacht hat.« Welt, 1. 12. 75

Werden Änderungen dieser Art vorgenommen, entsteht ein Grundschema, das für die Aktion des Rechtsradikalismus verwendbar ist.

Dies Grundschema projiziert in Vergangenheit einen Zustand der selbstverständlichen, institutionalisierten Sicherheit, der durch die Tugend des Kampfes von schöpferischen Minderheiten abgestützt wurde. Diese Institutionen sind heute zerrüttet und finden sich zwischen den beiden Polen der Dekadenz und der Rebellion. Eine Regeneration muß stattfinden, die sich wiederum nur auf die Tugenden des Kampfes von schöpferischen Minderheiten stützen kann, die die Dekadenz überwinden und die Rebellion niederschlagen. Da die Rebellion Chaos und Tod ist, ist der Tod der Rebellen die Wiederherstellung des Lebens, durch die hindurch die Institutionen ihre Selbstsicherheit zurückgewinnen. Die Regeneration sichert die Sachlogik der herrschenden Institutionen und hat ein absolutes Feindbild. Dem Feind gegenüber sind alle Mittel erlaubt, Rechtsstaat und Gesetzlichkeit werden zu etwas Sekundärem und bekommen selbst den Charakter des Dekadenten. Die durch die Regeneration gesicherte Sachlogik der Institutionen ist identisch mit dem Interesse der herrschenden Minderheit. Ihre Sicherung ist die Lösung einer moralischen und geistigen Krise, indem sie die Tugenden des Kampfes stärkt.

Der zentrale Punkt, an dem sich ein solches Grundschema als rechtsradikal ausweist, ist die Erklärung von Rechtsstaat und Gesetzlichkeit als Dekadenz für den Fall, daß sie zum Schutz von Rebellen oder ihrer Anhänger benutzt werden. Sie werden jetzt als »Spitzfindigkeiten«, als unvereinbar mit dem Empfinden des Volkes oder gar als zu aufwendig erklärt. Damit wird der Rechtsstaat

überrollt, diesicherhöhendeAngstdurcheinesicherhöhende»Sicherheit« bekämpft. Die Institutionen produzieren jetzt selbst Angst. Der Nazismus spezifizierte dieses Grundschema für seine Zwecke durch die Einführung der Polarität von Gemeinschaft/Gesellschaft. Die verlorene selbstsichere Institutionalität wurde als Gemeinschaft projiziert, die gegenwärtige Dekadenz als bloße Gesellschaft. Die Erneuerung ergab sich dann im Zusammenhang mit einer neuen, quasimythischen Gemeinschaftsbildung zwischen Führer und Gefolgschaft, die für jeden nur denkbaren Irrationalismus offen war. Er konnte daher auch über die Bindung an etablierte Eigentumsinteressen hinausgehen.

Der neue Rechtsradikalismus ist ohne Zweifel anders. Er ist ganz spezifisch auf etablierte Eigentumsinteressen ausgerichtet und läßt daher für manche Irrationalismen keinen Raum, die im Rechtsradikalismus der 30er Jahre Platz hatten. Überspitzt gesagt: ein Pinochet ist möglich, ein Hitler aber kaum. Man ist nicht weniger grausam, aber man ist es in anderer Richtung.

Dies hängt mit der Tatsache zusammen, daß der Rechtsradikalismus der 30er Jahre nationalistisch war: er war antisozialistisch auf der einen, aber imperialistisch in Ausrichtung gegen andere kapitalistische Imperialismen auf der andern Seite. Der neue Rechtsradikalismus geht nicht mehr von einer Nation aus – obwohl er viel von Nationalismus spricht –, sondern gründet sich als internationale Bewegung auf den gesamten Geltungsbereich der kapitalistischen Privateigentumsordnung. Er stellt mögliche innerimperialistische Konflikte der kapitalistischen Welt zurück, um die gesamte kapitalistische Eigentumsordnung zu regenerieren und ihr eine kämpferische Haltung gegen den Sozialismus von innen und von außen aufzuzwingen.

Der neue Rechtsradikalismus muß daher die Privateigentumsthese in den Vordergrund stellen und damit das oben angedeutete Grundschema spezifizieren. In dieser Beziehung kann er vom Konservatismus eines Gehlen nichts lernen. Dieser spricht nur von Kampfmoral. Wenn auch klar ist, daß es sich um die Kampfmoral des Privateigentums handelt, sagt er doch nichts darüber aus. Gerade hier aber ist die neue Bedeutung der katholischen Soziallehre zu suchen. Sie kann zwar auch das Privateigentum nicht begründen, gibt sich aber den Anschein. Und da dem Rechtsradikalismus der Schein des Arguments durchaus wichtiger ist als das Argument, vermag er sich gerade auf die katholische Soziallehre zu stützen. Damit verwandelt sich die Situation. Die katholische Soziallehre hat dem Faschismus und dem Nazismus durchaus fremd gegenübergestanden. Die katholische Kirche unterstützte zwar den harten Antisozialismus dieser Bewegung und läutete die Glocken, als Nazi-Deutschland die Sowjetunion angriff, konnte sich aber nie mit den nationalistisch-irrationalen Elementen dieser Bewegung

anfreunden. Sie duldet diese Elemente – z. B. den rassistischen Antisemitismus –, aber sie unterstützte sie nicht. Tatsächlich ist ihre Soziallehre durchaus unfähig, einen aggressiven Nationalismus zu formulieren. Dies wird anders, wenn es darum geht, ein aggressives Privateigentumssystem zu formulieren, innerhalb dessen die Nationalismen nur sekundär sind. Hierfür paßt die katholische Soziallehre und ist tatsächlich dem immanentistischen Konservatismus überlegen. Sie wird daher immer mehr zur herrschenden Ideologie des neuen Rechtsradikalismus, wobei der immanentistische Konservatismus eine sekundäre Rolle bekommt.

Auch hier gilt selbstverständlich wieder, daß die katholische Soziallehre keineswegs als solche einen Rechtsradikalismus darstellt. Um das zu werden, muß sie angepaßt werden. Aber aus diesem Transformationsprozeß geht eine ideologische Formulierung des Rechtsradikalismus hervor, der dessen Hauptanliegen auf beispielhafte Weise entspricht.

2. Die katholische Soziallehre

Wir gehen von der katholischen Soziallehre aus, wie sie Kardinal Höffner in seinem Buch »Christliche Gesellschaftslehre« (1975) dargestellt hat. Die Analyse wird sich wiederum auf die Darstellung der Institutionenlehre konzentrieren, da hier die Ansatzpunkte für rechtsradikale Interpretationen zu suchen sind. Wir wählen die Darstellung Höffners, da er ein ausgesprochener Vertreter des rechten Konservatismus innerhalb des Katholizismus ist und daher eine besonders geeignete Form der katholischen Soziallehre darbietet, wenn sie als ideologische Basis eines Rechtsradikalismus benutzt werden soll.

Die Notwendigkeit der Institutionalisierung des Eigentums

Die Institutionenlehre Höffners knüpft an die Lehre vom Ursprung und Sinn des Staates an, wie sie in der katholischen Soziallehre vertreten wird. Sie interpretiert den Staat als die übergreifende Institution über und neben anderen Institutionen – insbesondere Ehe und Eigentum –, sodaß die Theorie seines Ursprungs gleichzeitig die Theorie des Ursprungs der Institutionen ist. Während die konservative Institutionenlehre sich auf die Polarität Chaos/Institutionen beschränkt, fügt die katholische Soziallehre einen dritten Pol hinzu, der auf die Zukunft hinweist: eine zwischenmenschliche Beziehung, die nicht durch Institutionen vermittelt ist. Dadurch tritt ein dynamisches Element in die Institutionenlehre ein, das der Konservatismus nicht kennt. Institutionen braucht man, damit die Menschheit nicht ins Chaos fällt, weil der Mensch *noch nicht* jene ihm zukommende Vollkommenheit erreicht hat, in der er ohne

Vermittlung von Institutionen leben kann. Den Institutionen haftet daher ein Makel an. Obwohl notwendig, sind sie nicht das »wahre« menschliche Zusammenleben.

Diese Institutionenlehre trägt theologisches Gewand: »Der Ursprung der Zwangs- und Strafgewalt des Staates liegt . . . in der Sünde begründet«, aber der Staat hat »nicht im Fürsten der Sünde, im Satan, seinen Ursprung, sondern in Gott . . .« (aaO. S. 220/1) Dieser Staat hat die Perspektive, zu verschwinden:

»Der mit Zwangsgewalt ausgestattete Staat gehört dem Äon zwischen Sündenfall und Wiederkunft des Herrn an. Im kommenden Reiche Gottes wird es den Staat ebensowenig geben wie die naturrechtlichen Institutionen der Ehe und des Eigentums.« (aaO. S. 220)

Hieraus folgt dann wieder: »Der Staat ist nicht der »präsen- te Gott.«« (aaO. S. 220) Da es also Sünde gibt – Sünde will heißen: Chaos und Tod – sind die Institutionen Staat, Eigentum und Ehe notwendig. Ohne sie müßte das menschliche Leben in Chaos und Tod fallen, nur durch die Vermittlung der Institutionen kann es bestehen. Dennoch liegen die Institutionen nicht in der Bestimmung der menschlichen Natur. Diese geht vielmehr auf einen Zustand hin, in dem der Mensch ohne Vermittlung der Institutionen leben kann und dann auch besser lebt. Ihre Existenz verdankt sich also einer Unvollkommenheit, die aufhebbar ist. Allerdings kann der Mensch aus eigenem Entschluß diesen Schritt zur Vollkommenheit seiner eigenen Natur nicht tun.

Höffner greift auf die Unterscheidung der Äonen zurück. Die Unvollkommenheit von Chaos und Tod beherrscht den jetzigen Äon, der der Zeitraum zwischen Sündenfall und Wiederkunft des Herrn ist. Im folgenden Äon erst kann als Folge der Wiederkunft des Herrn die Schranke der Institutionen überschritten werden: die Institutionen sterben ab.

Ist es aber die Bestimmung und Hoffnung des Menschen, die Institutionen absterben zu lassen, können sie nicht in einer »ewigen« Natur des Menschen begründet sein. Höffner sagt daher, diese Notwendigkeit sei durch den Sündenfall entstanden und werde durch die Wiederkunft des Herrn aufgehoben. Insofern ist die *Notwendigkeit* der Institutionen »im Fürsten der Sünde, im Satan« begründet. Aber nur ihre Notwendigkeit. Die aus dem Sündenfall hervorgehende gebrochene Natur des Menschen braucht die Institutionen, diese aber sind von Gott. Die Institutionalisierung findet also statt, weil die menschliche Natur gebrochen ist, die Institutionen aber als – unvermeidliches – Produkt des menschlichen Zusammenlebens ermöglichen das Leben, wenn auch ein mit Mängeln behaftetes, und sind folglich von Gott.

Auf dieser Basis kann Höffner die Institutionen differenzieren. Aus dem Verhältnis der Geschlechter und aus dem Verhältnis des Menschen zur materiellen Welt gehen die – »naturrechtlichen« –

Institutionen von Ehe und Eigentum hervor, beide können nur innerhalb einer Rechtsordnung existieren, die ihrerseits vom Staat als übergreifender Institution garantiert wird. Dieser Staat sorgt für das Gemeinwohl – also dafür, daß die Institutionen sich in ihrem naturrechtlichen Rahmen bewegen – und straft das Böse. Der Staat selbst ist mit Mängeln behaftet, da er selbst wiederum entarten und zu einem Instrument gegen das Gemeinwohl werden kann.

In dieser Form allerdings ist die Spezifizierung nur scheinbar und mündet in reine Leerformeln. Will man wissen, ob der Staat sich gegen das Gemeinwohl vergeht, muß man wissen, was das Gemeinwohl ist. Bestimmt sich dies von den naturrechtlichen Institutionen Ehe und Eigentum her, muß man wissen, was diesen Institutionen naturrechtlich zugewiesen ist.

Die Ableitung des Privateigentums aus der Notwendigkeit einer Institutionalisierung des Eigentums

Die Behauptung der Existenz einer solchen Institutionenschranke für die menschliche Praxis wäre als solche keine konservative These. Ist sie richtig, steckt sie den Freiheitsraum des Menschen ab, innerhalb dessen die Menschheit sich entwickeln muß, bis sie die Institutionenschranke selbst aufheben kann. Um konservativ zu sein, muß Höffner weiter gehen. Er muß eine spezifische Institutionalität darstellen, deren Verwirklichung die absolute Ausnutzung dieses Freiheitsraumes ist. Daher muß er vor allem die »naturrechtlichen« Institutionen in spezifischer Form ableiten.

Die Ableitung, die er vorbringt, geht von der Institutionenschranke aus. Bezugspunkt ist also jener Augenblick der historischen Zukunft des Menschen, in dem Institutionen effektiv absterben können – bei ihm: die Wiederkunft des Herrn. Es handelt sich um den gleichen Zukunftspunkt, der von anderen – so Metz – als eschatologische Schranke bezeichnet wird. Er gilt als Referenzpunkt der Ableitung, sodaß die Institutionen vorher bestehen, hinterher aber absterben. Ihre Hauptlinie ist: dort Leben, hier Tod. Hier kann man gegenüber dem drohenden Chaos nur durch die Institutionen leben, die das Leben nur sichern können, weil sie den Tod verwalten. Dort hingegen kann der Mensch leben, ohne daß eine Verwaltung des Todes ihn am Leben hält: nur dort gibt es reines Leben. Dieses hier/dort wird zuerst in bezug auf das Eigentum entwickelt. Was dort sein wird, bezeichnet Höffner als die Bestimmung der Erdengüter:

»Gott hat die Erdengüter ursprünglich »der ganzen Menschheit gewidmet« . . . also nicht bestimmten Menschen zugewiesen, wie jedem seinen Leib.« (aaO S. 151)

In der ursprünglichen Bestimmung gibt es also weder Privateigentum noch überhaupt Eigentum. Alles ist für alle da. Einen Zustand, in dem dies effektiv gilt, nennt Höffner im Anschluß an die theologische Tradition die Gütergemeinschaft. Er beschränkt die Möglichkeit ihrer Verwirklichung als allgemeines Prinzip auf den Zustand jenseits der Institutionengrenze, in einem anderen Äon. Die ursprüngliche Bestimmung der Erdengüter, »der ganzen Menschheitsfamilie gewidmet« zu sein, gilt auch hier, im jetzigen Äon, also diesseits der Institutionengrenze. Aber sie gilt nicht mehr direkt, weil der Versuch der Verwirklichung der »Gütergemeinschaft« das Chaos wäre. Der Aneignungsprozeß der Güter muß institutionalisiert werden, »weil sonst Arbeitsunlust, Unordnung und Unfriede die Erreichung des Sachziels der Wirtschaft vereiteln würde.« (aaO. S. 183, zitiert nach Thomas von Aquin). Das Eigentum muß folglich privativ sein, damit die Güter vom einzelnen abgehoben werden und nur im Rahmen einer Leistung angeeignet werden können. In dieser Form begründet er die Institutionalisierung des Eigentums, macht dann aber den entscheidenden Sprung:

»Deshalb muß der Mensch, wenn er seine Herrschaft über die materielle Welt verwirklichen will, bestimmte Güter sich aneignen, sich gleichsam »auf sie setzen«, sie »in Besitz nehmen.« (aaO. S. 151)

Er sagt also, daß sich das Eigentum institutionalisieren müsse, um dann durch ein simples »deshalb« zum Privateigentum überzugehen. Den Übergang bietet er als eine logische Deduktion an. Das scheinbar deduzierte aber folgt nicht. Die Notwendigkeit der Institutionalisierung des Eigentums hatte er aus der generellen Notwendigkeit zur Institutionalisierung abgeleitet und damit eine – wenn auch nicht notwendig absolute – Geltung des Leistungsprinzips. Daraus folgt lediglich, daß der Zugang zu den Gütern nicht einfach spontan durch Zugriffe erfolgen kann, sondern mit dem ökonomischen Beitrag verbunden sein muß. Aber von diesem Allgemeinen kann er nicht auf etwas Spezifisches wie das Privateigentum und weniger noch das spezifisch bürgerlich-kapitalistische Privateigentum schließen. Es handelt sich um eine simple Unterstellung. Seine weitere Deduktion läuft jetzt sehr einfach ab. Daß die Erdengüter ursprünglich »der ganzen Menschheitsfamilie gewidmet« seien, gilt auch für den gegenwärtigen Äon:

»Andererseits darf keine Privateigentumsordnung »von jenem ursprünglichen Nutzungsrecht aller losgelöst werden«, da der Anspruch des Menschen auf die zur eigenen Entfaltung und Erhaltung notwendigen Güter ein unabdingbares Naturrecht ist, das »in innigster Beziehung zur Personwürde und zu den Personrechten des Menschen« steht . . .« (aaO. S. 151)

Nur – und das ist der Sinn der Gegenüberstellung – das Nutzungsrecht aller wird jetzt durch sein Gegenteil durchgesetzt. Damit das

Nutzungsrecht aller gesichert ist, muß der Besitz der Erdengüter in den Händen von Privateigentümern monopolisiert werden. Indem Privateigentümer diesen Besitz monopolisieren, sichern sie das Nutzungsrecht aller und sorgen dafür, daß die ganze Menschheitsfamilie Erdengüter hat. Daraus ergibt sich eine ungeahnte Motivation für die Eigentümer selbst. Indem sie die Privateigentumsordnung verteidigen, verteidigen sie eben das ursprüngliche Nutzungsrecht aller an allen Erdengütern. Indem sie für alle sichtbar den Besitz monopolisieren, tun sie doch – sichtbar für wenige Auserwählte – das Gegenteil davon. Objektiv sichern sie das Interesse aller.

Diese Umkehrung der Sicherung des Nutzungsrechts wird keineswegs durch das aufgehoben, was man »die soziale Verpflichtung des Eigentums« nennt. Ihre Verrücktheit kommt vielmehr gerade darin am sichtbarsten zum Ausdruck. Diese soziale Verpflichtung soll mehr sein als Verpflichtung zum Almosen und folglich in der Rechtsordnung verankert sein:

»... fordert die Sozialfunktion, daß *alle* Schichten einen menschenwürdigen Lebensunterhalt und die »konkrete Möglichkeit« haben, auch Eigentum an bleibenden Gütern (Eigenheim, Produktionsmittel und dgl.) zu erwerben.« (aaO. S. 185)

Das Nutzungsrecht aller an den Erdengütern soll durch die Sozialfunktion gesichert werden. Aber tatsächlich handelt es sich um eine bloße ideale Perspektive: es wäre zu begrüßen, wenn durch die soziale Verpflichtung des Eigentums das Nutzungsrecht aller und jenes »unabdingbare Naturrecht«, dem gemäß der Mensch Anspruch hat »auf die zur eigenen Entfaltung und Erhaltung notwendigen Güter«, gesichert würde. (aaO. S. 151) Dieses »unabdingbare Naturrecht« gilt daher gar nicht. Seine Grenze ist völlig klar umschrieben. Sie ist nicht der Mensch mit seinen Bedürfnissen, sondern das Privateigentum selbst:

»Gegen die Umverteilung des seit der Währungsreform entstandenen Vermögens der Privatunternehmungen wird man mit Recht Bedenken erheben müssen, da eine gefährliche Lähmung der Unternehmerinitiative und damit eine verhängnisvolle Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft zu befürchten wäre. Anders ist die Privatisierung des Vermögens der öffentlichen Hand zu beurteilen.« (aaO. S. 191)

Döpfner ist ebenso klar:

»Dabei übersieht eine nüchterne Analyse der katholischen Soziallehre nicht, daß diese unabdingbaren humanen Ziele langfristig nicht auf Kosten einer funktionstüchtigen Wirtschaft zu erreichen sind.« (FR 19. 4. 75)

Da bei ihm eine »funktionstüchtige Wirtschaft« dasselbe ist wie eine auf dem Privateigentum basierende Wirtschaft und daher gar nicht an der Erfüllung ihrer Funktionen – Nutzungsrecht aller – gemessen werden darf, ist die Sozialfunktion selbst wieder aufge-

hoben. Sie gilt nicht dann als erfüllt, wenn das Nutzungsrecht aller gewährleistet ist, sondern dann, wenn das Privateigentum gewährleistet ist. Das »unabdingbare Naturrecht« ist damit völlig relativiert, das »sekundäre Naturrecht« des Privateigentums ist zum einzigen unabdingbaren Naturrecht geworden.

Die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals entscheiden daher darüber, ob und wieweit Bedürfnisse befriedigt werden können, nicht aber die Dringlichkeit dieser Bedürfnisse selbst.

Hier wird das prekäre Verhältnis der katholischen Soziallehre zum Leben deutlich. Nicht das Leben des Menschen steht in ihrem Mittelpunkt, sondern das Leben des Privateigentums und damit die Drohung mit dem Tod.

Nach der katholischen Soziallehre darf man zwar gegen die Arbeitslosigkeit sein, auch gegen die Unterentwicklung und die Umweltzerstörung und den Hunger in der Welt. Man darf aber nichts dagegen tun. Man darf sich an das Privateigentum wenden, damit es etwas dagegen tut. Man darf es bitten, es anregen, es anflehen. Das Privateigentum und damit das Kapital ist die absolute Grenze dessen, was man tun darf. Dieser Grundsatz wird mit Illusionen vermischt:

»Je breiter das Eigentum gestreut wird, desto mehr werden die Funktionskrisen des Eigentums in der modernen Gesellschaft überwunden oder gemildert werden können.« (aaO. S. 193)

Jeder weiß, daß dies falsch ist. Aber selbst zu einer breiten Streuung des Privateigentums ist man nicht einmal bereit. Das Kapital könnte leiden, eine »gefährliche Lähmung der Unternehmensinitiative« wäre zu befürchten.

Was das Privateigentum nicht kann, das darf der Mensch nicht tun. Und so sagt uns denn Kardinal Döpfner,

»daß nicht der Mensch, sondern Gott und sein Wohnen unter den Menschen Ziel und Ende der Weltgeschichte ist.« (FR, 19. 4. 75)

Indem man das Privateigentum und das Kapital zur Grenze der menschlichen Freiheit erklärt, erklärt man daher den Tod zum Zentrum des Lebens. Aus dem dialektischen Spiel mit der Institutionsschranke ist damit aus dem hier/dort ein Tod/Leben geworden. Hier Tod, dort Leben, hier Privateigentum, dort Nutzungsrecht aller. Dieser Tod als Wesen des Lebens tritt auch in der Staatstheorie Höffners wieder auf, denn das Kapital kann sich ja als Schranke des Lebens nur soweit durchsetzen, als die politische Macht des Staates auf seiner Seite steht. Genauso sagt es Höffner:

»Das Schwertrecht des Staates ist eine eindringliche Anerkennung der Unantastbarkeit höchster menschlicher Güter, besonders des menschlichen Lebens. Die Heiligkeit der Gottesordnung wird durch die Todesstrafe auch in diesem Äon als »mächtig« erwiesen.« (aaO. S. 231)

Die Todesstrafe ist im »hier« die Gegenwart des Lebens, ein

unmittelbares Leben gibt es nur im »dort«. Die Todesstrafe wird damit zum Wesen des Staates und seiner Zwangsgewalt. Indem der Staat als die übergreifende Institution den Tod androht, macht er das Leben möglich. Das führt zu jener These, der gemäß der vom Staat administrierte Tod der Tod des Todes ist und folglich das Leben. Der vom Staat administrierte Tod schafft nur dann das Leben, wenn der Staat dem Gemeinwohl dient. Das Gemeinwohl ist die Herrschaft des Privateigentums. Privateigentum ist nicht eine Befugnis, sondern Pflicht:

»Im gefallenen Äon wird jene Befugnis zur *Notwendigkeit* und zur *Verpflichtung* . . .« (aaO. S. 183)

Indem der Staat sich folglich aufs Gemeinwohl orientiert, kommt er der Pflicht zur Sicherung des Privateigentums nach. Damit hat die lebensschaffende Todesstrafe ihren konkreten Sinn. Die Todesstrafe schafft Leben, sofern sie den Feind des Privateigentums trifft. Der Tod des Rebellen ist der Tod des Todes und daher das Leben. Der Rebell aber ist jetzt konkretisiert als Feind des Privateigentums.

Diese Todesstrafe gehört ganz wesentlich zum Staat. Der Staat kann folglich nicht auf das *Recht* zur Verhängung der Todesstrafe verzichten, wohl aber auf die Ausübung dieses Rechts. Das Recht bleibt immer bestehen:

»Das Recht des Staates, die Todesstrafe zu verhängen, besagt nicht, daß es dem Staat nicht gestattet sei, auf die Ausübung dieses Rechtes zu verzichten.« (aaO. S. 231)

Ein solcher Verzicht ist für Höffner nicht einmal erfreulich. Er erweckt eher den Verdacht von Dekadenz:

». . . wobei zu bedenken ist, daß gefährliche Verbrecher nicht selten von ihren Komplizen durch Entführung und Geiselnahme befreit werden und ihr Unwesen fortsetzen.« (aaO. S. 231)

Die Todesstrafe ist der vom Staat administrierte Tod. Der Staat hat auch das Recht – und das Wesen – den Tod durch den Krieg zu verbreiten:

»Daß es gerechte Kriege geben kann, ist einhellige Lehre der katholisch-theologischen Überlieferung.« (aaO. S. 231)

In dieser Ausschließlichkeit gilt dies zwar keineswegs, es gilt aber vom Zeitalter Konstantins an, als das Christentum Staatsideologie wurde. Der Friede aber ist nicht die Abwesenheit des Krieges. Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit, die Gerechtigkeit das Gemeinwohl, das Gemeinwohl das Privateigentum und alles zusammen wiederum die »göttliche Friedensordnung«. Wenn daher die Abwesenheit des Krieges größeren Schaden bringt als der Krieg selbst, wird der Krieg sogar zur Pflicht. Dies ist bei einem Angriff auf die göttliche Friedensordnung der Fall:

»Es gibt Güter, welche die göttliche Friedensordnung unbedingt zu achten und zu gewährleisten, deshalb auch zu schützen und zu verteidigen verpflichtet«. Diese Güter sind »von solcher Wichtigkeit für das menschliche Zusammenleben, daß ihre Verteidigung gegen den ungerechten Angriff zweifellos vollkommen gerechtfertigt ist«. Die Verletzung dieser Güter durch den angreifenden Staat ist »ein Anschlag auf die Majestät Gottes«. (Pius XII.)« (aaO. 233)

Diese Pflicht zum Krieg schließt eine ganz spezifische Definition des Angreifers ein. Angreifer kann jemand sein, der überhaupt niemanden angreift. Da der Friede nicht die Abwesenheit des Krieges ist, sondern die Achtung der göttlichen Friedensordnung, findet auch der Angriff nicht dadurch statt, daß jemand in den Krieg zieht. Er greift an, wenn er die göttliche Friedensordnung angreift. Da aber der Kern der göttlichen Friedensordnung das Gemeinwohl, der Kern des Gemeinwohls das Privateigentum ist, ist die Abschaffung des Privateigentums als solche schon Angriff. Angriff von außen, wenn es in einem andern Land abgeschafft wird, Angriff von innen, wenn es im eigenen Land abgeschafft werden soll. Immer handelt es sich um einen Anschlag auf die Majestät Gottes.

Daß dies ernsthaft gemeint ist, zeigt ein Zitat aus dem historischen Hirtenbrief des Kardinal Galen von Münster vom 28. 11. 1941, in dem der Einmarsch der Nazi-Truppen in die Sowjetunion kommentiert wird:

»Das deutsche Volk in Waffen ist seit dem Juni dieses Jahres aufgetreten, um den militärisch-machtmäßigen Versuch Moskaus zu vereiteln, die bolschewistische Irrlehre und Gewaltherrschaft nach Deutschland und Westeuropa vorzutragen. Das deutsche Heer . . . ist in unverbrauchter Kraft auch dem bolschewistischen Gegner im Osten entgegengetreten, hat ihn in zahlreichen Schlachten und Gefechten geschlagen und weit in das russische Land zurückgedrängt . . .

Zugleich aber wollen wir auch innig beten um die Überwindung des machtmäßigen und des geistigen Ansturms des gottlosen Kommunismus und daß Gott uns bald schenken wolle den ersehnten Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit.«

Aus den Worten des heldenmütigen Kardinals geht klar hervor, daß die Frage, wer Angreifer ist, eine Frage theoretischer Deduktion und doktrinärer Wahrheitsfindung ist, nicht eine Frage von Tatsachen. Wer für diese göttliche Friedensordnung ist, kann deshalb durchaus für den Krieg sein. Nicht allerdings für irgendeinen Krieg. Wohl aber für den Krieg für die Ausdehnung der Ordnung des Privateigentums. So erweist sich die Heiligkeit der Gottesordnung nicht nur durch die Todesstrafe, sondern auch durch den Krieg. Wird er gegen den Sozialismus geführt, so ist er wiederum Tod des Todes und folglich das Leben.

Die Ableitung des Privateigentums aus dem Wesen der Institutionen als Administration des Todes

Damit ist das dialektische Spiel mit der Institutionenschranke vollendet. Das Leben, das jenseits der Institutionenschranke reines Leben und effektives Nutzungsrecht aller über die Erdengüter ist, ist diesseits der Schranke Ergebnis des Gegenteils. Das Nutzungsrecht aller wird durch sein Gegenteil, die Monopolisierung des Besitzes im Privateigentum, gesichert, das Leben durch die Todesstrafe, der Friede durch den Krieg. So wird der Tod zur ständigen Durchgangsstation des Lebens und als Wesen der Institution gilt, daß sie der administrierte Tod – ökonomischer und polizeilicher Tod – ist. Wir beschränken uns hier auf die Analyse des Zusammenhangs zwischen Privateigentumsordnung und Staat. Man könnte etwas völlig Analoges über die katholische Lehre von der Ehe sagen, die den Zugang zur Sinnlichkeit durch ihr Gegenteil, die Funktionalisierung der Sinnlichkeit in der Produktion der Kinder, sichert.

Der Mensch verwirklicht sein Wesen, indem er es diesem Wesen der Institutionen anpaßt. Hierdurch wird die richtig erfaßte Sachlogik der Institutionen in das Wesen des Menschen selbst verlegt, so daß die Anpassung an das, was die Sachlogik der Institutionen verlangt, als wahre und verwirklichte Menschlichkeit ausgegeben wird.

Das Privateigentum entsteht daraus, daß der Mensch sich damit abfindet, daß die Institutionen die Verwaltung des Todes sind. Indem aber zum Zentrum des Menschen erklärt wird, was das Wesen der Institutionen ist, kann nur noch das Privateigentum als dem Wesen des Menschen gemäß anerkannt werden. Es ist jetzt die Folge des Verzichts auf eine menschliche Praxis der Befreiung vom Diktat der Institutionen. Das schließt ein, den Menschen selbst vom Tod her und nicht vom Leben her zu bestimmen. So sagt Gehlen:

»Bald wird man nicht mehr verstehen, wie der alte Clemenceau sagen konnte: ›Von Zeit zu Zeit muß man sich über den Abgrund beugen, um den Atem des Todes einzuatmen, dann kommt alles wieder ins Gleichgewicht.« (Moral und Hypermoral, S. 77)

Auch Rilke gibt dieses Denken wider, wenn er in seinem Malte Laurenz Brigge zeigt, wie der Tod ausführlich und tagelang gelebt wird. Und ein Journalist schreibt:

»Und da nichts im Leben des Menschen so gewiß ist wie der Umstand, daß er eines Tages sterben muß, halten sie es für vernünftig, vor dem Tod nicht die Augen zu verschließen.« (Rheinischer Merkur, 29. II. 75)

Wird daher der Tod als Zentrum des Lebens und die Tatsache des Todes als der wahre Realismus des Menschenbildes dargestellt, so

ist die Praxis der menschlichen Befreiung, die sich immer gegen das Wesen der Institutionen als Verwahrung des Todes richtet, ausgeschlossen und denunziert. Indem diese Praxis denunziert wird, wird das Privateigentum zu der dem menschlichen Wesen entsprechenden Eigentumsform erhoben. Wenn das Wesen der Institutionen das Wesen des Menschen ist, dann ist eben das Privateigentum das dem Wesen entsprechende Eigentum und kann folglich als Naturrecht ausgegeben werden. Der Rechtsradikalismus macht daraus das Viva la muerte, Es lebe der Tod, der spanischen Fremdenlegion.

Die katholische Soziallehre nimmt das Wesen der Institutionen für das Wesen des Menschen. Danach geben Institutionen zwar das Wesen des Menschen mangelhaft wieder, werden aber nicht als entfremdet begriffen, sodaß auch nicht bewußt wird, daß sie ja gerade die Gegenwart des Anti-Menschlichen sind. Man behauptet das Anti-Menschliche für das Menschliche, den Tod als das Leben, Christentum als die Frohe Botschaft vom Tode und von der Kreuzigung.

Hieraus ergibt sich die Hierarchie der Werte, wie sie in der katholischen Soziallehre vertreten wird. Innerhalb dieser Werthierarchie gibt es die höheren und niederen Werte, wobei die höheren Werte gleichzeitig die unwandelbaren Werte sind. Diese unwandelbaren Werte heißen im konservativen Sprachgebrauch häufig die ewigen Werte.

Die Unterscheidung von höheren und niederen Werten ist nur begrifflich, wenn man sie mit einer anderen Unterscheidung zwischen dem primären und dem sekundären Naturrecht zusammenbringt:

»Schon die Kirchenväter, z. B. Irenäus, unterschieden zwischen dem primären Naturrecht, das unabhängig vom Sündenfall gilt, und dem sekundären Naturrecht, das den Zustand der gefallenen Natur voraussetzt. Während z. B. das Lebensrecht primäres Naturrecht ist, gehört die Institution des Privateigentums zum sekundären Naturrecht, das Thomas von Aquin ›jus gentium‹ zu nennen pflegt.« (aaO. S. 57)

Nach den vorherigen Analysen wird es niemanden mehr überraschen, daß der gesamte Bereich des sekundären Naturrechts zu den höheren Werten gehört, während alle materiellen Elemente des primären Naturrechts, und damit eben das Lebensrecht überhaupt, zu den niederen Werten gehören:

»Die Wirtschaft ist weder das einzige noch das höchste Ziel; sie muß sich vielmehr in die ›rechte Stufenordnung der Ziele‹ an der ihr zukommenden Stelle einordnen . . . Höher stehen die Würde und Freiheit des Menschen, Ehe und Familie, Religion und Sittlichkeit und ›das letzte Ziel und Ende aller Dinge‹, Gott selber . . . Der Versuch, diese Harmonie umzustürzen . . . wäre Technokratie und Erniedrigung des Menschen.« (aaO. S. 155)

Die Wirtschaft bildet »in der Rangordnung der Werte gleichsam

das unterste Stockwerk . . .« (aaO. S. 126) Da die Wirtschaft in Wirklichkeit der materielle und damit der effektive Ausdruck des Lebensrechtes ist, herrscht so die gefallene Natur über die ewige Natur des Menschen, der Tod über das Leben. Die Herrschaft des Todes über das Leben ist der eigentliche rote Faden der gesamten katholischen Soziallehre.

Um diese These aufrechterhalten zu können, entwickelt die katholische Soziallehre einen durchaus neuen Naturbegriff. Höffner interpretiert diese Verwandlung als ein reines Wortproblem. Aber tatsächlich wird der Naturbegriff auf eine wichtige Weise verändert, wenn die naturrechtlichen Institutionen des sekundären Naturrechts eingeführt werden und schließlich der Staat selbst zur Natur erklärt wird.

»Der Staat ist in diesem Sinne *nicht* ›Menschenwerk‹, sondern ›Natur‹.« (aaO. S. 222)

Den Staat als Natur zu bezeichnen, das jus gentium als Naturrecht und das Privateigentum als naturrechtliche Institution, ist der Weg, den Idealismus einer Nach-uns-die-Sintflut-Theorie zu schaffen und das sekundäre Naturrecht in das faktisch primäre zu verwandeln.

Die Ableitung des Privateigentums aus der Anti-Utopie

Die Ableitung der Privateigentumsordnung, wie sie von der katholischen Soziallehre geboten wird, ist wesentlich verschieden von derjenigen Begründung, die die bürgerlich-liberale Tradition ausmacht. In dieser wird das Privateigentum aus dem Nutzen abgeleitet, den es den Wirtschaftssubjekten stiftet. Es wird folglich aus seiner pragmatischen Funktion gerechtfertigt, wobei die liberale Ideologie voraussetzt, daß nur das Privateigentum diesen Nutzen zu maximieren in der Lage ist.

Die katholische Soziallehre benutzt diese Art Argumente zwar, weigert sich aber strikt, die Rechtfertigung des Privateigentums aus dem Individualnutzen abzuleiten; ebenso wie sie sich weigert, die Rechtfertigung des Staates aus dem individuellen Willen seiner Bürger herzuleiten. Aus der Tatsache, daß der Institutionalisierungsprozeß selbst nicht im Willen von Subjekten seinen Ursprung hat, sondern unabweislich aus den zwischenmenschlichen Beziehungen entsteht, zieht sie den Schluß, auch die spezifische Eigentums- oder Staatsform nicht aus dem Nutzen oder Willen von Subjekten hervorgehen zu lassen. Für sie ist daher das Privateigentum ein Prinzip, das der Mensch unabhängig vom Nutzenkalkül als Wert schlechthin anzuerkennen hat. Sie entwickelt damit eine Ableitung des Privateigentums, die ganz bestimmten Situationen der bürgerlichen Gesellschaft angemessen ist. Da diese kontinuierlich in Wirtschaftskrisen fällt, ist gerade in den Momenten der

Krise das liberale Denken wenig verlässlich. Da es das Privateigentum aus dem Nutzen für die Wirtschaftssubjekte herleitet, entwickelt es einen Grundsatz, der in Krisensituationen dazu führen kann, die Überwindung des Privateigentums aus dem Schaden abzuleiten, den es den Wirtschaftssubjekten stiftet. Das liberale Denken ist daher in der Gefahr, über den Wirtschaftsliberalismus hinauszutreiben, je mehr sich das Bewußtsein von der Unabwendbarkeit der wirtschaftlichen Krisen verbreitet. Da es vom Nutzen des Subjekts her argumentiert, gibt es keine Sicherheit dafür, daß es nicht den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft verläßt, sobald dies vom Nutzenstandpunkt aus notwendig erscheint. Da das Privateigentum an dem gemessen wird, was es leistet, kann das Privateigentum wegfallen, wenn es nichts leistet.

Die katholische Soziallehre und mit ihr aller Konservatismus ist anders. Hier gilt das Privateigentum nicht, weil es etwas leistet, sondern weil es ein Wert ist. In der Ideologie gibt das Argument vom Nutzen des Privateigentums seiner Begründung zusätzliche Kraft, das Privateigentum als Wert aber gilt über diese Art pragmatischer Gesichtspunkte hinaus. Es ist keine pragmatische Einrichtung, aber die adäquate Begründung für Krisenzeiten. So sagt Strauß:

»Die Weimarer Republik war nicht wetterfest; wäre die heutige Republik wetterfester, wenn wir uns unter den damaligen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in diesem Staate längere Zeit durchschlagen müßten? . . . Die Bewährungsprobe der Bundesrepublik die kommt erst noch!« (Bayernkurier, 6. 12. 75)

Der Wert des Privateigentums steht fest. Was man braucht, ist die Kraft, seine Krisen durchzustehen. Die Bundesrepublik wird nicht »wetterfest« dadurch, daß sie solche Wirtschaftskrisen beseitigt, sondern dadurch, daß sie das moralische Gerüst hat, sie durchzustehen. Dazu braucht man eine prinzipielle Ableitung des Privateigentums. So wie höhere Werte über den niederen stehen, überwindet moralische Festigkeit die Ineffizienz des Privateigentums. Auf die Moral kommt es folglich an.

Seine Dynamik bekommt ein solches Schema durch aggressive Ausrichtung gegen alle, die angesichts von Krisen (Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung oder Umwelt) an der Überwindung der Krise arbeiten wollen, statt die Moral zu fördern, um die Krise zu ertragen. Wer dann die Gesellschaft nicht als Naturphänomen, das man hegt und pflegt, betrachten will, sondern als etwas, das man beherrscht, wird jetzt zum Zielpunkt der Aggression. Die ganze Eigentumstheorie ist folglich direkt auf diesen Kampf angelegt und soll durch Kampf die (durch die Krise produzierte) Angst gegen den lenken, der sich an dieser Natur vergehen will. So wird die Moral dieses Kampfes zur Moral, die fähig ist, das Überstehen der Krisenzeit zu sichern.

Der Kampf gegen die gesellschaftsverändernde Praxis wird damit zum wahren Angelpunkt dieser Eigentumsbegründung, denn Verzicht auf Praxis der Bewältigung gesellschaftlicher Krisen ist immer und notwendig die tatsächliche Basis des Privateigentums. Daher wird jede Praxis denunziert und es wird ein zentraler Begriff geschaffen, der allen konservativen Theorien gemeinsam ist und der die Brücke zu einer aggressiven Massenbewegung abgibt. Er schließt alles Böse ein, das Konservative sich vorstellen können, und heißt: Utopie. Utopie ist zu jenem zentralen Wort geworden, das in der rechtsradikalen Denunziation ein Wort abgelöst hat, das für den Rechtsradikalismus der 20er Jahre zentral war: Jude. Utopie heißt, wenn es von Konservativen gebraucht wird: Gottesmörder. Und der Gottesmörder par excellence der christlichen Geschichtsvorstellung heißt: Jude. Für die Rechte ist Utopie die wahre, die einzige Perversion des Menschen und aller menschlichen Geschichte. Sie ist jahrtausendealt. Nach der katholischen Soziallehre waren es Utopisten, die Christus gekreuzigt haben, Utopisten haben die französische Revolution gemacht, die selbst heute noch für Konservative eine Art Ursünde darstellt, Utopisten haben auch die Oktoberrevolution veranstaltet. Utopie ist Aufstand gegen Gott selbst, Utopie ist Luzifer, ist Satanas höchstpersönlich.

In Wirklichkeit soll das Wort Utopie aber alle treffen, die die Anerkennung des menschlichen Lebens über die Privateigentumsordnung hinaus sichern wollen. Es richtet sich gegen alle, die den Konflikt gegen die Eigengesetzlichkeit der Institutionen führen. Es handelt sich dabei notwendigerweise um einen Konflikt mit der Ordnung des Privateigentums selbst, da dieses gerade das Produkt der Eigengesetzlichkeit des Institutionellen ist. Dies ist vor allem der Rechten klar, die nie daran zweifelt, daß solch ein Konflikt um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel geht, und die diesen Konflikt so weitgehend internalisiert hat, daß sie letztlich dazu gekommen ist, das Privateigentum aus der Verpflichtung zur Ablehnung des gesellschaftlichen Eigentums – der Utopie – zu begründen. Je mehr sie daher liberale Rechtfertigungen verläßt, um so mehr geht sie dazu über, das Privateigentum als Negation des gesellschaftlichen Eigentums aufzufassen. Da sich aber das gesellschaftliche Eigentum positiv aus dem Lebensrecht aller begründet, begründet sich dann das als Negation aufgefaßte Privateigentum als Legitimierung dieser Negation des Lebensrechts aller.

»Wer CDU wählt, wählt die Freiheit, auch um den Preis von weniger Gleichheit . . .« (H. Kohl, Welt, 8. 12. 75)

Er könnte hinzufügen: auch um den Preis von mehr Arbeitslosigkeit, mehr Unterentwicklung usw. Freiheit – ein anderes Wort für Privateigentum – wird so zum abstrakten Gegengewicht für alles, was man nur als Folge einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel haben kann: Vollbeschäftigung, Überwindung von Hunger

in der Welt, von Unterentwicklung und Umweltkrise. Das Privateigentum wird in seinem Wert so überhöht, daß es gewissermaßen als werthafte Substanz das Fehlen aller nur möglichen materiellen Existenzvoraussetzungen ersetzen kann. Selbst für den Hunger in der Welt gilt noch als Trost, daß er angesichts einer Privateigentumsordnung vor sich geht und folglich nie ganz sinnlos sein kann. Utopie ist der Aufstand dagegen. Utopie ist Judentum und Marxismus gleichzeitig. So sagt Höffner:

»Die marxistische Endzeitlehre ist eine innerweltliche Heilsverheißung. Karl Marx hat das Schicksal des jüdischen Volkes – die Knechtung in Ägypten und den Aufbruch ins gelobte Land – sowie die alttestamentliche Erwartung des messianischen Heils säkularisiert und in unsere Zeit, in die Zeit nach Jesus Christus verlagert, – eine umstürzende Verkürzung und Nachäffung des der ganzen Menschheit in Jesus Christus geschenkten Heils. Der Marxismus ist ein Anti-Evangelium.« (aaO. S. 171/172)

Hinter diesem Zitat steckt alles: Mittelalterliches Judenpogrom und heutiges Marxistenpogrom. Einerseits wird behauptet, der Marxismus sei säkularisiertes Judentum. Er sei also auf der einen Seite Säkularisierung des Auszugs aus Ägypten, auf der anderen Seite alttestamentarische Messiaserwartung. Tatsächlich erwähnt Marx den Exodus als Analogie des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus: ein langer Marsch durch die Wüste, bei dem es die große Versuchung ist, sich nach den Fleischtöpfen Ägyptens zurückzusehnen oder das goldene Kalb anzubeten. Auch die alttestamentarische Messiaserwartung weist Analogien auf, die Marx durchaus bewußt sind, und an die Höffner hier denkt. Da es sich um das handelt, was der heutige Rechtsradikalismus als Utopie versteht, ist es vielleicht berechtigt, diese Erwartungen zu erwähnen.

1. Die Erwartung eines langen und ruhigen Lebens:

»Nicht wird es dort ein Kind von nur wenigen Tagen geben noch einen Greis, der nicht seine Tage auslebt. Denn der Jüngling wird als hundertjähriger sterben . . .« (Jesaja 65,20)

2. Niemand wird sich Mehrwert aneignen können:

»Sie werden Häuser bauen und darin wohnen, Weinberge pflanzen und ihre Frucht selbst genießen. Nicht werden sie bauen und ein anderer wird darin wohnen, nicht werden sie pflanzen und ein anderer wird es genießen. Denn die Tage meines Volkes werden wie die Lebenstage eines Baumes sein; was ihre Hände gearbeitet haben, werden meine Auserwählten selbst verbrauchen.« (Jesaja 65,21/22)

Es handelt sich tatsächlich um die zentralen Ziele der Praxis, obwohl es nicht den geringsten Grund gibt, sie als säkularisiertes Judentum zu bezeichnen. Sie tauchen bei allen unterdrückten Völkern und Klassen der Geschichte auf. In der Marxschen Theorie werden sie zum ersten Mal theoretisch formuliert und daher einer gesellschaftlichen Praxis zugänglich. Sie sind an sich weder jüdisch

noch marxistisch. Sie sind einfach der Ausdruck für die materielle Grundlage der menschlichen Freiheit.

In der konservativen Tradition aber sind diese Ziele Ausgeburten des Teufels, luziferische Hybris, Aufstand gegen Gott. Sie sind nicht nur böse, sondern die Inkarnation des Bösen selbst. Man kann diese Verurteilung des Utopischen und Luziferischen selbst bis in die Namensgebung zurückverfolgen. Solange das Oppositionell-Mißtrauische gegenüber der Herrschaft und damit die Perspektive der menschlichen Emanzipation vorherrschend waren, war Luzifer ein christlicher Vorname, der auf Christus als Luzifer – Lichtträger – hinwies. Es gibt sogar einen in Opposition zur konstantinischen Reichstheologie stehenden Kirchenvater – Luzifer von Cagliari –, der auf diesen Vornamen getauft ist. Erst als diese Reichstheologie im 4. Jahrhundert siegt und das Christentum zur Herrschaftsideologie wird, bezeichnet der Name Luzifer das Teuflische. Die Antiutopie als Negation der menschlichen Emanzipation hat gesiegt. Menschlich-emanzipatorische Ziele werden jetzt als Ausgeburten der Hölle betrachtet; was für die ersten christlichen Jahrhunderte christliche Erwartung war, erscheint jetzt als Teufelswerk. Das Christentum wechselt seine Klassenposition.

Um die Ziele der menschlichen Emanzipation als Ausgeburt der Hölle darstellen zu können, braucht es eine schwierige ideologische Verhüllung. Die katholische Soziallehre bietet sie und schafft damit das Schreckensbild der Utopie.

Der ideologische Kern wird durch die Mythologie des Gottesmörders bestimmt. Danach ist der messianische Glaube an eine zukünftige Lösung der materiellen Probleme dieser Welt ein grober Vorgänger des Christusglaubens und nur für die Zeit vor Jesus Christus adäquat. Die messianischen Verheißungen hingegen werden mit dem Auftreten Jesu zu totbringenden Verheißungen und verhindern das Verständnis der neuen christlichen Botschaft. In Wirklichkeit waren sie die unvollkommene Vorwegnahme jenes Heils, das Jesus brachte und das sich auf eine andere Welt bezog, die noch kommen sollte. Das jüdische Volk aber erwartete das Messiasheil vom Auftreten Jesu. Als er es nicht brachte und stattdessen das wahre Heil ankündigte, ermordeten die Juden ihn und wurden dadurch zu Gottesmördern.

Dies ist der mythologische Hintergrund jener Wende, durch die die sogenannte innerweltliche Heilslehre als Werk Satans entlarvt wird. Höffner weist darauf hin, wenn er sagt, daß die wahrhaft umstürzende Verkürzung darin bestehe, daß die messianischen Erwartungen durch den Marxismus auf die Zeit nach Christus verlagert werden. Vor Christus waren sie das unvollkommene Zeichen für ein ganz anderes Heil, das Christus bringen würde. Hinterher aber ist das Festhalten daran Beteiligung an der Kreuzigung Christi und deshalb Anti-Evangelium. Es ist der Anti-Christus selbst, der diese

Ziele jetzt zu den seinen macht. Und da der Tradition nach der Anti-Christus der Affe Gottes ist, spricht Höffner von Nachhaffung des von Christus gebrachten Heils. Was also *vor* Christus Andeutung auf Christus war, ist *nach* Christus Gottesmord, Aufstand gegen Christus, Anti-Christus. Das Böse ist eben dann radikales Böses, wenn es sich den Anschein des Guten gibt.

Lenkt man einen solchen Mythos gegen das jüdische Volk, entsteht das vor-nazistische Judenpogrom. Seit dem 11. Jahrhundert ist dieser Mythos die Basis aller Judenpogrome in Deutschland. Aber nicht nur in Deutschland. Golda Meir sagt über ihre Jugend:

»Angst ist die klarste meiner Erinnerungen . . . Leute, die Messer und riesige Stöcke schwingen und ›Christusmörder‹ schreien, während sie nach Juden suchten.«

Lenkt man ihn gegen die Marxisten, entsteht das Marxistenpogrom, wie es in Chile stattfand und noch stattfindet. Säkularisiert man diesen Mythos, entsteht das rassistisch-antisemitische Judenpogrom der Nazis. Der Gegner ist immer derselbe: die Utopie.

Höffner muß das wissen. Man kann ihm daher nicht den Vorwurf ersparen, bewußt den Effekt erreichen zu wollen, der eine Rehabilitierung dieses im Unterbewußtsein des deutschen Volkes fest verhafteten Mythos vorhersehbar macht. Dies ist um so mehr anzunehmen, als das 2. Vatikanische Konzil ausdrücklich von diesem Mythos abgerückt ist, der die Ideologie der schrecklichsten Perioden der deutschen Geschichte ist.

Hier ist daher bereits Rechtsradikalismus im Entstehen. Höffner begründet den Rückgriff auf das Anti-Christusbild so:

»Es gilt deshalb, die Christliche Soziallehre durch die Entfaltung spezifisch theologischer Kategorien über das Naturrecht hinaus zu entwickeln . . . Auch die soziale Auswirkung der Sünde und ihrer Folgen sowie die geschichtstheologische Bedeutung der Lehre vom Antichrist und von der Überwältigung der Weltgeschichte durch den wiederkehrenden Christus sind in die Betrachtung einzubeziehen.« (aaO. S. 23)

Es ist folglich damit zu rechnen, daß hier eine ganz bewußte Entwicklung vorliegt, die alle Schrecken dieser Welt über die Utopisten bringen soll. Das Wort Utopie wiederum ist als Träger einer solchen Ideologie so gut geeignet, weil nur die Eingeweihten verstehen, was gesagt wird. Wenn z. B. im Bundestag der Zwischenruf: »Utopie« oder »Hybris« laut wird, wissen die, die rufen, was sie sagen. Die Sozialdemokraten aber denken an Bloch.

Die aggressive Utopiefeindschaft: der Mythos vom Gottesmörder

Wird die Utopiefeindschaft zur wahren ideologischen Begründung des Privateigentums, so kann dies nur mit Todesmystik zusammengehen. Konservative Ideologie ist immer mit der Todesmystik verknüpft. Diese ist ja bereits in der Identifizierung des Wesens der

Institutionen als Verwaltung des Todes mit dem Wesen des Menschen gegeben, was wiederum die Rechtfertigung des Privateigentums als sein Produkt erzeugt.

Die Todesmystik ist mehr als eine passive Begleiterscheinung des Anti-Utopismus. Indem der Tod mystifiziert wird, schafft man den sich gegen den Utopisten richtenden Aggressionsmotor. Ist der Utopist der Anti-Christ, muß gegen ihn der Anti-Anti-Christ erstehen.

Die katholische Soziallehre läßt ihn aus dem Bild der Kreuzigung entstehen. Christus wird durch die Utopisten gekreuzigt. Sie fügen ihm Schmerz zu und quälen ihn. Dies ist die erste Aggression, die nach der Erbsünde gewaltigste Menschheitskatastrophe. So wird der Utopist zum Gottesmörder und Geißler, Jude und römischer Legionär. Er quält. Aber die Kreuzigung Christi ist nicht das letzte Wort. Christus steht von den Toten auf und veranstaltet dann sein letztes Gericht. Und hier werden alle diese Utopisten, die ihn gekreuzigt haben, in die Hölle gestoßen und dort für ewig noch schlimmer gequält als sie es mit Christus getan haben. Auf die Aggression der Gottesmörder antwortet der auferstandene Gott und zerschmettert sie. Der Tod wird durch das letzte Gericht getötet.

Die Utopisten aber haben nicht nur Christus getötet. Sie töteten auch die Märtyrer. Auch dafür bekommen sie durch das Gericht, was sie verdienen. Die Kreuzigung Christi setzt sich daher bis heute fort im Tod der Märtyrer. In spanischen Kirchen kann man nachlesen, wer die Märtyrer von heute sind: es sind die im Bürgerkrieg gefallenen Soldaten Francos, Mussolinis und Hitlers. In der gegen die Utopisten sich richtenden Bewegung kann dieses Weltgericht schon vorweggenommen werden.

So macht man die Weltgeschichte zum Weltgericht. Der Augenblick, in dem dies geschieht, ist der Moment der rechtsradikalen Erneuerungsbewegung, die Lösung einer moralischen und geistigen Krise. Er ist die Geburtsstunde des Rechtsradikalismus. Es ist außerordentlich auffällig, welche zentrale Rolle die Kreuzigung in der katholischen Soziallehre spielt. So sagt Kardinal Bensch:

»Wo immer einer Lehre, einem Programm, einer Aktion das Kreuz fehlt, ist sie nicht christlich.« (Herderkorrespondenz, Februar 1968, S. 77)

Dies gilt noch mehr für alle Frömmigkeitssymbolik. Hier existiert eine völlige Identifikation von Kreuz und Christentum. Es ist ebenfalls klar, daß alle Frömmigkeitssymbolik mit der aggressiven Wendung des Kreuzessymbols operiert. Gotische Dome geben dies mit großer Vollkommenheit wieder. Im Mittelpunkt stehen Kreuzigung und zerstörerisches Weltgericht. Dies ist umgeben durch möglichst gewaltsame und blutige Darstellungen von Folterungen von Märtyrern. Über allem aber thront ein ruhiger Gott Vater, Herr der Geschichte.

Dieses Schema liegt noch ungebrochen der Eroberung Amerikas zugrunde. Es wird im Liberalismus säkularisiert, lebt aber fort. Und es existiert auch im Nazismus. Dort wird der germanische Gott Loki zum Prototyp des utopistischen Gottesmörders, der Baldur tötet. Aus der Götterdämmerung geht das neue Reich hervor. Rechtsradikale Tendenzen der deutschen Christdemokraten benutzen alle diese verschiedenen Formen. In eher assoziativer Form stellen sie die Verbindung zwischen Kreuzigung und Utopisten her:

»In Mozambique flüchten die Weißen weiter. Kein Wunder angesichts der Tatsache, daß man in Mozambiques Hauptstadt Lourenço Marques Weiße findet, die von radikalen Afrikanern ans Kreuz geschlagen wurden und in dieser grauenhaften und blasphemischen Folter verendeten.« (Bayernkurier, 26. 10. 74)

Etwas Merkwürdiges sagt auch CDU-MdB Carstens:

»Bei einer Frankfurter Kundgebung zu Beginn des hessischen Wahlkampfes . . . bestand die Gruppe von 400 bis 500 Störern, die während der ganzen Veranstaltung das verhöhnte Kreuzifix schwenkten, aus Kommunisten und Jungsozialisten.« (Parlament, 30. 11. 74)

Beide Zitate sind Ritualmordpropaganda, und folgen bester Nazi-Tradition. Die Verbindung, die herausgestellt werden soll, ist in beiden Fällen die von Kreuziger und Utopisten/Kommunisten, wobei mit antisemitischem Unterbewußtsein gespielt wird.

Die Erneuerungsbewegung, die den Kreuziger in den Pfuhl werfen soll, hat verschiedene Ausdrucksweisen. Einmal knüpft sie an die Goebbelsche Tradition von Loki und Baldur an und sieht in der Erneuerung die Götterdämmerung. So heißt es in der Sonthofer Rede:

»Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen.« (FR, 12. 3. 75)

Und die Welt berichtet:

»Unter Gelächter prophezeite Strauß, daß ›die Zeit der Dämmerung der roten Götter‹ angebrochen sei . . .

Die Stunde der politischen Abrechnung mit den Kräften, die den Staat und seine Gesellschaft in den Ruin getrieben hätten, sei nun angebrochen.« (Welt, 14. 12. 74)

Die Verbindung von Kreuzes- und Freiheitsideologie liefert Gerhard Löwenthal, der vom Bayernkurier als »einsamer Streiter gegen die ›Links-Mafia‹ in den Medien von heute« vorgestellt wird anlässlich der Verleihung des Adenauer-Preises der Deutschlandstiftung. Löwenthal sagt:

»Die Freiheit in unserem Lande ist in Gefahr! . . . Eine Volksfrontbewegung von Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern, Jungdemokraten und Kommunisten führt den Kampf gegen unseren Staat . . .

Sollte unser Volk, sollte nicht vor allem endlich jene Opposition, die das »C« in ihrem Namen führt, sich in ihrer Gesamtheit an das erinnern, was Martin Luther empfiehlt:

»Man muß dem Teufel das Kreuz ins Angesicht schlagen und nicht viel pfeifen noch hofieren, so weiß er, mit wem er umgeht.« . . . Perikles sagt: »Wisset, daß das Geheimnis des Glücks die Freiheit, – das Geheimnis der Freiheit aber der Mut ist.« (Bayernkurier 17. 5. 75)

Hier soll, ausgehend vom aggressiven Kreuzigungsschema, ein neues Subjekt entstehen: Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir mit dem Kreuz den Schädel ein. Luther meinte, als er solche Worte sagte: hängen, köpfen, vierteilen, lebendig begraben. Was meint Löwenthal? Strauß meint:

»Das Volk sollte Brandt einmal gehörig aufs Maul hauen, wenn er von Sicherheitsrisiko spricht.« (Tagesspiegel, 29. 11. 75)

Der Kampf um die höheren Werte: die Überhöhung in das Prinzipielle

Diese Erneuerung aus der Aggression, das Kreuz als Waffe und die Ankündigung der Götterdämmerung für die Lösung des Utopistenproblems, stellen nichts anderes dar als eine aggressive Verselbständigung der Institutionen und ihrer Eigenlogik, insbesondere von Privateigentum, Ehe und Staat. Der Staat als Schützer der »naturrechtlichen Institutionen« wird in seinem polizeilichen Aspekt gestärkt, das Eigentum in seinem ökonomischen. Das Zurückdrängen der Utopisten ist ein Vordrängen des Polizeistaats und aller jener ökonomischen Interessen, die unmittelbar durch die Eigenlogik der Institutionen geschützt sind. Dies wiederum sind die des Eigentums und des Sicherheitsapparats, der daher auch in seinen ökonomischen Möglichkeiten expandiert. Mit dem Utopismus aber wird das Lebensrecht der Bevölkerung getroffen. Es treten Senkungen der Reallöhne ein, der Sozialstaat wird abgebaut und die »Systemveränderer« werden verfolgt.

Der der Gesellschaft immanente Konflikt zwischen Lebensrecht und Institutionen wird daher in einen offenen Konflikt umgewandelt und damit sollen alle Gruppen unterdrückt werden, deren ökonomische Interessen von der gesellschaftlichen Anerkennung des Lebensrechts abhängen.

Dieser Klassenkampf von oben hat einen ganz anderen Charakter als der von unten. Man kann das Lebensrecht nur verteidigen, indem man auf die Möglichkeiten zu leben hinweist. Der Klassenkampf von unten argumentiert daher direkt an Hand der Ziele, die er tatsächlich vertritt: Überwindung von wirtschaftlichem Mangel, Sicherheit angesichts der Lebensrisiken Krankheit und Alter, Sicherung der Vollbeschäftigung. Der Klassenkampf von oben tut dies nie. Er argumentiert mit Prinzipien. Er geht von der Sachlogik

der Institutionen aus, verwandelt sie in ein Prinzip und einen ewigen Wert, und deduziert davon wieder die Notwendigkeit der Institutionen.

So sprach die »Welt« von den Sachkomplexen des Wahlkampfes von seiten der CDU/CSU und sagte:

»Überhöhung in das Prinzipielle kann diese beiden Sachkomplexe im Wahlkampf verbinden . . .

Danach geht es darum, den Wahlkampf in einer historischen Dimension für »ein freies Deutschland in einem freien Europa« zu führen, das heißt: gegen den Sozialismus.«

Dies soll nicht deklamatorisch sein, sondern konkret.

»Vielmehr ist den Wählern begreifbar zu machen, daß sich der Sozialismus innenpolitisch im Abgleiten in den erdrückenden Versorgungs- und Betreuungsstaat, außenpolitisch in einem gefährlichen Schwebezustand in Europa mit deutlicher Neigung des Kraftgefälles zur Sowjetunion hin äußert.« (Welt, 20. 11. 75)

Der Artikel war überschrieben: »Ein Wahlkampf der Gefühle«. Etwas ähnliches meldete man vom Wahlprogramm Ronald Reagans in den USA:

»Weg mit der zum modernen Ungeheuer ausgewachsenen Bundesbürokratie in Washington, fort mit Wohlfahrtsprogrammen, die nur Müßiggänger fördern, damit die Steuerlast um 23% gesenkt werden könne, mehr Verlaß auf eigene Kraft, auf eigene Initiative, Rückkehr zu den alten amerikanischen Werten. Kein Nachgeben vor dem Kommunismus, »einer Art von Wahnsinn, der menschlichen Natur zuwiderläuft.« (FAZ, 20. 11. 75)

Beim Klassenkampf von oben stehen daher die aus der »Überhöhung in das Prinzipielle« hervorgegangenen Prinzipien und höheren Werte gegen die niederen Werte derer, die ihr Lebensrecht eben nur als Interesse verteidigen können. Sie erscheinen als neidisch, leichtfertig, leichtfüßig, liederlich, als Hanswurst, usw.

»Heute bestimmen Neidgefühle die Gesetzgebung der Bonner Linkskoalition und zerstören so die moralische Basis. Die Überschätzung der eigenen Person . . . führt zur Habgier, zu Verhärtung und zu Geringschätzung von Opfern und Ersparnissen, ohne die keine Zukunft für Kinder und Enkel moralisch und materiell vorbereitet werden kann.

Der dem Volk von Funktionären und linken Systemveränderern eingeredeten Gefälligkeitsdemokratie kann nur noch durch persönliches Engagement, durch Zivilcourage, begegnet werden . . . Der »Zeitgeist« erweist sich als zerstörerischer Traum der Menschheit.« (Bayernkurier, 2. 11. 74)

So stehen Prinzipien gegen Habgier und Neid, Opfer gegen Gefälligkeit, Zivilcourage gegen Zeitgeist. Das Prinzip in seiner klaren Reinheit entsteht:

»Da müssen wir eine geistig und moralisch begründete Antwort geben. Es geht nicht allein mit Wohlstand und Konsum. Wir müssen hier die geistigen Grundlagen wieder klarmachen: Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie.« (Kohl, Welt, 1. 12. 75)

Statt ein konkretes Lebensrecht – Vollbeschäftigung – zu achten,

feiert man seine Unterdrückung und setzt Prinzipien. Statt Humanität, falsche Götter.

Zweifellos ist die katholische Soziallehre eine besonders geeignete Ideologie, weil gerade sie in der Lage ist, jene »Überhöhung in das Prinzipielle« durchzuführen. Sie kann sie sogar ins Transzendente fortführen, sodaß aus Verteilungskämpfen buchstäblich Religionskämpfe werden. Der Gegensatz von Freiheit und Gleichheit verwandelt sich in einen von Gott und Mensch, und vermag sonst kaum vorstellbare Aggressionen gegen das Lebensrecht freizusetzen. So kann Kardinal Döpfner sagen, »daß nicht der Mensch, sondern Gott und sein Wohnen unter den Menschen Ziel und Ende der Weltgeschichte ist« und sich dann an die Unternehmer wenden:

»Kirche und Unternehmerschaft sehen sich also der gleichen Herausforderung gegenüber.« (FR 19. 4. 75)

Er putzt sich sogar heraus:

»Ich bedaure es sehr, daß offensichtlich sowohl viele der Kirche nahestehende als auch nicht kirchlich gebundene Unternehmer das bedeutsame Potential, das in der katholischen Soziallehre für eine Weiterentwicklung der freiheitlichen Gesellschaft zu finden ist, offensichtlich nicht zu nutzen wissen oder es nicht nutzen wollen.« (FR 19. 4. 75)

Die katholische Soziallehre kann dieser Funktion der Überhöhung in das Prinzipielle nur nachkommen, indem sie einen Gegensatz von Gott und Mensch konzipiert. Das zwingt sie, ihre Botschaft zu einer Frohen Botschaft vom Tod und von der Kreuzigung zu machen.

Höffner sagt dies ganz offen. Nachdem er die alttestamentarische Messiaserwartung – auf heute übertragen – für ein Werk Luzifers erklärt hat, sagt er über den Tod:

»Die Lehre der Schrift ist eindeutig: ›Wer Menschenblut vergießt, dessen Blut soll auch durch Menschen vergossen werden‹ (Gen. 9,6)« (aaO. S. 230).

An der Lebenserwartung des Alten Testaments darf man nicht anknüpfen, wohl aber am Tod des Gesetzes. Die Tatsache, daß das Christentum gegen das Gesetz, das zum Tod führt, angetreten war in jener Zeit, als es nicht Sklavengesellschaften schaffte, sondern selbst Sklavenreligion war, ist nur noch einem sprachlichen Rest zu entnehmen, der sich heute noch in der katholischen Soziallehre erhält. Das Lebensrecht, das dem Gesetz, der Institution, den Prinzipien und damit den Interessen von herrschenden Minderheiten geopfert wurde, heißt immer noch primäres Naturrecht.

Höffner ist Kardinal und damit offiziöser Sprecher. Die Tatsache, daß sein Denken einer rechtsradikalen Öffnung ohne jede Hemmnisse zur Verfügung steht, erlaubt den Schluß, daß dort eine soziale Bewegung existiert, die für einen neuen Rechtsradikalismus vorbereitet ist. Nur die Analyse der Mittel der Massenbeeinflussung kann zeigen, wieweit ein solcher Prozeß schon fortgeschritten ist.

III. Die Dämmerung der roten Götter

Der rechtsradikalen Transformierung haftet ein Element der Hast an. Man möchte eine moralische und geistige Krise lösen, deren Existenz man sich eingeredet hat – und man möchte es bald tun. Man möchte den Zug nicht verpassen, möchte sein Erneuerungswerk tun und fürchtet, daß der richtige Moment nicht erkannt wird. Eine Erwartung ist da:

»Der Flügelschlag der Geschichte hat uns wieder zu streifen begonnen« (Welt 1. 12. 75)

sagt Strauß. Und Herbert Kremp schreibt:

»Noch fehlt das Öl in den Lampen – Nur eine kühne Strategie eröffnet uns die Zukunft.« (18. 10. 75)

Sie haben das Gefühl, sich beeilen zu müssen. Prof. Nurghard Freudenfeld, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, fürchtet sogar, es könnte schon zu spät sein für die Lösung des Utopistenproblems:

»Ich sehe die Gefahr, daß der ökonomische Umschwung auch wieder eine gesellschaftliche Tendenzwende einleitet, daß also das politisch-utopische Denken sich wieder fröhlich fortsetzt.« (Welt 9. 12. 75)

Dieser Gefahr muß man zuvorkommen; man wird nervös. Man fühlt sich wie Goebbels zur Zeit des SA-Verbots. Geht die Krise ungenützt vorbei, kann man den Auftrag der Geschichte nicht ausführen, ein Auftrag, der für den Rest des Jahrhunderts die Moral wieder herstellen soll. Es besteht auch die Gefahr, daß die Wirtschaft, das Kapital, die Unternehmer auf die Fortsetzung der bürgerlichen Demokratie setzen, so daß die ganze rechtsradikale Bewegung, die mit solcher Mühe aufgebaut wurde, zerplatzt. Man gerät in einen Zustand, wie ihn der amerikanische UN-Botschafter beschreibt: »Es ist Blut im Wasser, und die Haie werden rasend.« (FAZ, 7. 11. 75) Sie wollen zupacken, kämpferische Demokratie verwirklichen, Dekadenz beseitigen, das Problem der Verfassungsfeinde lösen. Sie wissen, daß das deutsche Volk sie braucht, aber dieses Volk weiß das noch nicht. Man muß alles nur mögliche tun, damit es erfährt, worum es geht, und die Krise nicht ungenützt vorbeigeht.

1. Organismus und Opfer: die Gesellschaft als Natur

Wenn Höffner sagt, der Staat sei nicht Menschenwerk, sondern Natur, folgt daraus, daß die Gesellschaft ein Naturwesen ist. Dies folgt auch dann, wenn Höffner selbst – wie er es tatsächlich tut – eine unbeschränkte Anwendung der Naturanalogie auf die Gesell-

schaft zurückweist. Der Rückgriff auf organische Analogien ist ein Wesenselement der bürgerlichen Ideologie überhaupt und insbesondere ihres Übergangs zum Rechtsradikalismus. Bürgerliche Ideologie arbeitet in ideologischen Auseinandersetzungen keinesfalls mit einem rationalen Gesellschaftsbegriff. Ganz im Gegenteil schafft sie durch rein assoziative Hinweise die Vorstellung von der Gesellschaft als eines riesigen, aus Menschenindividuen zusammengesetzten Naturwesens, eine Art Ungeheuer von Loch Ness, das alle irgendwann einmal sehen, das niemand fotografiert und von dem jeder zu wissen glaubt, daß es existiert.

Die Methode, dies zu erreichen, ist die mit assoziativen Hinweisen operierende Analogie. Ihren einfachsten und zugleich unvollkommensten Ausdruck findet die Analogie in der Mechanik: die Gesellschaft als Maschinerie. Diese Maschinerie scheint mit einem zentralen Motor versehen, der alles antreibt. Sie kann als Lokomotive, als Automobil, als Jeep usw. bezeichnet werden. Unter Rückgriff auf solch eine Analogie kann dann die gesellschaftliche Krise beschrieben werden:

»Die Weichen für den Konjunkturzug seien gestellt, die Bremsen gelöst. Unter dem Kessel ›Inlandsnachfrage‹ seien genügend Kohlen. Aber der Kessel ›Auslandsnachfrage‹ sei vorerst noch kalt. Der Konjunkturzug komme deshalb noch nicht oder nur mühsam aus dem Bahnhof. Die Verspätung müsse aber in Kauf genommen werden. Denn . . . der Kessel ›Inlandsnachfrage‹ sollte nicht wesentlich stärker angeheizt werden. Bei wieder vollem Dampf unter Auslandsnachfrage würde der Zug in der nächsten Konjunkturkurve sonst wieder zu schnell werden.« (Tagesspiegel, 4. 6. 75)

Hier wird ein kräftiger Motor gezeigt, der antreiben will, dem aber nicht die nötigen äußeren Bedingungen gegeben werden, um seine Kraft zu zeigen. Ein ähnliches Bild benutzte Prof. Friedman aus Chicago, als er die Wirtschaftskrise kommentierte, die nach dem Militärputsch in Chile ausbrach und noch andauert. Die wiederhergestellte Marktwirtschaft sei ein moderner Jeep, aber die Wege seien noch sumpfig. Damit der Jeep seine wirklichen Qualitäten zeigen könne, müsse man ihm die entsprechenden Wege bauen.

Hieraus entspringt das Bild der Unternehmer als erste *Beweger*:

»Wir brauchen vor allem in der Wirtschaft die *Beweger*, und die *Beweger* brauchen einigen Freiheitsspielraum und bestimmte atmosphärische Verhältnisse, um vom Boden abheben, um fliegen zu können. Ihr ›Motor‹ benötigt eine hohe ›Tourenzahl‹. Wenn er zu sehr gebremst, die Brennstoffzufuhr immer stärker reduziert wird, dann verliert er an Schwungkraft und leidet sogar Schaden. Dann verliert der *Beweger* die Lust . . .

Die unsachgemäße, nicht selten offen oder verschleiert bössartige, prinzipiell abwertende Kritik . . . ist letztlich jedoch ebenfalls ein Angriff auf die (Bewegungs-)Freiheit anderer, der Versuch, sie zu hemmen und zu verunsichern. Soweit es die *Beweger* betrifft, ist dieser Angriff in den letzten Jahren auch gelungen.« (Welt, 15. I. 76)

So wird Freiheit zum: Freie Fahrt für freie Bürger. Diese Freiheit gilt es zu sichern:

»Nur wenn das gelingt, ist zu hoffen, daß wir alle – seien wir nun *Beweger* oder in irgendeiner Form *Bewegte* – in relativer Freiheit überleben.« (Welt, 15. 1. 76)

Das Mechanismusbild stellt die Unternehmerschaft als die motorische Kraft der Gesellschaft dar – ihre Lokomotive, der Jeep –, die nach entsprechendem Einsatz verlangt. Sie möchte zeigen, was sie kann.

Die Mechanismus-Analogie ist als solche wenig aggressiv. Gerade deshalb aber ist sie Gefahren ausgesetzt. Ist die Gesellschaft eine von einer motorischen Kraft angetriebene Maschinerie, so liegt viel zu nah, ihre Reparatur für den Fall eines längeren Versagens zu fordern. Wird die »Verspätung« sehr lang, gibt es kein Argument dagegen, jenen zentralen Motor auch zu untersuchen und eventuell auszutauschen. Eine Maschinerie muß man solange umbauen, bis sie die geforderten Ergebnisse bringt.

Gesellschaftliches Selbstverständnis als Organismus: Krankheit und Genesung

Eine bürgerliche Ideologie wird daher immer die mechanische Analogie als zu einseitig betrachten. Bedeutend vielseitiger ist in ihren Augen hingegen die Organismus-Analogie. Sie konstruiert die Gesellschaft als das riesige Naturwesen aus organischer Natur. Das ist eine Natur, die man »hegt und pflegt«, deren Versagen Krankheit heißt und die man nicht einfach reparieren kann. Ein Eingriff kann sogar den Tod herbeiführen, so daß Krankheiten besser durch Aushalten in der Zeit geheilt werden. Aber auch hier gibt es harmlose Ausdrücke:

»Die Pferde sind zwar an der reichlich gefüllten Tränke, aber sie saufen nicht, unter anderem auch wegen Magenverstimmung.« (FAZ, 4. 6. 75)

Hier wird die Gesellschaft schon als organisches Naturwesen gesehen und ebenfalls mit einem motorischen Zentrum ausgestattet, dem Magen. Da das motorische Prinzip immer durch Analogie auf die Unternehmerschaft hinweisen soll, taugt gerade der Vergleich mit dem Magen – trotz Platon – nicht: er läßt auf Gefräßigkeit schließen, was bürgerlicher Überzeugung nach völlig falsch wäre.

Seine eigentliche Schärfe bekommt die organische Analogie erst dann, wenn jenes motorische Prinzip des Naturwesens Gesellschaft mit dem Blutkreislauf und dem Herz verbunden wird. Jetzt erscheint die Unternehmerschaft und das Kapital als jenes Herz der Gesellschaft, das im Krisenfall erkrankt. Herzinfarkte und Kreislaufversagen – Vorgänge, die mit Blut zu tun haben – geben die

Analogie an. So sagt Paul Lichtenberg, Vorstandssprecher der Commerzbank AG:

»Die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft sind wie ein Patient, der hinfällt und sich den Arm bricht. Die Ärzte stellen erst hinterher fest, daß der Patient wegen eines Kreislaufversagens umgefallen ist.« (Welt, 18. 11. 75)

Wenn das Vorstandsmitglied einer Aktiengesellschaft von der Wirtschaft spricht, so meint es selbstverständlich ausschließlich Unternehmerschaft und Kapital. Prof. Dr. Reinhard Höhn, Leiter der Akademie der Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg, sieht die Situation folgendermaßen:

»Herzinfarktorganisation ist der bezeichnende Ausdruck der Organisation, die uns allenthalben in den Unternehmen entgegentritt und die zu einem frühzeitigen Verschleiß der Männer im Alter zwischen 50 und 55 Jahren führt, einem Alter, in dem Unternehmer gerade auf Grund ihrer Erfahrungen die wertvollsten Dienste leisten können.« (Welt, 22. 11. 75)

Das ruhig schlagende Herz der Wirtschaft wird von Herzinfarktorganisationen bedrängt und sogar zum Kollaps geführt. Die Gewerkschaften drohen dann mit dem Tod. Dieser Angriff auf das Lebensprinzip des großen Naturwesens geht nicht nur von Gewerkschaften aus, sondern auch vom Wohlfahrtsstaat, der ein Blutsauger ist und damit ebenfalls die Lebenskraft unterminiert:

»Seine Kraft schöpft er nicht aus dem Wachstum seiner Beamtschaft, sondern einzig und allein aus der Leistungsfähigkeit seiner privaten Wirtschaft. Ihre Steuerzahlungen sind die Blutzufuhr für jene Energien, mit der der Sozialstaat verbessert, erhalten und resistent gemacht wird.« (Welt, 7. 11. 75)

Ein wie bestellt wirkender Leserbrief nimmt das Thema auf und wendet es zum Gegenangriff:

»Die Wirtschaft gleicht einer Kuh, der man zusätzlich Blut abzapft, die auch noch als Zugtier erhalten muß und an der man obendrein neue Medikamente und Therapien erprobt.

Was sie zur Wiedergenesung braucht, ist nicht so sehr Betreuung, sondern Schutz vor ihren Betreuern, vor den Weltverbessern und vor den Nas-sauern.« (Welt, 10. 11. 76)

Unternehmerschaft und Kapital werden als die Leidtragenden des Naturwesens Gesellschaft dargestellt, deren Leiden durch andere soziale Gruppen – Arbeiterschaft und Sozialstaat – begründet und verursacht wird. In der Folge erkranken sie. Ärzte kommen und suchen zu heilen.

»Die ratlosen Ärzte am Bett der fiebernden Dame Konjunktur werden die richtige Medizin jedoch nur verabreichen, wenn sie sich vorher über die Diagnose einig sind . . .

Die Suggestion, man könne sparen und dennoch alle staatlichen Leistungen aufrechterhalten, ist gefährlich . . .« (Welt, 6. 11. 75)

Die Fieberkurve dieser Krankheit ist die Arbeitslosigkeit (Welt,

5. 12. 75). Es entstehen »Wucherungen« und »Wildwuchs«. Weitere Lohnzahlungen führen zur »Auszehrung«. Daraus folgt die Unabwendbarkeit einer »längeren Schmerzensperiode«:

»Als Folge rechne ich mit einer wesentlich längeren Schmerzensperiode der Kapazitätsbereinigung wie der Strukturveränderung, die sich verstärken wird . . .« (Gerhard Kienbaum, Welt, 8. 11. 75)

Angesichts der Krankheit des Naturwesens Gesellschaft braucht man Heilmittel. Aber alle Heilmittel nützen nicht, wenn der Kranke nicht geheilt werden will. Außer Heilmitteln werden Tugenden gebraucht, denn die Krankheit ist von der moralischen Seite gesehen eine Geduldsprobe. So schreibt die FAZ unter dem Titel »Geduldsprobe Konjunktur«:

»Nicht Fatalismus und nicht übertriebene Hast sind angebracht, aber gut wäre es, und vieles würde erleichtert, wenn die Menschen unserer Tage etwas geduldiger wären.

Gerade in der jetzigen Wirtschaftslage ist diese Tugend erforderlich . . . Die Beseitigung der krankhaften Verzerrungen und Verspannungen braucht eine gewisse Zeit, so etwa der Anpassung an den geschrumpften Bedarf . . . Gegenwärtig können wir nichts anderes tun, als Geduld zu üben, auch wenn dies noch so schwer fällt.« (FAZ, 4. 6. 75)

Hier tritt das zur Genesung notwendige moralische Element auf. Geduld ist notwendig, weil die Natur des Naturwesens Gesellschaft gehegt und gepflegt werden muß. Das setzt entsprechende Eigenschaften voraus. Die erste dieser Eigenschaften ist die Demut, aus der die Geduld fließt. Demut ist das Gegenteil von Hochmut. Der moderne Mensch allerdings neigt zum Hochmut, zum Stolz und zur Hybris, will dieses Naturwesen in seiner Natur nicht anerkennen und bringt auch nicht die notwendige Geduld für die Heilung seiner Krankheiten auf. Er verfällt der Utopie. Auf diese Weise bekommen die Tugenden Demut und Anerkennung von etwas Höherem und die Laster des Hochmuts, der Hybris und der Utopie ihr konkretes Objekt, dem gegenüber sie ausgeübt werden: Das Naturwesen Gesellschaft, das über dem einzelnen steht und das »Höhere« darstellt.

Fehlt die Tugend der Geduld, so verschlimmert sich die Krankheit und es verschlechtern sich die Möglichkeiten der Gesundung. Eine moralische und geistige Krise tritt ein, ohne deren Lösung die Krankheit nicht geheilt werden kann. Die Krankheit wird dramatisch, unheilbar. Es entstehen Krebsgeschwüre. Man kann nicht mehr auf die Tugend der Geduld warten. Feuerwehren und die sieben Nothelfer müssen auftreten und man entdeckt den Chirurgen:

»Die Rezession ist die hohe Zeit der Unternehmer, ebenso wie die Operation die hohe Zeit des Chirurgen ist. Nur mit der Krise konfrontiert, können beide zeigen, was ihr Skalpell und ihre Verantwortung wert sind.« (Welt, 26. 11. 75)

Jetzt kommt die Zeit der Heilung einer unheilbaren Wunde des

Naturwesens Gesellschaft mit außerordentlichen Mitteln. Der Unternehmer zeigt, daß er nicht nur eine Rose trägt, sondern auch ein Schwert (FAZ, 21. 11. 75). Das Skalpell ist notwendig, Geschwüre werden ausgeschnitten und notfalls Glieder amputiert. Damit ist die moralische und geistige Krise behoben und die Tugend der Geduld kann den endgültigen Heilungsprozeß vermitteln. Am Ende geschieht dann möglicherweise ein neues Wirtschaftswunder, das Naturwesen Gesellschaft zeigt sich erkenntlich.

Als solch eine Lösung einer moralischen Krise durch direkten Eingriff gelungen war, sagte der chilenische General Pinochet:

»... ich frage Sie, ob es nicht sehr schwer ist, die Zeit zu bestimmen, die ein Kranker zur Wiederherstellung braucht, dem man einen Arm amputiert hat.«

Und Juntamitglied General Leigh:

»Aber, nachdem wir drei Jahre lang das marxistische Krebsgeschwür ertragen haben, das uns den wirtschaftlichen, moralischen und sozialen Zusammenbruch brachte, den man angesichts der geheiligten Interessen des Vaterlandes unmöglich länger dulden konnte, sahen wir uns gezwungen, die traurige und schmerzhaft Mission auf uns zu nehmen, die wir jetzt erfüllt haben. Wir haben keine Angst.«

Über die danach ausgebrochene Krise sagte er:

»... die Maßnahmen, die heute so drückend sind, sind das Heilmittel und nicht die Ursache der Krankheit, die das Land erleidet.« (Mercurio, 21. 5. 75)

Diese Heilung des Naturwesens Gesellschaft von seiner Krebskrankheit bewundert und anerkennt CDU-MdB Pieroth gegenüber dem Juntamitglied Merino in Santiago:

»Der Mut breiter Schichten des chilenischen Volkes und des Militärs, auch in einer verunsicherten und manchmal schon feige gewordenen westlichen Welt eine drohende kommunistische Diktatur zu verhindern, verdient Respekt.« (SZ, 20. 11. 75)

Das geopolitische Tier: Der Kampf ums Dasein und die Bedrohung durch den Ameisenstaat

Dieses Organismusbild ist nicht einfach als Analogie zu verstehen, obwohl es meistens so angeboten wird. Es stellt das tatsächliche Selbstverständnis derer dar, die es gebrauchen. Es existiert deshalb nicht nur als Serie von Hinweisen, die durch Zusammenstellung systematisiert werden können, sondern auch als Wissenschaft. In seiner wissenschaftlichen Form wird das Organismusbild zur Geopolitik, hat im Deutschland der Vor-Nazi-Zeit seinen Ursprung und begründete die Ideologie vom »Volk ohne Raum« auf der Basis von »Blut und Boden«. In Lateinamerika wurde sie zur offenen Ideologie der Militärregimes und ihrer Erneuerungsbewegungen. Sowohl der chilenische General Pinochet als auch der Ideologe des

brasilianischen Regimes Golbery do Couto e Silva sind Geopolitiker. Als Geheimwissenschaft ist sie herrschende Strömung des gesamten westlichen Militärsystems. Wo sie sich durchsetzt, gilt, was der Direktor der Bundeswehr-Fachschule in Mainz, Fritz Beutel, sagt:

»Linke Sachen haben sich hier totgelaufen.« (Welt, 3. 12. 75)

Die Geopolitik handelt von staatlich organisierten Gesellschaften, die sie nicht für Menschenwerk, sondern für Natur hält. Sie behandelt die Staaten als immense große Tiere, die aus Menschenwesen zusammengesetzt sind. Diese mit Herz und Hinterland ausgestatteten Tierstaaten werden geboren, leben, erkranken und können auch sterben. Auf dem Boden ist Blut, denn die Bestimmung dieser Staaten ist es, untereinander zu kämpfen. Im Kampf sichern sie ihr Überleben, einer verschlingt den andern. Es handelt sich daher bei der Geopolitik nicht etwa um politische Geografie, sondern schlechthin um das zur politischen Theorie gewordene Organismusbild der Gesellschaft, wobei die sozialdarwinistische Herkunft ganz unverkennbar ist.

Die Geopolitik ist letztlich nur deshalb wichtig, weil sie das notwendige Feindbild herstellen kann. Menschen und Staaten führen untereinander einen Kampf auf Leben und Tod, wobei die Todesgefahr erst den Lebenswillen schafft und daher das Leben sich entwickeln läßt. Durch den Sieg im Kampf auf Leben und Tod entsteht der Mensch in seiner Kraft, hier kann er sich bewähren und wird zum Individuum. Nur diese Möglichkeit, den andern auf den Tod herauszufordern, entwickelt das Leben immer höher hinaus. Mutter Natur ist daher diejenige, die den segnet, der sich als Individuum oder Staat bewährt und daher natürlich wird. So sagt Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, Paul A. Samuelson:

»Ob nun Mutter Natur die Verschiedenheit liebt oder nicht, so steht doch fest, daß sie jeweils diejenige Gattung unterstützt, die ihre höchste Gunst genießt: und das ist jene, die im Darwinschen Existenzkampf überlebt.«

Nur hier entstehen die wirklich ernsthaften Herausforderungen für die Bewährung:

»Schon die Tatsache, fähig zu sein, sich mit dem Ellenbogen zum abfahrenden Hubschrauber durchzuboxen oder die grimmige Ozeanreise im Bauch eines Sklavenschiffes zu überstehen, gibt die Garantie für Energie und Fähigkeit.«

Aus diesem Kampf entsteht die individualisierende Ungleichheit:

»In Wirklichkeit ist ein Schweizer Bürger von heute am ehesten mit dem antiken Athener zu vergleichen, der von Sklaven bedient wurde . . . Ganz sicher braucht kein Schweizer die Schmutzarbeit zu tun, die in jeder Gesellschaft getan werden muß: er hat einen Gast, der sie erledigt . . .« (Newsweek, 26. 5. 75)

Wo Mutter Natur den Sieger im Kampf auf Leben und Tod

auszeichnet und ihm die Entwicklung seiner Individualität schenkt, wird von Privateigentum nicht mehr geredet. Man spricht von der Ungleichheit, die nicht Garantie oder Stabilisierung von Privilegien ist, sondern Kampfergebnis. Die Privilegien sind die Auszeichnungen der Natur für den, der in diesem Kampf gesiegt hat. Privateigentum ist ganz einfach die Bedingung dafür, daß dieser Kampf stattfindet. Damit er aber stattfindet, müssen die Kampfsituationen da sein können: der letzte Hubschrauber auf vietnamesischem Boden, zu dem man sich durchboxt, das Sklavenschiff, in dem nur die Besten überleben.

Die Geopolitik als politische Wissenschaft entwickelt diesen vermenschlichenden Kampf als das Lebensprinzip der Staaten. Es handelt sich um ein Lebensprinzip, das das Zusammenleben innerhalb der Staaten und das zwischen den Staaten reguliert, wobei die Entwicklung dieses Kampfes die Vermenschlichung von Individuum und Gesellschaft ist.

Das Feindbild ergibt sich leicht. Auf der einen Seite befinden sich die Staaten, mit denen man sich im Kampf mißt, unterliegt oder gewinnt. Da sie den Kampf führen, sind sie für die Natur des Kampfes selbst keine Feinde. Im Grunde sind sie nur Gegner. Ein wahrer, die Natur selbst bedrohender Feind aber steht auf, wenn dieses der Natur selbst inhärente Auswahlprinzip im Kampf bedroht ist. Jetzt kämpft nicht mehr ein Staat gegen den andern, sondern die Natur, die dieser Kampf ist, kämpft gegen die Unnatur, kämpft um ihr Leben. Mutter Natur selbst steht auf gegen einen Gegner, der ihr Recht bedroht, ihre Günstlinge noch mit der Siegesprämie für den Sieg im Kampf um das Überleben auszeichnen zu können. Das Individuum aber steht auf, um sein Recht zu verteidigen, Individuum zu sein und sich in diesem Kampf durchzuboxen und Sklaven machen zu können. Es geht um den Menschen selbst, um das Individualitätsprinzip und um das Lebenselixier aller Menschlichkeit.

Der Gegner als Unnatur, als Aufstand gegen Mutter Natur und gegen alles, was sie liebt, ist daher derjenige, der jenes Lebenselixier, das der Kampf auf den Tod ist, bedroht. Das geopolitische Feindbild ist daher der entindividualisierte Mensch, der zum Staat geworden ist: der Ameisenstaat. Geopolitiker haben einen Horror vor dem Ameisenstaat, in dem nicht mehr auf den Tod gekämpft werden soll. Ist der Tod bedroht, ist das Leben bedroht. Man sieht daher die sozialistischen Gesellschaften als Ameisenstaaten und als Gleichmacherei. Vom Kommunismus spricht man als »einer Art von Wahnsinn, die der menschlicher Natur zuwiderläuft«. (FAZ, 20. 11. 75) Soll daher die menschliche Gesellschaft nicht in dieses Schreckgespenst des Ameisenstaats verwandelt werden, so muß der Mensch dem Menschen zum Wolf werden und sich dadurch vermenschlichen. Die Menschwerdung fängt daher nicht mehr bei

Adam und Eva an – bei einer ursprünglichen Freiheit, die verloren gegangen ist und wiedergewonnen werden muß –, sondern bei Kain, der seinen Bruder Abel tötet.

Natur ist damit die Ungleichheit, wie sie aus dem Kampf auf Leben und Tod innerhalb und zwischen den Staaten hervorgeht. Freiheit ist das Recht auf die Ungleichheit und damit das Recht, auf Leben und Tod zu kämpfen. Sie steht gegen den, der zu Recht verliert. Ernst Topitsch zitiert ganz in diesem Sinne Max Scheler:

»Niemand fordert Gleichheit, der die Kraft und die Gnade in seinem Besitz fühlt, im Spiel der Kräfte – auf irgendeinem Wertgebiet – zu gewinnen! Nur der, der fürchtet zu verlieren, fordert sie als allgemeines Prinzip . . . Es ist eben ein Gesetz, daß im selben Maße, als Menschen gleich sind, es die wertniedrigsten Merkmale sind, hinsichtlich welcher sie sich gleich sein können.« (Die Herausforderung, a.a.O. S. 136)

Die am wenigsten wertvollen Menschen – die mit den wertniedrigsten Merkmalen – wollen die Gesellschaft bestimmen, denn sie sind es, die diesem Spiel der Kräfte nicht gewachsen sind. Sie stellen sich gegen die in diesem Naturwesen Gesellschaft entstehenden Ungleichheiten, die die positiven und negativen Prämien der Mutter Natur sind und ihre Kraft und ihre Gnade demonstrieren. Gegen diese Unnatur tritt daher das Naturwesen Gesellschaft zum Kampf auf Leben und Tod an. Als Staat führt es den Kampf des geopolitischen Tiers.

2. Machthunger und Dekadenz

Aller Rechtsradikalismus fühlt sich zwischen den beiden Fronten der Dekadenz und der Bedrohung der Macht. In seiner Sonthofer Rede sagt Strauß, daß

»der moralische Zustand Europas schlimmer ist als der materielle oder der politische oder der militärische. Die Europäer sind total degeneriert.« (FR, 12. 3. 75)

Die Bedrohung der Macht aber geht von Moskau aus:

»Das ist ein Europa der Klein- und Mittelstaaten, die in das Gravitationszentrum der sowjetischen Macht nach und nach, auch ohne Einmarsch der Roten Armee, einbezogen werden sollen.« (Strauß, Bayernkurier, 6. 12. 75)

Dekadenz und Machthunger sind zwar Fronten, können aber nicht getrennt werden. Sie sind im eigentlichen Sinne die beiden Facetten, unter denen der Utopist als Gegner erscheint. Die Vertreter der Dekadenz haben Machthunger und die, die Machthunger haben, entwickeln die Dekadenz. Es handelt sich um die alte Polarität zwischen Wallstreet und Moskau, deren heutiger gemeinsamer Nenner ist, Utopie zu sein.

Liederlichkeit und Machthunger

Der Dekadenz und Machthunger vereinigende Utopist ist in der Bundesrepublik vorzüglich die Sozialdemokratie. Bei ihr herrscht, wie es in einem wahrscheinlich von Strauß geschriebenen Artikel heißt,

»das entscheidende, der Wille zur Macht«. (Bayernkurier, 22. 11. 75)

Von ihrem Machtwillen werden ihre Führer zusammengehalten, obwohl sie Leute sind,

»die sich gegenseitig hassen, sich mit gegenseitigem Mißtrauen begegnen und sich gegenseitig Gruben, Gräben und Gräber geschaufelt haben«.

Sie einigen sich für die »Erhaltung der politischen Macht« und streben »persönlich gesehen«, dem »unerschöpflichen Pfründenreichtum der öffentlichen Hand« nach. Mit diesen Zielen formieren sie sich zum »roten Parademarsch« gegen die »Wertordnung, in deren Mittelpunkt der Mensch, das vielfältige und widerspruchsvolle Wesen der Schöpfung steht«. (Bayernkurier, 22. 11. 75) Den Arbeiter aber verraten sie:

»Umwälzender aber ist eben jener für deutsche Verhältnisse nahezu historisch zu nennende Vorgang, daß diese Partei sich von *der* Schicht zu entfernen begonnen hat, in welcher einst die starken Wurzeln ihrer Kraft lagen: Dem Arbeiter, diesem stolzen und schönen Wort, von dem man sich nun sogar in aller Öffentlichkeit zu trennen beginnt.« (Bayernkurier, 16. 11. 74)

Sie entfernen sich vom deutschen Arbeiter, »diesem stolzen und schönen Wort«, fallen dem Machthunger anheim und suchen unter diesem Vorwand ihren eigenen Vorteil.

Der Rechtsradikalismus setzt der Dekadenz die Moral entgegen und dem Machthunger den Dienst an den höheren Werten. Dies wird auf der Ebene der Arbeiter und ihrer Forderungen entwickelt, wo sich Neid und Vernunft gegenüberstehen:

»Anstatt zu erkennen, daß das Leben ihnen in allem das richtige Maß gegeben hat, verlangen sie immerzu von allem mehr . . . Den Kommis erschien ihre Entlohnung zu gering. Als die Prinzipale ihnen schließlich eine höhere gewährten, erwachten in ihnen Wünsche, die sie bis dahin nicht gekannt hatten und die sie deshalb nicht zu beherrschen verstanden. Aber nur ein begabterer unter den Kommis besann sich auf das geflügelte Wort: Weniger wäre mehr gewesen.« (FAZ, 8. 11. 75)

Diese Arbeiterversnunft ist eine antiutopische Vernunft und folglich das genaue Gegenteil der Dekadenz. Die Entfesselung der Gier, die in der Arbeiterschaft vor sich geht, ist selbst das Ergebnis der Utopie und hat als ihren Träger den dekadenten, machthungrigen Politiker. Hierbei wird dann Machthunger überhaupt jene Gier, wenn sie Politik macht.

Dies führt zu bestimmten Typenbildungen. Die zu Gier und Neid

verführte Arbeiterschaft steht jenem vernünftigen Wesen gegenüber, das oben als »begabter unter den Kommis« beschrieben wird und das eine Neuauflage des deutschen Michels ist. Haben sie politische Repräsentanten, stehen liederliche und machthungrige Politiker, die den Jet-Set lieben, anderen gegenüber, die kurzen Haarschnitt tragen und ein ordentliches Familienleben führen. So steht dann auf beiden Ebenen Utopismus gegen Realismus, utopisches gegen realistisches Menschenbild. Dies gilt insbesondere für die höchsten Repräsentanten. Das Verhältnis zwischen Kissinger und Schlesinger hat schon diesen Charakter:

»Während der flamboyante Kissinger mit Starlets beim Kerzenlicht am Weekend dinierte, inspizierte Schlesinger die Fingernägel seiner acht Kinder. Während Kissinger Darling des Washingtoner Jets wurde, ging Bird-Watcher Schlesinger mit Fernglas auf Vogelpirsch . . . Und während Kissinger auf die Detente, auf KSZE und SALT setzte, mahnte Schlesinger immer wieder: Nur ein militärisches Gleichgewicht der Kräfte könne den Frieden erhalten.« (Welt, 4. 11. 75)

Der eine ist enturzelt, der andere erdverbunden. Auf den einen kann man sich verlassen, der andere ist liederlich: welsche und französische Worte passen auf ihn. Wer solide ist und an 8 Kinder denken muß, ist für die Aufrüstung. Die Liederlichkeit aber glaubt an Detente, KSZE und SALT. Sie ist der insgeheime Verbündete des hinter Detente, KSZE und SALT stehenden Angriffs auf die Solidität des Westens überhaupt.

Dieser Gegensatz wiederholt sich in allen Ländern, wenn man der »Welt« glauben kann. Sukarno – Suharto in Indonesien, Allende – Pinochet in Chile. Er tritt auch in Angola auf zwischen Neto (MPLA) und Roberto:

»Blick nach Osten: Agostinho Neto.

Agostinho Neto hat wegen »politischer Umtriebe« gegen das Salazar Regime in den fünfziger Jahren mehrere Jahre im Gefängnis gesessen . . .

Blick nach Westen: Holden Roberto.

Holden Roberto wurde als Sohn eines baptistischen Missionsarbeiters 1923 in Nordangola geboren. Als zweijähriger kam er nach Leopoldville . . . wo er bis 1940 eine baptistische Missionsschule besuchte . . .« (Welt, 12. 11. 75)

Blickt man nach Westen, scheint die Sonne; blickt man nach Osten, regnet es. In der Bundesrepublik ist es auch nicht anders.

Bei CDU-Kohl kann man, wie man hört, ohne Bedenken gebrauchte Autos kaufen. Er

»wird nie akzeptieren, daß Staatsmann nur der sein kann, den ein Hauch von Jet-Set umgibt.« (Welt, 8. 12. 75)

Sein Familienleben verläuft

»in den geregelten Bahnen einer gutsituierten Familie, wie man ihr in der Bundesrepublik überall begegnet.« (Welt, 8. 12. 75)

Ganz anders ist Willy Brandt: Man zeigt ihn

»als erfolglosen ›Opportunisten‹ und ›schweren Trinker‹. Menschlich sei er ein ›prinzipienloses intellektuelles Leichtgewicht‹ und ein Schürzenjäger von ›kindischer sexueller Unerblichkeit‹ mit Amouren für eine Nacht im Schlafwagen des Kanzlersonderzuges sowie mit der Neigung, seinen jeweiligen weiblichen Favoritinnen ›banale Liebesbriefe‹ zu schreiben«. (Bayernkurier, 6. 12. 75)

Und Strauß sagt über ihn

»... Brandt, leichtfüßig, leichtherzig, leichtsinnig, leicht, wie immer«. (Bayernkurier, 6. 12. 75)

Strauß hat gewogen und zu leicht befunden.

Hier wird dann folgender Hinweis auf Scheel verständlich:

»So ging er am vorletzten Sonntag auf die Jagd. Er tut das immer ein bißchen heimlich, weil er sonst böse Briefe bekommt. (›Wenn das Totschießen von Hasen im Namen des Volkes dem Ansehen des von ihnen repräsentierten Staates nützlich ist, bitte schön!‹) Am vorletzten Sonntag wartete er sogar, bis die Kirchgänger durch seine Ballerei nicht mehr erschreckt werden konnten.« (Welt, 20. 12. 75)

Während Schlesinger ein Bird-Watcher ist, ist Scheel jemand, der Hasen schießt. Schlesinger ist für Aufrüstung, Scheel für Detente. Daher geht Scheel auch sonntags nicht in die Kirche. Er stört vielmehr die Kirchgänger, indem er laut Tiere tötet. Die ernsthaften Kirchgänger hingegen verurteilen das Tiertöten und Hasenschießen, aber, da sie im Unterschied zu Scheel ernsthaft sind, wollen sie die Aufrüstung. Sie wollen auch Waffen, sogar immer mehr. Aber nicht, um damit Tiere zu schießen.

In dieselbe Kategorie des Liederlichen gehört auch Schmidt. Von ihm heißt es: »Schmidt mag das Wort Zwangsadoption nicht« (Welt, 20. 12. 75) und einige Tage später meldet man:

»Am Weihnachtsabend essen Loki und Helmut Schmidt die Reste des Geburtstagsbuffets.«

»Jedenfalls hält Kanzlergattin ›Loki‹ . . . eine Spieluhr mit der Melodie ›Ihr Kinderlein kommet‹ bereit.«

»Zur Mitternacht wollen Schmidt und seine Frau erstmals seit zwei Jahren wieder in die Messe gehen. Just zu dieser späten Stunde sitzt dann ein Freund und treuer Diener des Kanzlers, Regierungssprecher Klaus Bölling, im Schnellzug von Leningrad nach Moskau . . .« (Welt, 24. 12. 75)

Tatsächlich heißt die Frau des Kanzlers gar nicht Loki. Die »Welt« gibt ihr unter einem Vorwand diesen Namen. Man weiß, worauf man anspielt. Loki ist in der die Götterwelt der Germanen benutzenden Nazi-Propaganda das Symbol der Perfidie, der Verlogenheit und Haßobjekt des Nazi-Antisemitismus. Daher dieses ›Loki und Helmut Schmidt‹, das sich an die alten und neuen Nazis richtet, die die »Welt« lesen. Loki hat die Musik des Weihnachtsliedes ›Ihr Kinderlein kommet‹. Wie falsch sie ist, sieht man daran, daß sie es nicht singt, sondern eine Spieluhr benutzt. Ein Rattenfänger von Hameln? Zur Messe gehen sie das erste Mal seit zwei

Jahren, sie gehen also gegen ihren Willen. Der treue Diener des Kanzlers aber – der, der das tut, was der Kanzler will – sitzt im Schnellzug nach Moskau.

Über Genscher heißt es:

»Seine Augen sind so flink wie die Hände eines Taschendiebes.« (Welt, 13. 1. 76)

Diese Liederlichkeit ergreift nicht nur die Sozialliberalen. Sie durchdringt bereits die CDU.

»So scheint trotz der Gefährdung christlich-demokratischer Parteien . . . der ehrgeizige, auf seine Karriere bedachte Generalsekretär der CDU dazu beizutragen, daß Kohl in der Rolle des Kanzler-Kandidaten verharren und nicht in jene des Kanzlers versetzt werden wird.« (Bayernkurier, 11. 10. 75)

Dieser ehrgeizige Karrierist hat einen gefährlichen Anhang:

»Es ist bezeichnend, daß die Freunde des Polenvertrages weitgehend mit den Erfindern der ›Neuen Sozialen Frage‹ und den Anhängern des Primats der ›Gesellschaftspolitik‹ in der Union identisch sind . . .« (Welt, 28. 10. 75)

Dazu gehören »CDU-Linksaußen Norbert Blüm, der auf seine Weise den sozialistisch gefärbten Linkskatholizismus in der Union repräsentiert« und Katzer, bei dem man ähnliche Motive findet wie »bei seinem Gesinnungsgenossen und Rivalen Blüm«.

»Es ist bemerkenswert, daß bei ihnen Verständnis für Warschau und Verständnis für Moskau parallel laufen.« (Welt, 28. 10. 75)

Das Schlimmste aber ist, daß selbst Kohl nicht frei von dieser Verbindung mit Liederlichkeit, Ehrgeiz, Rivalität und Karrierismus war; man muß darauf hinweisen, daß alle, die

»für das diffuse Bild der CDU hinsichtlich der Ostpolitik verantwortlich sind, von Kohl an die Spitze der Partei geholt wurden.« (Welt, 28. 10. 75)

Darin kommt dann der »Gegensatz zwischen dem ›Fußvolk‹ im Lande und den sogenannten Intellektuellen« zum Ausdruck. Liederlichkeit und Machthunger sind mit einer Verschwörung der Intellektuellen, die die »Priesterkaste« dieser Dekadenz sind, verbunden. Damals konnte man bei Kohl gewiß noch keine gebrauchten Autos kaufen. Das wurde erst anders, als er die »Gretchenfrage« richtig beantwortete:

»Wie hältst du's mit der Demokratie- Stehst du Breschnews Sowjetkommunismus oder deutscher, freiheitlich-demokratischer Politik näher, wie sie Strauß kompromißlos vertritt?« (Bayernkurier, 25. 10. 75)

Kohl trennte sich von Ehrgeizlingen, Rivalen und Karrieremachern, unterstützte die kompromißlose freiheitliche Politik und begann, gebrauchte Autos zu verkaufen.

Die Auferstehung des deutschen Michels

Gegen den »Drang zum Trog« bei der SPD und gegen die Ehrgeizlinge »denen Taktik alles, Strategie wenig, Prinzipien aber fast gar nichts bedeuten« (Bayernkurier, 22. 11. 75) bei der CDU entsteht das durch Festigkeit bestimmte Bild dessen, der auf sich selbst vertraut. So sagt Matthias Walden:

»Wer überzeugen will, muß überzeugt sein. Wer überzeugt ist, schielt nicht nach dem Wählerwillen, sondern setzt den eigenen Willen ein, um den Wähler zu gewinnen. Aber das Schielen geht schon wieder los.« (Bayernkurier, 22. 11. 75)

Dieser alternative Mensch verfällt weder Dekadenz noch Degenerierung. Er stellt Prinzipien über alles und gehe die Welt darüber zugrunde. Er ist völlig von sich überzeugt. Er trägt kein »Büßergewand«. Er weiß, daß er »Fußvolk« ist und ist es gern. Auf die »Priesterkaste« intellektueller »Zeloten« hört er nicht. Vor die Wahl zwischen Breschnew und Strauß gestellt, entscheidet er für die freiheitliche Politik und weiß, daß mehr Freiheit weniger Gleichheit ist.

Dieser alternative Mensch ist letztlich die Auferstehung des deutschen Michels. Dieses Idealbild des gehorsamen und pflichtbewußten Menschen, Urbild des Deutschen, wird von der »Welt« am 1. 11. 75 an Hand eines Artikels über den Jahrgang 1945, »Die Dreißigjährigen«, dargestellt.

»Für die jungen Menschen vom Jahrgang 45 war der Staat, war die Bundesrepublik Deutschland ein festfügtes, unumstößliches System, in dem ›die da oben‹ bestimmten, was geschah. Seit sich diese Jugendlichen erinnern konnten, regierte Konrad Adenauer souverän und autoritär über dieses Land.

Im Land ihrer Väter und Großväter herrschten das Geld, der Wohlstandsglaube, das Sicherheitsbedürfnis – aber kein ideeller Schwung.

Kein Wunder, daß ein hoher Prozentsatz der Söhne und Töchter sich selbst begrenzte, pragmatische Lebensziele setzte: Nur keine Experimente – das war ihnen in Fleisch und Blut übergegangen . . . Da dieser Jahrgang keine Vergangenheit von Soldaten- und Hitlerjugend zu bewältigen hatte, war für ihn auch das Erlebnis der ›Bundeswehr‹ anfangs vielleicht lästig, am Ende aber eine Sache, für die man dankbar war.«

Sie sind »erfolgreich, weitgehend skandalfrei, ruhige Bürger offenbar«. Mythologisierend, wie die Rechte ist, schreibt man alle diese Eigenschaften dem Jahrgang 45 zu. Es wird die Wiedergeburt des neuen Deutschlands aus der Asche des alten suggeriert, wobei allerdings nicht überraschen darf, daß dieses angebliche neue Deutschland dem alten, eben untergegangenen, überraschend ähnlich sieht.

Das neue, alte Ideal des deutschen Michels nahm bald stärkere Konturen an. Schon der erwähnte Artikel deutet an, daß dieser deutsche

Michel nicht endlos geduldig ist. Es gibt einen Punkt, an dem er »sehr unbeherrscht« (Welt, 1. 11. 75) werden kann. Und die »Welt« weist darauf hin, daß sich der Name deutscher Michel vom »General Obentraut« als dem »Urbild«, »dem schneidigen Reiterführer« (Welt, 1. 11. 75) herleitet. Und für die Ufa-Filme, die »äußerst brillant inszeniert waren« – für Hitlerjunge Quex, Jud Süß, Ohm Krüger und Stukas – interessiert er sich ebenso wie für die Unterhaltungsfilme, die jenen »spezifischen Glamour« haben,

»der heute vor allem viele junge Leute an den Produkten der Ufa-Unterhaltung wieder fasziniert«. (Welt, 1. 11. 75)

Der deutsche Michel ist ganz ruhig:

»Nur noch vier von zehn Bundesbürgern zwischen 13 und 24 sind bereit, an einer Demonstration teilzunehmen. Vor drei Jahren wollten noch sechs mitmarschieren.« (Welt, 30. 10. 75)

Dennoch vergißt er nicht, daß ein schneidiger Reiterführer in ihm schlummert:

»Wir lesen«, sagt der Vorsitzende der hessischen »Schülerunion«, Norbert Meyer, »nicht nur Dregger, sondern auch Marx«. Marx allerdings nicht zur Erbauung . . .

Die Schüler-Union versteht sich als Kampfgruppe gegen alle, die diesen Staat verändern wollen, und besonders gegen jene, die dies vom Katheder aus versuchen . . . »Die Schüler-Union Hessen bekennt sich zur kämpferischen Demokratie . . . Ein demokratischer Staat muß intolerant sein gegen seine Feinde, um die Toleranz seiner Bürger zu erhalten.« Seine Gruppe, sagt Meyer, halte es mit einer klaren Sprache . . .

Es könne, hängt er an, durchaus vorkommen, daß Vorschläge der CDU einmal nicht akzeptiert würden. Bisher aber habe es noch keinen Grund zur Klage gegeben.« (FAZ, 30. 10. 75)

Der deutsche Michel will den Frieden:

»Der wahre Friede ist ein Friede des Geistes, ist das Wissen um die Einheit im Ursprung und Ziel der Menschen« (Rheinischer Merkur, 6. 12. 75)

Aber Liederlichkeit und Machthunger haben ihm den Frieden geraubt: So sagt Kohl über Brandt,

»daß es wenige deutsche Politiker gibt, die soviel für den inneren Unfrieden in unserem Land getan haben wie Willy Brandt«. (Welt, 10. 12. 75)

Der Unfriede kommt auch von außen:

»Von Europa, von dem geteilten Deutschland geht nicht die Gefahr aus. Die Gefahr geht aus von den im Zuge kommunistischer Machtstrategie und imperialistischer Hegemonialpolitik Moskaus laufend sich vollziehenden Änderungen.« (Strauß, Bayernkurier, 6. 12. 75)

Brandt legt jetzt die Karten offen:

»Er sieht in den kommunistischen Parteien der Gegenwart taugliche Partner für zwischenstaatliche Koexistenz, und er meint auch, selbst in der KPdSU Kräfte zu entdecken, die fast schon Sozialdemokraten sind.« (Welt, 1. 11. 75, Zitat aus Spiegel)

Der deutsche Michel spürt, daß dies falsch ist. Er braucht nicht einmal hinzusehen, so offensichtlich ist dies. Noch steht er ganz ruhig da. Man zwickt ihn und zwackt ihn. Liederlichkeit und Machthunger rauben ihm den Frieden. Aber er bleibt ganz ruhig. Kein ideeller Schwung treibt ihn an, für ihn zählen nur pragmatische Tatsachen. Er ist »Fußvolk«, er wartet darauf, daß er geführt wird. Aber allmählich verliert er die Geduld. So geht es nicht weiter. Er will seine Ruhe, und man läßt sie ihm nicht. Strauß bietet sie ihm, allerdings nicht als faden Kompromiß. Wie Chaplins großer Diktator stellt er sich vor den Globus und verteilt die Rollen:

»Hier geht es darum, daß wir jeden Quadratmeter Europas für Freiheit und Recht verteidigen.« (Bayernkurier, 6. 12. 75)

Um ein ganzes kulturelles Erbe geht es, denn

»das europäische Kulturerbe reicht weit zu unseren östlichen Nachbarn hinein. Wir rechnen auch die Menschen in Rußland und ihre geschichtliche Leistung, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien, Bulgarien ebenfalls zu diesem großen europäischen kulturellen Erbe, zu dem sie gehören«.

Nicht über fade Kompromisse geht der Weg:

»Denn der Weg zur Freiheit, für ganz Europa ein geschichtlicher Prozeß, der führt über den Westen und nicht über die Annäherung à la Bahr an den Osten. Ich meine damit sein verhängnisvolles Wort vom ›Wandel durch Annäherung‹, diese erste schillernde Seifenblase, dieser erste leuchtende Versuchsballon, der mit vergifteten Farben beschriftet war.«

Vielmehr muß man ganz Westeuropa regenerieren, damit man die Freiheit ganz Europas verteidigen kann. Daher sagt er,

»daß Europa nicht gesunden kann, wenn die Bundesrepublik nicht wieder . . . ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird«.

Wenn die Bundesrepublik das erreicht hat, wird sie es ganz Europa gegenüber beweisen. Sie wird Westeuropa vereinigen und bei Frankreich beginnen:

»Wir hoffen und wünschen und tun auch einiges dafür, daß unser Freund Giscard in Frankreich auch durch die Zusammenarbeit mit uns, mit der Bundesrepublik Deutschland, eine stärkere politische Basis findet, als er sie bei den letzten Wahlen haben konnte.«

Dann aber sehen wir mit Sorge auf die wirtschaftliche Schwäche Großbritanniens. Wir verkennen auch nicht,

»daß andere kleinere Staaten am Rande Westeuropas den geschichtlichen Gleichschritt zum Teil verloren haben, sich des Ernstes der Situation nicht mehr bewußt sind«.

Vor dreißig Jahren haben sie den Gleichschritt nicht gelernt, ihre Lektion haben sie in der Zwischenzeit nicht nachgeholt. Aber Großbritannien und diese Randstaaten – man denke an Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden – werden ihn diesmal lernen

müssen. Ist das alles getan, werden wir uns um Südeuropa zu kümmern haben:

»Es bereitet sich in Südeuropa eine dramatische Veränderung der politischen, militärischen Gleichgewichte vor, wenn nicht die Europäer zusammenfinden und diesen Ländern, auch unseren italienischen Freunden, unseren Freunden in Spanien und Portugal, helfen . . .

Wir werden auch weiter gelegene Länder nicht vergessen, auch nicht Angola:

»Weiß man, was Angola ist? 2000 Kilometer atlantischer Küste, das reichste Land Afrikas?«

Selbst die Angolesen werden uns dies Land nicht wegnehmen.

Und dann werden wir uns um die Freiheit der Russen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker Osteuropas kümmern.

»Unsere Verantwortung ist ja nicht, in unserer Zeit möglichst gut zu leben . . .

Unter Zeitdruck bieten sie sich an:

»Die Uhr der Geschichte geht unaufhaltsam weiter.«

Das alles muß der deutsche Michel tun, um seine Ruhe wiederzufinden. Er bezieht eine gigantische strategische Verteidigungsposition. Es bleibt kaum ein Land der Welt, in das er nicht eindringen müßte, um sich zu verteidigen. Er will eben ein für allemal seine Ruhe haben. Wie groß das Problem ist und wie verworfen der Gegner, erkennt er daran, wie viele Aufgaben zu lösen sind, um die verlorene Ruhe wiederzugewinnen.

Aber so groß diese Dimensionen sind, er weiß, daß er im Innern anfangen muß, denn alles muß hier in der Bundesrepublik beginnen. Indem er das Angesicht seiner Gegner betrachtet, weiß er, wie weit es gekommen ist. So sehen die Sozialdemokraten aus:

»Er fuchtelte mit den Armen und er verschluckte sich fast, als er es in Gießen, beim Parteitag, herauschrie, das böse Wort von den ›schwarzen Stürmern‹. Gemeint war der parteipolitische Gegner, gemeint waren die Konkurrenten von der CDU. Der es, kreischend und mit verzerrtem Gesicht, giftig hinter dem Rednerpult hervorstieß, war der alternde Albert Osswald . . .« (Bayernkurier, 26. 10. 74)

Ganz ähnlich sind die Gewerkschaften:

»Der deutsche Fernsehzuschauer hat, über dreißig Jahre hernach, ähnliches vorgeführt bekommen. Einen brüllenden und tobenden ehemaligen HJ-Führer namens Vetter, der gegen die Arbeitgeber wettet, im gleichen Jargon, wie es früher gegen die Leute mit den großen und krummen Nasen geschah . . . Das durfte selbst einem geläuterten Nazi nach dreißig Jahren SPD-Erfahrung nicht passieren . . .

Das ist Umsturz im Sinne des Anarchisten Bakunin, aber zugleich unvergorene revolutionäre Theorie Lenins; das ist Brandt, wenn er droht . . .« (Bayernkurier 15. 11. 75)

Der deutsche Michel muß sich gegen diese Verworfenheit verteidigen

gen. Als Fußvolk steht er bereit. Man muß ihm den Weg weisen. Dann kann er zum Michael werden, zum Erzengel, der durch alle Himmel den Luzifer herausfordert: Wer ist wie Gott?

3. Faschismus, Nazismus und Bolschewismus – Jesuiten, Spießler, Bolschewiken

Will man die Bundesrepublik erneuern, um Westeuropa zu erneuern, Westeuropa aber, um ganz Europa zu erneuern und schließlich sogar die ganze Welt, so muß man sich mit vergangenen Erneuerungsbewegungen auseinandersetzen – vor allem jener, die 1945 scheiterte, und die nicht die allerbesten Erinnerungen hinterlassen haben. Zu viele ziehen Liederlichkeit und Machthunger der Erneuerung vor.

Der Rechtsradikalismus muß folglich die Geschichte neu schreiben, damit sie die Wahrheit und nichts als die Wahrheit sagt:

»Denn aus dem geschichtlichen Atem heraus handeln, mit langem geschichtlichem Atem die eigene Politik anlegen, heißt auch, die volle geschichtliche Wahrheit als Waffe für Freiheit und Recht in den Dienst einer sittlich fundierten, ethisch legitimierten Politik zu stellen.« (Bayernkurier, 6. 12. 75)

Die »volle geschichtliche Wahrheit« ist, daß am Anfang allen unseres Übels ein elender Verrat steht, ein Dolchstoß in den Rücken der freien Welt. Dieser Dolchstoß wurde möglich durch eine Synthese von Dekadenz und Machthunger, der im ersten Weltkrieg selbst die deutsche Heeresleitung erlag und einen plombierten Zug durch Deutschland nach Leningrad fahren ließ, in dem Lenin mit seinen Anhängern saß.

Aus soviel Blindheit entstand die Oktoberrevolution. In den 20er Jahren stand dann in Deutschland ein Mann auf namens Hitler. Er war antisemitisch, wie man es damals in Deutschland war, und beendete diesen Verrat. Das Produkt des Verrats, die Sowjetunion, aber war da, daran konnte auch er nichts mehr ändern. Er machte einen Krieg, verlor ihn aber. Der Grund dafür lag darin, daß er sich auf seine wahre Aufgabe, den Krieg gegen die Sowjetunion, nicht wirklich konzentrierte. Er hatte einen loyalen Verbündeten, Franco, der deshalb Widerstand gegen ihn übte, das einzige rationale Ziel Hitlers – die Zerschlagung der Sowjetunion – aber durch seine blaue Division unterstützte. Hitler wurde zwar ständig wie durch ein Wunder vor Attentaten gerettet, seine Fehler allerdings waren zu groß gewesen. Daher überlebte Franco ihn.

Hitler hat viele Verbrechen begangen, aber die volle Wahrheit ist, daß, als der Krieg bereits zuende war, Verbrechen an Deutschen begangen wurden. Die Deutschen waren nicht die einzigen Bösewichter und wollen jetzt gerecht beurteilt werden. Dazu gehört,

daß endlich die Geschichtslüge über die Alleinschuld Hitlers am 2. Weltkrieg aufhört. Mindestens ebensoviel Schuld trifft Stalin und mit ihm den Moskauer Bolschewismus.

Die Springer-Zeitung »Die Welt« hat es sich zur Aufgabe gemacht, dieses neue Geschichtsbild und mit ihm die »volle Wahrheit« im deutschen Volk zu verbreiten.

Der Dolchstoß in den Rücken der Freien Welt

Ein Urverrat war es, der zum Dolchstoß führte, als der plombierte Zug mit Lenin und seinen Anhängern nach Leningrad kam:

»Gebrüll erscholl: »Deutsche Spitzel« – »Man wird euch alle aufhängen, ihr Judenhetzer«. Andere schrien unentwegt: »Provokateure, Lumpen, Schweine« . . .

Mit »Lehnin« reisten seine Lebensgefährtin Nadeshda Krupskaja, seine heißgeliebte Freundin Ines . . . Armand und zwei erprobte Kampfgenossen, Grigori J. Sinowjew-Apfelbaum (1883-1936) und Karl Radek-Sobelsohn (geb. 1885), der erste ein Sohn armer Juden in der Ukraine, der zweite Abkömmling einer wohlhabenden jüdischen Familie im damals österreichischen Lemberg in Galizien. Beide waren blendende Agitatoren . . .

Die Bolschewiki schienen hervorragend dafür geeignet, die Moral der russischen Armee zu untergraben und die provisorische Regierung zu stürzen.« (Welt, 21. 11. 75)

So kamen sie, Liederlichkeit und Machthunger in eins.

Nur durch Druck auf die Oberste Heeresleitung konnte der Urverrat stattfinden:

»Walter Rathenau, Chef der AEG, gab in einem Brief an General Ludendorff . . . der Hoffnung Ausdruck, daß das Feuer (d. h. . . die russische Revolution) weiter fressen möge. Albert Ballin . . . schrieb, eine »gute Möglichkeit«, den Krieg zu beenden.« (Welt, 21. 11. 75)

Auch andere fielen herein, so auch »Konrad-Gisbert, Freiherr von Romberg . . . aus katholischem westfälischem Uradel . . . ein schlichter Geist«. (Welt, 21. 11. 75)

Aber was Rathenau da anriet, konnte nur wirklich durchgeführt werden, wenn man Geld gab:

»Gelang es, diesen Mephistopheles der Revolution nach Rußland einzuschleusen, mußte der Mann natürlich mit Geld ausgestattet werden.« (Welt, 21. 11. 75)

Aber es kam noch ein anderer nach Rußland zurück:

»Leon Bronstein-Trotzki (1879-1940), Sohn eines kleinen jüdischen Gutsbesitzers in der Ukraine . . .« (Welt, 22. 11. 75)

Er brauchte Geld. Aus vielen Quellen floß das Geld, alle Quellen waren jüdisch:

»Vor allem Trotzki, der 1905 gemeinsam mit Lenin den Petersburger Sowjet geführt hatte, erfreute sich des Wohlwollens und auch finanzieller

Unterstützung durch jene Wallstreet-Magnaten, die man in New York die ›deutschen Herzöge‹ nannte, Jacob Schiff und die Inhaber des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., Bankherren deutsch-jüdischer Herkunft . . .« (Welt, 22. 11. 75)

Die Finanzierungen der deutschen Reichsleitung aber wurden verbucht

»aus Gründen der Tarnung über das Konto ›Propaganda Erzberger‹ das dem Reichstagsabgeordneten der Zentrumspartei, Matthias Erzberger (1875–1921), unterstand . . .

Doch mit der ›Rußlandhilfe‹ hatte er überhaupt nichts zu tun, wenn gleich er versuchte, sich durch zwei seiner Agenten, Paul Wucherpennig und Herman Goldberg . . . einzuschalten. Man hatte ihm auch wohlweislich die Einschleusung Lenins nach Rußland verschwiegen, weil man seine hemmungslose Wichtigtuerei und Schwatzsucht fürchtete.« (Welt, 22. 22. 75)

Dies ist eine klare Umformulierung der Dolchstoßlegende der 20er Jahre. Allerdings handelt es sich nicht mehr um einen Dolchstoß in den Rücken der deutschen Nation, sondern jetzt handelt es sich um einen Dolchstoß in den Rücken der freien Welt. Insofern haben einige Personen gewechselt und die Oktoberrevolution hat eine zentrale Bedeutung bekommen, womit sie die Novemberrevolution und die Novemberverbrecher ablöst. Die Schuldigen aber sind die gleichen. Rathenau, Ballin, Erzberger, Wallstreet und überall die Juden. Der Autor hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, das Schema dem heutigen Stand der Ideologie des Rechtsradikalismus besonders anzupassen, wo ja der gemeinsame Nenner von Wallstreet und Moskau das Utopistenproblem ist. Es ist dem Autor wahrscheinlich schon längst selbstverständlich, daß bei der Legende vom Dolchstoß in den Rücken der freien Welt der Jude durch den Utopisten abgelöst wurde, so daß ein zusätzliches Potential durch die Verwendung des »Judenproblems« erschlossen werden kann.

Der Urverrat fällt klar unter das Konzept der Dekadenz, er ist Liederlichkeit, Machthunger, opportunistischer Kommerz. Der Kommerz führt ihn in den 20er und 30er Jahren weiter durch den Osthandel der deutschen Industrie, denn Stalin interessierte sich für

»die technische Tüchtigkeit eines damals noch überaus fleißigen Volkes, das im Grunde die Arbeit um der Arbeit willen liebte.« (Welt, 24. 11. 75)

Das unselige Werk wurde von der amerikanischen Industrie bis zum Ende des 2. Fünfjahresplans vor dem 2. Weltkrieg weitergetrieben:

»Stalin kann notieren, daß ein Rohbau für die Industrialisierung der Sowjetunion geschaffen worden ist: Entscheidend war daher die Hilfe aus den USA gewesen.« (Welt, 24. 11. 75)

Die deutsche Industrie hatte den Verrat nicht zu Ende führen können. Sie konnte es nur so lange tun,

»bis sich nach der Machtübernahme durch Hitler an den deutsch-sowjetischen Beziehungen so manches änderte«. (Welt, 24. 11. 75)

Hitlers Erneuerungsbewegung hatte den Verrat gestoppt.

»Hitlers Reden in Münchner Bierkellern berauschten Tausende von braven kleinen Bürgern. Und die Gesellschaft trug rechts . . .«

Sie wurde keineswegs vom Großkapital finanziert, sondern von einzelnen, wohlhabenden Leuten.

»Bechstein gab Hitler auf Drängen seiner Frau Helene, die den Österreicher mit den unkonventionellen Tischmanieren ›Wölfchen‹ nannte, 1924 einen Kredit von 45 000 Mark.

Hitler konnte im Kreise seiner ›Damen‹ typisch österreichischen Charme entfalten . . .

Die Bechsteins . . . waren scharfe Judengegner, und auch sie hatten – gleich vielen anderen Staatsbürgern – Kontakte zum ›Alldeutschen Verband.« (Welt, 17. 11. 75)

Diese aus braven Bürgern entstandene Bewegung war, wie die Damen, die sie unterstützten, antisemitisch, und riß dann später das Großkapital mit sich, als sie nachgewiesen hatte, daß sie fähig war, dem Kommunismus in Deutschland entgegenzutreten.

Hier entsteht ein Hitlerbild, das für den neuen Rechtsradikalismus ganz außerordentlich schwierig zu handhaben ist. Der Schrecken, den sein Regime bedeutet hat, ist in Deutschland und mehr noch in ganz Europa viel zu lebendig, als daß man ihm eine positive Rolle im neuen rechtsradikalen Geschichtsbild zugestehen könnte. Andererseits kann man ihm auch keine negative Rolle geben, da man ja gerade an die vom Nazismus geprägte Erinnerung der Erneuerungsbewegung – an das Deutschland Erwache – anknüpfen muß. Das, was Hitler zum Schrecken Europas machte, war daher die »Erhebung des Leichtsinns zum Mittel der Politik«. (Rheinischer Merkur, 16. 5. 75)

Leichtsinn heißt zu leicht, heißt leichtfüßig, leichtfertig. Er hatte Zeichen der Dekadenz, war ebenfalls liederlich. Er war seiner Rolle nicht gewachsen und verfiel in Machtrausch. Sein Selbstmord ist ein Symbol dieses Leichtsinns.

Was seinen Leichtsinn anbetrifft, fällt er daher in dieselbe Kategorie wie alle Leichtsinnigen: Allende, Brandt, Kissinger. Seine Judenpogrome und die Massenvernichtung der Juden, sein Krieg gegen Frankreich, England und die USA: alles lauter Leichtsinn. Der Leichtsinn ließ ihn zum Wahnsinnigen werden, leichtsinnig war sein Nationalismus, leichtsinnig war, sich nicht darauf beschränkt zu haben, Vorposten der freien Welt gegen den Kommunismus zu sein. Hitler ohne seinen Leichtsinn ist daher etwas ganz anderes. Der neue Rechtsradikalismus entdeckt, daß es eine von Hitler verratene Aufgabe gibt, die noch zu erfüllen ist. Sehr schnell ist man da, wo man hin muß: Erneuerung heißt, Nazismus ohne seine Fehler, ohne seinen Leichtsinn.

So kommt es zustande, daß der neue Rechtsradikalismus gegen Hitler und seinen Leichtsinn kämpft. Um das zu tun, muß man gegen jeden Leichtsinn auf dieser Welt kämpfen. Will man keinen Hitler mehr, so darf man keinen Allende, keinen Brandt, keinen Kissinger, aber auch gar keine SPD mehr wollen. Denn alles das ist leichtsinnig. Wer daher einen neuen Hitler vermeiden will, der muß jene ernsthafte und schergewichtige Aufgabe erfüllen, die der Leichtsinn Hitlers verspielt hat.

Die schwere Aufgabe ist, Hitlers Judenpogrom zu vermeiden und sein Marxistenpogrom überall da zuende zu führen, wo es notwendig ist: ernst und ohne Leichtsinn.

Diese Linie aber hat der Faschismus Francos. Bei Franco fand Hitler daher den eigentlichen Widerstand, er ist der Widerständler gegen Hitler par excellence. Er ist auf gesunde Art pragmatisch. Als Hitler ihn 1940 zum Verbündeten gegen England gewinnen wollte, wußte er, »was er brauchte, war Weizen, nicht Gibraltar«. (Welt, 4. 11. 75). Er hatte ein natürliches Mißtrauen:

»Daß Hitler im August 1939 – bisher Schirmherr des Antikominternpaktes – mit Stalin einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt abgeschlossen und das scharf antikommunistische Polen über den Haufen geworfen und mit Stalin geteilt hatte, waren Dinge, die Franco zutiefst schockiert und mißtrauisch gemacht hatten«. (Welt, 4. 11. 75)

Franco beruhigte sich erst wieder, als Hitler erneut seinen Antikommunismus unter Beweis stellte:

»Als Hitler jedoch am 22. Juni 1941 die Sowjetunion angriff und sich damit wieder zu dem von Franco strikt verfochtenen ›Antibolschewismus‹ bekannte, gab es noch einmal eine Geste, die für den ›Caballero‹, den ritterlichen spanischen Herrn, der Franco auch sein konnte, typisch war. Franco sandte sofort . . . die ›Blaue Legion‹ nach Rußland.« (Welt, 4. 11. 75)

So war Franco eben doch der bessere Hitler, da er ein Hitler ohne die Fehler und den Leichtsinn Hitlers war.

Die Geschichtslüge von der deutschen Alleinschuld am 2. Weltkrieg

Nimmt man einmal diesen zurechtgestutzten und willkürlichen geschichtlichen Rahmen als die »volle geschichtliche Wahrheit«, die man jetzt dem deutschen Volk vermitteln will, so fällt dennoch auf, daß hier noch ein motorisches Prinzip fehlt, das aus der »Wahrheit« eine »Waffe für die Freiheit« macht, die »in den Dienst einer sittlich fundierten« Politik gestellt werden könnte. Der Rechtsradikalismus beruht immer auf Aggressionen, die durch Prinzipien kanalisiert werden. Der Nazismus leitete diese Aggressionen aus dem Antisemitismus und dem Versailler Vertrag mit den anschließenden Konstruktionen der »Kriegsschuldfrage« und der

»Novemberverschreiber« ab. Der neue Rechtsradikalismus braucht ähnlich aktualisierte Gegner und findet sie im Utopistenproblem und aufs neue bei der sogenannten »Geschichtslüge von der deutschen Alleinschuld am 2. Weltkrieg« sowie bei der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. Soll dies in seiner vollen Aggressionskraft entwickelt werden, muß das Verhältnis von Utopistenproblem und Antisemitismus, das von Vertreibung und Kriegursachen, in seiner Kontinuität erklärt werden. Es handelt sich jeweils um ein wirkliches historisches Problem – Versailler Vertrag, Verlust der Ostgebiete –, das ins Prinzipielle überhöht wird und damit seine irrationale Aggressivität bekommt – Antisemitismus, Antiutopismus.

Beginnen wir mit dem wirklichen historischen Problem: dem Verlust der Ostgebiete und der Umsiedlung der dort wohnenden Deutschen. Strauß beschreibt sie folgendermaßen:

»Der ›Bevölkerungstransfer‹ das war eine rechtlose, gewalttätige, von unendlichem Blutvergießen und von Hekatomben von Tränen begleitete Unrechtsaktion.

Die volle Wahrheit erlaubt aber nicht zu verschweigen, daß auch Verbrechen in hunderttausendfacher und millionenfacher Auflage an Deutschen und ihren Bundesgenossen verübt worden sind.« (Bayernkurier, 6. 12. 75)

In Wirklichkeit ist in der Bundesrepublik niemals strittig gewesen, daß der Verlust der Ostgebiete und die Umsiedlung ein Unrecht war. Das Friedensgebäude, das in Mitteleuropa 30 Jahre lang gehalten hat, beruhte vielmehr darauf, den Verlust der Ostgebiete und die Umsiedlung als Konsequenz des 2. Weltkriegs zu verstehen und daher das Unrecht der Vertreibung nicht als etwas anzusehen, das wiedergutzumachen wäre.

Gerade diesen Eckstein will die deutsche Rechte aus dem mitteleuropäischen Friedensgebäude heraussprengen:

»Im Westen hat man bislang viel zu wenig beachtet, daß die sowjetische ›Friedensstrategie‹ auf der fundamentalen Geschichtslüge deutscher Alleinschuld im Hinblick auf den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beruht.« (Rheinischer Merkur, 5. 12. 75)

Man beginnt vom deutschen »Schuldkomplex« zu sprechen, »Erpressung« mit einem »heuchlerischen Appell an eine fadenscheinige Humanität« und beklagt

»daß man uns auf eine besondere Pflicht zur ›Aussöhnung‹ mit Polen festzulegen versucht.« (Bayernkurier, 29. 11. 75)

Ein bestellter (?) Leserbrief im Rheinischen Merkur vom 7. 11. 75 sagt sogar:

»Ich stimme ihnen voll zu, wenn sie auf die große sowjetische Mitschuld bei der Entfesselung des zweiten Weltkriegs hinweisen, doch vermissem ich einen Hinweis auf die erhebliche Mitverantwortung Polens . . .

Die polnische Politik 1919 bis 1939 war schlecht beraten, sich Deutschland zum Feind zu machen.«

Der 2. Weltkrieg erscheint bei Strauß als Ergebnis einer tragischen Verstrickung. Es sei zwar klar,

»daß der Marschbefehl Hitlers gegen Polen den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat; auch wenn der, der den Marschbefehl gab, nicht wußte, daß es im Ergebnis der Zweite Weltkrieg und damit die Vernichtung Deutschlands sein würde«. (Bayernkurier, 6. 12. 75)

Es folgt das Recht, »auch heute zu sagen, daß nicht die Deutschen die einzigen Bösewichter der Weltgeschichte sind«.

Aber darum handelt es sich nicht. Es geht ausschließlich darum, ob eine neue Kriegsschuldfrage aufgebaut werden soll oder ob man den Verlust der Ostgebiete als Kriegsfolge behandelt und beläßt. Gerade das aber wird angegriffen:

»Wir rechnen nicht auf . . . Aber – ich habe es nie verstanden und es öffentlich bekämpft, daß die Dokumente über die bei der Austreibung Deutscher begangenen Verbrechen von der Bundesrepublik zurückgehalten und nicht so veröffentlicht werden, daß das von uns geforderte wahrheitsgemäße Geschichtsbild den Menschen von heute und im besonderen der Jugend ohne Schwierigkeiten zugänglich ist.« (Bayernkurier, 6. 12. 75)

Es ist offensichtlich, daß man die These von der Kriegsschuldfrage durch eine breit angelegte Kampagne über die Umsiedlung ergänzen will, zu der die Dokumentation der Bundesregierung das Material liefern soll. Die politische Absicht ist völlig klar. Die Rechte behauptet zwar – prinzipiell wie sie ist –, sie sei besorgt um das »wahrheitsmäßige Geschichtsbild«, in Wirklichkeit will sie die Geschichte neu schreiben, um sie mit all ihrer möglichen explosiven Kraft gegen Osteuropa mißbrauchen zu können. Dafür muß sie jene enge Verbindung, die heute noch zwischen dem 2. Weltkrieg und der Umsiedlung besteht, aufheben. Das ist nur möglich, indem sie die »Alleinschuld« abstreitet. Gibt es keine Alleinschuld, gibt es auch keine alleinige Verantwortung. Der Krieg hat *alle* getroffen und war folglich im Mai 1945 zu Ende, und zwar definitiv und ohne weitere Aufrechnung. Die Ausweisung ist dann ein neuer Abschnitt. Da sie nicht mehr Kriegsfolge ist, ist sie eben ein Aggressionsakt, der isoliert vom Krieg zu betrachten ist und demgegenüber das deutsche Volk sich zu verteidigen hat. Einen deutschen Angriff auf die Sowjetunion hat es nie gegeben, wohl aber einen sowohl von Stalin wie auch von Hitler verschuldeten Krieg. Erst nach dem Krieg fand die Aggression statt. Sie ging von der Sowjetunion aus und war die Vertreibung der Deutschen aus ihren Ostgebieten.

Dies ist eine billige Kopie dessen, was in den 20er Jahren die Propaganda des Versailler Schandvertrags war. Daher sagt Strauß auch offen, daß sich die Geschichte manchmal wiederhole. (Bayernkurier, 6. 12. 75) Sie wiederholt sich in Wirklichkeit nicht, sondern sie wird durch die deutsche Rechte wiederholt. Sie schafft

sich durch die Geschichtsumschreibung ein Aggressionsmotiv gegenüber den osteuropäischen Ländern, ein den Deutschen geschehenes, wieder gutzumachendes Unrecht. So erreicht man, die Sowjetunion als den wahren Aggressor darzustellen. Alle weiteren Akte, die im Laufe der letzten Jahre zur Konsolidierung und schließlich zur Anerkennung der Nachkriegsgrenzen mit Osteuropa geführt haben, sind damit weitere Aggressionsakte gegen das deutsche Volk. Obwohl sich diese Grenzen in 30 Jahren nicht geändert haben, spricht daher diese Rechte davon, daß ein laufender Vormarsch der Sowjetunion stattgefunden habe, der endlich einmal aufgehalten werden müsse.

So entsteht die Geschichtslegende von einer Art Uraggression von seiten der Sowjetunion, die 1945/46 stattfand und seither ständig weitergeführt wird. Von ihr leitet man ab, was auf seiten der Bundesrepublik als Verteidigungsakt zu gelten hat. In dieser Sicht gehört dazu: Wiedergewinnung der Ostgebiete und Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa einschließlich der Sowjetunion. Alles was dazu dient, ist jetzt Verteidigung, ist Gegengewalt.

Eine solche These schlägt dann in ein neues Verhältnis zum inneren Gegner um. Jeder Politiker der Bundesrepublik, der die heutigen Grenzen oder die sozialistischen Eigentumsverhältnisse in Osteuropa anerkennt, ist Verräter, Kollaborateur mit einer gegen die Bundesrepublik gerichteten Aggression, ist »Novemberverbrecher«.

»Teile der SPD haben eine von Moskau gesteuerte marxistische Strategie übernommen . . .

Wir . . . müssen uns auch in immer stärkerem Maße gegen Angriffe wehren, die aus dem Innern kommen . . .« (Biedenkopf, Welt, 17. 11. 75)

Hiernach reiste Schmidt nach Moskau, damit »die sowjetische Rüstung nicht zum Stillstand« (Bayernkurier, 9. 11. 75) komme.

»In diesem Zusammenhang durfte die »Prawda« des großen Bruders nicht fehlen«. (Bayernkurier, 2. 11. 74)

Man spricht davon, daß »Brandt und Scheel die Auslieferung der Hälfte Deutschlands in den Grenzen von 1937 an den Bolschewismus legitimierten«. (Bayernkurier, 2. 11. 75)

Von den sozialdemokratischen Regierungen Westeuropas heißt es:

». . . ihnen geht es einzig und allein um die Zerschlagung der Gemeinschaft, um auf diese Weise den kommunistischen Weltrevolutionsplänen Vorschub zu leisten.« (Bayernkurier, 16. 11. 74)

Es gebe »in Bonn eine sozialistische Regierung, der Übereinstimmung mit den gesamteuropäischen Plänen Moskaus wichtiger zu sein scheint als die lebens- und funktionsfähige Organisation der freien Länder unseres Kontinents . . .« (Bayernkurier, 26. 10. 74)

»Wehner hat mit seinen böartigen und für die deutsche Außenpolitik gefährlichen Kommentaren aus der Volksrepublik Polen erneut gezeigt, daß er zu den Quellen seiner früheren Jahre zurückgekehrt ist.« Offenbar habe

sich »dieser ungezügelter Mann . . . ganz auf Strategie und Taktik des internationalen Sozialismus und Kommunismus« eingestellt und vertrete nicht die Interessen deutscher Politik, sondern diejenigen seiner Gegner.« (Welt, 9. 1. 76)

Indem man eine solche Uraggression konstruiert, enthebt man die Entscheidung über Krieg und Frieden der Notwendigkeit, sich jeweils an der konkreten Gegenwart orientieren zu müssen. Ein möglicher Bruch des Friedens ist damit bereits »prinzipiell« für alle Fälle gerechtfertigt. Mit Hilfe der der katholischen Soziallehre vertrauten These, daß Friede nicht etwa mit Nicht-Krieg verwechselt werden darf, bekommt die »wahre« Friedenspolitik, die nicht auf die sowjetische »Friedensstrategie« hereinfällt, eine aggressive Bedeutung, die selbst die Auslösung des Krieges als eine ihrer Alternativen mit einschließt.

Anti-Utopismus und Antisemitismus

Ist so das politische Problem der Ostgebiete und des Verhältnisses zu den sozialistischen Ländern ins Prinzipielle überhöht, ergibt sich auch eine neue Sicht des gesamten Utopistenproblems und des Antisemitismus.

Unverkennbar ist die Ähnlichkeit des Utopistenbildes im Antiutopismus des Rechtsradikalismus mit dem Judenbild des Antisemitismus. Liederlichkeit, Machthunger und Verrat sind die Basischarakterzüge, mit denen der Gegner bezeichnet wird und die man ihm zuspricht. Es sind angeblich die Charakterzüge dessen, der Utopien nachjagt. Obwohl der heutige Antiutopismus keine dominante antisemitische Note mehr hat, kann er doch seine Vergangenheit nur sehr schwer verleugnen. Rückgriffe auf antisemitisches Vokabular sind daher häufig:

»In Amerikas ältester und feinsten Universität Havard bei Boston, dort, wo Neuengland am neu-englischsten ist, begann vor noch nicht einmal 20 Jahren ein unbekannter jüdischer Emigrant aus Fürth mit einem Buch über Atomwaffen seine weltbewegende Karriere.« (Welt, 15. 11. 75)

Hier sind die wichtigsten Koordinaten bereits enthalten. Karriere soll heißen: der Mann ist ein Karrierist. Der Karrierist dringt ins aristokratische Milieu – wo Neuengland am neu-englischsten ist – ein, kümmert sich um Atomwaffen und ist: unbekannter jüdischer Emigrant aus Fürth. Alle wichtigen antisemitischen Vorteile sind hier bereits ausgespielt. Was fehlt, wird in folgendem Text geliefert:

»Er lachte und seine bebrillten Augen blitzten über der schweren hängenden Nase. Selten hat ein Minister mehr Macht gehabt und selten hat ein Minister die Macht mehr genossen als der in Fürth geborene Amerikaner, der Bismarck »meinen Schutzheiligen« nennt.« (5. 11. 75)

Hier kein direkter Hinweis auf jüdische Abstammung, indirekt ist dies durch den Hinweis auf die Nase – schwere, hängende Nase unter bebrillten Augen, die blitzen – schon ins Gedächtnis gerufen. Der in Fürth geborene Amerikaner – wieder als Eindringling geschildert, der keine Wurzeln hat. Sein Machtdurst und der Genuß der Macht sollen auf Dekadenz und Gefahr hinweisen. Seine Liederlichkeit geht schon daraus hervor, daß die Welt davon spricht, daß der »flamboyante Kissinger mit Starlets beim Kerzenlicht am Weekend dinierte« und »Darling des Washingtoner Jetsets wurde«. Der Verrat wird durch die Art der Formulierung angedeutet, daß Kissinger auf die Detente setzt.

Dies ist durchaus das traditionelle Gegnerbild des Antisemitismus, soweit es sich auf intellektuelle und erfolgreiche Persönlichkeiten richtete.

Urteile dieser Art werden auf das gesamte jüdische Volk ausgedehnt. Man behauptet, daß Hannah Arendt

»unverblümt von der Kollaboration vieler Juden mit den Nazis und ihrer Mitschuld an deren Vernichtungsfeldzügen« (Welt, 8. 12. 75)

gesprochen habe. Hier wird das Judenbild des Antisemitismus über die Perversion hinaus gesteigert und verbreitet. Was Hannah Arendt tatsächlich gesagt hat, gibt die FAZ durchaus objektiv wieder. Sie habe davon gesprochen,

»wie die Juden selbst – wenn auch unter Zwang – mit dazu beigetragen hatten, den perfekten Massenmord möglich zu machen«. (FAZ, 8. 12. 75)

Die Welt verfälscht dies in Kollaboration und Mitschuld. Nachdem man die Alleinschuld Hitler-Deutschlands am 2. Weltkrieg abgestritten hat, bestreitet man sogar die Alleinschuld Hitler-Deutschlands an der Judenverfolgung und spricht von einer Mitschuld der Juden.

Dies alles bedeutet selbstverständlich nicht, daß die antisemitische Linie des heutigen Rechtsradikalismus mehr als eine zweitrangige Bedeutung hat. Nach Axel Springer war der Zionismus die Bewegung

»von Juden aus aller Welt, die eine Rückkehr zum Erbe und zur Erde ihrer Väter suchten. Rassenexzesse . . . haben den Zionismus von einer romantischen Träumerei zu einer Notwendigkeit für das Überleben werden lassen«. (Welt, 15. 11. 75)

Was Springer hier sagt, ist eine einfache und konsequente Weiterführung jenes Antisemitismus, gegen den er sich angeblich richtet, und folgt genau seiner Logik. Nach Springer nämlich waren die Juden vor der Gründung des Staates Israel Personen, die das Erbe und die Erde ihrer Väter verloren hatten. Nur deshalb können sie ja die »Rückkehr zum Erbe und zur Erde ihrer Väter« gesucht haben. Sie waren also vorher ohne Erbe und Erde, vaterlandslos, ohne Erdbezug, wurzellos. Genau das sagt aber der Antisemitismus. Da

sie ohne Erbe und Erde ihrer Väter waren – daher die Wurzellosigkeit repräsentierten –, verfolgte er in den Juden alle Wurzellosigkeit der Welt.

Der Zionismus aber entstand aus genau dem gleichen Grund. Er verfolgt nicht die Juden wegen ihrer Wurzellosigkeit, sondern er rettet sie daraus. Hinterher sind sie dann nicht mehr wurzellos und das Objekt des Antisemitismus fällt weg. So kommt Springer zu einer billigen Synthese von Antisemitismus und Philosemitismus. Früher war man Antisemit, weil die Juden wurzellos waren und man gegen die Wurzellosigkeit war. Heute ist man immer noch gegen die Wurzellosigkeit, aber kein Antisemit mehr: denn die Juden sind nicht mehr wurzellos. Sofern aber einige dennoch wurzellos geblieben sind, kann man durchaus noch Antisemit sein.

Springer bestreitet auf diese Weise, daß der Antisemitismus die Ursache der Judenverfolgung war. Die Juden hatten durchaus eine Heimat – die Heimat der deutschen Juden war Deutschland, die der russischen Juden war Rußland, der französischen Frankreich –, aber der Antisemitismus zerstörte und raubte den Juden ihre Heimat. In Wirklichkeit ist der Antisemitismus die Ursache des Judenproblems, während Springer ihn als seine Folge darstellt. In dieser seiner Analyse stellt er sich daher auf den Standpunkt des Antisemitismus selbst, der ja auch behauptet, eine Folge des Judenproblems zu sein. Auf diese Weise vermeidet Springer, den Antisemitismus als eine rassistische Transformation der Antitopie zu analysieren. Da er diesen Zusammenhang nicht zeigen will, gibt er dem Kampf gegen den Antisemitismus ein neues Ziel. Er sagt über die Antizionismusresolution der UNO:

»Ein Moderhauch des tausendjährigen Reiches wird vernehmbar, wenn die deutschen Wiederentdecker der Wachtürme, des Stacheldrahtes und der politischen Verlogenheit am lautesten in die Schlacht- und Schlachterufe gegen den Zionismus, das heißt gegen die Heimat der Überlebenden von Maidanek, Theresienstadt und Auschwitz einstimmen.« (Welt, 15. 11. 75)

Es liegt durchaus nahe anzunehmen, daß die Bezeichnung des Zionismus als Rassismus ein Vorwand des Antisemitismus ist, da es nahe liegt, gegen einen »rassistischen« Zionismus einen Antisemitismus zu vertreten, so daß der Antisemitismus sich als Antizionismus legitimiert. Dieser Mißbrauch des Antizionismus als Legitimation für Antisemitismus wäre also gerade in jenen Ländern zu vermuten, in denen ein Antisemitismus existiert. Dies gilt unter anderem für einige sozialistische Länder, wo offensichtlich antisemitische Tendenzen bedeutend sind. Der Schluß müßte also lauten: Die Antizionismusresolution ist zumindest bei denjenigen Ländern als antisemitische Äußerung zu verstehen, die in ihrer Politik antisemitische Tendenzen unterstützen. In bezug auf die sozialisti-

schen Länder würde dies zumindest für Polen und die UdSSR gelten.

Man wird sich fragen müssen, warum weder Springer selbst noch die Springerpresse so argumentieren. Die Antwort ist naheliegend. Man müßte dann nämlich nach den Ursachen des Antisemitismus in diesen Ländern unabhängig vom Problem ihres Antisemitismus fragen. Dies aber kann man nicht, weil dann der Zusammenhang von Befreiungsutopie und Antisemitismus aufgedeckt werden müßte. Denn es ist offensichtlich, daß der Antisemitismus in Polen und der UdSSR mit der dort herrschenden Utopiefeindlichkeit zusammenhängt und daher mit der Weigerung, die dort geschaffene materielle Basis der menschlichen Freiheit zu einer Emanzipation des Menschen in allen Lebensbereichen weiterzuentwickeln.

Ausgangspunkt Springers ist es, den sogenannten Utopismus zu bekämpfen. Sofern er dies tut, kann er nicht den sowjetischen Antisemitismus durch Unterstützung der Emanzipation des Menschen in den sozialistischen Ländern überwinden wollen. Er würde ja dann für die Verwirklichung der »Utopie« eintreten und damit dem Rechtsradikalismus sein Objekt nehmen. »Annäherung à la Bahr« wäre die Folge. Springer will aber ein »Zurück zum Kapitalismus« und damit den Antiutopismus. Daher wählt er den aggressiven Ausweg. Er identifiziert Antisemitismus und Antizionismus und erklärt den Kampf gegen den Antisemitismus zum Leitmotiv der Aggression auf den Sozialismus. So kommt er dann aufs neue zu einer These, nach der das Wesen des Antisemitismus verwirklicht werden muß, damit der Antisemitismus verschwindet. Gegen den Antisemitismus kämpfen heißt jetzt, gegen den Utopismus kämpfen: wo kein Utopismus, da gibt es auch keinen Antisemitismus.

Beim Fall der sowjetischen Mathematikers Pljuschtsch wird dieses Zusammenfallen von Anti-Utopismus mit dem Antisemitismus klar sichtbar, wobei dem Utopisten unterstellt wird, er sei verrückt, wahnsinnig:

»1972 wurde er wegen »antisowjetischer Agitation und Propaganda« angeklagt und 1973 in eine Nervenheilanstalt eingewiesen, weil er angeblich an Schizophrenie und »messianischen Ideen« litt . . . Pljuschtsch hatte sein Ausreisevisum für Israel bekommen, obwohl weder er noch seine Familie jüdisch sind. Die Familie beabsichtigt auch gar nicht, nach Israel auszuwandern . . .« (Tagesspiegel, 11. I. 76)

Utopie ist messianische Idee, folglich säkularisiertes Judentum, folglich Visum nach Israel. Denn man ist Jude, obwohl man es gar nicht ist. Utopismus aber ist Ausdruck von Wahnsinn.

Typisch hierbei ist, daß weder die »Welt« noch Welt am Sonntag die Tatsache veröffentlichen, daß Pljuschtsch ein Visum nach Israel bekam. Denn das Verhältnis von Antiutopismus, Antimessianismus und Antisemitismus aufzuzeigen, will der Springer-Verlag

vermeiden, da es für die Entwicklung des Rechtsradikalismus schädlich ist. Denn Anti-Utopismus in Verbindung mit antisemitischen Elementen bei gleichzeitiger Erklärung der Utopisten für Wahnsinnige und Verrückte ist ja gerade seine Linie; allerdings mit anderen Vorzeichen.

Eine solche Einstellung paßt als Motivationsstruktur wiederum gut in die Geschichtsumschreibung des Rechtsradikalismus, der gemäß eine Aggression gegen Deutschland – Ostgebiete und Umsiedlung – wiedergutmacht werden muß. Diese Wiedergutmachtung aber ist jetzt gleichzeitig ein Akt gegen den Antisemitismus in der Welt.

4. Die moralische Erneuerung: Polizeistaat statt Sozialstaat

Wenn der Rechtsradikalismus zum Sprung ansetzt, will er erneuern. Das Volk muß aufwachen, Zweideutigkeiten müssen aufhören, Entschiedenheit muß herrschen, fade Kompromisse hören auf, der Terror der Mehrheit wird abgeschafft, überspitzte Rechtsstaatlichkeit verschwindet. Die Götterdämmerung kommt, die Probleme werden für den Rest des Jahrhunderts erledigt.

Die Tatsache, daß die Wirtschaftskrise ein moralisches Problem und nicht ein pragmatisches ist, steht für den Rechtsradikalismus von vornherein fest. Man muß Moral haben, um die Krise durchstehen zu können, d. h. Moral der Truppe. Die Rechte aber schürft sehr viel tiefer. Soweit sie einfach konservativ-autoritäre Ziele hat, genügt ihr ein solcher Moralbegriff. Will sie Erneuerung, legt sie ihn anders an. Sie wird entdecken, daß die moralische Krise nicht nur das Problem bezeichnet, eine Wirtschaftskrise durchzustehen, ohne etwas Ernsthaftes gegen sie zu tun, sondern daß, recht betrachtet, gar keine Wirtschaftskrise existiert. Sie wird darauf hinweisen, daß die Wirtschaftskrise selbst nur eine Erscheinungsform der moralischen und geistigen Krise ist, daß sie einfach nur die Folge von Liederlichkeit, Machthunger und Verrat der Utopisten ist, die vorher an der Macht waren. Deshalb besteht man dann wider alles bessere Wissen darauf, die Wirtschaftskrise nicht als Teil einer Weltwirtschaftskrise zu erklären, wie sie periodisch im kapitalistischen Wirtschaftssystem auftreten, sondern als eine von der deutschen Wirtschaftspolitik für die Bundesrepublik zu verantwortende Krise. Der in dieser Wirtschaftspolitik repräsentierte Neid, die Habsucht und Leichtfertigkeit sind es dann, die zutiefst dieser Krise zugrunde liegen. Sie ist das Ergebnis der Utopie, ist das Chaos, das durch die Utopie geschaffen wird.

Da die Krise Produkt der Utopie ist, zeigt die Größe und Gefährlichkeit der Krise an, wie verworfen und gefährlich die Utopisten sind. Sie haben die Institutionen angegriffen und das Chaos geschaffen, die Krise ist das Produkt des Angriffs auf die Institutio-

nen. Die Polarität von Chaos/Institutionen, wie sie in der konservativen Theorie gepflegt wird, wird damit zur politischen Interpretation der Wirklichkeit.

Wo das Chaos droht, müssen die Institutionen gestärkt werden. So weiß es auch die konservative Theorie. Rechtsradikale übersetzen dies in Politik. Sie suchen

»eine Antwort aber vor allem auf das, was mit unserer Wirtschaft, im großen wie im kleinen, angestellt wurde; einer Wirtschaft, die so gut war, daß es zwar den Marxisten noch immer nicht gelungen ist, ihren Organismus zu zerstören, es aber offenkundig nun erlaubt wird, unermüdlich auf das Ziel der Zerstörung der Ordnung hinzuwirken«. (Bayernkurier, 2. 11. 74)

Zerstörer sind am Werk, die gar nichts anderes wollen als das Chaos schaffen, weil sie das Chaos lieben und sich nur im Chaos zu Haus fühlen. Man muß etwas tun, so geht das nicht weiter!

Der semantische Weltkrieg: Verwandlung des Konservatismus in Rechtsradikalismus

Will man auf diese Weise die Wirtschaftskrise als moralische und geistige Krise entlarven, kann man sich nicht auf Argumente einlassen. Die Rechte versucht dies auch gar nicht, sondern ersetzt die Auseinandersetzung mit Argumenten durch den Kampf der Worte. Dieser Gesichtspunkt kehrt bei allen Konservativen wieder und drang bereits mit Pareto in die Soziologie ein. Bereits Gehlen sagt, es komme nicht darauf an, »Ideen zu diskutieren, als darauf, ihnen zu einer gerechten und dauerhaften Wirklichkeit zu verhelfen«. (a.a.O. S. 77) Im Rechtsradikalismus wird mit solchen Vorstellungen Politik gemacht. Ersetzt man die Diskussion der Argumente durch den Krieg der Worte, so braucht man ein Arsenal von Wortwaffen. Man richtet sich darauf ein, sie zu entwickeln und aufzurüsten.

Sie erklären den »semantischen Weltkrieg«. (Welt, 19. 12. 75) Theoretische Stellungnahmen haben ihren Wert ganz ausschließlich unter dem Aspekt dieses semantischen Krieges. So sagt Kremp in einer Kritik an Biedenkopf:

»Es lohnt sich, den Biedenkopfschen Bohrungen in den harten, gesellschaftspolitischen Brettern zu folgen. Wer das tut und die semantischen Resultate in ihrem Waffenwert erkennt, bemerkt dann auch die Nachteile der Arbeit, genauer gesagt, die Versäumnisse.« (Bayernkurier, 26. 10. 74)

Das Versäumnis ist, den Versuch der Argumentation gemacht zu haben. Die spätere Auseinandersetzung zwischen Biedenkopf und Strauß über die Wahlstrategie für 1976 wird hier schon vorweggenommen. Nicht Argumente will ich, spricht der Herr, sondern Worte. Verpaßt man eine Möglichkeit in der politischen Diskussion, so sucht man sofort nach dem Wort, das gefehlt hat, oder dem

Wort, das andere benutzt haben. Als Brandt vom Sicherheitsrisiko sprach, untersuchte Kremp in der »Welt« sofort, was das Wort bedeutet, und wie es sich zu dem Wort verhält, das Adenauer 1961 gegen die SPD geschleudert habe, dem Wort vom Untergang Deutschlands:

»Doch ist der Begriff Sicherheitsrisiko viel raffinierter, mehrdeutiger als der sprachliche Holzschnitt vom Untergang Deutschlands. Er ist nicht plakativ, gleicht dafür aber der Kraft des Wassers, das durch jede Seelenritze dringt und Frösteln erzeugt. Brandt arbeitet, erfahren in modernen linken Subversions-Techniken, psychologisch einfühlsam. Adenauers Instrument war vergleichsweise eine Art national-abendländischer Dampfhammer.« (Welt, 26. 11. 75)

Kremp meint, durch das Wort habe man eine Schlacht im semantischen Weltkrieg verloren:

»Sicherheitsrisiko« wäre also eigentlich eine Wort-Waffe der Opposition . . . Aber die Union hat die Wort-Waffe dem Gegner überlassen.« (Welt, 26. 11. 75)

Einen wichtigen Schachzug in diesem Wortkrieg hat dann sogar die SPD gemacht:

»Sie vergaß ihre marktwirtschaftlichen Ausrutscher, definierte Profit zutreffend als Gewinn, den Gewinn von heute als Investitionen von morgen, und die Investitionen von morgen als die Arbeitsplätze von übermorgen.« (Welt, 26. 11. 75)

Ob dies richtig ist oder nicht, ist völlig gleichgültig. Es wäre in diesem semantischen Weltkrieg schon subversiv, überhaupt danach zu fragen, ob der Wortgebrauch der Wahrheit entspricht.

Die Zerstörung des Arguments und seine Ersetzung durch Worte wird völlig verallgemeinert:

»Im Westen besorgen alle jene das gleiche Geschäft, die . . . durch ständig neu aufgelegte NS-Filme das Klima zur Integration Europas zerstören helfen.« (Rheinischer Merkur, 5. 12. 75)

Man meint nicht die Filme der Nazis – solche würden der Integration Europas durchaus helfen –, sondern man meint Anti-Nazi-Filme, die eben im semantischen Weltkrieg subversiv sind. Man muß heute über die Ostgebiete sprechen.

Das Kriterium der Wahrheit ist selbst zu einem subversiven Kriterium erklärt worden. Es handelt sich dabei zwar um Sophisterei statt Wahrheit, aber keineswegs um einfache Spiegelfechterei. Die Lüge hat System. Kremp weist auf dieses System hin, indem er Biedenkopf kritisiert:

»Biedenkopf fehlt diese Dimension der politischen Entschlossenheit, die zur begrifflichen Entschiedenheit hinzutreten muß, wenn der Idealfaktor den Realfaktor greifen soll.« (Bayernkurier, 26. 10. 74)

Es geht hierbei um eine bestimmte Technik, die dem Rechtsradikalismus wohl vertraut ist. Wer semantischen Krieg durchführt, geht

davon aus, daß die Welt so ist wie sie aussieht. Aber der Sinn des semantischen Krieges ist, Einfluß darauf zu nehmen, wie die Welt aussieht. Der semantische Krieg schließt Argumente aus. Er soll Menschen dazu bringen, sie auf eine bestimmte Weise anzuschauen. Daher vermittelt er Weltanschauung.

Die entscheidende Koordinate für die Weltanschauung des semantischen Weltkriegs ist jene erwähnte konservative Gegenüberstellung von Chaos/Institution. Chaos ist Produkt der Schwächung der Institutionen, diese Produkt derer, die die Institutionen kritisieren, und dies wieder Produkt einer moralischen Schwäche. Aller semantischer Krieg dient nichts anderem als der Verfestigung dieser zentralen Koordinate der Weltanschauung. Ist sie gesichert, kann man das Subjekt frei herumlaufen lassen, es ist, wie Kremp das nennt, sozial domestiziert. Aus jedem vorkommenden Chaos kann es ganz selbständige Schlüsse ziehen. Caligari und Dr. Marbuse stehen hinter ihm und weisen ihn ein.

Sind die Koordinaten gesichert, so kann man durch Verweis auf die Empirie argumentieren, weil jede nur mögliche Empirie immer nur die Koordinatenachse bestätigt. Alles ist tautologisiert, Erklärungen reiner Schein. In den 20er Jahren sah man ganz klar, daß Versailler Vertrag und Weltwirtschaftskrise durch Juden gemacht wurden. Heute sind es Utopie, Neid und Habsucht, Liederlichkeit und Machthunger, die dahin geführt haben. Damit entsteht eine neue Objektivität, in der die Welt ganz genau so aussieht, wie der Rechtsradikalismus sie sieht. Es ist die Welt, wie der Vater der Lüge sie sieht.

Der von den Rechtsradikalen so geliebte deutsche Michel ist eine Person, die mit einem solchen Koordinatensystem ausgerüstet ist und daher, solange man dieses Koordinatensystem nicht selbst attackiert, durch Argumente überhaupt nicht mehr erschüttert wird. Er steht jenseits jeder nur möglichen moralischen oder geistigen Krise: er hat solche Sachen schlechterdings überwunden. Er ist wahrhaft Subjekt und ist völlig frei. Kremp kritisiert daher auch Biedenkopf wegen seines falschen Subjekt-Begriffs:

»So fragt Biedenkopf nicht oder viel zu wenig nach der Kondition des gegenwärtigen Menschen, der ja das Subjekt der Freiheit ist . . . Wie muß er beschaffen sein, um die großen Herausforderungen zu bestehen, und ist er so beschaffen, daß er sie bestehen kann.« (Bayernkurier, 26. 10. 74)

Diese neue Objektivität, die einfach ein Produkt dieser Weltanschauung selbst ist, scheint dem Rechtsradikalen so klar, daß er andere, die argumentieren wollen, überhaupt nicht mehr verstehen kann.

»Wenn sie das nicht unterscheiden können, meine Damen und Herren, ist das ein bedauerliches Zeichen für ihren Geisteszustand.« (Carstens, Palament, 8. 11. 75)

Dummköpfe oder Verräter sind sie. Und es bleibt dann vom

Rechtsradikalen aus gesehen nur eine einzige systematische Erklärung:

»Meine Damen und Herren, die Vertreter vom ›Neuen Deutschland‹ und von der ›Prawda‹ werden diese Argumentation zwar nicht verstehen: kein Mensch versteht sie.

Aber sie werden mit dem Ergebnis dessen, was hier von der Regierung und der Regierungskoalition vorgetragen wurde, sehr zufrieden sein.« (Carstens, Parlament, 8. 11. 75)

Folgt man den Rechtsradikalen, ist es völlig unverständlich, daß jemand noch argumentieren will, an Rechtsstaat denkt, von Bader-Meinhoff-Gruppe spricht und den Mehrheitswillen durchsetzt. Wer Filme über die Nazis zeigt, hilft doch Moskau. Wer in Rechtsfragen zimperlich ist, hilft doch Moskau. Wer ständig wissen will, ob ein Bericht über die DDR auch wirklich stimmt oder vielleicht gestutzt ist, hilft Moskau. Wer ständig von Mehrheiten und Demokratie oder Frieden spricht, will offensichtlich die Diktatur der Mehrheit, um Moskau zu helfen. Die Positionen der anderen sind den Rechtsradikalen völlig unbegreiflich, ihre eigenen aber offensichtlich empirisch bestätigt, daß nur die Annahme einer Zusammenarbeit mit Moskau und seiner roten Armee noch etwas verständlich machen kann. So übernimmt er denn auch diese Tatsache in sein objektives Bild von der Wirklichkeit.

Damit ist für ihn alles klar. Gegen die offensichtliche Krise setzt er seinen Willen, »das natürliche Empfinden und die natürliche Urteilsfähigkeit des Bürgers«. (Carstens, Parlament, 8. 11. 75) Dem offensichtlichen Unverständnis der andern und ihrer Unfähigkeit, die objektive Wirklichkeit zu sehen, setzt er Inseln der Vernunft und der Ruhe entgegen.

Eine moralische und geistige Krise ist Sache der Polizei, sie ist viel zu gefährlich, um sie Politikern zu überlassen.

»Wir lehnen es ab, die Tätigkeit der Nachrichtendienste als Schnüffelei zu bezeichnen . . . Die Nachrichtendienste leisten unserem Staat einen unschätzbaren Dienst, und wir sollten ihnen dafür auch dankbar sein . . .«

»Sie sollten etwas mehr Zutrauen zur Verwaltung und etwas mehr Mißtrauen gegenüber den Kommunisten haben, dann würden sie richtig liegen.« (Carstens, Parlament, 8. 11. 75)

Wo Polizei und Nachrichtendienste sind, ist alles sicher. Gegen sie brandet ein Ozean von Falschheit. Alles ist verdorben, sie aber nicht. Die anderen – jene, die die objektive Wirklichkeit rechtsradikaler Weltanschauung schlechthin nicht zu sehen vermögen – sind bloße Schwätzer im Vergleich zu diesen Inkarnationen des Friedens:

»In diesem Ozean von Schwatzhaftigkeit bilden Nachrichtendienste wie der amerikanische CIA, der britische Intelligence Service, das Pariser Deuxieme Bureau und in der Bundesrepublik BND und Verfassungsschutz die einzigen Geheimnisträger . . . sie haben – selbstverständlich – ein Auge auf einheimische Politiker, sofern sie sich mit außenpolitischen, das Ver-

hältnis zur kommunistischen Welt betreffenden Fragen befassen.« (Bayernkurier, 2. 11. 74)

Unfaßbar folglich, wenn jemand ihre Tätigkeit stört:

»Und warum nehmen SPD und FDP in Kauf, daß durch die öffentliche Erörterung der Funktionsfähigkeit und der Arbeitsmethoden des BND diesem und damit der Sicherheit unseres Staates schwerster Schaden zugefügt wird . . .« (Bayernkurier, 2. 11. 74)

Man kann schließlich über viele Dinge öffentlich sprechen, niemals aber über die ernsthaften. Dabei ist doch offensichtlich, daß die ruhige Arbeit des BND schlechthin die Sicherheit unseres Staates ist. Wer das nicht glaubt, kann nur merkwürdige Motive haben.

»Dem BND wird verübelt, daß er die Interessen der Bundesrepublik über die der sozialistischen Internationale stellte . . .« (Bayernkurier, 2. 11. 75)

Es gibt keine andere Erklärung. Es ist Verrat im Spiel. Moskau, die rote Armee! Daß die Nachrichtendienste wirklich die Sicherheit sind, haben sogar die Untersuchungsberichte des US-Senats gezeigt.

»Untersuchungsbericht enthüllt: US-Geheimdienst plante allerlei Attentate, tötete aber keinen ausländischen Staatsmann. Die CIA verliert ihr Schreckens-Image.« (Welt, 22. 11. 75)

Man muß folglich verrückt oder ein Verräter sein, wenn man kein Vertrauen zu ihnen hat. Was soll man dann über einen SPD-Politiker denken, der wie folgt handelte:

»Rudi Arndt, Frankfurts Oberbürgermeister . . . und Bruder des DKP-Funktionärs Günther Arndt, billigte der DKP Verfassungstreue zu, obwohl durch die Verfassungsschutzorgane deren Identität mit der wegen Verfassungswidrigkeit verbotenen KPD längst festgestellt wurde.« (Bayernkurier, 14. 6. 75)

Enthüllt wurden hingegen die Machenschaften derer, die das Vertrauen in die Organe erschütterten: Der Senator Church, der die Untersuchungen leitete, wollte »seine Popularität . . . hochspielen«. (Welt, 22. 11. 75)

Nicht mal hinzusehen braucht man, so klar ist es. Er wollte seine Popularität hochspielen, sicher war er auch liederlich, ganz sicher wollte er auch Moskau helfen und der Aufrüstung der roten Armee, Ehrgeizling, Karrierist, zweifellos Frauenheld, Jet-Set, Luxus . . . Gar kein Zweifel, er kann nur Utopist sein.

*Von der Angst zur Sicherheit: Polizeistaat macht frei,
Sozialstaat versklavt*

Die Sicherheitsorgane bringen Sicherheit, ganz so, wie eine Wurstfabrik Würstchen macht. Sie schützen die Verfassung, denn die Verfassung ist die Sicherheit der Institutionen. Deshalb ist dann die

geschriebene Verfassung in ihrem Wortlaut durchaus zweitrangig. Hat so der Idealfaktor den Realfaktor verschlungen, werden die Feinde sichtbar. Im Grunde verraten sie sich selbst, wenn man ihnen nur mit der nötigen Energie entgegentritt. SPD-MdB Liedtke zitiert einen Brief, den Amnesty International am 14. 10. 75 an den Bundespräsidenten schrieb:

»Wir stellen fest, daß sich in zunehmendem Maße Bürger unseres Staates scheuen, sich an Unterschriftenaktionen von Amnesty International zu beteiligen, und zwar selbst an solchen, die nicht die politischen Verhältnisse in einem bestimmten Lande betreffen, sondern beispielsweise auf die Abschaffung der Folter in aller Welt gerichtet sind. Als Begründung wird uns entgegengehalten, man sei im Staatsdienst tätig oder beabsichtige, sich um eine Stelle im öffentlichen Dienst zu bewerben, und müsse fürchten, daß einem die Mitunterzeichnung dieser Petition nachteilig ausgelegt werde.« (Parlament, 8. 11. 75)

Und SPD-MdB Schäfer sagt:

»Wenn es in einem Volk so ist, daß die junge Generation Angst haben muß, fotografiert zu werden, Angst haben muß, daß ihre Reisen in die DDR registriert werden, Angst haben muß, wenn der Bruder etwas unternimmt oder der Vater etwas unternommen hat, ist Sorge am Platz.«

»Und schauen sie sich mal die Praxis im Lande an. 70 000 Überprüfungen jetzt in diesem Lande, 70 000 Ermittlungen. Gehen sie mal hin in die Schulen, in die Gymnasien in Baden-Württemberg und hören sie sich das an, welche Angst dort herrscht! Und genau das ist schlimm!« (Parlament, 8. 11. 75)

Daß man nicht mehr einfach eine Anti-Folter-Deklaration unterschreibt, wird dem Rechtsradikalen nur beweisen, daß die Leute reifer geworden sind und zu differenzieren beginnen. Aber die Berichte über die große Angst alarmieren sie nun wirklich. Wie groß muß die Verfassungsfeindschaft im Land sein, wenn die Angst so allgemein ist. Die Sicherheitsorgane der Bundesrepublik sind schließlich Geheimdienste eines freien Landes, reinste Sicherheitsproduzenten. Wer da Angst hat, mit dem stimmt doch etwas nicht. Ein Meer von Verfassungswidrigkeit wird sichtbar.

Die SPD-Abgeordneten, die argumentieren wollen, erreichen damit genau das Gegenteil. Innerhalb der rechtsradikalen Logik beweisen alle Argumente einfach nur das Gegenteil. So reagieren sie auch, wenn sie von chilenischen Sozialisten erfahren, die barbarisch gefoltert wurden: Wie unendlich gefährlich müssen diese Chilenen doch sein, wenn sich die Regierung eines freien Landes dazu hinreißen läßt, solche Foltermethoden anzuwenden.

Wer Angst hat, wird seine Gründe dafür haben. Vom Bremer Bildungssenator Moritz Thape hört man:

»Thape hat ausgeführt, ein Bewerber für den öffentlichen Dienst, der ein Gespräch über seine Einstellung mit anwaltlichem Beistand führen wollte, müsse ja wohl meinen, »Dreck am Stecken« zu haben.« (FR, 29. 12. 75)

Die Sicherheitsorgane treten folglich der Angst entgegen und stellen die Sicherheit wieder her.

»Das Eindringen der Linksradiكالen in den öffentlichen Dienst macht die Situation bei uns immer unerträglicher.«

»Die Rechtsunsicherheit ist in eine Atmosphäre liberal-sozialistischer Verlogenheit gehüllt . . .« (Bayernkurier, 2. 11. 75)

Wie man sieht, hat das Eindringen der Linksradiكالen in den Staatsdienst jede Rechtssicherheit zerstört. Indem man sie ausschließt, stellt man die Rechtssicherheit wieder her. Die Atmosphäre liberal-sozialistischer Verlogenheit allerdings verhindert eine restlose Wiederherstellung der Rechtssicherheit. Der Radikalenerlaß ermöglicht es, zu erreichen,

»daß wenigstens die Linksradiكالen außerhalb der SPD und der FDP nicht in den Apparat Staat und Gemeinden eindringen.« (Bayernkurier, 2. 11. 75)

Damit die Dämmerung der roten Götter die Sicherheit und den Frieden für den Rest des Jahrhunderts herstellt, ist das zwar nicht genug, ein Anfang ist es jedoch.

So kämpfen Polizei und Geheimdienste um die Rechtssicherheit in der Bundesrepublik. Nicht nur sie, auch das Rechtswesen muß in diesen Kampf eintreten, die ganze Gerichtsbarkeit muß wieder in den Dienst der Rechtssicherheit gestellt werden. Es gibt berechtigte Klagen:

»Kann man der Gerichtsbarkeit dieses Landes noch trauen, wenn – wie ebenfalls in Gießen – der solchermaßen von Genossen unterstützte Kommunist Recht erhält?« (Bayernkurier, 9. 11. 74)

Zur Regierungserklärung von Goppel heißt es: »Zum Thema Terror und Gewalt kündigte der Regierungschef an, sein Land werde weiterhin darauf drängen, daß der Polizei und der Justiz wirksame Zugriffe gestattet würden. Das Recht im Staat dürfe nicht ›Opfer überspitzter Rechtsstaatlichkeit werden.« (Tagesspiegel, 11. 12. 74)

Damit der Staat den Bürger vor dem Staat schützen kann, muß der Staat genügend stark sein. Nur ein starker Staat kann sichern, daß der Bürger nicht vom Staat unterdrückt wird. Die Geheimdossiers der Nachrichtendienste sind einfach notwendig, weil der Bürger vor dem Staat geschützt werden muß. Polizeistaat macht frei, Sozialstaat versklavt. In letzterem Sinne nur gilt es daher: »Mehr Staat bedeutet weniger Freiheit«. (Junge Union, Welt, 29. 11. 75) Sofern der Polizeistaat ohne Sozialstaat entwickelt wird, schützt er den Bürger vor dem Staat und kann daher kaum stark genug sein. Er befreit uns dann von Gewerkschaften, Vollbeschäftigung, Alters- und Krankenversicherung etc., so daß der Bürger wieder Privatinitiative entwickeln kann. Polizeistaatliche Entwicklung steht unter dieser Voraussetzung niemals der freiheitlichen Grundordnung eines Landes entgegen, so daß der »Rheinische Merkur« in bezug auf gewisse Staaten der Freien Welt von »westlich-freiheitlich begründeten, aber diktatorisch regierten« (Rheinischer

Merkur, 31. 10. 75) Ländern sprechen kann. Hier ist die Freiheit der Bürger gegenüber dem Staat dadurch gesichert, daß man die Rechtsordnung überhaupt abgeschafft hat.

Es wird damit ganz selbstverständlich, daß die Erklärung der Verfassungswidrigkeit an diejenigen fällt, die für die Sicherheit gegen Verfassungsfeinde direkt verantwortlich sind. Praktisch geht sie damit an den Geheimdienst über. Dieser kann jede irgendwie organisierte Gruppe als verfassungswidrig erklären, selbst in dem Fall, daß seine Mitglieder gar nicht wissen, daß sie verfassungsfeindlich sind. Praktisch werden dadurch retroaktive Gesetze geschaffen, da alle Mitglieder von Organisationen in dem Moment rückwirkend zu Verfassungsfeinden werden, indem die Organisation als verfassungswidrig erkannt wird. Lippenbekenntnisse helfen da nicht:

»Wer in eine straff organisierte verfassungsfeindliche Organisation eintritt, wer sie durch Mitarbeit oder durch Mitgliedschaft unterstützt und wer ihre Ziele damit fördert, kann nicht gleichzeitig durch ein Lippenbekenntnis zum Grundgesetz sein objektiv anderes Verhalten aus der Welt schaffen.« (Miltner, Parlament, 30. 11. 74)

Die Objektivität soll entscheiden, nicht die subjektive bloße Meinung. Im Artikel 9 des Grundgesetzes wird festgelegt, daß strafrechtliche Vergehen nicht deshalb dem polizeilichen Zugriff entzogen werden können, weil sie von politischen Organisationen verfassungsfeindlicher Art begangen werden. Damit sollte einer zukünftigen Wiederholung solcher Aktivitäten wie derer der SA vor 1933 vorgebeugt werden. Man dreht das jetzt um. Jede zivile Vereinigung, die ohne jedes Gerichtsurteil, aber gestützt auf unkontrollierbare Geheimdienstinformationen als verfassungswidrig erklärt wird, soll als krimineller Zusammenschluß gewertet werden. Bundesrichter Wilms sagt über das Grundgesetz:

»Dagegen hat es organisierte Verfassungsfeindschaft in seinem Artikel 9 mit kriminellen Zusammenschlüssen auf eine Stufe gestellt und dem unmittelbaren strafrechtlichen und polizeilichen Zugriff unterworfen.« (FAZ, 27. 10. 75)

Es ergibt sich dann die merkwürdige Konstruktion von kriminellen Zusammenschlüssen, die weder strafrechtlich tätig geworden sind noch irgendetwas dieser Art beabsichtigen. Auf der Stufe krimineller Vereinigungen stehen sie allemal.

Es entsteht eine Situation, in der eigentlich keiner mehr weiß, ob er nun ein Verfassungsfeind ist oder nicht.

Man beginnt, sich zu verteidigen, in Selbstgesprächen, in Träumen. Man stellt sich einen Kafkaschen Geheimdienstmann vor, man überlegt seine ganze Vergangenheit, als Kind, Jugendlicher, Student. Die Demonstrationen, von denen man vergessen hat, ob sie auch angemeldet waren. Man argumentiert, hält dem imaginären Vertreter der Kafka-Welt eine überzeugende Rede, kann alles

erklären, ist beruhigt. Danach aber bohrt es wieder: vielleicht glaubt er es nicht.

Verfassungsfeindschaft wird so zu einem Verhalten, von dem man nie sagen kann, ob es überhaupt Verfassungsfeindschaft ist. Einige Organisationen werden – wie alle wissen – ganz bestimmt dazu gerechnet. Darüberhinaus aber kann man nichts wissen. Die geschriebene Verfassung verwandelt sich in eine Hyroglyphe. Heute weiß man schon nicht mehr, ob denn noch die SPD verfassungsmäßig ist. Auch bestimmte Kreise der CDU sind schon verdächtig. Was soll man schließlich von »CDU-Linksaußen Blüm« denken? Man weiß auch nicht, ob man wirklich noch gegen die Folter sein darf. Wenn konkret gefragt wird, ob man dagegen ist, daß in der sozialistischen Welt gefoltert wird, weiß man in Bescheid: man kann nicht nur, man muß dagegen sein. Aber in anderen Fällen ist das schwieriger. In Chile zum Beispiel oder in Brasilien. Noch zweifelhafter ist es, ob man gegen die Folter durch Amerikaner in Vietnam sein darf. Man weiß auch nicht, ob man gegen die Nazis sein darf, denn wie der »Rheinische Merkur« uns mitteilt, kann man dadurch auch die »Integration Europas zerstören helfen« und damit wiederum Moskau unterstützen. Ob eine Unterschriftenaktion bereits zu viel ist, kann man nicht wissen. Viele Wege führen nach Moskau, eigentlich alle. Und alle diese Wege sind verfassungsfeindlich.

Da der imaginäre Kafkasche Geheimdienstmann, mit dem man in seinen Selbstgesprächen umgeht, schlechterdings alles von einem weiß, kann man ihn auch nicht mehr überzeugen. Man gibt sich geschlagen. In der »Frankfurter Rundschau« vom 1. 11. 75 wird aus dem Bericht des Kontroll-Data-Instituts an den Deutschen Bundestag über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den Medien Funk und Fernsehen zitiert.

»Im Hintergrund dieses Situationsbildes steht offensichtlich . . . die unterschwellig extrem stark ausgeprägte Angst, sich durch den Empfang eines nicht ausgewogenen Programmbeitrags politisch/gesinnungsmäßig strafbar zu machen.

Diese Angst ist bei vielen Zuschauern zu einer außerordentlich starken psychischen Antriebskraft geworden . . .

Wie intensiv der damit verbundene psychische Streß empfunden wird, dokumentiert sich z. B. darin, daß mehrere Probanden mitteilten, am Daumen der rechten Hand bereits seit Monaten, teilweise sogar schon seit ein oder zwei Jahren unter Hautausschlag zu leiden.« (FR, 1. 11. 75)

Man muß sich daher um erneuerte Sicherheit kümmern. Da man sie nicht in sich selbst finden kann – man kann ja nicht einmal sich selbst gegenüber die Zweifel an der eigenen Verfassungsfeindlichkeit ausräumen – muß man sich an eine Instanz wenden. Das aber kann nur diejenige Instanz sein, die ständig auf die Verfassungsfeindlichkeit der Bürger hinweist, die die Verfassungsfeindlichkeit

von Organisationen beschließt und die schließlich die Macht hat, durch Anstellung in den öffentlichen Dienst die Absolution zu erteilen. Im oben zitierten Bericht heißt es,

»daß zwei Drittel der bundesdeutschen Funk- und Fernsehteilnehmer mehr oder weniger unbewußt nach der Wiedereinführung der Zensur verlangen . . . erhoffen sie sich von der Zensur klare Verhältnisse und wirksamen Schutz gegen subversive Gesinnungsgefährdung.« (FR, 1. 11. 75)

Gibt es eine Zensur, weiß man endlich, welche Meinung denn nun verfassungswidrig ist und welche nicht. Der Bürger muß schließlich wissen, ob er dadurch, daß er eine Nachricht oder einen Kommentar hört, seine im Grundgesetz gesicherte Meinungsfreiheit gebraucht oder ob er sie mißbraucht. Er wird mit Recht unwillig werden über alle jene, die diese Klarheit nicht wollen und damit sicher wieder Moskau unterstützen:

»Weit verbreitet ist in diesem Kontext auch – und das dürfte eine der wichtigsten Erkenntnisse der Studie sein – das Unverständnis des fernsehenden Bürgers über das »unerklärliche Zögern der politisch Verantwortlichen, die streitbare Demokratie endlich auch im Medienbereich rücksichtslos durchzusetzen« (so die wörtliche Formulierung eines Interviewten).« (FR, 1. 11. 75)

Daher brauchen wir Medien, Schulen, Universitäten und Parteien, die alle garantiert verfassungsgemäß sind, so daß man wirklich sichergehen kann. Die aber das nicht wollen, sind Verfassungsfeinde.

Es ergeben sich einige Ausblicke darüber, wo die Sicherheit gegenüber Verfassungsfeindschaft durchaus garantiert ist. So sind ganz automatisch sämtliche Journalisten des Springer Verlages, des »Rheinischen Merkurs« und des »Bayernkuriers« verfassungsmäßig, ebenfalls die Polizeiangehörigen und die des Verfassungsschutzes. Dasselbe gilt für alle Spitzel der Geheimdienste. Auch da gibt es keine Zweifel. Alfred Grosser fielen (anlässlich seiner Rede bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels) noch andere ein:

»Wenn man die Nürnberger Judengesetze als normales Recht trocken ausgelegt hatte, durfte man Staatssekretär im neuen Rechtsstaat werden. Wenn man die Gestapo polizeirechtlich gerechtfertigt hatte, durfte man in der freiheitlichen Grundordnung Rektor und Kultusminister werden.« (FAZ, 13. 10. 75)

Die verfassungswidrige Verfassung und ihre Überprüfung: Die Verurteilung der SPD

So verfassungsmäßig gerade diese Instanzen auch sein mögen, auch sie brauchen wieder Kriterien ihrer Verfassungsmäßigkeit. Erst wenn die Verfassungsmäßigkeit der Verfassung gesichert ist, kann man überhaupt feststellen, ob die Verfassungsschutzorgane verfassungsmäßig sind.

Der größte Teil aller Verfassungsartikel ist nicht verfassungswidrig. Im Grunde leitet sich der Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Grundgesetzes sogar nur von einem einzigen Artikel ab. Es handelt sich dabei um den Artikel 15, in dem dem Parlament das Recht zugesprochen wird, durch einfache Mehrheit Produktionsmittel und Boden zu vergesellschaften.

Ohne den Art. 15 GG ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands samt ihrem Bad Godesberger Programm und ihrem Orientierungsrahmen schlechthin verfassungswidrig. Hier – und nur hier – ist festgelegt, daß Systemveränderung verfassungsmäßig ist, sofern sie von der Mehrheit der deutschen Wähler unterstützt wird. Hier wird ausdrücklich gesagt, daß nur putschistische Formen des Sozialismus verfassungswidrig sind. Nicht nur die völlige Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist hier durch die Verfassung geschützt, sondern auch ihre teilweise Vergesellschaftung, insbesondere mögliche Formen der Gemeinwirtschaft, der Investitionslenkung und der Mitbestimmung. Art. 15 GG ist damit die Verfassungsgarantie für die Politik des Programms, das die SPD als demokratischen Sozialismus bezeichnet.

Die deutsche Rechte greift nicht unmittelbar die Verfassungsmäßigkeit des Art. 15 GG an. Sie tut dies indirekt, indem sie alle darauf sich stützenden Programmpunkte der SPD für verfassungswidrig erklärt. Sie erklärt dadurch die Verfassungswidrigkeit der SPD selbst und eliminiert den Art. 15 aus dem Grundgesetz.

Die Kampagne zur Erklärung der Verfassungswidrigkeit der SPD ist zwar alt, aber in den letzten Monaten intensiviert worden. Sie wurde durch eine Artikelserie im »Rheinischen Merkur« unterstützt und nahm auf dem deutschlandpolitischen Kongreß der CDU/CSU die Form einer Quasi-Verurteilung an.

Die Artikelserie im »Rheinischen Merkur« wurde von Friedrich Graf von Westphalen verfaßt.

»Verfassungsrechtlich sind damit die Würfel gefallen: die im »Orientierungsrahmen« der SPD grundlegende Politik zielt nicht auf die Bewahrung und Sicherung der Würde und Freiheit des einzelnen Bürgers, sie versucht vielmehr, die als verbindlich erachtete Idee des demokratischen Sozialismus zu verwirklichen . . .

Das aber heißt auf Dauer Tod der bürgerlichen Freiheit; und mit ihr würde auch der Rechtsstaat untergehen . . .

Die Alternative für 1976 ist somit eindeutig: verfassungsmäßig – oder sozialistisch.« (Rheinischer Merkur, 3. 10. 75)

In einem weiteren Artikel geht Graf von Westphalen sogar direkt auf Art. 15 GG ein. Ohne seine Geltung direkt anzugreifen, übertönt er ihn durch lautes Geräusch:

»Die Grenze zur Verfassungswidrigkeit ist dann erreicht und überschritten, wenn die Kompetenz (und Verantwortung) zur Vornahme unternehmerischer Investitionen nicht mehr Ausfluß des verfassungsrechtlich gewährten Eigentums ist.« (Rheinischer Merkur, 31. 10. 75)

In der Verfassung steht das genaue Gegenteil, sie spricht ausdrücklich von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und vom Gemeineigentum als legitime Ziele demokratischer Parteien in der Bundesrepublik.

Der Autor operiert dann mit sinnlosen Definitionen. So sagt er, »Produktionsmittel« sind nur Betriebe und Unternehmen, die »Güter herstellen oder erzeugen«, wobei er auf den Grundgesetzkommentar von Maunz hinweist. Das ist wieder eine der Definitionen, die zum Zweck des Umschreibens der Verfassung gemacht werden. Auf der Welt gibt es nicht einen Ökonomen, der mit solch einer Definition einverstanden wäre. Das Ergebnis ist wie gewünscht,

»daß wesentliche Beschlüsse des Parteitags von Hannover 1973, aber auch Empfehlungen im »Orientierungsrahmen« für 1985 mit der geltenden Verfassungsordnung nicht im Einklang stehen. Dieser Vorwurf wiegt schwer . . .«

Was die SPD tut, ist, »durch einen Argumentationstrick verfassungsfeindliche Bestrebungen als »weiterführende Ideen und Alternativen« für den Ausbau des Gemeinwesens« zu qualifizieren. Dieser Prozeß ist bereits soweit fortgeschritten, daß mit einer Korrektur nicht mehr zu rechnen ist:

»Aber diese demokratische Selbstverständlichkeit ist wahrscheinlich eine zu weit gespannte Erwartung.« (Rheinischer Merkur, 31. 10. 1975)

Die Verurteilung der SPD erfolgt dann auf dem deutschlandpolitischen Kongreß der CDU/CSU. Prof. Dr. Klaus Stern stellt dort fest, daß die einzig legitime Gesellschaftsordnung im Rahmen des Grundgesetzes die der Marktwirtschaft ist, deren Namen das Grundgesetz nicht einmal erwähnt, während die Gesellschaftsordnungen, die das Grundgesetz ganz ausdrücklich als legitim erwähnt – Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Gemeinwirtschaft –, verfassungswidrig sind. Da er es nicht beweisen kann, sucht er sein Heil im semantischen Krieg.

»Der Zusammenhang zwischen ökonomischer Freiheit und freiheitlicher Ordnung des Staates ist in der Realität evident und konsequent.«

Statt Argumente ist das alles einfach nur »evident«, »konsequent«, »niemand kann bestreiten . . .« etc. Schließlich begründet er ein pompöses Prinzip der »konstitutionellen Homogenität«.

»Die Gesamtverfassung ist wesensprägend für die Teilbereiche, wie die Teile die Gesamtverfassung gestalten.« (FAZ, 8. 12. 757)

In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Obwohl es grammatisch auf dasselbe herauskommt, ist es politisch anders. Die Gesamtverfassung kann nicht so interpretiert werden, daß einzelne Teile der Verfassung verfassungswidrig werden. Stern aber geht von einer Verfassungsinterpretation aus, die alle einzelnen Artikel der Verfassung so interpretiert, daß der Art. 15 GG verfassungswidrig

wird. Dies gilt insbesondere für die Freiheit des Arbeitsplatzwechsels, die Tarifautonomie und die Eigentumsgarantie. Sie werden so lange uminterpretiert, bis der Art. 15 GG aus der Verfassung herausgequetscht ist. Er steht dann dort noch geschrieben, alle seine nur möglichen Anwendungen sind jedoch verfassungswidrig, weil sie anderen, viel wichtigeren Artikeln des Grundgesetzes widersprechen. Es ergibt sich dann die Verfassungswidrigkeit der SPD:

»Soziale Korrektur ist unvermeidlich, aber sie muß Korrektiv bleiben, darf nicht das Prinzip verändern.« (FAZ, 8. 12. 75)

Dies als politische Meinung zu haben, wäre legitim. Es zum Verfassungsprinzip erheben, ist die Zerstörung der Demokratie. Genau das aber ist auf diesem Kongreß der CDU/CSU geschehen. Daher dann der Erneuerungsruf zur Wiederherstellung der Verfassung.

»Parteien, Verbände, Funkhäuser stellen sich in den Dienst der Utopie.« (Stern, laut Welt, 8. 12. 75)

Die Lösung ist klar, »Gibt es doch rechts allzu viele, die schlafen, links allzu viele, die träumen.« (FAZ, 8. 12. 75)

Man wird die Schlafenden mit dem Ruf ›Erwache‹ aufwecken müssen, um die Träume der Utopisten abzuschütteln. Selbst der Osservatore Romano schließt sich an.

»Es ist Zeit, aus dem Schlaf zu erwachen. Mit den Zweideutigkeiten muß Schluß gemacht werden. Wer Christ ist, muß auch im sozialen Leben konsequent seine Wahl treffen. Das kann zu einer entschiedenen Gegenüberstellung von Ideen und Orientierungen führen . . .« (laut Welt, 18. 12. 75)

Man trägt nicht nur rechts, man erwacht. Und nicht nur in der Bundesrepublik. Überall hört man die Zeichen der Zeit, hört den Flügelschlag der Geschichte, wird von der Uhr der Geschichte gedrängt.

Jetzt warnt Schleyer als Vorsitzender der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

»die Koalitionsparteien, die gerade einen Kompromiß über ein Mitbestimmungsgesetz suchen, vor Abweichungen von einer verfassungsrechtlich unbedenklichen Linie . . . Jede Regelung müsse ein klares und institutionell abgesichertes, für die Praxis taugliches Übergewicht der Eigentümer im Aufsichtsrat gewährleisten.«. (FAZ, 2. 12. 75)

Da er weiß, daß die Rechtsprechung der Neuinterpretation der Verfassung gefolgt ist, kann er mit Verfassungsklage drohen. Hinter der Verfassungsklage aber steht die Drohung mit einem Gewaltenkonflikt, der das parlamentarische Verhältnis von Regierung und Opposition bei allen Art. 15 GG betreffenden Entscheidungen ersetzen soll. Diese Ersetzung des parlamentarischen durch den Gewaltenkonflikt aber ist potentieller Bürgerkrieg.

Man geht schließlich zur offenen Aufforderung über, auch den

geschriebenen Text des verfassungsrechtlich nicht änderbaren Grundgesetzkatalogs zu verändern. So heißt es über den CSU-Parteitag 1976 und das neue CSU-Parteiprogramm:

»Die soziale Marktwirtschaft wird hier nicht nur von der Effizienz her gesehen und begründet, sondern von ihrer Funktion als Wahrer der Freiheit und Mündigkeit des Bürgers her . . .

Bei dieser Sicht wäre die Frage angebracht, ob die CSU in der Konsequenz ihrer Einsicht nicht im Bundestag beantragen sollte, die soziale Marktwirtschaft ausdrücklich ins Grundgesetz aufzunehmen, um sie der überhandnehmenden marktwirtschaftsfeindlichen Verfassungsinterpretation der Systemveränderer zu entziehen.« (Rheinischer Merkur, 19. 3. 96)

Im Dezember 1975 wurde zum erstenmal ein von der SPD aktiv unterstütztes Mitglied – Charlotte Nies – durch den bayerischen Staat aus Gründen der Verfassungswidrigkeit vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Innenminister Maihofer sprach von einem

»Alarmsignal, daß wir hier bei der Verteidigung unseres Rechtsstaates die Grenzen des Rechtsstaates zu überschreiten drohen«. (Tagesspiegel, 5. 12. 75)

Er interpretierte dies als Übertreibung. Es war aber der Anfang einer neuen Etappe in einer systematisch geführten Kampagne der deutschen Rechtsradikalen zur Erklärung der Verfassungswidrigkeit der SPD. Wird nämlich Art. 15 GG verfassungswidrig, dann eben auch die SPD. Rechtsstaat heißt dann die Sicherung des Privateigentums, die automatisch zum Ansatzpunkt für die Geltung aller anderen Grundrechte wird. Es gibt dann kein anderes Grundrecht mehr außer diesem einen, alle andern gelten nur soweit, wie die Privateigentumsgarantie nicht gefährdet wird. Der Rechtsstaat wird nicht abgeschafft, sondern die Abschaffung des Rechtsstaats ist jetzt der Rechtsstaat. Für diesen neuen »Rechtsstaat« aber gilt, daß er um so stärker ist, je mehr der Staat zum Polizeistaat wird, und um so schwächer, je mehr er Sozialstaat wird.

Die Verfassungswidrigkeit ergreift nicht nur die SPD. Selbst innerhalb der CDU werden Herde der Verfassungswidrigkeit sichtbar. Ein CDU-Mitglied schrieb ein Buch über die DDR, das sich durch falsche »Wertneutralität« auszeichnete. Ein Gutachter wird bestellt und sagt:

»Es ist mehr als bedenklich, daß Leute dieser Grundeinstellung wichtige Aufgaben in der CDU und ihr nahestehenden Bildungseinrichtungen wahrnehmen können. Das Ganze ist bezeichnend für den inneren Zustand der Partei, die einer Klärung der in ihr selbst umstrittenen Deutschland- und ostpolitischen Probleme seit Jahren ausweicht.« (Welt, 5. 11. 75)

Niemandem fiel es ein zu fragen, ob der Autor vielleicht die Wahrheit gesagt hatte. Alle aber wußten, daß das, was er sagte, in das neue Konzept nach der »Klärung« nicht mehr passen würde.

Nicht nur die unteren Ränge haben nicht die nötige Klarheit. Selbst der Generalsekretär der CDU steht unter Verdacht.

»Gerade ein Politiker mit dem intellektuellen Hintergrund Biedenkopfs, von dem man selbstverständlich annimmt, daß er den geschichtlichen Ablauf kennt und auch jede Nuance brillant zu formulieren weiß, muß damit rechnen, daß jede Nennung des Ahlener Programms zum Schaden der gemeinsamen Sache gedeutet . . . wird.« (Bayernkurier, 15. 11. 75)

Die Rechtsradikalen schließen aus dem Hinweis auf den intellektuellen Hintergrund Biedenkopfs nicht etwa, daß man seine Argumente ernst nehmen muß, sondern umgekehrt, daß er besonders gefährlich ist. Er hätte es wissen müssen, folglich wußte er es, dennoch hat er es getan: er wollte also Schaden stiften. Wer aber auf das Ahlener Programm der CDU hinweist, kann überhaupt nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel meinen. Man wird ihn überprüfen müssen. Vielleicht ist er ein Verfassungsfeind.

»Denn in der öffentlichen Meinung ist das Ahlener Programm weitgehend mit den radikalen Forderungen der Gegner der Marktwirtschaft von heute gleichbedeutend.« (Bayernkurier, 15. 11. 75)

Das mußten Sie wissen, Herr Biedenkopf. Seien Sie ehrlich, Sie wußten es! Wir haben Zweifel an ihrer Verfassungstreue. Sollten Sie diese Zweifel nicht ausräumen können, können wir Sie nicht in den öffentlichen Dienst übernehmen. Ob es Ihnen gelingt?

». . . vielleicht gelingt es ja einem auch, das plausibel darzulegen. Ich persönlich kann mir das schwer vorstellen, aber ich will ja, daß ihm rechtliches Gehör gegeben wird.« (Carstens, Parlament, 8. 11. 75)

Sie können es also versuchen, Herr Biedenkopf. Aber die Zweifel werden Sie schon selbst ausräumen müssen.

»Da es sich bei der Verfassungstreue des Bewerbers für den öffentlichen Dienst nicht um einen Tatbestand des Strafrechts – dort gilt der Grundsatz ›in dubio pro reo‹, das heißt, ›im Zweifel für den Angeklagten‹ – sondern um eine Eignungsvoraussetzung handelt, müssen verbleibende Zweifel – wie bei jeder anderen Eignungsvoraussetzung auch – zu Lasten des Bewerbers gehen. Das ist völlig klar.« (Dregger, Parlament, 8. 11. 75)

Verfassungstreue ist nämlich etwas, was man hat oder nicht hat. Wie man als Arzt gelernt hat, einen Blinddarm zu operieren, so hat man in den Institutionen gelernt, verfassungstreu zu sein. Unsere Geheimdienste können das beurteilen und sie folgen ganz unmißverständlich dem Institutionsbegriff der konservativen Theorie. Und ist das nicht die einzige objektive Theorie? Jetzt können Sie strampeln, Herr Biedenkopf. Die Verwaltung sitzt ganz ruhig da und schaut zu, wie Sie die Zweifel ausräumen. Hinterher teilt man Ihnen dann mit, ob sie es geschafft haben. Sie fahren zum CDU-Parteitag nach Hessen, halten einen lauten Vortrag gegen den Marxismus. Gut, das sind positive Punkte. Aber auch Sie werden sich um die »Gretchenfrage« nicht drücken können:

»Stehst du Breschnews Sowjetkommunismus oder deutscher, freiheitlich-demokratischer Politik näher, wie sie Strauß kompromißlos vertritt?« (Bayernkurier, 25. 10. 75)

Aber selbst, wenn Sie positiv darauf antworten, wollen wir wissen, ob das keine Lippenbekenntnisse sind und ob damit das, was Sie angerichtet haben, aus der Welt geschafft werden kann. Denn man kann nicht

»durch ein Lippenbekenntnis zum Grundgesetz sein objektiv anderes Verhalten aus der Welt schaffen«. (Miltner, Parlament, 30. 11. 74)

So bleibt als verfassungstreuer Block nur die CSU, die katholische Kirche und der Springer-Verlag, gestützt auf Polizei, Geheimdienste und die Gerichtsbarkeit, im Dienste der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes.

Alle anderen Bereiche sind unterwandert, insbesondere die nicht diesen Gruppen gehörigen Massenmedien, das gesamte Schulwesen und die Universitäten. Kardinal Döpfner spricht vom »radikaldemokratischen Kampf gegen die Rechte der Bürger«. Dieser

»erstreckt sich auf alle Bereiche unseres Lebens ohne Ausnahme, auf den Bereich der Kultur und Erziehung ebenso wie auf den struktur- und ordnungspolitischen Bereich . . .

Einige unserer Universitäten sind zwischenzeitlich in Tollhäuser verwandelt worden . . .« (FR, 19. 4. 75)

Aus Bayern wird gemeldet:

»Die Zahl der sozialistischen Verlage und Druckereien wächst ständig . . . Bundesweit agieren kommunistische Arbeitskreise und Korrespondenzen, die im Kollektiv verfaßte Arbeitspapiere auf den Markt werfen.« (16. 11. 74, Bayernkurier)

Bei den Lehrern »ist auch die Basis bereits unterwandert«. (Bayernkurier, 2. 11. 74)

Obwohl man die Unterwanderung nicht sehen kann, ist sie doch sehr groß: »Die Stärke der Kommunisten und ihrer Sympathisanten im ganzen deutschen Bildungswesen und in den Massenmedien ist weit größer, als Wahlergebnisse das ahnen lassen.« (Dregger, Parlament, 8. 11. 75)

Die Erneuerung: die Schwachen, die niemand schützt

Angesichts dieses Chaos kann es nicht überraschen, daß »besonnene Kräfte« an Erneuerung denken. So sagt die deutsche Bischofskonferenz vom 21. 9. 1972 bereits:

»Obwohl diese Entwicklung offen zutage liegt, scheinen viele Mitbürger die Gefährdung ihrer Freiheit nicht zu erkennen. Die Abwehr kommt zu spät, wenn die Verfechter dieser radikalen Ideologien die Schlüsselpositionen in unserer Gesellschaft bereits erobert haben und im Bildungswesen, in den Kommunikationsmedien und in der Politik ihren Terror ausüben.«

Grund zur »Hoffnung sind die zahlreichen Kräfte der Erneuerung, die sich in vielen Teilen unseres Landes regen . . .«

Die Erneuerung tritt auf die Seite der »Schwachen, die niemand schützt«.

»Scharen fanatischer Lehrer machen sich ihren eigentlichen Beruf daraus, den Schülern einzuhämmern, daß sie immer noch mehr parasitäre Ansprüche gegen ihre Eltern besäßen, hetzen die Kinder gegen das Elternhaus auf (wofür sie mit dem von den Eltern erarbeiteten Geld des Staates bezahlt werden) . . .

Es hilft auch niemand den Schülern, die unter dem physischen Druck ihrer auf Menschenverbiegung ausgehenden marxistischen Lehrer leiden und den nicht-marxistischen Lehrern, gegen die ihre unduldsamen marxistischen Kollegen raffiniert angelegte Kesseltreiben veranstalten . . .

Die Polizisten, die sich linksradikalen Gewalt-Demonstranten entgegenzustellen haben und dabei meist die Schwächeren sind, weil sie nach Gesetz und Dienstvorschrift wenig dürfen und selbst für das Wenige, wenn sie es tun, nachher hochnotpeinliche Rechenschaft geben müssen, während die andern weder Gesetz noch Rücksicht kennen wollen.« (FAZ, 14. 5. 75)

Medienpolitik und Wissenschaft: Ausgewogenheit und Objektivität

Gegen diesen kontinuierlichen Angriff zur Unterminierung der Gesellschaft richtet sich die Erneuerung. Die Grundbegriffe einer solchen Erneuerungspolitik lassen sich für die Medienpolitik bei der Erörterung des Verhältnisses von Ausgewogenheit und Objektivität, für die Wissenschaftspolitik aus der Erörterung des Verhältnisses von Wissenschaftsfreiheit und Investitionswillkür ablesen.

Am 3. 9. 75 schreibt die FAZ unter dem Titel »Ein Zerrbild aus Köln« eine Kritik an der Sendung Radiothek des Westdeutschen Rundfunks. Sie sagt von der Sendung:

»Die Einschaltquoten sind zumeist so hoch, daß man in der Anstalt von einer Erfolgssendung sprechen kann.«

Es wurde ein »unabhängig und sachkundig befundener Ausschuß« eingesetzt. Er befand:

»Das Bild, das der Hörer gewinnt, ist ein Zerrbild der Wirklichkeit.«

Eine große Zahl von Sendungen genüge »in Themenwahl und Themendarstellung den Ansprüchen objektiver Information in keiner Weise«.

»Gelegenheitshörer« teilen der FAZ mit, daß das »jugendliche Publikum mit marxistisch indoktrinierten Informationen und Analysen über das politisch-revolutionäre Geschehen in der Welt« versorgt würde.

Der Intendant hingegen meinte, die Sendung sei

»trotz berechtigter Kritik an einzelnen Sendungen den gesetzten Zielen im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen des Westdeutschen Rundfunks im großen und ganzen gerecht geworden«.

Die FAZ ist empört. Sie bedauert, daß »Funk und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland nicht dem täglichen Gesetz des Marktes unterliegen«. Sie müssen dann aber wenigstens »jenen Kontroll- und Beratungsinstitutionen, die ihnen zu ihrem öffentlich-rechtlichen Status in den Gesetzen der Bundesländer beigegeben wurden«, unterliegen.

Die Reaktion ist merkwürdig. Die Sendung hatte hohe Einschaltquoten, niemand wurde zum Einschalten gezwungen. Sie folgte also ganz genau den Gesetzen des Marktes. Hätten sie stattdessen die FAZ gekauft, hätte ja auch keiner nach Kontroll- und Beratungsinstitutionen gerufen. Warum glaubt die FAZ, daß die Gesetze des Marktes nicht beachtet werden?

Die Antwort kann man einerseits im »Bayernkurier« suchen:

»Das Grundprinzip des Kommerz ist nun einmal maximaler Opportunismus im Markt. Gegen den Machthunger von Freiheitsfeinden bietet er keine Gewähr.« (Bayernkurier, 9. 11. 75)

Folglich wäre der westdeutsche Rundfunk dem Opportunismus erlegen. Dem Gesetz des Kommerz folgend, hat er Meinungen verbreitet, die nicht verbreitet werden sollten, obwohl die Hörer diese Meinungen teilen.

Es bleibt aber die Frage, warum eigentlich die FAZ glaubt, daß die Gesetze des Marktes nicht beachtet seien. Hier hilft der »Rheinische Merkur« weiter:

»Anzeigen bilden nun einmal eine der wesentlichsten finanziellen Grundlagen einer freien, sich am Markt behauptenden Presse. Dies ändern zu wollen, wäre nicht nur wirtschaftlich unsinnig, sondern auch im Blick auf die Erhaltung der Meinungsfreiheit unsinnig.« (Rheinischer Merkur, 28. 11. 75)

Jetzt wird es klar. Opportunistisch hatte der Westdeutsche Rundfunk Meinungen verbreitet, weil die Hörer sich für diese Meinungen interessierten. Das Gesetz des Meinungsmarktes ist aber ein anderes. Danach wird ein wesentlicher Teil des Meinungsinstrumentes durch Anzeigen finanziert, so daß dem Opportunismus des Marktes, der keine Wahrheitskriterien hat, ein echtes Objektivitätskriterium zur Seite tritt. Anzeigen und diejenigen, die sie aufgeben, sichern nämlich die Objektivität und innerhalb dieses Spielraums kann dann Ausgewogenheit herrschen. Tatsächlich hat die Anzeigenfinanzierung eine so große Bedeutung für die bundesrepublikanische Presse, daß kein Presseorgan ökonomisch lebensfähig ist, wenn es nicht vor der Zensur der Inserenten besteht.

Die dadurch garantierte Objektivität der Meinungsbildung aber ist eben bei Funk und Fernsehen nicht gegeben, so daß sie hilflos dem Opportunismus des Marktes ausgeliefert sind. Sie brauchen daher Kontrollgremien. Deren Pflicht ist es, die Zensur so auszurichten, wie Inserenten sie ausgerichtet haben würden. Sie sind subsidiär. So

kann man verstehen, warum die FAZ sich über »die Wirkungslosigkeit öffentlicher Kritik« beklagt.

Am 18. 10. 75 folgt ein Artikel der FAZ, der diesen Objektivitätsbegriff darlegt und ihn vom Begriff der Ausgewogenheit absetzt.

»Die Gegenüberstellung der beiden Begriffe spiegelt einen Wandel wieder: Wer hat noch den Mut, selbst da, wo es um harte Fakten geht, von ›Objektivität‹ zu reden? . . .

›Ausgewogenheit‹ ist gewiß am Platze als Richtschnur für den Funk, der Fakten und Meinungen der Öffentlichkeit zu vermitteln hat. Aber wer dann seine Entscheidung zu treffen hat unter den verschiedenen Gewichten, mit denen die Wagschalen im Gleichgewicht gehalten werden, muß am Ende doch zur guten alten Objektivität zurückkehren. Auf die (unvermeidliche) Gefahr hin, daß da seine eigene Subjektivität gehörig hineinspielt.« (FAZ, 18. 10. 75)

So wird dann die Ausgewogenheit – der Opportunismus des Marktes – zum sekundären und nachgeordneten Element einer Programmgestaltung, die am Kriterium der Objektivität ausgerichtet ist. Da aber alle »marxistischen« oder auch »marxistisch inspirierten« Meinungen nicht objektiv sind, können sie auch im Rahmen der Ausgewogenheit keinen Platz beanspruchen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß solch ein Begriff der Objektivität und der Ausgewogenheit (Pluralismus) auch in die Universitäten getragen wird. Auch dort sollen nur noch objektive Meinungen vertreten werden können, so daß sich der Pluralismus auf jene Meinungen beschränkt, die sich innerhalb des Spielraums der Objektivität bewegen. Hier ist es wiederum die Notgemeinschaft Freiheit der Wissenschaft, die Gefahrenherde feststellt und Objektivität durchsetzt. Für die Geheimdienste und die Verwaltung ist sie schon ein unentbehrlicher Mitarbeiter geworden.

Aber auf diesem Gebiet der Wissenschaft und Forschung handelt es sich um andere Kontrollmechanismen. Biedenkopf leitet sie aus dem sogenannten Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre ab, dem er für diese Zwecke eine besonders originelle Form gibt. Er spricht hier vom Prinzip

»der Subsidiarität, nach dem die Lösung eines Problems stets der Gruppe oder Instanz übertragen wird, die dazu besonders befähigt und geeignet ist.« (Fortschritt in Freiheit, 1974, S. 58)

Es entsteht eine Wissenschaftspolitik, »in der die Politik mit der Verfügung über gesellschaftliche Mittel Ziele setzt, während der Wissenschaftler frei ist, über die Wege und Methoden zu befinden, auf denen das gesteckte Ziel erreicht werden soll«. (aaO. S. 57)

Man muß erwarten, »daß die beteiligten gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen ihre eigenen Aktivitäten an den vorgegebenen Zielen orientieren und sie durch geeignete Maßnahmen und Handlungen Gestalt annehmen zu lassen.« (aaO. S. 58)

Dies bedeutet eben eine durch die Verwaltung vorgenommene

Wissenschaftsplanung, bei der der einzelne Wissenschaftler zwar sein Gebiet autonom bearbeitet, das Gebiet selbst aber in einer Gesamtkoordination bestimmt wird.

Ein solches Prinzip paßt wohl am ehesten auf die Naturwissenschaften, braucht aber bei seiner Übertragung auf die Sozialwissenschaften oder Geisteswissenschaften besondere Selbstverwaltungs-garantien, damit diese Wissenschaften nicht neutralisiert werden. Dieses Problem aber analysiert Biedenkopf gar nicht.

Er stellt lediglich fest, daß eine Planung, die für die Wissenschaft möglich ist, für die Investitionen nicht sein darf. Erstaunlicherweise entwickelt er nämlich eine Kontrollvorstellung für die Wissenschaft, die ganz ähnlich ist jener Vorstellung von der Investitionskontrolle, wie sie der Orientierungsrahmen der SPD vorlegt.

Aber was nach Biedenkopf auf dem Gebiet der Wissenschaft die Freiheit nicht in Gefahr bringt, tut dies, wenn es auf die Investitionsplanung übertragen wird.

Da auch er semantischen Krieg macht und nicht argumentiert, definiert er das Subsidiaritätsprinzip anders, sobald es um die Investitionen geht:

»Der Gedanke der Subsidiarität besagt: Was der einzelne aus eigener Initiative und mit eigener Kraft leisten kann, darf ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden.« (aaO. S. 144)

Da sieht dann alles ganz anders aus:

»Es ist vielmehr zugleich die Grundlage für eine rechtliche Verfassung der Gesellschaft, die ihren Gliedern und Bürgern nicht nur Aufträge zur selbständigen Durchführung überträgt – was auch in jedem zentralwirtschaftlichen Gesellschaftssystem notwendig ist – sondern wichtige Bereiche der Gesellschaft, wesentliche Aktivitäten und Leistungen der Eigenverantwortlichkeit, sprich: autonomen Gestaltung der Bürger auf Dauer zuweist.« (aaO. S. 145)

Letzteres bezieht sich auf die Investitionen. Die Investitionen muß man der Eigenverantwortlichkeit überlassen, die Wissenschaft aber nicht. Die Wissenschaft kann man zentralwirtschaftlich organisieren, die Investitionen nie. Die freie Gesellschaft wäre umgekehrt: Freiheit für die Wissenschaft, Kontrolle für die Investitionen. Biedenkopf hingegen sagt: Maulkorb für die Wissenschaft, Willkür für die Investitionen. Denn die Investitionswillkür ist unsere Freiheit, wir stehen für die höheren Werte ein.

»Objektivität« für die Medien, Maulkorb für die Wissenschaft, Willkürlichkeit der Investitionen gibt das Orientierungsprinzip der Erneuerung.

Die Elite kämpft um die schweigende Mehrheit

Die Erneuerer weisen immer darauf hin, daß niemand mehr Mut hat. Sie aber haben ihn. Die erwähnten Bastionen der Verfassungs-

treue zeigen ihre Muskeln und behaupten, den nötigen Mut zu haben. Sie wollen durch nichts anderes mehr überzeugen, weder durch Argumente noch durch die Suche nach neuen sozialen Fragen. Sie zeigen einfach ihre Muskeln und rufen das Volk auf: Alternative. Eine Elite sind sie.

»Das schließt Widerstandswillen, elitäre Tugenden, Entschlossenheit zur Führung, Kampf in der Minderheit unter Umständen ein. Daß der Kämpfer die richtigen Begriffe haben muß, versteht sich von selbst. Aber es gehört zur Ordnung der Begriffe, daß die Freiheit über dem Frieden, dem inneren und äußeren, steht.« (Kremp, Bayernkurier, 26. 10. 74)

Die Ordnung der Begriffe ist selbstverständlich nur semantisch und leitet sich vom Entschluß des Kämpfers ab, die Freiheit über den Frieden zu stellen. Freiheit aber ist »Objektivität« für die Medien, Maulkorb für die Wissenschaft und Willkürlichkeit der Investitionen.

Ob dieses Erneuerer-Subjekt sich durchsetzt, hängt »von seiner Charakterstärke, seinem Freiheitswillen, seiner Opferkraft« (Bayernkurier, 26. 10. 75) ab.

Die deutschen Rechtsradikalen sind selbstlos. Sie sind ganz so, wie Wilhelm II. die Deutschen definiert: Deutsch sein ist, eine Sache um ihrer selbst willen tun. Als Kämpfer bieten sie sich an, als Kämpfer gegen die Utopie, die die wahre Ursache der Verfassungsfeindschaft ist. Ihr Kampf ist ein Verteidigungskampf. Die Utopisten greifen unablässig an und müssen zurückgeworfen werden. Das Volk ist unwillig, sie aber zeigen ihm, gegen wen sich richten. Es gibt schon jetzt einen »Gegensatz zwischen dem ›Fußvolk‹ im Lande und den sogenannten Intellektuellen«. (Welt, 28. 10. 75) Sie werden die Intellektuellen vertreiben und dann ihr Fußvolk haben. Dregger zitiert aus der Prawda und sagt:

»Für Leninisten ist die Volksmehrheit kein arithmetischer, sondern ein politischer Begriff.« (Parlament, 8. 11. 1975)

Indem die Rechtsradikalen sich als Elite für diejenigen anbieten, die von ihnen als Fußvolk bezeichnet werden, beginnen sie, die »Wahlarithmetik« zu verdammen. Sie denunzieren die Wahlmehrheiten als Diktatur der Mehrheit und sprechen über die »äußerst fragwürdige Legitimität der Majorität«. (Rheinischer Merkur, 31. 10. 75) Die CSU wendet sich gegen die »Parteiarithmetiker«, gegen »Politmanager und Publikumsbetörer«. (Bayernkurier, 22. 11. 75) Sie will keine einfache parlamentarische Mehrheit, sie will die »schweigende Mehrheit«.

Die Parteiarithmetiker sind für die CSU immer durch Biedenkopf repräsentiert:

»Müßig sind deshalb alle von experimentierenden Amateur-Politologen betriebenen Gedankenspiele über die Wählerlandschaft . . .«

»Aus diesem Grunde kann die Politik der Unionsparteien nicht ein Selbst-

bedienungsladen sein, in dem sich jeder das herausucht, was ihm gefällt . . .« (Bayernkurier, 22. 11. 75)

Der von Strauß attackierte Biedenkopf stellt seine Linie wie folgt dar:

» . . . die CDU werde sich nicht auf einen Wahlkampfstil einlassen, der die Stabilität in unserem Lande gefährde und zu einer Zerstörung der politischen Mitte beitrage.« (Welt, 17. 11. 75)

Daraufhin lehnte es Strauß ab, mit Biedenkopf den Wahlkampf zu führen. Gegen die arithmetische Mehrheit Biedenkopfs, die aus der Interesseninterpretation verschiedener Gruppen entsteht und auf solchem Wege ständig neue Gruppen zu gewinnen versucht, stellt die CSU das Konzept einer anderen Mehrheit. Da sie nicht definiert werden kann, bezeichnet man sie als eine »schweigende Mehrheit«, die mobilisiert werden muß:

»Es gibt eine sichere Mehrheit in unserem Volke gegen die Bonner Regierung und gegen diese Koalition. Diese Mehrheit zu mobilisieren erfordert mehr als gesellschaftspolitische Überlegungen, »Erschließung neuer sozialpolitischer Fragen« und erlaubt schon gar nicht ein verschwommenes Bild der Selbstdarbietung in den Grundfragen der nationalen Existenz.«

» . . . dies alles kann nur durch die Mobilisierung der weitgehend schweigenden Mehrheit durchbrochen werden.«

Allerdings ist ohne die CSU und ihren Vorsitzenden »die schweigende Mehrheit nicht zu gewinnen«. (Bayernkurier, 22. 11. 75)

Das besondere an der schweigenden Mehrheit ist, daß man sie bereits vor den Wahlen hat und sie behält, auch wenn man die Wahlen verliert. Als Begriff ist sie so alt wie die bürgerliche Gesellschaft. Durch diesen Begriff erläutert die herrschende Minderheit ihren Anspruch, die bürgerliche Eigentumsordnung notfalls durch Bürgerkrieg zu verteidigen. Sie stellt ihre Macht hierdurch außerhalb der Mehrheitsentscheidungen und beansprucht in allen Machtfragen die objektive Mehrheit gegen die arithmetische Mehrheit.

Das Wort »schweigende Mehrheit« hingegen taucht viel seltener auf, ganz ähnlich wie das Wort von der Mobilisierung dieser schweigenden Mehrheit. Historisch taucht es immer auf, wenn eine rechtsradikale bürgerliche Bewegung den Bürgerkrieg selbst ins Auge faßt. Schweigemärsche, Märsche der leeren Töpfe, assoziieren sich damit. Mussolinis Nacht der langen Messer wurde von einer schweigenden Mehrheit veranstaltet, eine schweigende Mehrheit war es, in deren Namen die brasilianischen Militärs 1964 die Demokratie zerstörten, eine schweigende Mehrheit aber war es auch, die in Chile zum Pogrom rief. Das Wort »schweigende Mehrheit« ist eine Waffe, die sich nicht darauf beschränkt, ein Wort zu bleiben. Sie ist eine Waffe des Aufstands des radikalisierten Bürgertums.

Das Wort von der schweigenden Mehrheit wurde sehr schnell aufgenommen und verbreitet und selbst auf Flügelkämpfe in der SPD angewendet, da es den Eindruck eines verallgemeinerten Aufstands gegen die Utopisten vermitteln soll, dessen wahrer Führer immer die CSU bleibt.

»Was niemand für möglich hielt, ist dem alten Taktiker und politisch oft totgesagten Osswald gelungen: Er mobilisierte die bislang schweigende Mehrheit und nimmt damit Rache . . .« (Welt, 22. 12. 75)

Die schweigende Mehrheit ist ein Instrument der Rache und wird nur dadurch zur Erneuerung. Die schweigende Mehrheit ist gegen die »Feigheit, die aus dem Schweigen spricht« (Bayernkurier, 20. 12. 75). Sie ist Mehrheit, aber, wenn sie das Schweigen nicht endlich bricht, Feigheit. Die Elite – kämpferisch – provoziert ihr Sprechen:

»Ein Mann ist aufgestanden – und hat Nein gesagt. Er heißt Alfons Goppel und ist Bayerns Ministerpräsident.

. . . bis zu jenem denkwürdigen 15. Dezember 1975, an dem dieser Mann aufbeehrte – und Nein sagte; wie Emile Zola einst . . .

Es blieb einem siebzigjährigen Mann, dem Ministerpräsidenten Bayerns, vorbehalten, den gordischen Knoten zu durchhauen . . . Wo bleibt der Aufschrei? Die Empörung? Der Protest? . . . In Bonn ist Stille. In München aber ist, über alle Parteien hinweg, ein Beispiel gesetzt worden . . . »In der Tat, ein Mann.« (Bayernkurier, 20. 12. 75)

Als was sie sich fühlen, zeigen insbesondere die ersten beiden Sätze. Sie sind einem berühmten Bibeltext nachempfunden, der auf Johannes den Täufer verweist. Und der jemanden ankündigt, der nach ihm kommen soll: »Ein Mann trat auf, von Gott gesandt. Sein Name war Johannes. Der kam, Zeugnis zu geben . . .« (Joh. 1,6/7) Sie machen allerdings keine Anspielungen auf den dazu komplementären Text: »Wenn man also zu euch sagt: ›Sieh, er ist in der Wüste«, so geht nicht hinaus . . .« (Mat. 24,26)

Solche Männer schießen nicht nach Wählerstimmen, sie mobilisieren eine schweigende Mehrheit. Dabei darf man nie vergessen, was die »Welt« sagt:

»Bayern sind am Klügsten.

. . . daß im Gegensatz zum guten bayerischen Abschneiden die hessischen Rekruten . . . nur auf den letzten Platz kamen.« (Welt, 15. 11. 75)

Und der Generalsekretär der CSU Tandler meint: »In Bayern hat die Zukunft, eine wirklichkeitsbezogene und menschliche Zukunft, bereits begonnen.« (Bayernkurier, 10. 1. 76)

Diese Mobilisierung macht verständlich, warum soviel von Entschlossenheit, Unerbittlichkeit und Opfergeist gesprochen wird. Die »Wähler verlangen Entschlossenheit; und es wäre gefährlich, sie durch Laxheit zu enttäuschen«. (Bayernkurier, 2. 11. 74) Den linken Systemveränderern tritt man »durch persönliches Engagement, durch Zivilcourage« entgegen. (Bayernkurier, 2. 11. 74) Man

darf »keinen Zweifel an unserer Entschlossenheit aufkommen lassen . . .« (Bayernkurier, 25. 11. 75) Die Hände dürfen nicht zittern, wenn es darum geht, den Anfängen zu wehren. Dies ist Liberalität:

»Die liberale Grundhaltung der CSU besteht in ihrer Bereitschaft, Ideen und Anregungen aufzunehmen und jeden Anschlag auf die Freiheit zu verteidigen.« (Bayernkurier, 20. 12. 75)

Reine Charismatik wird gemacht, das Volk hat die Pflicht zur Akklamation. Ideen und Anregungen werden gern entgegengenommen. Wieweit sie taugen, entscheiden diejenigen, die einen »Anschlag« verhindern. Die schweigende Mehrheit konstituiert so ein Wesen, dem gegenüber Pflichten existieren. Die harte Alternative ist daher für das Volk – das »Fußvolk« – eine Chance, seiner Pflicht nachzukommen. Dafür aber verdient es keinen Dank.

»Da müssen wir eine geistig und moralisch begründete Antwort geben. Es geht nicht allein um Wohlstand und Konsum. Wir müssen hier die geistigen Grundlagen wieder klarmachen: Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie.«

»Wir bleiben in der Pflicht der deutschen Geschichte . . .« (Kohl, Welt, 1. 12. 75)

Und CDU-Werner Marx: »Dies ist eine Generation, die alles aufs Spiel zu setzen bereit ist. Leben, Sicherheit, Glück der Familie, um für die Freiheit zu kämpfen. Verzichten auch Sie langsam auf etwas Komfort . . .« (Welt, 1. 12. 75)

Die kämpferische Demokratie: Kampf gegen Verfassungsfeinde als Beweis für Verfassungstreue

Hier wächst die Erneuerungsbewegung in ihre volle metaphysische Tiefe hinein. Die Bewegung ist eine Bewegung der Angst gegen die Angst. Sie geht von einer realen Angstsituation aus: Angst vor Arbeitslosigkeit, vor dem Zusammenbruch der Kranken- und Altersversicherung, vor der Unmöglichkeit einer Berufsausbildung der Jugendlichen. Diese Angst ist allgemein, ist real und hat ihren objektiven Grund in der Wirtschaftskrise. Die Rechtsradikalen verwandeln diese Angst in eine Angst vor denen, die die objektiven Ursachen der Krise beseitigen wollen: vor den »Utopisten«, die sie als Verfassungsfeinde aufbauen, um sie wiederum als Zerstörer der Ordnung darzustellen. Gelingt diese Transformation, entsteht eine metaphysische Angstsituation, die immer und notwendig dem Interesse der herrschenden Minderheit entspricht, die die Beseitigung der objektiven Gründe für die Wirtschaftskrise fürchten muß. Die metaphysische Angst ist jetzt eine Angst um die Ordnung überhaupt, vor dem Chaos.

Als metaphysische Angst ist sie ein Produkt des Rechtsradikalismus selbst, weil er die objektive Angst ins Prinzipielle überhöht und damit metaphysisch macht. Damit aber tritt er ans Subjekt heran und ruft es zum Kampf gegen die Angst auf. Ständig macht er

ihm Angst und bietet sich ständig an, ihm den Weg zu zeigen. Der Weg ist der Kampf gegen die Utopie. Er bietet ihm an, in diesen Kampf einzutreten, die Utopie zu beseitigen, die Angst zu überwinden.

Als erstes sind es die Sicherheitsorgane, die sich über die Schwatzhaftigkeit erheben und damit alle Menschen zu potentiellen Utopisten und Verfassungsfeinden erklären. Alle entdecken, daß auch sie ihr Teil beigetragen haben zum Utopismus, zur Unterwanderung. Alle haben an den Idolen des Marktes gehangen, neue soziale Fragen gesucht. Allzu viele wollten höhere Löhne. Alle sind verwickelt. Aber die Sicherheitsorgane haben ein realistisches Menschenbild. Sie wollen keinen »neuen Menschen«. Sie haben Verständnis und sie wollen diesen verängstigten Menschen eine Chance lassen. »Jede zeitliche Befreiung trage den Keim des Verfalls mit sich« (Tagesspiegel, 19. 12. 75) sagt sogar der Papst. Und über die Spanier und Franco sagt der »Rheinische Merkur« etwas, das wie Tacitus über die Germanen klingt:

»Und da nichts im Leben des Menschen so gewiß ist wie der Umstand, daß er eines Tages sterben muß, halten sie es für vernünftig, vor dem Tod nicht die Augen zu verschließen . . .

Franco war ein Diktator von vergleichsweise altmodischer Art . . . er wollte die Menschen lassen wie sie sind.« (Rheinischer Merkur, 28. 11. 75)

Angesichts des Todes wechselt die ganze Welt ihr Gesicht. Als Utopist rannte man Zielen nach, die völlig zweitrangig sind, man verfiel dem Schein des Wirklichen. Das wahre Wirkliche aber ist der Tod. Nicht nur die Gesellschaft ist verfault, jedes Individuum ist es. Angesichts des Todes wird der Mensch gewogen und da zählt überhaupt nicht, ob er gut gelebt hat. Durch das Wohlleben wird man nur von den wahren Zielen abgelenkt, die innere Ruhe geht verloren, den täglichen Pflichten kann man nicht mehr nachkommen.

Der Rechtsradikalismus verweist auf den Tod, zeigt die Eitelkeit aller Dinge dieser Welt und bietet Absolution, Erlösung von der metaphysischen Angst an. Er gibt dem Menschen eine Chance. Alles ist vergessen, sein ganzes Vorleben bedeutet nichts mehr, wenn er sich zum Kampf gegen die alles zersetzende Utopie entschließt. Keine bloße Innerlichkeit ist gefordert, sondern die Pflicht, alle Utopie zu besiegen. Daß man kein Utopist ist, zeigt man nicht durch Lippenbekenntnisse, sondern durch Kampf gegen die Utopie. Kein Verfassungsfeind zu sein, zeigt man, indem man nach Verfassungsfeinden stöbert und sie bekämpft. Demokratie ist kämpferische Demokratie. Beamte, Lehrer, Unternehmer: alle kämpfen und zeigen im Kampf, daß sie das nicht sind, was sie bekämpfen. Laut »Tagesspiegel« hörte ein deutscher Richter einen Vortrag, schrieb den Inhalt auf, rannte damit zu den Behörden und schrieb darunter:

»Ich habe diesen Thesen in der Nachmittagsdiskussion widersprochen, bzw. den Referenten um nähere Erläuterungen gebeten.« (Tagesspiegel, 28. 11. 75)

Einen klareren Beweis für Verfassungstreue kann es überhaupt gar nicht geben. »Ein Mann ist aufgestanden – und hat Nein gesagt.« Beim »Tagesspiegel« selbst aber müßte man eigentlich etwas genauer nachsehen, denn er fürchtet, daß »die guten Jahre dieser Republik« vorbei sind. (10. 12. 75) Die Jahre der Utopie sollen gute Jahre sein?

Die Generalabsolution, die der Rechtsradikalismus dem anbietet, der in die Kämpferfront eintritt, ist gleichzeitig vollkommener Ablass. Dadurch wird sie das in Aggression verwandelte Ruhebedürfnis des deutschen Michel, der zur Schutztruppe der herrschenden Minderheit wird. Es handelt sich um einen Aggressionstyp, der zuerst im Mittelalter auftauchte. Die ins metaphysische umgeformte Angst der Geißler wurde durch den Kreuzzugprediger in Aggression zur Eroberung des Heiligen Grabes. Ein arabischer Chronist sagte: »Der Islam hat es hier mit einem Volk zu tun, das den Tod liebt . . . Sie eifern dem von ihnen angebeteten nach; sie wünschen, für sein Grab umzukommen . . .«

Ist der Kampf gegen die Verfassungsfeinde der Beweis dafür, daß man verfassungstreu ist, kann man diesen Kampf auf ein beliebiges Extrem treiben, indem die Suche nach den Verfassungsfeinden intensiviert wird. Indem die Sicherheitsbehörden dies in der Hand haben, bestimmen sie die jeweilige Intensität des Kampfes und den Grad der Anstrengung. Die Suche nach Verfassungsfeinden alimentiert die Angst, der man durch diese Suche entkommt. Ein Sisyphus ist am Werk, der die objektive Angst vor den Lebensrisiken auffängt, und jeweils die metaphysische Angst so regulieren kann, daß sie die objektiv bedingte Angst kompensiert.

Suharto, Präsident von Indonesien, beschreibt diese Anstrengung als Spannkraft – in einem Interview für die »Welt«:

»Spannkraft – darunter verstehen wir die Standfestigkeit der Nation und ihre Fähigkeit, alle Kräfte für die Verteidigung ihrer Integrität und Existenz zu mobilisieren. Darunter verstehen wir auch Spannkraft auf den Gebieten der Ideologie, der Politik und Wirtschaft, der sozialen Fragen und der Verteidigung.« (Welt, 1. 12. 75)

Die kämpferische Demokratie hebt faktisch den Rechtsstaat auf. Der heutige Rechtsradikalismus macht sich gerade dadurch unsichtbar. Der Rechtsradikalismus der 20er Jahre zog Uniformen an und gründete Parlamentsfraktionen, die sich einen Namen gaben. Der heutige Rechtsradikalismus ist ganz anders: er behauptet, er sei gar nicht da, er streitet ab, daß es ihn überhaupt gibt. Es ist ihm gelungen, sich selbst als die Verfassung darzustellen. CSU, katholische Kirche und Springer-Verlag sind die Bastionen dieser Verfassung. Der »Tagesspiegel« z. B. will Herrn Prof. Huhn gegen

Vorwürfe der Verfassungswidrigkeit verteidigen. Wie absurd diese Vorwürfe sind, zeigt er dadurch, daß er ihn »der rechte Sozialdemokrat Professor Huhn« nennt. (Tagesspiegel, 28. 11. 75) Wenn man ein rechter Sozialdemokrat oder wenn man gar in der CSU ist – kann man gar nicht Verfassungsfeind sein. Der »Tagesspiegel« könnte auch schreiben »der ehemalige Nazi X, der jetzt CDU-Mitglied ist«. Automatisch ist klar, daß er kein Verfassungsfeind ist. Hingegen »das ehemalige Mitglied des Weltfriedensbundes« ist automatisch verdächtig. Würde sich Pinochet in den deutschen öffentlichen Dienst bewerben, gäbe es zwar Strafrechts-, aber keine Verfassungsbedenken. Bei Suharto aus Indonesien ebensowenig. In Bayern könnte selbst Franco Beamter werden. Grosser erkennt völlig die Situation:

»Aber wer garantiert denn, daß hunderte von Beamten des heutigen Staates die Grundfreiheiten des Bürgers gegen die Staatsmacht verteidigen würden, wenn sich, durch diese oder jene wirtschaftliche Entwicklung gefördert, ein neues autoritäres Regime anbahnen würde?« (FAZ, 13. 10. 75)

Das genaue Gegenteil ist garantiert: ein Beamter muß verstehen, daß in bestimmten Momenten ein autoritäres Regime notwendig ist, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu retten. Wer das 1933 verstanden hat, gibt durchaus die Hoffnung, es noch einmal zu verstehen. »Ein schwacher Staat ist das Gegenteil eines liberalen Staats.« (Bayernkurier, 20. 12. 75) Wie stark er sein muß, hängt von den Umständen und den utopistischen Umtrieben ab.

Beginnt sich das Todeskarussell der kämpferischen Demokratie zu drehen, kommt die gesamte Verfassung in seinen Sog. Die erste Drehung setzt bereits voraus, daß Art. 15 GG dabei aus der Verfassung herausgequetscht wird. Bei den nächsten Drehungen wird dann der Art. 14 GG mit seiner Eigentumsgarantie zum bestimmenden Artikel bei der Interpretation aller Verfassungsartikel überhaupt. Alle Menschenrechte, die Menschenwürde, das Recht auf Leben, die Glaubens- und Meinungsfreiheit werden als Erweiterung von Art. 14 interpretiert. Alle gelten soweit, wie dadurch nicht die Geltung von Art. 14 GG berührt wird. Danach folgen weitere Drehungen, aus denen sich ergibt, daß alle Artikel der Verfassung kämpferisch sind und folglich Rechte garantieren, die ihrerseits wiederum die Eigentumsgarantie von Art. 14 GG zu verstärken haben. Damit verändert die kämpferische Demokratie die gesamte Verfassungswirklichkeit. Parteien, die nicht aktiv Art. 14 GG unterstützen, können verfassungswidrig werden, Gewerkschaften, die dies nicht tun, können nach Art. 9 GG zu kriminellen Vereinigungen erklärt werden. Das Todeskarussell aber dreht sich weiter. Schließlich können die Verfassungsfeinde so gefährlich werden, daß die Todesstrafe als aktive Stützung für Art. 14 GG unvermeidlich ist. Man muß den Bericht von Kai-Uwe von Hassel »Chiles »suspendierte Demokraten« im »Deutschen Allgemeinen

Sonntagsblatt« (16. 11. 75) lesen, um zu sehen, wie selbstverständlich eine solche Entwicklung für deutsche Christdemokraten ist. Dies führt zu einer totalen Tautologie: Alle Grundrechte sind Ergebnis der Tatsache, daß es ein Privateigentum gibt, denn nur unter dem Privateigentum werden diese Grundrechte respektiert. Folglich sind alle Grundrechte so zu interpretieren, daß sie kämpferisch dieses Privateigentum unterstützen, denn davon hängt ja ihre Existenz ab. So entleeren sich die Grundrechte völlig und sind schließlich nichts anderes mehr als Äußerungen des Eigentumsrechtes selbst.

Die kämpferische Demokratie ist die »neue Demokratie«. Der »Rheinische Merkur« (28. 11. 75) zitiert Pinochet »für Kenner«: »Die Demokratie, so wie sie heute existiert, ist ein veraltetes Regime«. So kehrt die CSU zur Diktatur der Bourgeoisie zurück, wie sie im 19. Jahrhundert durch das Klassenwahlrecht begründet wurde. Das Klassenwahlrecht ist durch den Kampf gegen die Verfassungsfeinde ersetzt worden. Der Unterschied besteht darin, daß diese kämpferische Demokratie ganz bewußt keine Freiheitsräume mehr läßt. Sie zwingt alle Äußerungen der Gesellschaft zum aktiven Dienst am Privateigentum.

Hat die kämpferische Demokratie wichtige Bereiche der Gesellschaft durchdrungen, kann sie sich zur wehrhaften Demokratie weiterentwickeln. Obwohl heute diese wehrhafte Demokratie noch nicht voll ausgebildet ist, sind doch ihre Konturen schon klar erkennbar.

Am 21. 1. 76 lautete die Schlagzeile der Bild-Zeitung: »Messerstiche! Attentat auf Kohl«. Die BZ erschien mit der Schlagzeile: »Messer-Attentat auf Kohl.« Die »Welt« schrieb:

»Kohls Leibwächter durch zwei Messerstiche verletzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Attentat Helmut Kohl galt.« (Welt, 21. 1. 76)

Am Tag darauf wurde diese Nachricht in – allerdings nur einigen – Zeitungen dementiert. Auch der Hintergrund der Nachricht wurde klargestellt:

»Der CDU-Sprecher Weiskirch hatte die Stichverletzungen mit den linksgerichteten Kohl-Gegnern in Verbindung gebracht und aus der Situation geschlossen, daß der Anschlag möglicherweise Kohl gegolten habe.« (Tagesspiegel, 22. 1. 76)

Über den Verlauf berichtete die »Welt«:

»Der Freiburger Polizeidirektor Albert Maier teilte gestern mit, der Leibwächter sei von einem 61 Jahre alten Mann verletzt worden, allerdings nicht – wie es zunächst geheißen hatte – durch Messerstiche. Der 61-jährige – ein Mitglied der CDU – war in der Menge der Demonstranten eingeklemt. Er verschaffte seinem Ärger über die Störungen dadurch Luft, daß er mit der Spitze eines Rehbockgeweihs, das er bei sich trug, einem vermutlichen Randalierer in den Rücken stieß. Er traf den Bewacher des CDU-Kanzlerkandidaten.« (Welt, 22. 1. 76)

Das ist wie eine Anfrage an Radio Eriwan: Stimmt es, daß ein Linksradikaler ein Messerattentat auf einen Leibwächter Kohls verübt hat? Antwort: Im Prinzip ja, aber es war kein Linksradikaler, sondern ein Rechtsradikaler, er benutzte auch kein Messer, sondern ein Rehgehörn, und es war auch kein Attentat, sondern er machte seinem Ärger Luft.

Die an sich nicht besonders erhebliche Gewaltaktion wurde durch die rechtsradikale Presse zu einer Musterreaktion des deutschen Michel uminterpretiert. Der wehrhafte Demokrat wartet nicht auf die Polizei. Er hilft ihr. Über den zukünftigen Wahlkampf der CDU heißt es:

»Einen Vorgeschmack bekam Kohl bei seiner gestörten Studentenkundgebung in Freiburg zu spüren. Doch wie hier, so soll auch in der heißen Phase des Wahlkampfes das Rederecht durchgesetzt werden – handgreiflich und notfalls mit Hilfe der jungen Mannschaft, die in den letzten Jahren beträchtlich an Wehrhaftigkeit gewonnen hat.« (Tagesspiegel, 22. 1. 76)

Dieses angebliche Recht, der Polizei bei ihren Ordnungsaufgaben zur Seite zu stehen und dabei am Gewaltmonopol der Polizei zu partizipieren, läßt sich auf alle Aktionen zur Sicherung der Verfassung ausdehnen. Unter dem Titel »Wehrhafte Demokratie« schreibt Prof. Dr. Josef Isensee im »Parlament« (17. 1. 76) zu diesem Thema. Er sagt, die Verfassungstreue beziehe sich nur auf einen »Verfassungskern«, der tabuisiert sei. Diese Tatsache dränge

»jede Systemveränderung, die auf die Identität der Verfassung abzielt, in den Raum der Illegalität und wertet sie – wie immer sie auch vorgeht – als Verfassungsbruch, Staatsstreich, Revolution«.

Die Frage, ob diese Politik sich auf eine Mehrheit stützen kann, ist für den Autor folglich unerheblich. Diese Aussage bekommt im Kontext des rechtsradikalen Sprachgebrauchs ihre wahre Bedeutung. In diesem Sprachgebrauch ist Systemveränderung jede Politik, die sich auf Art. 15 GG stützt. Daher fällt unter dieses Verdikt insbesondere der Orientierungsrahmen der SPD und die Gewerkschaftsforderung nach paritätischer Mitbestimmung. Sie werden jetzt als Verfassungsbruch gewertet und jede Regierung, die sie durchführt oder duldet, wird als illegitim erklärt. Gegen eine derartige Regierung gilt das Recht des Bürgers zum gewaltsamen Widerstand:

»Im äußersten Fall: Widerstandsrecht.

Im äußersten Fall aber, wenn selbst diese Notaggregate des Verfassungsstaates (Notstandsrecht. F. J. H.) versagen, um einem Umsturz zu wehren, und die Staatesorganisation nicht mehr effektiv . . . oder nicht mehr legal . . . ist, erkennt die Verfassung allen Deutschen das Widerstandsrecht zu. Die reguläre Legalordnung ist nunmehr suspendiert; die Aktivbürgerschaft als letztes Aufgebot des Verfassungsschutzes kann den Usurpatoren mit Obstruktion und Gegengewalt begegnen.«

Gegen die Politik von Utopisten und Systemveränderern ist daher selbst der Bürgerkrieg legitim. Denn:

»Die Herstellung von Papierschwernern genügt dem Verfassungsauftrag nicht.« (Parlament, 17. I. 76)

Hiermit ist die rechtsradikale Machtübernahme – notfalls mit Gewalt – selbst legitimiert. Dies ist nichts weiter als eine logische Folgerung der Tatsache, daß seitens der radikalisierten CDU/CSU die Verfassungswidrigkeit des Programms der SPD erklärt wurde. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik stellt jetzt eine der parlamentarischen Parteien die Politik der andern unter Bürgerkriegs- und Terrorandrohung. Der Rechtsradikalismus aber fühlt sich dabei umso sicherer, als der neue § 88 a des Strafgesetzes ja nicht jeden Aufruf zur Gewalt verurteilt, sondern nur denjenigen, der zur Gewalt gegen die verfassungsmäßige Ordnung aufruft. Rechtsradikaler Terror aber ist Terror für die uminterpretierte verfassungsmäßige Ordnung. Er ist Widerstandsrecht der Aktivbürgerschaft. Ist die Verfassung einmal zugunsten des Rechtsradikalismus verändert, stehen – im Rahmen dieser »neuen Legalität« – alle Mittel einschließlich des Terrors zur Verfügung.

In dieser Beziehung können wir von den rechtsradikalen Diktaturen Lateinamerikas lernen. Dort herrscht eine neue, abwägende Gerechtigkeit:

»Wenn man die fürchterlichen Methoden der Ausmerzungen in Betracht zieht, ist das alles entsetzlich bedauerlich, aber zwischen dem Verbrechen und seiner Bekämpfung muß immer ein bestimmtes Verhältnis herrschen . . .

Die Methoden der Armee Uruguays sind vom einfachen Volk gebilligt worden, das endlich einmal Ruhe, Ordnung und Sicherheit haben wollte . . .« (Rheinischer Merkur, 26. 3. 76)

Wir, die wir uns auf »Baader-Meinhof-Prozesse à l'Allemande ohne Zeitlimit und mit Millionenkosten« einlassen, sind demgegenüber zurückgeblieben:

»Ist uns vielleicht Lateinamerika in der politischen Entwicklung »voraus«? Ohne Zweifel. Nicht nur im Terror (und der Terrorbekämpfung), nicht nur in den »Techniken« . . .«

Die wehrhafte Demokratie kommt damit an den Punkt zurück, an dem sie im vergangenen Rechtsradikalismus in Deutschland schon einmal war. Prof. Theodor Maunz, der heute zu den höchstgeachteten Verfassungsrechtlern der Bundesrepublik gehört, drückte dies früher so aus:

»Die Begriffe Sicherheit, Ordnung und Gefahr erweisen sich als so elastisch, daß schlechterdings jede gemeinschaftsgestaltende, die völkischen Werte schützende, die Ordnung des Zusammenlebens stützende Handlung der Polizei mit ihnen gerechtfertigt werden kann. Das gibt ihnen eine taktische Überlegenheit gegenüber ihren Angreifern. Kaum taucht ein neuer Anwendungsfall auf, so wird die bisherige zu eng gewordene Recht-

sprechung zu diesen Begriffen fallengelassen und die Gefahrenabwehr auf den neuen Fall erstreckt.« (Th. Maunz, Gestalt und Recht der Polizei, 1943, S. 47)

Die Frage, ob dies noch ein Rechtsstaat ist, ist überhaupt keine sinnvolle Frage mehr. Da es kein vom Eigentumsrecht verschiedenes Recht gibt, ist alles rechtens, was durch das Eigentum geschieht. Selbst der Terror kann rechtens werden: die Verteidigung des Rechtsstaats kann auf keine Mittel verzichten.

5. Die Erneuerung der ganzen Welt

Wer große Ideale hat, möchte diese auch den andern mitteilen. Daher sagen die deutschen Bischöfe (Fulda, 21. 9. 72):

»Ein Bekenntnis zu den sittlichen Werten und zur Menschenwürde ist auch eine tatkräftige Hilfe, die unser Volk zur Überwindung der Elendszustände in den Entwicklungsländern leistet.«

Biedenkopf spricht von einer politischen

»Haltung, die von der Außenpolitik fordert, auf die Verwirklichung der Freiheitsrechte in anderen Staaten hinzuwirken . . .« (aaO. S. 225)

Schon im Titel des Buches von Biedenkopf ist dies gesagt: Fortschritt in Freiheit. Dies heißt: kein Fortschritt ohne Freiheit. Da aber Freiheit ganz schlicht Privateigentum ist, heißt es: kein Fortschritt ohne Privateigentum.

Daher heißt das Bekenntnis zu den sittlichen Werten gegenüber den Entwicklungsländern, daß auch dort das Privateigentum wichtiger ist als irgendein Fortschritt. Probleme, die nur durch Vergesellschaftung des Eigentums lösbar sind, werden nicht gelöst. Bewegungen, die dies versuchen, werden vernichtet.

Westlich-freiheitliche Diktatur

Periodisch flackern in der 3. Welt terroristische Erneuerungsbewegungen auf, die eine auf dem Privateigentum basierende Sittlichkeit auf ihre Fahnen schreiben und die sich immer nur deshalb durchsetzen, weil sie von jenen Mächten unterstützt werden, die sich in den entwickelten Ländern als Bastionen der Verfassungstreue vorstellen. Die ungeheuerlichste von ihnen war die von Indonesien 1965. Dort war eine kommunistische Bewegung entstanden, die in der Lage gewesen wäre, die materiellen Probleme des Landes zu lösen. Sie fiel vollständig einem Pogrom zum Opfer, bei dem fast eine Million Menschen den Tod fanden. In Chile ergab sich 1973 eine ähnliche Situation. Eine schweigende Mehrheit verlor die Märzwahl 1973 und begann, die Mauern der Stadt mit dem Wort

Djakarta zu bemalen. Man schickte anonyme Briefe, auf denen einfach nur Djakarta stand und die das Todesurteil für den Tag X ankündigten. Am 11. 9. 73 begann das Marxistenpogrom, das sittliche Werte und Menschenwürde wieder herstellte und die Freiheit rettete. Djakarta wurde ganz bewußt kopiert. Deutsche Christdemokraten fahren dorthin, konstatieren eine wiederhergestellte Sittlichkeit und beglückwünschen die Pogromritter. Die Liste der durch die Bundeswehr unterstützten Militärs der dritten Welt enthält vorwiegend Länder, in denen ähnliche Prozesse stattgefunden haben. Für die entsprechenden Länder hat der »Rheinische Merkur« einen besonderen Namen geprägt. Es sind die »westlich-freiheitlich begründeten, aber diktatorisch regierten« Länder. (31. 10. 75) Sie beruhen auf der Sicherung der Sittlichkeit und der Menschenwürde.

Diese Erneuerungsprozesse in der dritten Welt haben einige typische Gemeinsamkeiten. Geradezu idealtypisch ist Indonesien:

»Die Fähigkeit Suhartos, die politische Stabilität nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch der kommunistischen Partei im September 1965 wiederherzustellen, sowie das Bekenntnis zu einer prowestlich orientierten »Politik der aktiven Ungebundenheit« wurden mit reichlicher Auslandshilfe belohnt . . .

Heute gilt Indonesien als das für die Auslandswirtschaft zukunftsträchtigste Entwicklungsland der südostasiatischen Region . . .

Für viele Menschen aber wurde der Fortschritt zu einem Synonym für soziale Ungerechtigkeit, der keine Besserung, sondern Elend schuf.« (FAZ, 1. 9. 75)

Der Sprung über das Pogrom zur Macht ist die Wiederherstellung der Stabilität, woraus eine bestimmte Wirtschaftspolitik entsteht, deren Basis das Auslandskapital ist. Sie wird gemacht durch

»die sogenannte »Berkeley-Mafia«, die in Amerika geschulten brillanten Nationalökonomien, die unter Suhartos Schutzherrschaft die wirtschaftlichen Geschicke lenken . . .« (FAZ, 29. 11. 75)

Diese brillanten Nationalökonomien zusammen mit dem Auslandskapital schaffen dann ein rechtsradikales Idyll:

»Doch ist von dem Fortschritt wenig zu den Arbeitern in den überbevölkerten Städten und vor allem zu den Bauern . . . durchgesickert . . . Das Realeinkommen der Mehrheit sei sogar seit 1968 gesunken, heißt es in einer Untersuchung des amerikanischen Kongresses . . .

Verlässliche Schätzungen über echte Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung fehlen, sie schwanken zwischen 20 und 40% oder sogar mehr. In weiten Teilen Indonesiens, etwa Mitteljava und dem südlichen Ostjava, ist Unterernährung verbreitet, erhalten viele Bauern nur 1000 bis 1200 Kalorien am Tag . . .

Unterernährung schwächt die Arbeitskraft, ist schuld an der Kindersterblichkeit . . .

Eine Doppeldeckerwirtschaft wie diejenige Indonesiens ist typisch für das nichtkommunistische Asien . . .« (FAZ, 29. 11. 75)

Es bleibt völlig unklar, wieso Nationalökonomien, die so etwas anrichten, brillant sind. Warum aber läßt ein Volk sich so etwas gefallen?

»Das Menetekel des blutigen Winters 1965/66, als Hunderttausende, keineswegs nur kommunistische Indonesier von Landsleuten getötet wurden, haben noch Millionen vor ihren Augen.« (FAZ, 29. 11. 75)

Es handelt sich um einen Staat, in dem der Rechtsstaat zum Terror übergegangen ist, da anders die Menschenwürde nicht mehr zu sichern war. Die wieder hergestellte Sittlichkeit hat das Individuum in seiner Eigenverantwortlichkeit wieder anerkannt. Es war für die Politiker eine schwere Pflicht, dies zu tun; angesichts der Geschichte war es jedoch notwendig. Sie hatten einen Auftrag. Die »Welt« teilt uns mit, von wem:

»Es war am Abend des 30. 11. 1965, so erzählt man sich, als General Suharto über seine innere Unruhe klagte. »Geh' hinaus in die Nacht zum Fischen«, riet ihm der um Hilfe gebetene Sterndeuter. Suharto machte sich auf den Weg; und während er im Mondschein seine Angel auswarf, wurden seine Kameraden von putschenden Kommunisten niedergemetzelt.

Sie ist javanisch, diese Geschichte von der wundersamen Rettung des Generals. Fest steht aber, daß Suharto am Morgen des 1. 12. eine Elitetruppe zusammenraffte und den Aufstand niederschlug.« (Welt, 1. 12. 75)

Es war nicht das erste Mal, daß ein Führer einen besonderen Schutz genießt. Von Hitler sagt die »Welt«:

»So sehr er fürchtete, jederzeit von einem Verbrecher, von einem Idioten beseitigt zu werden, so sehr glaube er an seine »höhere Bestimmung«, an Glück und Wunder. Und alle Attentatsversuche scheiterten weniger an den Sicherheitsvorkehrungen als an bizarren Zufällen . . .« (Welt, 22. 11. 75)

Die wundersame Geschichte von der Rettung des Generals Suharto war gar nicht so javanisch, wie die »Welt« es sagt. Sie besagt, daß es die Vorsehung ist, die jene Politiker in die Pflicht der Geschichte nimmt. Sie werden wundersam gerettet, damit sie ihrerseits das Land ebenso wundersam erretten. Deshalb spricht die Geschichte sie frei. Überall auf der Welt, ganz gleich wo, erzählt man diese Geschichte von der wundersamen Errettung des Anführers der Erneuerung. Auch von Pinochet erzählt man sie, von Franco, von Mussolini.

Entwickelt sich die Erneuerung, bleibt immer ein ewiger Wert bestehen:

»Glühender Antikommunismus ist das Element, das am unverbrauchtsten die zehn Jahre überstanden hat.« (FAZ, 29. 11. 75)

So spricht denn auch die »Welt« von Suharto als »einem unentbehrlichen Verbündeten Washingtons im Kampf gegen eine Ausdehnung des kommunistischen Herrschaftsbereiches in Südostasien . . .

Kaum ein anderer Führer der Dritten Welt aber steuert einen so kompromißlosen antikommunistischen Kurs wie er.« (Welt, 1. 12. 75)

Der »Rheinische Merkur« sagt von ihm: »Der General, der 1965 einen Aufstand prokommunistischer Offiziere niederwerfen und eine betont nationale Herrschaft . . . errichten konnte, gilt als potentieller Verbündeter des Westens.« (Rheinischer Merkur, 5. 12. 75)

So entstehen die Bastionen der Freien Welt in der Dritten Welt. Sobald die Fackel der Freiheit angezündet wird, kommt das Pogrom. Darauf öffnet sich das Land dem Auslandskapital. Die Wirtschaftspolitik wird von brillanten Nationalökonomien übernommen, die sich selbst als Mafia bezeichnen. Berkeley-Mafia in Indonesien, Chicago-Boys in Chile, Uruguay und Brasilien. Immer verbreitet sich Unterernährung und Kindersterblichkeit. Immer aber ist auch glühender Antikommunismus da und immer verwandeln sich die Länder in potentielle Verbündete des Westens.

Die Londoner »Times« schrieb über Bangla-Desch, »dort sieht es in weiten Teilen aus wie im KZ Bergen-Belsen 1945«. (Spiegel, 18. 11. 74)

Immer aber, wenn die Bevölkerung eines Landes, das wie Bergen-Belsen aussieht, zum Exodus ruft, tritt ihr die Erneuerungsbewegung im Namen der Sittlichkeit und der Menschenwürde entgegen. Gelingt es, den Aufstand zu verhindern, geht es den Menschen noch schlechter als vorher. Neben diesem Land aber entstehen jetzt echte Bergen-Belsen, mit Drahtverhauen und Stacheldrähten.

Damit dieses wirkliche Bergen-Belsen, das für die Sicherheit des anderen, das wie Bergen-Belsen aussieht, zu sorgen hat, seine Wirkung nicht verfehlt, hat man die Individualfolter wiederentdeckt und zu in der Geschichte nicht bekannten Graden der »Verfeinerung« entwickelt. Die wissenschaftliche Grundlage dafür legten medizinische Institute von Universitäten der entwickelten Länder der Freien Welt. Berater kamen, um die neuen Techniken zu vermitteln. Sie kamen aus Ländern, die stolz sind, daß in ihren Grenzen nicht gefoltert wird und die auf der Liste von amnesty international einen Ehrenplatz einnehmen. Die Folterkammer stellt dann die Stabilität im Land wieder her.

»Monteiros Fall ist typischer als der Herzogs für die Vorwürfe, die gegen die Sicherheitsbehörde laut werden. Er wurde von zwei Sicherheitsoffizieren regelrecht »entführt«. Nachdem er in ein Auto gezerrt worden war, wurde er zu einem ihm noch heute unbekanntem Ort gebracht und dort mit Elektroschocks, Prügeln und anderen »verfeinerten« Foltermethoden tagelang bearbeitet. Monteiro war vor dem Militärputsch von 1964 Abgeordneter der Sozialistischen Partei. Der 52 Jahre alte Anwalt wurde von seinen Peinigern gezwungen, sich völlig zu entkleiden. Seine Hände wurden um die Knie zusammengebunden. Dann wurde ihm ein Stock zwischen Armen und Kniekehlen durchgesteckt. In dieser Stellung – »Papagei-Sitz« – wurde er gefoltert.

Nach den Folterungen bemühten sich die Peiniger, seine Verletzungen zu verbinden und zu heilen, um keine Spuren zu hinterlassen . . .« (FAZ, 11. 11. 75)

Nie Spuren hinterlassen. Es gibt keinen Imperialismus, es gibt keinen Rechtsradikalismus, es gibt keinen Profit. Immer sind sie dabei, sich zu verstecken.

Der Schrecken, der um die Welt geht, heißt nicht Moskau. Er heißt Imperialismus. Ein Imperialismus, der überall, wo es seinen Interessen entspricht, den Rechtsstaat zerstört. Der seine Gegner mit unsagbarer Grausamkeit verfolgt, der sie entmenschlicht, degradiert und zerstört. Der sie nackt auszieht, um sie zu verhören, Frauen vergewaltigt, wenn sie den Sicherheitsorganen in die Hände fallen, Verfolgte in Wasser taucht, mit Gewehrkolben prügelt, Elektroschocks durch ihre Geschlechtsteile jagt . . .

Dieser Imperialismus hinterläßt überall, wo er hinkommt, unendliche Elendsgebiete in den Städten, Bauern ohne Land, Unterernährung, Kindersterblichkeit und Analphabetismus.

Dieser Imperialismus hat einen Januskopf, seine Schrecken sind nur sichtbar, wenn man ihn von der Seite derer sieht, die in jenem Land wohnen, das wie Bergen-Belsen aussieht. Sein anderes Gesicht sieht man von jenen Minderheitsregionen der Freien Welt aus, die sich als Wohlstandsgesellschaften fühlen.

Ist die Emanzipationsbewegung des Exodus niedergeschlagen, dann wird das unterentwickelte Land zur Anlagosphäre für Auslandskapital und es verkauft Rohstoffe, die ihm auch bezahlt werden.

»Falsch erscheint mir das mancherorts bestehende oder eingeredete schlechte Gewissen über unseren Wohlstand. Dieser Wohlstand ist das Ergebnis des Fleißes und der Erfindungskraft unseres Volkes. Unser Wohlstand ist legitimiert durch Leistungen, die unser Volk in Jahrhunderten erbracht hat.

Falsch ist auch die Vorstellung, wir würden den unterentwickelten Ländern etwas »stehlen« . . .« (Steinbuch, CSU-Parteitag 1975, Bayernkurier 20. 9. 75)

Wir bezahlen ihnen ja die Rohstoffe. Und wir bringen ihnen darüber hinaus unsere Werte – Sittlichkeit und Menschenwürde – ganz umsonst. Was wollen sie denn, wozu beklagen sie sich.

Steinbuch, Ideologe der CSU, sieht einen Ausweg. Er löst das Problem, indem er sich damit abfindet.

»Die Liberalität steht und fällt mit dem Leistungsprinzip. Auch wenn es höchst unzeitgemäß klingt: Ich plädiere nicht nur für Chancengleichheit und Schutz für Hilfsbedürftige, sondern auch für die Chance, ein Leben lang ungleich zu werden. Aber diese Chance zur Ungleichheit ist bedroht . . . Das ungelöste Problem ist es, im Zeitalter der Massenkommunikation mit der Ungleichheit zu leben.« (Bayernkurier, 20. 9. 75)

Mit der Unterentwicklung wird man dadurch fertig, daß man sich mit ihr abfindet.

»Durch Film, Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen usw. hören und sehen die Menschen in den unterentwickelten Ländern den Wohlstand der Industrieländer und wollen diesen auch haben, ohne seine Voraussetzungen erbringen zu können. Auch hier ist es wieder das ungelöste Problem, mit der Ungleichheit fertig zu werden.« (Bayernkurier, 20. 9. 75)

Den Rechtsradikalen fällt dazu nie etwas anderes ein. Dekadenz, Utopie, Neid. Die FAZ fragt sogar:

»vermag das westliche Industrie-Modell die Probleme der asiatischen Agrargesellschaft überhaupt zu lösen?« (FAZ, 29. 11. 75)

Ganz sicher kann es das nicht. Was versagt, ist nicht irgendein westliches Industrie-Modell. Es ist der Kapitalismus selbst. Allerdings wird er es niemals zugestehen. Er findet sich auch nicht einfach mit der Unterentwicklung ab. Er kämpft vielmehr um Sittlichkeit und Menschenwürde in der unterentwickelten Welt.

Mit Südafrika gegen den Rassismus

Kämpft man um Sittlichkeit und Menschenwürde, so kämpft man natürlich gegen den Rassismus. Die Völker der dritten Welt aber sind rassistisch geworden, die Farbigen treten gegen den weißen Mann auf. Ist man folglich gegen den Rassismus, muß man gegen die Befreiungsbewegungen der Völker der dritten Welt sein. Dasselbe, was man im 19. Jahrhundert im Namen des Rassismus getan hat, muß man jetzt wiederholen, weil man gegen den Rassismus ist. Darum unterstützt man jetzt Südafrika, das sich verzweifelt gegen den Rassismus wehrt, und greift in Angola ein.

Der Krieg in Angola wird völlig unter diesem Gesichtspunkt dargestellt. Angolaner spielen in diesem Krieg keine Rolle. Sofern sie aktiv dabei sind, sind sie entweder in Angola geborene Portugiesen oder haben in Europa gelernt. Über die FNLA heißt es:

»Rangabstufungen nach Rassen existieren nicht. Die Kompanie befiehlt ein weißer Angolaner . . . »Schwarze und Weiße schaffen gemeinsam ein neues Angola«, kündigen Plakate der FNLA. Kompaniechef Miranda nahm die Zukunft vorweg: »Der Qualifizierteste kommt auf seinen Posten. Da hat die Hautfarbe überhaupt nichts zu besagen.« (Bayernkurier, 25. 10. 75)

So kommen die Weißen nach oben – dahin, wo sie immer schon waren. Der Qualifizierteste kommt nach oben. Die neue Rassenharmonie kommt durch den Kommunismus zustande, Comandante Miranda beweist es.

»Bis vor wenigen Monaten gehörte Kompaniechef Miranda zur portugiesischen Armee. Er trägt das rote Barett der »Comandos«, jener gefürchteten und legendären Eingreiftruppe, die an den Brennpunkten des Buschkriegs gegen die Guerillas stand . . .

Zum Fanatismus neigt Comandante Miranda nicht. Sein Wunschtraum ist eine mittlere Farm im noch unerschlossenen Norden: »Dort läßt sich

vorzüglich Viehzucht treiben«. Und er ergänzt: »Eigentlich war unendlich viel Haß zwischen uns und den Guerillas . . . Er verfluchte buchstäblich über Nacht. Das ist ein gutes Zeichen für die Zukunft. Unser Feind ist jetzt der Kommunismus der MPLA.« (Bayernkurier, 25. 10. 75)

Eine Farm kann man sich erobern, natürlich, bescheiden wie man ist, eine mittlere. Und man möchte so gern das Schwert gegen den Pflug tauschen, die Kommunisten aber säen Unfrieden.

Es gibt einen schwarzen Generalstabschef, ein

»zierlicher, verschlossener Afrikaner, mit schütterem Kinnbart und wachen, unruhigen Augen . . . Spürsinn und Wagemut brachten ihn dazu«. Er lernte »die französischen Regeln der Operationsführung, untermauert von Erfahrungen in Indochina und Algerien«. (Bayernkurier, 25. 10. 75)

Es handelt sich natürlich um französische Regeln des Kampfes gegen die Befreiungsbewegungen von Indochina und Algerien. Und er hat einen weißen Partner.

»Colonel Castro, ein zierlicher Fünfziger mit angegrautem Backenbart. Bis zum Umsturz in Portugal war er der gefährlichste planerische Widersacher der Guerillabewegungen . . .

Umgeben von schwarzen Ordonanzen nimmt er seine Mahlzeiten ein.« (Bayernkurier, 25. 10. 75)

Sie kämpfen ohne »Rangabstufungen nach Rassen« und mit dem Qualifiziertesten auf dem ihm gebührenden Posten gegen die MPLA, die folgendermaßen aussieht:

»Jeder Winkel ist ein Hinterhalt . . .

Luanda ist von einem Wall wehrloser Zivilisten umgeben. Die Kommunisten benutzen ihn als Bastion.« (Bayernkurier, 25. 10. 75)

Aber der Krieg zwischen der FNLA und der MPLA ist dennoch kein Krieg zwischen Weißen und Schwarzen. Als die MPLA die FNLA zurückdrängte, wurde es dadurch erklärt, daß in der MPLA die weißen Offiziere eine eindeutige Kommandogewalt hätten.

»Erneut rächt sich die zu späte und zu knappe Hilfe des Westens, die Teilung des Kommandos zwischen einem Weißen und zwei schwarzen Offizieren, die schlechte Organisation des Nachschubs. Auf seiten der MPLA scheinen dagegen nichtangolische Offiziere das Kommando straff in der Hand zu haben.« (Welt, 10. 11. 75)

Weißer kämpfen gegen Weiße, jeweils von schwarzen Ordonanzen bedient. »Das eigentliche Kampfgeschehen in diesem Bürgerkrieg spielt sich jedoch zwischen den jeweiligen weißen Hilfstruppen der Befreiungsbewegungen ab; weiße Kubaner und Berater aus osteuropäischen Ländern auf seiten der MPLA, weiße portugiesische Angolaner und südafrikanische Freiwillige auf seiten der FNLA.« (Welt, 21. 11. 75)

Ein Opfergang der weißen Rasse: »An der von Mißerfolgen heimgesuchten Nordfront verhinderten 130 weiße Angolaner . . . die drohende Niederlage und hielten die Front. Dabei verloren sie allerdings ein Fünftel ihrer Mannschaften.« (Welt, 21. 11. 75)

Wenn Kubaner der MPLA helfen, können sie nur weiße Kubaner

sein. Denn selbst die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus geschieht zwischen Weißen. Die Afrikaner haben sich da nicht einzumischen. Sie können und sollen aber Bittgesuche stellen.

»Sollten gemäßigte afrikanische Staaten und die FNLA-Unita-Regierung Südafrika öffentlich darum bitten, werde Südafrika mit massivem Kräfteinsatz gegen die sowjetisch-kubanische Intervention vorgehen.« (Welt, 19. 1. 76)

Sie mögen diese Hilfe aber bitte auch nicht mißverstehen. Über Angola-Flüchtlinge in Südafrika heißt es:

»Die Angolaner unter den Flüchtlingen sollen nach Ansicht der Südafrikaner nach Angola zurück. Als in Mossamedes in der vergangenen Woche Kämpfe zwischen den verbündeten FNLA und Unita ausbrachen, waren sie von dort in Panik geflüchtet.« (Welt, 19. 1. 76)

Weißer dürfen herein, Schwarze nicht.

Überhaupt kommt Schwarzafrika nicht mehr über »Duodez-Tyrannen« hinaus, denen

»es längst nicht mehr um die Linderung von Not, um Kampf gegen Seuchen und um die Entwicklung menschlicher Daseinsmöglichkeiten geht, sondern um die Umverteilung von Macht von der Freiheit auf die Unfreiheit.« (Deutsche Zeitung, nach FAZ, 28. 11. 75)

Es wundert dann nicht, daß diese Art von Rassenharmonie und Antirassismus ohne jeden Bruch wieder in die rassistische Propaganda des 19. Jahrhunderts einmündet.

Man tut dies ganz direkt. Unter dem Titel »Sturmvogel im Kannibalenland« erscheint ein Artikel über die Eroberung des Kongos durch Henry Morton Stanley. Ein Fluß »von dessen Ende kein Lebendiger nur das geringste weiß« und den er, »begleitet von 700 für teures Geld angeheuerten Trägern und Sklaven«, erforscht.

Wer waren die, die dort wohnten?

»Sie kamen durch ein Eingeborenendorf, dessen Hauptstraße auf beiden Seiten von 186 Schädeln flankiert waren: Gorilla-Köpfe – behaupteten die Eingeborenen. Menschenschädel – wußte Stanley. Er war im Kannibalenland.« (Welt, 25. 10. 75)

Im Glauben an den christlichen Gott ging er erbarmungslos vor.

»Erbarmen kannte dieser Stanley nicht, wenn es um die Durchsetzung seines Willens ging. Sein Glauben an den christlichen Gott rechtfertigte jede Rücksichtslosigkeit gegenüber den Eingeborenen – er wollte ihnen ja das Licht bringen . . .

Sir Henry Morton Stanley starb 1904 in der Überzeugung, für Gott und die Welt etwas Großes geleistet zu haben. Und so ganz unrecht hatte er schließlich doch nicht . . .« (Welt, 25. 10. 75)

Den Kannibalismus rottete er aus, erbarmungslos kam er seinen Pflichten der Nächstenliebe nach und sein christlicher Gott vergalt es ihm hundertfach und tausendfach.

»Vor lächerlichen 100 Jahren waren diese Schätze noch unbekannt, unentdeckt, ungenutzt, und das Land am ›großen Wasser‹ – das bedeutet das Bantu-Wort ›Zaire‹ am großen Kongo-Strom – ein weißer Fleck auf der Landkarte, zehnmal so groß wie die Bundesrepublik . . .

Es war seine Idee, die unermeßlichen Rohstoffquellen dieses Landes für Europa zu nutzen und einen Kongo-Staat zu gründen.« (Welt, 25. 10. 75)

So wenig bedeuten die Afrikaner, die dort leben, daß man das von ihnen bewohnte Land einen weißen Fleck auf der Landkarte nennt, und den Boden, von dem sie sich ernähren, unentdeckt und ungenutzt. Als die Rohstoffe fließen, hat der Boden einen Herren, die Afrikaner aber haben keinen Boden mehr.

Dieser Kongo-Artikel ist nur ein Glied in der großen Öffentlichkeitskampagne, die die westliche Intervention gegen die Befreiungsbewegung der MPLA in Angola rechtfertigen sollte. Man spricht vom Kongo und meint Angola. Man will jenem Bild vom schwarzen Angolesen, der nur dazu taugt, Ordonanz für den Kampf unter Weißen zu sein, eine inhaltliche Bestimmung geben. Man nennt ihn jetzt Kannibalen, der aber seinen Kannibalismus nicht praktizieren kann, weil die Weißen ihn daran hindern. Genau das will man sagen. Die Argumente für die westliche Intervention sind barbarisch wie die Intervention selbst. So sagt auch Strauß:

»Weiß man was Angola ist? 2000 Kilometer atlantischer Küste, das reichste Land Afrikas?« (Bayernkurier, 6. 12. 75)

Die Menschen sind arm, das Land ist reich. Der Reichtum interessiert sich nicht für die Armut von Menschen. Um das Land geht es, nicht um die Menschen. Wollen die Menschen Angolas ihren Reichtum entwickeln, sind ihre Emanzipationsbewegungen Rassismus. Mit Südafrika muß man gegen die »Rassisten Schwarzafrikas« (Welt, 5. 12. 75) zusammenarbeiten. Der Weltkirchenrat auf seinem Kongreß in Nairobi hingegen sagte nichts

»liebevolles. Immer wieder war vom Ende der weißen Mission, vom Kampf gegen den Rassismus die Rede«.

Nicht einmal das Geld wurde respektiert, »denn obgleich sie am meisten spendeten, bezogen die deutschen Christen in Nairobi auch die deftigsten Hiebe«. (Welt, 5. 12. 75)

Man vermißt die Menschenliebe á la Stanley. Die Afrikaner beten daher einen falschen Gott an, einen Trommelgott.

»Die schwarze Madonna von Guadelupe hingegen und der neue Trommelgott von Nairobi repräsentieren im Ansatz einen anderen Gott, der auch im Geist vom Christus des weißen Mannes verschieden ist . . .«

Es handelt sich um »eine rassistische Ausprägung des Christentums. Christus soll zu einer Rothaut, beziehungsweise zu einem Neger gemacht werden . . .« (Welt, 8. 12. 75)

Gefahr ist im Verzug: »Wer weiß, vielleicht werden über kurz oder lang in unseren Städten schwarze Christenmissionare auftauchen, um das Evangelium von der Überlegenheit der schwarzen Rasse zu predigen.« (Welt, 8. 12. 75)

Man wird die Afrikaner aufs neue bekehren müssen. Denn, so wissen es unsere Rechtsradikalen, die sich als Sachverwalter Gottes auf Erden aufspielen, Gott ist weiß und der Teufel ist schwarz. Das ist die Wahrheit und die Rechtsradikalen treten immer für die volle, die ganze Wahrheit auf. Und wenn ihnen diese Bekehrung gelingt, wird der Gott der Weißen ihnen die Rohstoffe Angolas schenken und sie werden Angola einen Staat geben.

Mit oder ohne Rassismus, die Erneuerungsbewegungen müssen in aller Welt ständig stattfinden, um Sittlichkeit und Menschenwürde zu sichern. Dabei herrscht eine klare Hierarchie.

»Handelsverbindungen sind nur ein unzuverlässiger Ersatz für machtmäßige Beherrschung. Sie unterliegen dem politischen Primat. Weltpolitische Erpressung ist möglich: Rohstoffkrieg der ›Proletarischen Länder‹ (Carl Schmitt) gegen die Reichen. Welt-Klassenkampf.« (Welt, 28. 10. 75)

Dies schließt auch den Krieg ein: »Es ist jedoch keineswegs sicher, ob die Rohstoff- und Energieverteuerung auf einvernehmliche Weise geregelt werden kann, oder ob nicht eine Mangelkrise provoziert wird, die zumindest zu einer politischen Konfrontation führt, wie man sie in Washington bereits nüchtern ins Kalkül zieht.« (Bayernkurier, 26. 10. 74)

Dabei bleibt kein Zweifel, wer oben und wer unten ist: so sagt Kissinger, »... die Ölländer müßten zur Einsicht gebracht werden, daß eine Manipulation der westlichen Wirtschafts- und politischen Systeme durch die Erhöhung der Ölpreise nicht geduldet werde. Besonders die USA würden es nicht hinnehmen, daß über ihr politisches und wirtschaftliches System in anderen Ländern Entscheidungen getroffen werden.« (SZ, 18, 9, 75)

Die USA stehen oben, die anderen unten. Ford sagt: »Die umstrittenen Nacht- und Nebel- Aktionen der Geheimdienste seien weiterhin erforderlich, wenn es um die nationale Sicherheit der USA gehe. ›Ich würde auch notwendige politische Aktivitäten nicht ausschließen, wenn unsere eigene Sicherheit betroffen ist.« (SZ, 18. 9. 75)

Von der Vorsehung in die Pflicht der Geschichte genommen

Die rechtsradikale Idylle kommt in alle Welt: starker Polizeistaat, schwacher Sozialstaat als Bedingung der menschlichen Freiheit. Vom 2. Weltkrieg an bis heute wurde sie von den entwickelten kapitalistischen Ländern vorwiegend exportiert. Jetzt beginnt diese Idylle, sich innerhalb der entwickelten Länder selbst auszubreiten. Überall wird sie gleichzeitig als die wirtschaftliche Rationalität gepriesen.

»Die Prinzipien der freien Weltwirtschaft sorgen dafür, daß die Produktion von Gütern und Leistungen an den bestmöglichen Standorten erfolgt.« (Schiller, Welt, 15. 12. 75)

Herrn Schiller – sicher auch brillanter Nationalökonom – entgeht völlig, daß diese großartige Marktwirtschaft das Lebensniveau der Mehrheit der Weltbevölkerung unter das Niveau getrieben hat, das bereits im Mittelalter herrschte. Die schlechteste aller denkbaren

Planwirtschaften hätte ein solch miserables Ergebnis nicht gehabt.

Der Ausweg, der für diese Art Weltwirtschaft angeboten wird, ist traurig wie ihr bisheriges Ergebnis:

»Wirklich überzeugend haben in der Nord-Süd-Problematik bisher nicht wortgewaltige Deklamationen gewirkt, die dem Reichtum der Reichen die Grundlagen seiner Blüte rauben wollen (und damit eine der Entwicklungsmöglichkeiten auch für ärmere Länder) . . .« (Welt, 19. 12. 75)

So ist eben der blühende Reichtum der Reichen eine Entwicklungsmöglichkeit für die ärmeren Länder. Für sie muß es vordringliches Ziel sein, diesen Reichtum der Reichen zu entwickeln.

»Dort muß man den Profit zutreffend als Gewinn, den Gewinn von heute als Investitionen von morgen, und die Investitionen von morgen als die Arbeitsplätze von übermorgen« (Welt, 26. 11. 75)

definieren. Geht es dem Kapital gut, geht es allen gut.

Die unterentwickelten Länder sollen auf die Entwicklung des Reichtums der Reichen setzen, um so die Möglichkeit ihrer zukünftigen Entwicklung zu sichern. Sicher werden sie selbst in Jahrhunderten nicht dazu kommen.

Dies sind die Ziele, für die sich die Rechtsradikalen durch ihre Vorsehung in die Pflicht der Geschichte nehmen lassen. Es ist die Vorsehung als grinsender Gott der Weißen, als Gott der Schlachten, Pogrome und Inquisitionen. Ein Gott, dem der Sozialstaat ein Greul ist und der Opfer fordert, keine Barmherzigkeit.

Jeder andere Gott hingegen wäre, wie die FAZ mitteilt, »vordergründig weltlich«. (15. 12. 75)

Die totale Dekadenz

Je totaler diese Erneuerungsbewegung wird, je mehr sie den Feind von innen und von außen nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in der ganzen Welt treffen soll, umso totaler wird auch der Gegenpol der Erneuerung – die Dekadenz – aufgefaßt. Dekadenz als Liederlichkeit und Machthunger ist dann zu wenig, sie wird jetzt auf das Schicksal der ganzen Menschheit bezogen. Dekadenz wird zum Zeichen des Weltendes selbst. Der Spenglersche Untergang des Abendlandes wird zum Weltuntergang. Die Formung einer solchen Untergangsstimmung ist ein Teil des semantischen Weltkriegs:

»Aus einer Geschichte der Prophezeiungen ließe sich mehr lernen, als bisher gelernt worden ist – nicht über die Zuverlässigkeit von Prophezeiungen, aber über den Menschen, welcher ja nicht nur in jeder Festrede ›im Mittelpunkt steht‹. Die Einrichtung ›jüngster Tag‹ ist ein beklagenswert vernachlässigter Kulturbesitz der Menschheit.« (Welt, 17. 1. 76)

Das Dekadenzkonzept gibt der Einrichtung »Jüngster Tag« den entsprechenden Platz. Das beginnt mit der Naturgeschichte.

»Die nächste Eiszeit ist schon überfällig.«

Es herrscht »einmütige Auffassung, daß das gegenwärtige Interglazial (Zwischeneiszeit, F. J. H.) höchstens noch wenige Jahrhunderte andauern könne . . . Kälter wird es in Zukunft in jedem Fall . . .« (Welt, 15. 1. 76)

Von dieser etwas weit hergeholtten Gefahr geht man dann zur konkreteren über. Rohstoffversorgung und Umweltkrise. Der jüngste Tag der Umwelt kommt.

»Ohne Plankton keine Fische. Ohne Plankton stirbt der Ozean – und mit ihm die Erde.« (Welt; 17. 1. 76)

»Die Industrienationen geraten in die Abhängigkeit der Entwicklungsländer, die ihre Bodenschätze als Machtmittel nutzen. Jene Staaten, die ihre eigenen Rohstoffquellen fast erschöpft haben, werden bald vom Wohlwollen der Nachzügler im industriellen Wettlauf abhängen, die über die gewünschten Rohstoffe verfügen.« (Welt, 14. 1. 76)

Aber auch insgesamt gehen die Rohstoffe zu Ende. Diese Dekadenz der Umwelt- und Rohstoffkrise wird als moralische Krise gesehen. Man verliert kein Wort an die Analyse der kapitalistischen Unternehmung, die der tatsächliche Grund für die Unfähigkeit des Systems ist, einer solchen Krise zu begegnen. Um diese Analyse zu vermeiden, benutzt man die Ausweitung des Dekadenzbegriffs. Den Anlaß dazu gibt die Analogie zum Zerfall des römischen Weltreichs:

»Doch die Schläfrigkeit des an die Sitten des zum Untergang verurteilten späten Rom erinnernden Westeuropas ist allemal noch Moskaus bester Bundesgenosse.« (Bayernkurier, 17. 1. 76)

Den Verfall des römischen Weltreichs stutzt man sich zurecht, so daß als seine Ursachen alles das erscheint, was der Rechtsradikalismus heute an seinen Gegnern bekämpfen zu müssen glaubt. Auch in seinem Ursprung lag eine »Energie-Krise«, denn damals waren die Hauptenergiequelle die Sklavenmuskeln:

»Als das Reich politisch stagnierte, wurden sie rar, das Imperium erlebte seine »Energie-Krise.« (Welt, 12. 1. 76)

Es konnte diese Energie-Krise nicht lösen, weil es eine innere, eine moralische Krise erlebte, die seine Expansionskraft hemmte. Die moralische Krise als Ursache der Energie-Krise drückte sich aus in hohen Steuern, Inflation, Korruption und Intrigantentum, Zerstörung der Mittelklasse, Verfall der öffentlichen Sicherheit und negativer Handelsbilanz. (Welt, 13. 1. 76). Ihr zu Grunde liegen

»Konzessionen an die Massen und Erklärung des Grundsatzes von der Gleichheit aller Menschen.« (Welt, 13. 1. 76)

Gegen die Dekadenz aber wächst der Protest.

»Die Kräfte sozialen Zusammenhalts in der modernen Gesellschaft sind schwach und werden zusehends weiter geschwächt. Dadurch aber wird letztlich auch der Lebensstandard in Mitleidenschaft gezogen, weil jene, die der Gesellschaft mehr geben, als sie von ihr wieder dafür erhalten, zuneh-

mend weniger gewillt sein dürften, für den Lebensunterhalt von Asozialen zu sorgen, die Hilfe beanspruchen und sich laut beklagen, wenn diese nicht ihren Maßstäben entspricht, sich dazu aber auch noch weigern, selbst irgendetwas zu tun, sofern sie nicht sogar zu Obstruktion und Zerstörung schreiten.« (Welt, 12. 1. 76)

In einem Interview stellt man dem ehemaligen General der Bundeswehr J. Steinhoff die Frage:

»Berührt es auch unsere Existenz, wenn weit weg in Angola die beiden Großmächte fast in direkte Konfrontation zueinander geraten? Steinhoff: »Ja, unter anderem wegen unserer großen Energieabhängigkeit, national und europäisch. Die NATO wird deshalb auf Dauer Krisen und Vorgänge außerhalb ihrer fiktiven geographischen Grenze im Atlantik . . . nicht mehr ignorieren können.« (Welt, 15. 1. 76)

Die CDU/CSU erklärt:

»Es war immer die Auffassung von CDU/CSU, daß das atlantische Bündnis nicht länger nur als eine Verteidigungsgemeinschaft begriffen werden darf. Es muß sich Schritt für Schritt zu einer politischen Sicherheitsgemeinschaft der freien Welt entwickeln.« (Welt, 15. 1. 76)

Die NATO als Sicherheitsorgan – gleichzeitig Polizei und Militär – für die freie Welt heißt nichts anderes, als die Stabilisierung der Unterentwicklung in der »freien« Welt, sowie der unbeschränkte und machtmäßig abgesicherte Zugang der entwickelten kapitalistischen Länder zu den noch verbleibenden Rohstoffen. Damit die kapitalistische Unternehmung überleben kann, muß sie vor jeder ernsthaften Politik gegenüber Unterentwicklungs-, Umwelt- und Rohstoffkrise geschützt werden. Ein Beamter des US-Außenministeriums kündigt diesen Tanz auf dem Vulkan an:

»Wir haben die Nahrungsmittel, zum Teufel mit dem Rest der Welt.« (Business Week, nach Welt, 25. 12. 75)

6. Die Götterdämmerung. Menschenrechtskritik und Ritualmordpropaganda

Entwickelt sich bei den Rechtsradikalen die Vorstellung von der Vorsehung, so kommt gleich danach die der Götterdämmerung. Die Götterdämmerung ist Weltuntergang und Weltgericht. Da die Rechtsradikalen sich als Sachverwalter Gottes auf Erden fühlen, fühlen sie sich ebenfalls als Sachverwalter des Weltenrichters. Befinden sie sich in Ländern mit christlicher Tradition, übernehmen sie einfach die christliche Vorstellung von Apokalypse und Weltgericht und kehren sie ins Gegenteil um. Damit geben sie sich als den wiederkommenden Christus aus und können auf eine Unzahl tief verwurzelter mythischer Vorstellungen zurückgreifen. Dies war schon bei den Nazis so, die auf diese Weise ihren Mythos des 20. Jahrhunderts konstruierten und das 1000-jährige Reich der Apokalypse ankündigten. In Chile machte man es durchaus ähnlich.

Ein Junta-Bischof: »Das Vaterland war tot. Aber es ist auferstanden.« Pinochet sagte: »Vor dem 11. September erlebte Chile sein Kalvarium.«

In der Bundesrepublik greift man heute auf ähnliche Bilder zurück. »Noch fehlt das Öl in den Lampen« (Welt, 18. 10. 75) ist eine solche Religionsmanipulation, die mit der Assoziation des apokalyptischen Weltendes arbeitet. Der semantische Weltkrieg ergreift dadurch alle Vergangenheit und Zukunft dieser Erde. Er geht selbst in die Zeit vor der Erschaffung der Welt zurück: »Denn wie heißt es im Weihnachtsevangelium des Johannes? ›Am Anfang war das Wort . . .‹« (Welt, 22. 12. 75)

Wer richten will, will Verbrechen richten. Daher suchen sie Verbrecher. Sie üben Kritik an Menschenrechtsverletzungen, sie empören sich und fühlen sich dazu berufen, für das Recht zu sorgen. Die Rechtsradikalen reihen sich dabei in eine schon ein Jahrtausend alte Tradition der Kritik und der Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen ein, die sich immer für die Bestrafer als äußerst lohnend erwiesen hat. Die Kreuzfahrer riefen das Weltgericht aus und zogen nach Palästina, um die Glaubensfreiheit herzustellen. Sie fanden reiche Provinzen, die sie sich aneigneten, aber wegen ihrer militärischen Schwäche nicht halten konnten. Sie ließen Blut, Tränen und verbrannte Erde zurück. Spanische Eroberer Amerikas waren über die Menschenopfer der Azteken und der Inkas entsetzt, schafften sie ab und ließen keinen Stein über dem andern. Als Gegenleistung für die Taufe wurden alle Urbewohner des Kontinents versklavt und für Jahrhunderte floß ein Gold- und Silberstrom nach Europa. Die Urbewohner Amerikas wurden so gründlich bestraft, daß sie nach zwei Generationen sogar vergessen hatten, daß sie einmal eine Schriftsprache besessen hatten. Die Engländer zogen nach Indien und empörten sich über die dortigen Witwenverbrennungen. Sie schafften sie ab und wieder floß ein Goldstrom nach Europa und ein Volk verelendete. Stanley zog zum Kongo und beseitigte dort den Kanibalismus. Rohstoffe flossen nach England und die Kongolesen bekamen dafür einen Kongo-Staat, von Weißen verwaltet.

Es gibt offensichtlich eine Kritik von Menschenrechtsverletzungen, bei der die letzten Dinge schlimmer sind als die ersten. Die größten Katastrophen der Menschheitsgeschichte sind durch Kampagnen der Kritik an Menschenrechtsverletzungen legitimiert worden.

Tauchen daher die Sachverwalter der Vorsehung und des Weltgerichts auf, taucht auch immer die Eskalation der Menschenrechtsverletzungen und die dazu gehörige Kritik von Menschenrechtsverletzungen auf. Die Bewertung jeder Menschenrechtskritik muß daher zwei Dimensionen berücksichtigen. Auf der einen Seite die des allgemeinen Menschenrechts, dessen Geltung letztlich nicht auf irgendeine positive Rechtsordnung zurückgeht. In dieser Dimen-

sion ist die Menschenrechtsverletzung ein Vergehen, das einem Schuldigen zugerechnet und vorgeworfen wird. Jede Menschenrechtskritik aber ist durch eine zweite Dimension bedroht, in der die Zurechnung von Vergehen und Schuld keine Rolle mehr spielt, sondern die Menschenrechtsverletzung des andern eigene Vergehen rechtfertigt.

Jede Kritik von Menschenrechtsverletzungen muß diese beiden Dimensionen beachten, wenn sie tatsächlich humane Kritik sein soll.

Die moralische Doppelbödigkeit

»Die CDU werde, sagte Dregger, die moralische Doppelbödigkeit linker Proteste gegen Unterdrückung entlarven. Die gleichen Kritiker der Zustände in Chile und Spanien versuchten, die unmenschliche Verfolgung unter sozialistischen Diktaturen zu verharmlosen. Dem werde die CDU jetzt offensiv entgentreten.

... die CDU (werde) jetzt das Informationsdefizit in allen Fragen des Freiheitskampfes unter östlichen Diktaturen ausgleichen...« (FAZ, 15. 11. 75)

Hiernach hat moralische Doppelbödigkeit ein Defizit geschaffen, das ausgeglichen werden muß.

Es geht nicht darum zu bestreiten, daß es solche Erscheinungen moralischer Doppelbödigkeit gibt. Es ist aber sicher falsch zu behaupten, sie hätten die Proteste über die Zustände in Chile oder Spanien bestimmt.

Zugleich ist klar, daß die moralische Doppelbödigkeit deshalb gefährlich ist, weil von ihr die Bewegung einer Eskalation der Menschenrechtsverletzungen ihren Ausgang zu nehmen pflegt. Sie kommt nicht darin zum Ausdruck, daß man seine Proteste etwa nur einseitig verteilt. Man braucht nicht und darf auch nicht jeden Protest über die Menschenrechtsverletzungen dadurch relativieren, daß man auf die Menschenrechtsverletzungen in aller Welt hinweist. Moralische Doppelbödigkeit vermeiden, heißt, die Kritik von Menschenrechtsverletzungen, die man an anderen übt, für sein eigenes Verhalten im selben Sinne zuzulassen und anzuwenden, in dem man sie beim andern fordert. Sie muß potentiell Selbstkritik sein, wenn sie moralisch nicht doppelbödig sein soll.

Nach diesem Kriterium muß man fragen, wenn man die christdemokratische Menschenrechtskritik bewerten will. Dabei wird dann allerdings die Behauptung, es bestehe ein Informationsdefizit, äußerst fragwürdig. Dies ist am klarsten sichtbar, wenn man die Aufnahme des Buches von Solschenizyn »Der Archipel Gulag« in der Bundesrepublik analysiert.

Seine Veröffentlichung fiel in die Zeit des Prozeßbeginns gegen die Baader-Meinhoff-Gruppe und deren Hungerstreik. Im Buch Sol-

schenizyns gibt es eine lange Analyse über Anarchistenbehandlung und Hungerstreik. Alle die, die in Deutschland forderten:

»man müsse endlich unbefangen eine Bande eine Bande nennen können; man sollte sich nicht an Paragraphen klammern, sondern so sprechen, wie die Bevölkerung empfindet«. (CDU-Vogel, DZ, 22. 11. 74)

hatten schließlich Solschenizyn gelesen. Was hatten sie daraus gelernt?

Solschenizyn beschreibt den Hungerstreik von Anarchisten. Die Behandlung durch den Zaren sieht er als durchaus beispielhaft an:

»Es ist bekannt, daß Alexander II., derselbe, dem die Revolutionäre mit vereinten Kräften siebenmal nach dem Leben trachteten, einst das Petersburger Untersuchungsgefängnis auf der Schpalernaja . . . besuchte und sich in der Einzelzelle Nr. 227 einsperren ließ; über eine Stunde saß er drinnen – weil er nachempfinden wollte, was die Leute fühlen, die er dort gefangenhielt.« (Gulag, S. 145)

»Wenn bei ihnen ein Häftling zu hungern begann, gerieten sie in Panik, welch Jammer, welche Not – und brachten ihn ins Spital . . . Selbst im Orlowsker Zuchthaus, dem dortigen Katorga-Zentral, waren alle Hungerstreiks siegreich.« (aaO. S. 442)

Es ergab sich, daß andere im Hungerstreik »so wenig von den Wachen behelligt wurden, daß sie (Häftlinge eines zentralen Katorga-Gefängnisses) es zustandebrachten, ihren »Brief an das russische Volk« zu verfassen und herauszuschmuggeln, auf daß er *veröffentlicht* werde (da kann unsereins nur den Mund aufsperrn! sind die noch bei rechtem Verstand?)« (aaO. S. 442)

Dies wird nach der Oktoberrevolution anders: »In den zwanziger Jahren begann sich das muntere Hungerstreikbild zu verdüstern . . . die Pfeile, die ehemals so treffsicher waren, waren seltsam stumpf geworden.« (aaO. S. 443)

Dazu kam die Zwangsernährung. »Dieses Mittel stammt zweifellos aus der Tiergartenpraxis. Grundbedingung ist die Geheimhaltung. 1937 war die künstliche Ernährung offensichtlich schon allorts Usus.« (aaO. S. 445)

Er beschreibt sie als Vergewaltigung. »Diese Aktion gleicht in vielem einer Vergewaltigung, ist im Grunde nichts anderes: Vier ausgewachsene Kerle werfen sich über ein schwaches Geschöpf, begierig, ein einziges Verbot zu durchbrechen, ein einziges Mal nur das Opfer zu bezwingen, und was weiter mit ihm geschieht, ist uns piepegal. Wie bei einer Vergewaltigung geht es auch hier darum, den Willen zu brechen . . . Moralisch besudelt kommt man sich vor – und fühlt, wie sich jubelnd der Magen füllt, und genießt den wohligen Geschmack im Mund.« (aaO. S. 445/446)

Und das Gefängnis neuen Typs geht sogar noch darüber hinaus. »Eine um Mitte 1937 erlassene Direktive gab den Gefängnisdirektoren zu wissen, daß sie von nun an der Verantwortung für die an einem Hungerstreik Verstorbenen *zur Gänze enthoben seien!* . . . Mit andern Worten: Ihr wollt krepieren? Krepieri gefälligst!« (aaO. S. 446)

Man höre unsere Christdemokraten, man höre Carstens:

»Ich glaube, wir müssen uns fragen, ob es richtig ist, einen Untersuchungs-häftling, der bei klarem Verstand sich durch Hungern selbst das Leben nehmen will, mit Gewalt daran zu hindern.« (Welt, 25. 11. 74)

»Carstens hatte am Sonntag in einem Fernsehinterview die Frage aufgeworfen, ob es nicht humaner wäre, Häftlinge gewähren zu lassen, die bei klarem Verstand Lebensgefahr durch einen Hungerstreik auf sich nehmen, statt sie gewaltsam künstlich zu ernähren.« (Tagesspiegel, 26. 11. 74)

Sie haben gleich dort angefangen, wo die schwärzeste Stunde des Stalinismus auf diesem Gebiet war. Hätten sie auf Solschenizyn hören wollen, dann hätten sie gewußt, daß die Alternative gegenüber dem Hungerstreik nicht die von Zwangsernährung oder Tod ist. Die Alternative zum Hungerstreik ist nämlich das Nachgeben der Gefängnisverwaltungen!

Solschenizyn aber unterlag einem Irrtum, der überhaupt seinem ganzen Auftreten im Westen zugrunde liegt. Er meinte, die Wirksamkeit des Hungerstreiks im Zarismus sei durch die öffentliche Meinung gesichert worden:

»Die Wirksamkeit ist überhaupt erst gegeben, wenn man voraussetzen kann, daß der Kerkermeister noch einen Rest von Gewissen besitzt – oder Angst vor der öffentlichen Meinung.« (aaO. S. 442)

»Solange jeder Schritt von den Reportern in die Welt hinausgetragen wird, macht das Betrügen Mühe. Nicht so bei uns, da lüg einer nach Herzenslust.« (aaO. S. 445)

Deshalb verlor der Hungerstreik seine Wirkung. »Doch es fehlte die öffentliche Meinung! Und das Ergebnis war das Gefängnis des Neuen Typs und für die Insassen statt der leicht zu erringenden Siege eine Kette von schwer erschufteten Niederlagen.« (aaO. S. 448)

Solschenizyn weiß offenbar nicht, was öffentliche Meinung eigentlich ist. Manchmal ist sie so, wie er sie beschreibt. Aber eine von Rechtsradikalen geformte öffentliche Meinung tut all das ganz öffentlich und fordert es von allen, was der von Solschenizyn beschriebene Kerkermeister nur im Geheimen vermag. Carstens nannte die Baader-Meinhoff-Gruppe eine Bande. Wer es nicht tat, wurde als Sympathisant verfolgt, unter die Radikalen gezählt und bekam Berufsverbot. Aber diese rechtsradikale öffentliche Meinung, die ganz offen die Rechtsübertretungen forderte – »sich nicht an Paragraphen klammern, sondern so sprechen, wie die Bevölkerung empfindet« – ging noch darüber hinaus. Sacharow übermittelte im naiven Glauben an die öffentliche Meinung eine Nachricht, die folgendermaßen wiedergegeben wurde:

»Aus einem Brief des schwerkranken politischen Gefangenen Moros, der sich ebenfalls im Hungerstreik befinde, sei bekannt, daß er zwangsweise ernährt werde.« (Bayernkurier, 9. 11. 74)

Wie falsch die Nachricht war, und weshalb man sie unterdrückte, kam einen Monat später heraus:

»Der ukrainische Historiker Valentin Moros hat nach rund 20 Wochen einen Hungerstreik im Gefängnis von Wladimir östlich von Moskau abgebrochen . . . Die Gefängnisverwaltung soll ihm zugesichert haben, daß er

nicht mehr in eine Einzelzelle kommt, wo er vor Beginn seines Hungerstreiks zwei Jahre gegessen hatte.« (Tagesspiegel, 13. 12. 74)

Er hatte also gegen Isolationsfolter gestreikt, war zwangsernährt worden und hatte schließlich gesiegt. Man ahnt, warum die rechtsradikale Presse die Nachricht umgeschrieben hatte. Als in der Bundesrepublik Hungerstreiks stattfanden, die durch Zwangsernährung und schließlich sogar durch Nichternährung gebrochen wurden, fand in der Sowjetunion ebenfalls ein Hungerstreik statt. Die Schaffung der gewalttätigen Öffentlichkeit, die man wollte, wäre durch eine solche Nachricht gestört worden. Man formulierte sie daher auf infame Weise: als verobjektivierte und beschnittene Nachricht. Moros befindet sich »ebenfalls im Hungerstreik«, es »sei bekannt, daß er zwangsweise ernährt werde«. Aber Sacharow wollte gegen die Zwangsernährung protestieren, nicht eine Information verbreiten. Man stahl ihm den Protest. Resigniert stellte Sacharow fest:

»Worüber regt sich die Presse im Westen eigentlich auf? Für unsere Aktivitäten hat sie doch schon gar kein Interesse mehr.« (DZ, 22. 11. 74)

Die rechtsradikal umgeformte Öffentlichkeit aber trat jetzt – erst einmal verbal – in die Eskalation der Menschenrechtsverletzungen ein. Demonstranten der CDU zogen durch Berlin: »Nieder mit dem roten Dreck«, »Nieder mit dem Meinhoff-Pack«, »Kommunisten raus«. (Tagesspiegel, 22. 11. 74)

Die Ritualmordpropaganda: Moral als Eskalation von Menschenrechtsverletzungen

Eine verwandelte Moral taucht auf. In der Sendung des ZDF: »Ein Fall für Sie« vom 26. 10. 75 antwortete einer der Interviewten auf die Frage, wer denn wohl der Mörder sei: »Herr X kann es nicht sein, er hat nicht die nötige Moral, um einen Mord zu begehen.« Eine moralische Krise lösen? Voilà. Übrigens: Herr X war ein Italiener. Offensichtlich ist die Kritik von Menschenrechtsverletzungen nicht immer Zeichen für die Liebe zum Menschen. Sie kann das Gegenteil davon sein, nämlich Eskalation von Menschenrechtsverletzungen. Der Rechtsradikalismus ist ein Meister in der Umwandlung der Menschenrechtskritik in solche Eskalation. Er kann eine »Zwangsadoption« so zurechtstilisieren, daß schließlich der Dritte Weltkrieg im Vergleich dazu eine Kleinigkeit ist. Jede, aber auch jede Menschenrechtskritik versucht er in Aggression und Eskalation gegen seinen Gegner zu verwandeln:

»Natürlich, Südamerikas Zäpfelkern mit dem Führerbärtchen ist – mit jeder demokratischen Elle gemessen – ein Schlingel: in seinem Polizeistaat werden politische Gefangene gefoltert, als gelte es, einen Aufbruch in ein

Arbeiter- und Bauern-Paradies vorzubereiten . . . Verglichen mit seinen Kollegen Breschnjew und Schiwkoff ist Pinochet Peanuts. Der KGB würde sich mit Recht dagegen verwahren, wenn seine Foltermethoden mit denen der Amateure von Santiago in einem Atemzug genannt würden . . . Wo bleibt die sozialliberale Chancengleichheit für Diktatoren, Folterer und Zuchthausbesitzer?» (Welt, 28. 11. 75)

Und CDU-MdB Pieroth sagt zur Junta:

»Der Mut breiter Schichten des chilenischen Volkes und des Militärs, auch in einer verunsicherten und manchmal schon feige gewordenen westlichen Welt eine drohende kommunistische Diktatur zu verhindern, verdient Respekt.« (SZ, 20. 11. 75)

Es gibt ein spezifisches Mittel, das der Rechtsradikalismus benutzt, um die Menschenrechtskritik in eine Eskalation der Menschenrechtsverletzungen umzuwandeln. Es ist älter als der Rechtsradikalismus und entsteht zusammen mit dem Universalismus der Ethik. Im 11. Jahrhundert wird es zum erstenmal im großen Stil historisch wirksam. Es ist die Ritualmordpropaganda.

Die Ritualmordpropaganda zerstört die Basis der Menschenrechtskritik selbst, die in der Beziehung zwischen Vergehen und Verantwortlichkeit, Schuld und Sühne, besteht. Die Ritualmordpropaganda sieht über diese Beziehung hinweg und ersetzt sie durch den Ritualmord, der an eine Urschuld anknüpft, die durch Kategorien von Menschen gesühnt werden muß. Von diesem ursprünglichen Ritualmord leitet sie dann eine immer sich erneuernde Serie von nachfolgenden Ritualmorden ab, die durch die jeweils nachfolgenden Menschenkategorien gesühnt werden müssen. Schuldnachweise in bezug auf die Person sind dann nicht mehr erforderlich. Der ursprüngliche Ritualmord wird durch ein Ritualgericht gesühnt: das Pogrom. Ritualmordpropaganda und Pogrom sind zwei Seiten eines gleichen Phänomens. Das Pogrom ist rituelle Sühne des Ritualmords, es trifft immer und überall den Rebellen und seine Symbolisierungen in irgendwelchen Menschenkategorien; es wird gefeiert als Tod des Rebellen, der der Tod des Todes und folglich das Leben ist. Ritualmord ist in seiner tiefsten Wurzel immer Gottesmord, der durch den das innerweltliche Heil suchenden Rebellen verursacht wird.

Sobald das Christentum in die Hände von herrschenden Minderheiten fiel, begann daher auch die Verwandlung der Kreuzigung in eine Ritualmordpropaganda und damit das Judenpogrom. In dieser Form wird sie vom Rechtsradikalismus übernommen, variiert und auch säkularisiert. Eine klassische Beschreibung gibt folgende Nachricht von amnesty international (30. 4. 75) aus Chile:

»Gestern wurde bekannt, daß die 254 politischen Gefangenen im Lager Puchuncavi am Karfreitag (28. 3. 75) schwer gefoltert worden sind. Bei den Gefolterten handelt es sich meist um inhaftierte Ärzte, um Rechtsanwälte und um ältere Leute. Nach dem Lagergottesdienst wurden sie aus ihren

Hütten geholt und von Marineinfanteristen, die sich Kapuzen übergezogen hatten, auf übelste Weise mißhandelt. Von 21 bis 24 Uhr dauerte die Orgie der Wachmannschaften unter Führung des Kommandanten. Die Leute wurden in den Stacheldrahtzaun geschmissen, ständig in einem Teich untergetaucht, mußten Dreck essen und sich sonst in jeder Weise erniedrigen.«

Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode. Die Logik des Vorgehens ist völlig klar. Der Lagergottesdienst war ein Ritualmordgottesdienst: Christus wurde gekreuzigt. Er wurde gekreuzigt von Juden im Namen des messianischen Heils. Säkularisierte Träger dieses messianischen Heils heute sind die Utopisten, die Gefangenen aber sind Utopisten. Als Sühne des Ritualmords folgt daher das Pogrom. Es handelt sich um eine ursprüngliche, mythologische Figur eines in sein Gegenteil verwandelten Christentums. Ethischer Universalismus ist seine Voraussetzung, denn nur wegen des universalistischen Anspruchs kann alle Utopie der Welt unter jenes Sühneverdikt von Ritualmördern subsumiert werden. Sie setzen Blut gegen Blut und waschen Blut mit Blut rein. Nur in dieser perversen Logik ist es möglich, Ausschwitz zu verstehen, das ein gigantisches Pogrom im Namen solch einer Ritualmordsühne war.

Die Ritualmordpropaganda hat viele Gesichter. Die Spanier betrieben sie, als sie Amerika eroberten und die Menschenopfer der Azteken anklagten. Die Engländer, als sie die Witwenverbrennungen in Indien anklagten – in voller Perfektion wird dies sogar noch im Film ›In achtzig Tagen um die Welt‹ sichtbar. Stanley betrieb sie gegenüber den Kannibalen des Kongos. Direkte Säkularisierung mittelalterlich christlichen Ritualmordschemas war die Nazi-propaganda vom Kindermord.

Da die rechtsradikale Ritualmordpropaganda keinen Ausweg hat, bleibt ihr nichts anderes übrig, als mit dem Weltende zu spielen. Götterdämmerung und Weltgericht. Die Mittel hierzu aber hat sie in ihrem semantischen Weltkrieg – Am Anfang war das Wort! – ganz außerordentlich verfeinert. Sie nützt dabei die Tatsache aus, daß eine Kritik von Menschenrechtsverletzungen, die an einem Ort geübt wird und dort auch der Verbesserung der Situation der Menschenrechte dient, an anderen Stellen der Welt in Ritualmordpropaganda umgemünzt werden kann. Genau das ist mit dem Buch von Solschenizyn geschehen. Es interpretierte eine Situation in der Sowjetunion und übte Druck aus. In den Westen exportiert, wurde es an vielen Stellen in Ritualmordpropaganda verwandelt. In Chile wurde es als Bibel der Folterer benutzt, die die Ritualmordsühne an ihren Verhafteten vornahmen und das auch öffentlich sagten. Aber solch ein Habent sua fata libelli ist nicht einfach Schicksal. Und man muß Solschenizyn den Vorwurf machen, daß er keine Anstrengung gemacht hat, um diese Verwandlung seines Buches im

Westen zu verhindern. Ganz im Gegenteil. Er stellte sich auf die Seite derer, die seine eigene Menschenrechtskritik in Ritualmordpropaganda verwandelten.

Es wundert daher gar nicht, wenn er schließlich seinen humanen Moralbegriff verläßt und zum rechtsradikalen Moralbegriff übergeht, der letztlich nichts anderes ist als die Kraft, Menschenrechte zu verletzen – Moral von Elitetruppen:

»Wenn wir auf die vergangenen dreißig Jahre zurückblicken, so bedeuten sie nichts anderes als Niedergang, Niedergang, Niedergang, so sind sie nichts anderes als ein Weg zur Schwäche und Dekadenz. Die einstmals mächtigen westlichen Staaten . . . wurden in diesen 30 Jahren geschwächt, verloren ihre wirklichen oder potentiellen Alliierten, verloren jeden Kredit bei ihnen, überließen einem unversöhnlichen Feind Länder und Völker – das riesige und bevölkerungsreiche China, der wichtigste Verbündete während des 2. Weltkriegs, Nordkorea, Kuba, Nordvietnam, jetzt auch Süd-vietnam, heute Kambodscha, Laos geht verloren, Thailand, Südkorea und Israel sind bedroht, Portugal stürzt sich rettungslos in den Abgrund . . . (Le Monde, zitiert laut Bayernkurier, 14. 6. 75)

Aus dem so harmlosen humanen Moralbegriff ist die Bereitschaft zum Pogrom geworden. Menschenrechtskritik hat sich in Ritualmordpropaganda verwandelt. Pogromritter wie Suharto und Pinochet sind zu moralischer Größe aufgestiegen.

Dies ist allerdings keineswegs die Position aller sowjetischer Dissidenten und häufig nicht einmal derer, die durch Menschenrechtsverletzungen am härtesten betroffen wurden.

Durch Menschenrechtsverletzungen auf Menschenrechtsverletzungen zu reagieren, hat nicht immer und notwendigerweise die volle Dimension der Ritualmordpropaganda. Sie gewinnt diese Dimension, wenn der Ritualmord oder seine Abart blutig ist. Geschieht dies, ist die Pogromtendenz am stärksten. Obwohl dies so ist, hat der deutsche Rechtsradikalismus die Ritualmordpropaganda nicht verachtet, obwohl sie noch nicht zum Angelpunkt aktualisierter Reize geworden ist. Aber sie existiert durchaus. So, wenn der »Bayernkurier« davon spricht, daß angeblich in Mozambique Weiße von »radikalen Afrikanern ans Kreuz geschlagen wurden und in dieser grauenhaften und blasphemischen Folter verendet« (Bayernkurier, 26. 10. 74) und wenn Carstens von einer Gruppe von Kommunisten und Jungsozialisten spricht, »die während der ganzen Veranstaltung das verhöhnnte Kruzifix schwenkten«. (Parlament, 30. 11. 74) Über die Mittel der Radikalen heißt es:

»Von der Aufforderung, den Sozialdemokraten Richard Löwenthal, der vor den Nazis in die Emigration fliehen mußte, wie eine Sau abzustechen – auf einer Karikatur – bis hin zur unmittelbaren Körperverletzung und Bombendrohung fehlte nichts aus dem Arsenal des Hasses und der Gewalt.« (Bayernkurier, 20. 12. 75)

Oder über Italien: »Ebenfalls als »Faschist« wurde in diesem Jahr in der gleichen Stadt Mailand ein sechzehnjähriger Schüler aus einem Gymnasium

durch ein Femegericht roter Mitschüler vertrieben. Der geängstigte Vater beschloß daraufhin, seinen Sohn . . . in eine andere Stadt zu schicken, um ihn vor den kommunistischen Altersgenossen in Sicherheit zu bringen, die offenbar an Stelle der Trapper- und Indianer-Spiele politische Hexenjagden auf dem Schulhof veranstalten.« (Bayernkurier, 20. 12. 75)

»Das abscheulichste Verbrechen, das die kommunistischen Revolutionszentralen betreiben, ist wahrscheinlich überhaupt die Menschenjagd, die sie skrupellos gegen junge Leute betreiben . . .

Die Jugend eines jeden Volkes aber hat vor allen Dingen das Recht, vor geistigen Rauschgifttändlern geschützt zu werden, die zudem von ausländischen Machthabern abhängen.« (Bayernkurier, 20. 12. 75)

Daß es tatsächlich um Ritualmordsühne und folglich Pogrom geht, zeigt auch die von Luther inspirierte Empfehlung von Gerhard Löwenthal bei der Verleihung des Adenauerpreises der Deutschlandstiftung.

»Man muß dem Teufel das Kreuz ins Angesicht schlagen und nicht viel pfeifen noch hofieren, so weiß er, mit wem er umgeht.« (Bayernkurier, 17. 5. 75)

Die unglaublichste Propaganda aber brachte der der katholischen Kirche nahestehende »Rheinische Merkur«.

»Die Polizei hatte in New York einen Pornofilm konfisziert, der zum Abschluß der üblichen Szenen die Ermordung einer Frau und die Zerstückelung ihrer Leiche vorführte – nicht etwa in Trickaufnahmen, sondern in grausiger Realität.«

Diese »Sex- und Blut-Orgie weist auf einen fatalen Zusammenhang mit jener »Bewegung« hin, die unter dem angemessenen Titel der Emanzipation die totale Enthemmung der Triebwelt betreibt, um einer verhaßten Gesellschaftsordnung den Garaus zu machen.«

»Wenn unser Zeitalter von der Gewalt beherrscht wird, so konnte es letzten Endes nur deshalb so weit kommen, weil die Super-Emanzipation alles getan hat, um die natürliche wie die christliche Ethik zu demolieren.« (Rheinischer Merkur, 21. 11. 75)

Hinzu kommen sehr merkwürdige Hinweise:

Beim Schmidtbesuch trat »Breschnew höchstpersönlich zum Angriff gegen Strauß an, wobei Schmidt parierte und feststellte, daß Strauß keineswegs ein »Revanchist« sei . . . die Genossen sind sich bewußt, daß zu ausgeprägte Anti-Strauß-Gefühle ihnen später einmal schaden können.« (Bayernkurier, 9. 11. 74)

Gegenüber dem »Spiegel« heißt es:

» . . . dem Spiegel-Herausgeber Augstein mag die schmerzliche Erinnerung nicht aus dem Kopf, daß er wegen seiner Verleumdungsattacken gegen Strauß ja bereits einmal verurteilt worden ist.« (Bayernkurier, 9. 11. 74)

Plötzlich erscheint unter dem Titel »Darf Brandt nicht mehr in den Freistaat Bayern« folgende Notiz:

»Die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag ist der Ansicht, daß der SPD-Vorsitzende in nächster Zeit möglicherweise auf Reisen in den Freistaat Bayern verzichten müsse, da dort nach ihrer Meinung die Sicherheit nicht gewährleistet sei. Der Fraktionsvorsitzende Gustl Lang fragte deshalb

die bayerische Regierung, ob sie es für angezeigt halte, Brandt »im gegenwärtigen Zeitpunkt von einem Besuch in Bayern abzuraten.« (Welt, 15. 11. 75)

Am 28. 10. 75 veröffentlichte die »Welt« einen aggressiven Artikel (dessen wesentliche Thesen sie hinterher dementieren mußte) unter dem Titel »An der Berliner FU ein Lehrstück über die Stadtguerilla«. Sie griff einen Chileflüchtling deutscher Nationalität an, stellte ihn als vermutlichen Terroristen dar und veröffentlichte gleichzeitig seine volle Adresse. Das war ein skandalöses Vergehen gegen journalistische Ethik. Es war aber auch etwas, was aus der Zeit der Kristallnacht bekannt ist.

Man arbeitet aber auch mit Listen:

»Bei einer Hausdurchsuchung in Heidelberg fand die Polizei eine Liste mit den Namen von 80 Prominenten . . . Unter den Personen befinden sich aktive Politiker, Minister, Professoren, Schriftsteller, Journalisten, Theaterregisseure, Schauspieler und Rektoren. Die Welt ist im Besitz des Namensverzeichnisses. Die Redaktion veröffentlicht die Liste nicht, um zu verhindern, daß jemand in ein Szenarium gerückt wird, in das er möglicherweise oder mit Sicherheit nicht gehört.« (Welt, 29. 10. 75)

Niemanden wundert es mehr, daß die Resultate von Hausdurchsuchungen von der Polizei der rechtsradikalen Presse übergeben werden, ehe sie überhaupt dem Richter vorliegen – der gesetzlich der einzige ist, der dazu Zugang haben dürfte.

Die Veröffentlichung der »Welt« hat ihre besondere Bewandnis. Höchstwahrscheinlich ist die Liste völlig unbedeutend. Indem man aber die Tatsache veröffentlicht, daß man die Liste nicht veröffentlicht, wird sie bedeutend und verwandelt sich in eine Waffe der Einschüchterung. Möglichst viele sollen glauben, auf solch einer Liste zu stehen: der Verdacht, mit Terroristen zu sympathisieren, ist schon ohne jeden Beweis existenzgefährdend.

Als Wehner im Bundestag den Zwischenruf »Sportpalast« machte, antwortete ihm Kohl (bei dem man angeblich gebrauchte Autos kaufen kann):

»Dann ist das die Sprache des Untermenschen und nicht des deutschen Parlaments.« (Parlament, 6. 12. 75)

Die Kampagne kam offensichtlich nicht so gut voran, wie man von seiten der Rechtsradikalen erwartet hatte. Ein ökonomischer Aufschwung droht.

»Ich sehe die Gefahr, daß der ökonomische Umschwung auch wieder eine gesellschaftliche Tendenzwende einleitet, daß also das politisch-utopische Denken sich wieder fröhlich fortsetzt.« (Welt, 9. 12. 75)

Vor allem angesichts der Tatsache, daß die SPD einen konservativ-autoritären Kurs einschlug – z. B. Hochschulrahmengesetz und Mitbestimmung –, fühlten sich die Unternehmer nicht als Block durch den aktualisierten Rechtsradikalismus interpretiert. Wäh-

rend die Blätter des radikalisierten Mittelstandes ihre Kampagne mit voller Kraft fortsetzten, distanzierte sich die Springer-Zeitung »Welt«. Mit welchen Worten sie es tat, ist das interessante:

»Von Polarisierung, von einem tiefreichenden oder gar unüberbrückbaren Konflikt zwischen Regierungslager und Opposition kann jedenfalls nicht mehr in alter Frische gesprochen werden.«

»Der zeitgeistige Einfluß mit seinen Mode-Ideologien tritt insgesamt zurück. Die Antikörper wirken. Dennoch: Angesichts der schweren Infektion befinden sich SPD und FDP erst auf dem Wege der Rekonvaleszenz; der Rückfall ist noch möglich.« (Welt, 18. 12. 75)

Der Chirurg legt sein Skalpell beiseite; es bleibt aber griffbereit.

IV. Der Rechtsradikalismus als Anti-Sozialismus

Im Rechtsradikalismus nimmt der Konservatismus seine aggressive Form an. Der dabei zugrunde liegende Konservatismus ist nicht der Konservatismus aller Zeiten. Er hat vielmehr eine bestimmte Verwandlung durchgemacht. Ursprünglich ist der Konservatismus antiliberal und orientiert sich als Ideologie des Bewahrens an den vorkapitalistischen Gesellschaften. Insofern ist er rückwärts gerichtet. Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts ändert sich dies. Je mehr dem Kapitalismus gegenüber eine sozialistische Bewegung entsteht, umso mehr übernimmt der Konservatismus ein neues Feindbild: den Sozialismus. Dies bedeutet, daß er sich immer mehr auf den Boden der kapitalistischen Gesellschaft begibt, ohne allerdings seine antiliberalen Haltung aufzugeben. Er wird eine Ideologie der Bewahrung für die kapitalistische Gesellschaft, die im Liberalismus eine der grundlegenden Gefahren für die kapitalistische Gesellschaft selbst sieht. In seiner neuen Position kämpft daher der Konservatismus an zwei Fronten: gegen den liberalen Humanismus auf der einen Seite und gegen den Sozialismus auf der andern. Er sieht dabei den Sozialismus als seinen Hauptgegner, interpretiert aber den liberalen Humanismus als Mitläufer, als trojanisches Pferd und als Vorbereiter des Sozialismus. Der Konservatismus faßt den Liberalismus in dieser Form auf, ganz gleich, ob die Liberalen ein subjektiv anderes Bewußtsein haben oder nicht. Sie sind objektiv Helfershelfer des Sozialismus und werden als solche bekämpft. Transformiert er sich in Rechtsradikalismus, so behält er selbstverständlich diese Sicht der Fronten bei.

1. Die konservative Zeitachse

Die Konservativen selbst sind sich dieser Verwandlung des Konservatismus zwischen dem 19. und dem 20. Jahrhundert bewußt. Sie sprechen von einer Zeitachse des Konservatismus. Danach war der Konservatismus vorher rückwärts gewandt. Sobald er diese Zeitachse überschritt, wendete er sich angeblich der Zukunft zu. Man spricht dann davon, daß es darum gehe, eine Gesellschaft zu schaffen, deren Bewahrung sich lohnt. Denn so wie sie jetzt ist, lohnt es sich ihrer Ansicht nach nicht, sie zu bewahren. Damit setzen sie dem sozialistischen Zukunftsprojekt ein konservatives entgegen, das letztlich in der Aufhebung der Liberalität der gegenwärtigen Gesellschaft der Bundesrepublik besteht und in ihrer Verwandlung in eine Gesellschaft, die auf Basis des kapitalistischen

Privateigentums in eine Aggressionsmaschine gegen Sozialisten im Innern und draußen verwandelt wird. Liberalismus erscheint dann als Verweichlichung und Dekadenz, Sozialismus als Todfeind, dem gegenüber mit allen Mitteln gekämpft werden kann. Es handelt sich um die Idealvorstellung einer bürgerlichen Gesellschaft als Aggressionsmaschine, die sich in bestimmten Augenblicken in reine Tötungsmaschine verwandeln kann. Diese Gesellschaft, deren Bewahrung sich lohnt, ist dann einfach nur noch ein Apparat zur Bewahrung des kapitalistischen Privateigentums durch Aggression gegen seine Gegner.

Man würde den Rechtsradikalismus und den Konservatismus falsch verstehen, wenn man ihn als Gegner des Sozialismus auffaßt. Dies würde beinhalten, ihn als eine Bewegung anzusehen, die verschiedene Ziele hat, unter denen auch das des Kampfes gegen den Sozialismus ist. In Wirklichkeit ist das anders. Dieser neue Konservatismus ist ausschließlich nur Antisozialismus. Letztlich bestimmt er alle gesellschaftlichen Funktionen von seiner aggressiven Haltung dem Sozialismus gegenüber her. Er begründet sogar seine Option für das Privateigentum ausschließlich von seiner Feindschaft gegen das gesellschaftliche Eigentum. Es hat seinen Wert einfach nur darin, das Gegenteil des gesellschaftlichen Eigentums zu sein.

Seine Bezugsideologie ist Sozialismus und Marxismus und formt sich durch die Verwandlung der sozialistischen Theorie in ihr Gegenteil. Alle Inhalte des Konservatismus sind in ihr Gegenteil verkehrte Elemente der sozialistischen Theorie, andere Inhalte hat er nicht. Indem er aber die sozialistische Theorie in ihr Gegenteil verkehrt, schafft er einen simplen politischen Irrationalismus. Ist das Zentrum der sozialistischen Theorie das Leben, so ist das Zentrum der konservativen Theorie der Tod. Es handelt sich um eine Verwandlung, die das Christentum bereits bis zum Hochmittelalter durchgeführt hatte:

Aus dem ursprünglichen Christentum, in dessen Zentrum die Leiblichkeit des Menschen und die Auferstehung stand, entwickelte sich ein in sein Gegenteil verwandeltes Christentum, in dessen Zentrum die sogenannten höheren Werte – also die Idee – und damit der Tod am Kreuz stehen. War das Symbol des ersten Christentums der Fisch, wird zum Symbol des in sein Gegenteil verwandelten Christentums ein Folterwerkzeug zur Domestizierung der Arbeitskraft: das Kreuz. Der Konservatismus nach der sogenannten Zeitachse wiederholt diese Verwandlung in bezug auf die sozialistische Theorie.

Die Verwandlung geschieht als Antwort auf die Ergebnisse der Marxschen Theorie. Diese ist eine Theorie der Befreiung des Menschen ausgehend von der Notwendigkeit einer Sicherung der materiellen Basis der menschlichen Freiheit. Der Marxsche Frei-

heitsbegriff ist der Begriff von einer durch die Sicherung des Lebensrechtes aller Menschen hindurch entwickelten menschlichen Emanzipation. Die Formulierung dieses marxischen Projekts mündet in einen Begriff der menschlichen Praxis ein, die zum Absterben der Warenbeziehungen, des Privateigentums und des Staates führen soll.

2. Das konservative Marxismusbild

Hiervon ausgehend interpretiert der Konservatismus den Marxismus als einen Angriff gegen die Institutionen selbst. Die entsprechende Kritik des Marxismus fand zuerst in der bürgerlichen Nationalökonomie statt. Sobald Marx die Arbeitswerttheorie gegen die bürgerliche Gesellschaft gewendet hatte, legte die bürgerliche Nationalökonomie ihr Hauptgewicht auf die Analyse der Warenproduktion und ihrer Bedingungen. Diese Entwicklung kulminierte in der Theorie von Max Weber und Ludwig von Mises, die die Warenproduktion als ein unvermeidliches und notwendiges Element rationaler wirtschaftlicher Entscheidungen darstellten. Da aber in der Marxschen Tradition bereits Warenproduktion und Privateigentum identifiziert waren, brauchten die bürgerlichen Nationalökonomten diese Identifizierung nur zu übernehmen, um sie gegen den Marxismus zu wenden. Es ergab sich dann eine bestimmte Deduktion: da Warenproduktion die Bedingung für ökonomische Rationalität ist und gleichzeitig unabtrennbar mit dem Privateigentum verknüpft ist, ist auch das Privateigentum Bedingung wirtschaftlich rationalen Handelns. Wer folglich die Vergesellschaftung der Produktionsmittel will, will auch die Abschaffung der Warenproduktion und damit die Zerstörung der Bedingungen für wirtschaftlich rationales Handeln. Folglich will er das Chaos.

Die bürgerliche Soziologie machte eine ähnliche Ableitung in bezug auf das Absterben des Staates. Marx hatte den Staat als die politische Instanz definiert, die die Privateigentumsordnung stabilisiert. Die bürgerliche Soziologie entwickelte jetzt Theorien, die zeigten, daß die Notwendigkeit des Staates keineswegs aus dieser Funktion abgeleitet werden kann, sondern aus dem Institutionalisierungsprozeß selbst folgt. Ebenfalls zeigte sie die Unvermeidlichkeit des Institutionalisierungsprozesses. Es ergab sich wiederum eine bestimmte Deduktion: da der Staat Bedingung für die Ordnung zwischenmenschlicher Beziehungen ist und gleichzeitig immer eine Zwangsgewalt darstellt, ist auch der Versuch, den Staat zum Verschwinden zu bringen, ein Weg ins Chaos.

Auf diese Weise gelangte dann der Konservatismus zu dem gewünschten Ergebnis: wer die Zwangsgewalt des Staates und die Warenproduktion abschaffen will, erliegt einer Utopie, deren ob-

jektive und notwendige Konsequenz das Chaos ist. Will man dieses Chaos verhindern, muß man das Privateigentum sichern und die Zwangsgewalt des Staates in seinen Dienst stellen.

Hiermit war bereits der neue Konservatismus entstanden. Er benutzte die gleiche Deduktionskette wie dies in der Marxschen Theorie der Fall war und erweiterte sie lediglich durch ein neues Glied: Chaos. Dadurch war der Marxismus in sein Gegenteil umgewandelt. Ausgehend von der Polarität Institution/Chaos konnte jetzt der Konservatismus den Marxismus als seinen Hauptfeind erklären und hatte scheinbar alle Argumente für sich.

Tatsächlich aber ist diese konservative Deduktionskette falsch. Sie ist falsch, weil bereits die Marxsche Schlußkette, die der Konservatismus übernimmt und umkehrt, falsch ist. Marx hatte behauptet, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Warenproduktion aufheben muß. Indem der Konservatismus diesen Schluß akzeptiert, braucht er lediglich zu zeigen, daß die Aufhebung der Warenproduktion zum Chaos führt, um das Privateigentum zu begründen. Hatte Marx behauptet, daß die Sicherung des Lebensrechts als Basis menschlicher Freiheit das Absterben des Staates impliziert, so brauchte der Konservatismus nur diesen Schluß zu übernehmen und zu zeigen, daß dies zur Auflösung der Institutionen und damit wiederum zum Chaos führt, womit die Anerkennung des Lebensrechtes verweigert wird.

3. Der Marxismus als Gegner des Rechtsradikalismus

In der Wirklichkeit aller bis heute entstandenen sozialistischen Länder ist diese Marxsche Deduktionskette aufgelöst worden. Man hat in diesen Ländern auf der Basis der Vergesellschaftung der Produktionsmittel eine weitgehende Sicherung des materiellen Lebensrechts aller erreicht. Überall geschah dies im Rahmen einer neuen – sozialistischen – Warenproduktion und bei Aufrechterhaltung der Zwangsgewalt des Staates. Es haben sich dabei verschiedene Formen sozialistischer Warenproduktion und verschiedene Formen des sozialistischen Staates gebildet, aber immer handelt es sich um tatsächliche Warenproduktion und um einen Staat mit tatsächlicher Zwangsgewalt.

Die marxistische Theorie aber weigerte sich trotz dieser völlig offensichtlichen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaften, auch theoretisch diese Marxsche Deduktionskette aufzuheben.

Der chinesische Sozialismus kümmerte sich nicht um die Frage der Aufhebung der Warenproduktion, sondern ging ohne weitere Reflexion von der Tatsache ihres Weiterbestehens aus. Der sowjetische und auch der sonstige europäische Marxismus hingegen suchte Ausflüchte. Man interpretierte die sozialistische Warenproduktion

und den sozialistischen Staat gewissermaßen als Überbleibsel des Kapitalismus und fand sich dabei in weitgehender Übereinstimmung – zumindest was die Warenproduktion betrifft – mit dem hiesigen Konservatismus. Denn auch diesem ist sehr daran gelegen, die sozialistische Warenproduktion als kapitalistisches Element innerhalb der sozialistischen Gesellschaften zu interpretieren. Entsprechende marxistische Analysen konstruierten Zukunftsetappen. Es handelt sich insbesondere um die Idee einer noch kommenden kommunistischen Etappe dieser sozialistischen Gesellschaften, in der schließlich auch die Warenproduktion und der Staat absterben sollen, wobei man diesen Endpunkt ständig weiter hinausschiebt. Letztlich verwandelt er sich dabei in ein Versprechen auf die Zukunft.

Diese marxistische Unfähigkeit, die sozialistische Theorie an diesem zentralen Punkt weiterzuentwickeln, hat allerdings für die Auseinandersetzung mit dem Konservatismus und dem Rechtsradikalismus fatale Konsequenzen. Im Ergebnis erweist sich der Marxismus als offensichtlich unfähig zur ideologischen Auseinandersetzung. Der Konservatismus unterstellt dem Marxismus ständig einen Angriff auf die Institutionen selbst, während die Marxisten ihm gerade dies ständig bestätigen. Wo sozialistische Gesellschaften begründet werden, werden die Institutionen niemals selbst angegriffen, sondern verändert. In der ideologischen Auseinandersetzung aber betont der Marxismus ständig, Angriff auf die Institutionen selbst zu sein und liefert gerade dadurch dem Konservatismus die Munition, die er braucht.

Ein wesentlicher Grund für diese theoretische Stagnation des Marxismus angesichts einer sozialistischen Wirklichkeit, die sich auf ganz andere Art entwickelte, ist sicher ein ideologischer. Marx hatte die Ziele der Aufhebung der Zwangsgewalt des Staates und der Warenproduktion im Zusammenhang mit dem Ziel der Aufhebung der menschlichen Selbstentfremdung verstanden. Nun kann die sozialistische Bürokratie zwar nicht behaupten, die Zwangsgewalt des Staates und die Warenproduktion aufgehoben zu haben. Sie behauptet stattdessen, daß mit der Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln der Weg zur Aufhebung der menschlichen Selbstentfremdung beschritten sei. Indem diese Bürokratie Verwalter des vergesellschafteten Eigentums ist, kann sie sich als diejenige Gruppe begreifen, die die Menschheit zur Aufhebung der Selbstentfremdung führt. Die Konstruktion der Etappen für die historische Zukunft – Sozialismus und Kommunismus – ermöglicht auf diese Weise eine bestimmte Erklärung für die Legitimität der Herrschaft der sozialistischen Bürokratie. Sie entgeht auf diesem Wege den Konsequenzen einer wirklichen marxistischen Analyse, für die nämlich ohne Aufhebung des Staates und der Warenproduktion die Selbstentfremdung nie aufgehoben sein

kann. Die sozialistische Bürokratie hingegen behandelt den sozialistischen Staat und die sozialistische Warenproduktion als die institutionell gewordene Antizipation der völligen Aufhebung der menschlichen Selbstentfremdung.

Dabei ergibt sich eine neue Formulierung des Verhältnisses von Wesen und Erscheinung. Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft scheint die Vergesellschaftung des Eigentums zu sein, da diese die zukünftige Aufhebung der Selbstentfremdung garantiert. Erscheinung und Oberflächenphänomen aber scheint die Tatsache zu sein, daß das Lebensrecht des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft gesichert wird. Als wahre Errungenschaft erscheint die Vergesellschaftung des Eigentums, während die Sicherung des Lebensrechts aller so etwas wie eine Zugabe ist. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erscheint als das eigentliche Ziel des Sozialismus, während sie in Wirklichkeit nur die notwendige und einzig ausreichende Bedingung für das wahre Ziel, die Sicherung des Lebensrechts aller ist. Im Vergleich zur Marx'schen Analyse selbst sind Wesen und Erscheinung umgekehrt worden, das Subjekt wird zur Erscheinungsform eines Wesens, anstatt selbst das Wesentliche zu sein.

Ein in dieser Weise ideologisiertes Marxismus ist jedoch in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Konservatismus und dem Rechtsradikalismus notwendig äußerst schwach. Es ist ein Sozialismus, der seine Argumente verschenkt hat. Der Konservatismus hat leichtes Spiel mit ihm, da er sehr einfach nachweisen kann, daß die sozialistische Bürokratie tatsächlich Herrschaft ausübt und daß ganz wesentliche Elemente der menschlichen Selbstentfremdung in der sozialistischen Gesellschaft wieder auftauchen. Je mehr daher der Marxismus die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und damit die Aufhebung der menschlichen Selbstentfremdung als sein Ziel proklamiert, umso leichter wird es dem Konservatismus fallen, diese Ideen als »utopisch« hinzustellen. Denn das Ziel der Aufhebung der Selbstentfremdung ist tatsächlich – gemessen an den Möglichkeiten einer menschlichen Praxis der Befreiung – illusorisch. Sie ist daher auch gar nicht das wirkliche Ziel, das durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel erreicht werden kann und wird.

Wird aber das Absterben des Staates und der Warenbeziehungen und damit die Aufhebung der Selbstentfremdung als das wahre Ziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel hingestellt, kann der Konservatismus in der ideologischen Auseinandersetzung ständig den Marxismus gleichzeitig als Weg zum Chaos und als »utopisch« hinstellen. Die ideologischen Äußerungen des Marxismus provozieren geradezu eine solche Kritik und machen es dem Konservatismus dann auch besonders leicht, die wirklichen Leistungen des Sozialismus einfach vergessen zu machen und seine Fehlschläge als

Beweis von Chaos und »Utopie« darzustellen.

Der Marxismus spielt die Argumente, die er hat, nicht aus, und spielt solche Argumente aus, die der Konservatismus zu seinen Gunsten umkehren kann. Sagt der Konservative, der Marxist wolle das Chaos, so antwortet der Marxist, er wolle den Staat abschaffen. Es ist für den Konservativen ein leichtes, nachzuweisen, daß ein ernsthafter Versuch, den Staat abzuschaffen, zum Chaos führt. Antwortet hingegen der Marxist, er wolle die Warenbeziehungen abschaffen, so ist es wiederum für den Konservativen leicht, nachzuweisen, daß ohne Warenproduktion kein wirtschaftliches Handeln in einer modernen Wirtschaft möglich ist und daher nur Chaos das Ergebnis sein kann. Sagt hingegen der Marxist, er wolle die Herrschaft abschaffen, so antwortet der Konservative, daß er in Wirklichkeit ja nur die Herren wechsele. Der Konservative ist auf diese Weise immer am stärkeren Hebel.

Diese Schwäche in sich polarisierenden ideologischen Auseinandersetzungen hat sich allzuoft gezeigt, als daß man sie leugnen könnte. Konservatismus und Rechtsradikalismus kamen zwar immer durch Gewalt an die Macht, setzten aber zum Gewaltstreich immer erst an, nachdem sie in der ideologischen Auseinandersetzung die Oberhand behalten hatten. Die Nazis eroberten erst den »roten Wedding« und ergriffen erst später mit Gewalt die Macht. Ganz ähnliche Prozesse liefen in Brasilien, Indonesien und Chile jeweils vor dem Putsch ab. Immer gingen als erstes ideologische Auseinandersetzungen verloren, worauf dann das Marxistenpogrom folgte. Der zum Rechtsradikalismus sich entwickelnde Konservatismus will und sucht die Gewalt, aber sie ist für ihn das Ergebnis eines Siegs in einer ideologischen Auseinandersetzung, die die Massen polarisiert. Der Marxismus hingegen erwies sich nur dann als stärker, wenn die Polarisierung auf der Basis unmittelbar einsichtiger Interessenkollisionen erfolgte und daher die konservative ideologische Vernebelung nicht Platz greifen konnte. Er erwies sich hingegen als extrem unfähig, diese konservative Vernebelung in der ideologischen Auseinandersetzung aufzuklären.

Dies aber ist nur möglich, wenn man klarmacht, daß der Sinn der Vergesellschaftung der Produktionsmittel eben nicht im Absterben des Staates und der Warenproduktion, dem Verschwinden der Herrschaft oder in der Aufhebung der menschlichen Selbstentfremdung besteht. Besteht man auf dieser Sequenz, so zerstört man von vornherein die Möglichkeit, in der ideologischen Auseinandersetzung mit Konservatismus und Rechtsradikalismus bestehen zu können. Es muß vielmehr festgestellt werden, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Bedingung für die Sicherung des materiellen Lebensrechts und darauf aufbauend, für die Emanzipation und Befreiung des Menschen ist. Die Tatsache, daß neue Formen der Warenproduktion, des Staates und der Herrschaft

entstehen, ändert daran nichts. Sie bedeutet lediglich, daß diese Befreiung des Menschen innerhalb einer umgestalteten Warenproduktion, eines umgestalteten Staates und einer umgestalteten Herrschaft stattzufinden hat.

Gelingt es, die ideologische Auseinandersetzung auf diese reale Ebene zu bringen, so kann man den Konservatismus zwingen, sich als das zu offenbaren, was er wirklich ist. Solange man nicht auf dieser Ebene argumentiert, spielt sich der Konservatismus ständig als humane Bewegung auf und maskiert sich auf die verschiedensten Weisen. Anthropologischer Realismus, Ordnung, Recht und Kampf gegen das Chaos sind seine liebsten Devisen. Man muß ihn aber zwingen, auf die Frage zu antworten, ob er das simple materielle Lebensrecht des Menschen zu respektieren bereit ist oder nicht. Dies aber heißt: garantierte Vollbeschäftigung, den Bedürfnissen entsprechende Einkommensverteilung, Absicherung der Lebensrisiken von Krankheit und Alter, Berufsausbildung der Jugendlichen. Denn Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist nichts anderes als alles das zusammen. Der Konservatismus aber weicht dieser Frage aus, solange er nur kann. Denn sein Wesen ist, diese entscheidende Frage zu verneinen. Man muß ihn daher in der ideologischen Auseinandersetzung soweit verfolgen, bis er dieses Nein ausspricht, um von da ausgehend seine falschen Überhöhungen ins Prinzipielle und seine aus der Vorsehung abgeleitete Pseudotranszendentalität als das zu zeigen, was sie sind: Maskierungen dieser Verweigerung des effektiven Lebensrechtes. Dies aber wird man nur erreichen, wenn man die sozialistische Theorie so entwickelt, daß der Konservatismus sie nicht durch Umwandlung ins Gegenteil neutralisieren und damit für die ideologische Auseinandersetzung unwirksam machen kann.

Eine kritische Position dem sozialistischen Bürokratismus gegenüber kann sich nur bilden, wenn das gesellschaftliche Eigentum als Sicherung des materiellen Lebensrechts und einer darauf aufbauenden menschlichen Emanzipation verstanden wird, so daß die Effizienz und Legitimität dieser Bürokratie daran zu messen ist, wie weit sie tatsächlich ein solches Lebensrecht sichert. Die Tatsache, daß der Kapitalismus niemals eine solche Sicherung des Lebensrechtes schafft, enthebt daher die sozialistische Bürokratie keineswegs der Kritik und einer ständigen Reorientierung auf diesen einzigen Zweck, der die Existenz der sozialistischen Bürokratie legitimieren kann. Sie ist daher nicht einfach als Institution legitim, sondern durch das Ergebnis, das sie schafft und das bewertet werden muß.

4. Die marxische Religionskritik in der ideologischen Auseinandersetzung

Diese Ideologienkritik hat eine Dimension, die bisher nicht erwähnt wurde. Die Ideologisierung der sozialistischen Bürokratie ist über die Verknüpfung von Vergesellschaftung des Eigentums, vom Absterben des Staates und der Warenproduktion mit der Aufhebung der menschlichen Selbstentfremdung entstanden. Diese Ziele aber sind ganz eng mit der Marx'schen Religionskritik verbunden. Die Religionskritik – die bei Marx vor allem eine Kritik am Christentum ist – sah dort das falsche Versprechen des Absterbens des Staates und der Entfremdung des Menschen. Dies führte zu einer konträren Position zum Christentum einfach deshalb, weil Marx der menschlichen Praxis die Fähigkeit zuschrieb, durch den Menschen selbst alles das zu tun, was das Christentum in religiöser Form erwartete. Marx konnte daher einer religiösen Erwartung keinen Raum geben und setzte die gesellschaftliche Praxis an ihre Stelle. Das atheistische Ergebnis der Marx'schen Religionskritik ist daher ein einfaches Resultat jener Deduktionskette, die die Vergesellschaftung mit der Aufhebung der Entfremdung verbindet. Geltung hat sie daher auch nur in dem Grade, in dem diese Deduktionskette haltbar ist.

Diese Deduktionskette ist aber nicht haltbar. Die sozialistische Gesellschaft sichert das Lebensrecht des Menschen und vermag daher, den Menschen erst wirklich in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu stellen, hebt aber die Selbstentfremdung nicht auf. Sie nimmt daher – und dies ist das entscheidende – dem Christentum nicht seinen Gegenstand, wie Marx das glaubte. Die Reflexion über jene Institutionengrenze, die durch das schließliche Absterben des Staates beschrieben wird, bleibt weiter erhalten, denn es gibt keinen Zweifel, daß diese sich außerhalb des Geltungsbereiches der menschlichen Praxis der Befreiung befindet. Damit aber fällt das Resultat der marx'schen Religionskritik, der Atheismus, weg. Der Atheismus hingegen verwandelt sich in den Ausdruck der Ideologie der sozialistischen Bürokratie selbst. Ihr Festhalten am Atheismus entpuppt sich als nichts anderes als einen ihrer Versuche, sich weiterhin als die Aufhebung der menschlichen Selbstentfremdung darstellen zu können. Es ist ein Versuch, jene von der Wirklichkeit längst überrollte Deduktionskette, die die Vergesellschaftung mit der Aufhebung der Entfremdung verbindet, weiterhin aufrechtzuerhalten, da sie wesentliches Element ihrer Herrschaftsideologie ist. Sie entwickelt damit durchaus analoge Elemente zur konservativen Ideologie, indem sie die sozialistischen Institutionen aus dem Prinzip und nicht aus ihrem konkreten Ergebnis begründen will und schließlich ebenfalls zu jener konservativen These kommt, daß man die Institutionen – vor allem den Staat – heute stärken muß, damit

sie morgen umso besser absterben können. War dies in der bürgerlichen Ideologie gerade das Ergebnis eines in sein Gegenteil verkehrten Christentums, so ist es hier das Ergebnis eines ideologischen Atheismus.

Die Ideologienkritik dieses Atheismus verwandelt den Sozialismus natürlich nicht etwa in einen »christlichen« oder »religiösen« Sozialismus. Sie zeigt aber auf, daß das Problem der menschlichen Selbstentfremdung über den Sozialismus hinaus weiterbesteht und führt daher zu einer Aufhebung jener Identität von sozialistischer Gesellschaft und Atheismus. Der Sozialismus öffnet sich in religiöser Hinsicht für zwei Optionen. Einer Option, die auf die endgültige Aufhebung der Entfremdung verzichtet und einer anderen, die die Möglichkeit ihrer Aufhebung über die Begrenzungen der menschlichen Praxis hinaus behauptet. Nur letztere kann einen religiösen Ausdruck annehmen.

Die Ideologienkritik des Atheismus aber ist nicht etwa eine Widerlegung der Marx'schen Religionskritik. Sie beruht vielmehr gerade darauf, obwohl sie zu einer Änderung ihres Ergebnisses führt. Es ist die durch die Erfahrung erzwungene Auflösung der die Vergesellschaftung mit der Aufhebung der Entfremdung verbindenden Deduktionskette, die dieses Ergebnis der Religionskritik verändert. Denn die Marx'sche Religionskritik hat das Christentum immer als ein in sein Gegenteil verwandeltes Christentum kritisiert, niemals als solches. Von der sozialistischen Revolution erwartete Marx die Erfüllung des Christentums, die sich angesichts der erwähnten Deduktionskette durch seine Aufhebung ergeben würde. Daher zeigt er auch die Ideologie des Bürgertums als ein in sein Gegenteil gewendetes Christentum auf:

»In ihrer Verlegenheit denken unsere Warenbesitzer wie Faust. Im Anfang war die Tat. Sie haben daher schon gehandelt, bevor sie gedacht haben. Die Gesetze der Warennatur betätigten sich im Naturinstinkt der Warenbesitzer.« (Kapital, MEW, Bd. 23, S. 101)

Das Wort: Im Anfang war die Tat, ist das in sein Gegenteil verwandelte Johanneswort: Im Anfang war das Wort. Genau diese Verwandlung in sein Gegenteil wirft Marx der bürgerlichen Ideologie vor. Diesen Vorwurf verbindet er seinerseits mit dem Anti-Christus-Vorwurf:

»Allgemeines Äquivalent zu sein wird durch den gesellschaftlichen Prozeß zur spezifisch gesellschaftlichen Funktion der ausgeschlossenen Ware. So wird sie – Geld. ›Die haben eine Meinung und werden ihre Kraft und Macht geben dem Tier, daß niemand kaufen oder verkaufen kann, er hat denn das Malzeichen, nämlich den Namen des Tiers oder die Zahl seines Namens.« (Apokalypse)« (Kapital, MEW, S. 101)

So wird der Anti-Christus als Ergebnis einer Verwandlung ins Gegenteil der ersten Worte des Johannesevangeliums aufgefaßt.

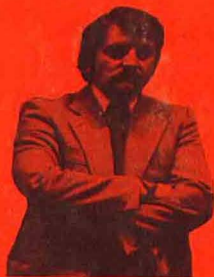
Marx selbst faßt seine Religionskritik – und Engels folgt ihm darin – als eine Rückverwandlung dieser Verwandlung ins Gegenteil auf. Daß diese Rückverwandlung bei Marx mit der Erwartung der Aufhebung des Christentums selbst zusammengeht, ist ausschließliches Ergebnis der – nicht zutreffenden – Identifizierung von Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Aufhebung der Selbstentfremdung. Läßt man diese Identifizierung fallen, folgt aus der Marxschen Religionskritik weiterhin die Notwendigkeit der Rückverwandlung eines ins Gegenteil verwandelten Christentums. Aber es würde ein Christentum des konkreten Menschen gegen das kritisierte und in sein Gegenteil verwandelte Christentum des abstrakten Menschen entstehen können.

Indem aber die sozialistische Bürokratie den Atheismus ideologisierte und damit ihre Stellung jenseits aller Kritik zementierte, verlor sie und mit ihr ein Großteil der sozialistischen Bewegung selbst die Fähigkeit zur Kritik. Denn für die Kritik am Konservatismus und Rechtsradikalismus genügt es keineswegs, diese darzustellen als das, was sie sind: Verweigerung des Lebensrechts für alle. Man muß die vielen Maskierungen zerstören, mit denen man diese Weigerung versteckt und kamoufliert. Denn der Rechtsradikalismus verweigert nicht einfach das Lebensrecht. Er erhöht diese Verweigerung ins Prinzipielle und deduziert anschließend aus diesen Prinzipien seine Pflicht zur Verweigerung des Lebensrechts. Diese Prinzipien aber erhöht er noch einmal ins transzendente und läßt sich dann von seiner so konstruierten Vorsehung in die Pflicht der Geschichte nehmen, um dann das Pogrom an allen zu veranstalten, die sich für das Lebensrecht erheben. Erst die Kritik der Ideologie der sozialistischen Bürokratie macht es möglich, den Rechtsradikalismus in allen diesen Etappen zu verfolgen und zu demaskieren. Denn erst damit ist es möglich, der rechtsradikalen Überhöhung ins Prinzipielle etwas gleichwertiges gegenüberzustellen in Gestalt der Entwicklung einer sozialistischen Ethik. Und nur, wenn man als Sozialist sich auf die Ebene der Diskussion des Transzendenten begeben kann, kann man die Transzendenz der rechtsradikalen Vorsehung als Pseudotranszendenz entlarven. Denn der Rechtsradikalismus setzt sich im Himmel fest, um die Erde zu beherrschen. Man muß ihn bis in den Himmel verfolgen, wenn man die Erde befreien will.

- Bernd Rabehl, *Geschichte und Klassenkampf* · Einführung in die marxistische Geschichtsbetrachtung der Arbeiterbewegung · Rotbuch 100 · 192 Seiten · 7 Mark
- Aras Ören, *Was will Niyazi in der Naunynstraße*
Ein Poem · Rotbuch 101 · 72 Seiten · 5 Mark
- F. C. Delius, *Unsere Siemens-Welt* · Eine Festschrift
Rotbuch 102 · 160 Seiten · 10 Mark
- Jahrbuch zum Klassenkampf* · Sozialistische Initiativen im kapitalistischen Deutschland. Hrsg. Harald Wieser · Rotbuch 103 · 192 Seiten · 7 Mark
- Peter Schneider, *Lenz* · Eine Erzählung · Rotbuch 104 · 96 Seiten · 6 Mark
- D. Rjazanov, *Marx und Engels (nicht nur) für Anfänger*
Nachwort von Bernd Rabehl · Rotbuch 105 · 192 Seiten · 7 Mark
- Yaak Karsunke, *Josef Bachmann / Sonny Liston* · Versuche aus der Unterklasse aufzusteigen · Rotbuch 106 · 72 Seiten · 5 Mark
- Eschen/Plogstedt/Sami/Serge, *Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält*
Rotbuch 107 · 96 Seiten · 5 Mark
- Heiner Müller, *Geschichten aus der Produktion 1*
Prosa/Stücke/Gedichte/Protokolle · Rotbuch 108 · 160 Seiten · 9 Mark
- Hoffmanns Comic Teater, *Will dein Chef von dir mal Feuer*
Rollenspiele und was man damit machen kann · Rotbuch 109 · 96 Seiten · 6 Mark
- Kurt Mandelbaum, *Sozialdemokratie und Leninismus*
Zwei Aufsätze. Mit einem Nachwort von B. Rabehl, W. Spohn und U. Wolter
Rotbuch 110 · 120 Seiten · 6 Mark
- Arno Münster, *Der Kampf bei LIP*
Arbeiterselbstverwaltung · Rotbuch 111 · 192 Seiten · 8 Mark
- Alfred Behrens, *Die Fernsehliga* · Spielberichte vom Fußballgeschäft der Zukunft
Rotbuch 112 · 96 Seiten · 7 Mark
- Amílcar Cabral, *Die Revolution der Verdammten*
Der Befreiungskampf in Guinea-Bissau · Rotbuch 113 · 144 Seiten · 6 Mark
- Gerd Höhne, *Wir gehn nach vorn!* · Erfahrungsbericht über die Arbeitskämpfe bei Mannesmann · Rotbuch 114 · 96 Seiten · 5 Mark
- E. Preobraschenskij, *Die sozialistische Alternative* · Marx, Lenin und die Anarchisten über die Abschaffung des Kapitalismus · Rotbuch 115 · 144 Seiten · 6 Mark
- Karl Mickel, *Einstein/Nausikaa* · Die Schrecken des Humanismus in zwei Stücken
Rotbuch 116 · 96 Seiten · 7 Mark
- Lateinamerika: Faschismus oder Revolution*
Hrsg. Heinz Rudolf Sonntag · Rotbuch 117 · 168 Seiten · 8 Mark
- Schulkampf* · Hrsg. Harald Wieser · Rotbuch 118 · 96 Seiten · 5 Mark
- Alberts/Klinger/Ludwig/Peter, *Mit IBM in die Zukunft* · Berichte und Analysen über die »Fortschritte« des Kapitalismus · Rotbuch 119 · 112 Seiten · 6 Mark
- Aras Ören, *Der kurze Traum aus Kagithane*
Ein Poem · Rotbuch 120 · 96 Seiten · 6 Mark
- Glyn/Sutcliffe, *Die Profitklemme* · Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Englands · Rotbuch 121 · 192 Seiten · 8 Mark
- Karl Otto Mühl, *Rheinpromenade/Rosenmontag*
Zwei Stücke aus dem Westen · Rotbuch 122 · 112 Seiten · 8 Mark
- Feuer unterm Pfautron* · Verbotene Geschichten aus dem persischen Widerstand
Hrsg. Bahman Nirumand · Rotbuch 124 · 96 Seiten · 6 Mark

- Heiner Müller · *Geschichten aus der Produktion 2*
Stücke/Prosa/Gedichte · Rotbuch 126 · 136 Seiten · 8 Mark
- Pellizzi, Mali & Werner, *Bernie der Milliardenflipper* · Ein tragischer Comic
aus der Hochfinanz · Rotbuch 128 · 96 Seiten · 8 Mark
- E. Preobrashenskij, *UdSSR 1975* · Ein Rückblick in die Zukunft
Nachwort von B. Rabehl · Rotbuch 129 · 160 Seiten · 8 Mark
- Miklós Haraszti, *Stücklohn*
Vorwort v. Heinrich Böll · Rotbuch 130 · 120 Seiten · 7 Mark
- Henning Kuhlmann, *Klassengemeinschaft*
Über Hauptschüler und Hauptschullehrer und den Versuch herauszufinden, wann
Schule Spaß machen könnte · Rotbuch 131 · 120 Seiten · 7 Mark
- Peter-Paul Zahl, *Schutzimpfung* · Gedichte · Rotbuch 132 · 64 Seiten · 6 Mark
- Kurt Brandis, *Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie*
Die SPD bis zum Fall des Sozialistengesetzes · Rotbuch 133 · 112 Seiten · 7 Mark
- Heiner Müller, *Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande*
Stücke/Prosa/Gedichte · Rotbuch 134 · 136 Seiten · 8 Mark
- Das Trojanische Pferd* – Die »Auslandshilfe« der USA
Hrsg. Steve Weissman · Rotbuch 135 · 192 Seiten · 9 Mark
- Sergio Stuparich, *Wer uns nicht kennt, kennt Chile nicht*
Ein Roman in Verhören · Rotbuch 136 · 144 Seiten · 10 Mark
- Ulf Wolter, *Grundlagen des Stalinismus* · Die Entwicklung des Marxismus von einer
Wissenschaft zur Ideologie · Rotbuch 137 · 144 Seiten · 8 Mark
- Helga M. Novak, *Balladen vom kurzen Prozeß* · Rotbuch 138 · 72 Seiten · 7 Mark
- Arno Münster, *Portugal* · Rotbuch 139 · 144 Seiten · 8 Mark
- Peter Schneider, . . . *schon bist du ein Verfassungsfeind*
Rotbuch 140 · 112 Seiten · 8 Mark
- R. Duhm / H. Wieser, *Krise und Gegenwehr* · Ein Arbeitsbuch
zum politischen Alltag in den Betrieben · Rotbuch 141 · 160 Seiten · 7 Mark
- Heiner Müller, *Theater-Arbeit* · Rotbuch 142 · 128 Seiten · 9 Mark
- F. C. Delius, *Ein Bankier auf der Flucht*
Gedichte und Reisebilder · Rotbuch 144 · 72 Seiten · 7 Mark
- Die Linke im Rechtsstaat* · Bd. 1: Zwischenbilanz sozialistischer Politik
in der BRD 1945–1965 · Rotbuch 145 · ca. 140 Seiten · ca. 7 Mark
- Erich Köhler, *Der Krott*
Erzählung · Rotbuch 146 · 96 Seiten · 7 Mark
- Jürgen Theobaldy, *Zweiter Klasse* · Gedichte · Rotbuch 148 · 80 Seiten · 7 Mark
- Franz J. Hinkelammert, *Die Radikalisierung der Christdemokraten*
Vom parlamentarischen Konservatismus zum Rechtsradikalismus
Rotbuch 149 · 144 Seiten · 8 Mark
- Helga M. Novak, *Die Landnahme von Torre Bela*
Prosa · Rotbuch 150 · 72 Seiten · 7 Mark
- Marga Stettin, *Der kurze Marsch in die Institutionen*
Theorie und Strategie der Jusos · Rotbuch 151 · ca. 140 Seiten · ca. 8 Mark
- Sebastian Cobler, *Die Gefahr geht von den Menschen aus*
Der vorverlegte Staatsschutz · Rotbuch 152 · ca. 120 Seiten · ca. 7 Mark
- Rathfelder/Stein/Vogel, *»Alle oder keiner!«* · Comisiones Obreras –
neue Arbeiterbewegung in Spanien · Rotbuch 153 · 160 Seiten · 8 Mark

Polizeistaat macht frei, Sozialstaat versklavt – Seit dem Ende der 60er Jahre entsteht in der BRD ein neuer Rechtsradikalismus. Er gibt sich keinen Namen und gründet keine Parlamentsfraktion. Er behauptet, das direkte Gegenteil des Rechtsradikalismus zu sein: Radikaler Kampf gegen jeden Radikalismus.



**8 Mark
im Abonnement 7 Mark**

Digitalizado por Biblioteca "P. Florentino Idoate, S.J."
Universidad Centroamericana "José Simeón Cañas"